

Zeit aber auch immer wieder darauf hingewiesen, daß wir uns bemühen müssen unsere Exportquote zu halten. Denn wenn es nicht gelingt, dieses Österreich in Europa entsprechend einzuordnen, dann kommt der Sozialstopp. (Landeshauptmann Krainer: „Und die Arbeitslosigkeit!“) Wenn wir nicht imstande sind, die Menschen zu beschäftigen, die heute mit der Erzeugung von Exportgütern beschäftigt sind, dann kommt der Stopp. Dann ist es zu Ende mit all dem, was wir besten Herzens tun wollen.

So betrachtet, verehrte gnädige Frau, sind Ihre Worte eine Unterschiebung, die Sie mir gestatten ganz energisch zurückzuweisen. Es tut mir leid. Ich habe, solange wir in der Gemeinde beisammen waren, eigentlich nie Gelegenheit nehmen müssen, in so entschiedener Weise gegen Sie Stellung zu nehmen. Es tut mir leid, daß ich das heute tun muß.

Aber nun zu etwas anderem. Seit 2000 Jahren, sagten Sie, hat das Christentum Gelegenheit gehabt, soziale Leistungen zu erbringen. Wäre das geschehen, dann würde der Sozialismus gar nicht entstanden sein.

Dieser Angriff auf das Christentum ist völlig ungerechtfertigt und deplaciert und geradezu gehässig.

Wenn Sie damit die ÖVP treffen wollten, weil wir uns zum christlichen Gedankengut bekennen, dann seien Sie daran erinnert, daß die ÖVP erst seit 1945 besteht. Der Sozialismus hingegen steht schon viel länger.

Wenn Sie aber die Menschen von früher treffen wollten, die sich zum Christentum bekannt haben, dann empfehle ich Ihnen, einmal die Listen der sozialistischen Mandatare durchzublättern. Haben Sie nicht eine Menge von Damen und Herren, die eine sehr bürgerliche Vergangenheit haben oder deren Eltern und Vorfahren sehr bürgerlich waren? Wem wollen Sie den Vorwurf machen? Ihren eigenen Eltern oder Großeltern oder uns, die wir diese Großeltern gar nicht gekannt haben? Wollen wir uns heute darüber Vorwürfe machen, was in der Vergangenheit unter ganz anderen Voraussetzungen, in einer ganz anderen Zeit geschehen ist? Ich muß sagen, ich hätte nicht erwartet, daß in diesem Haus der Vorwurf erhoben wird, das Christentum hätte versagt. (Abg. Hartwig: „Ich habe nicht gesagt, das Christentum habe versagt, ich habe gesagt, Ihre Partei hätte seit Bestehen des Christentums Gelegenheit gehabt, die sozialen Mißstände zu beheben!“)

Da wird durch das Hintertürl versucht, eine Debatte über Religion und Weltanschauung zu entfachen. Wir sind froh, daß solche Debatten aus diesem Hause verbannt sind. Wir brauchen hier keine Debatte über das Christentum. Die Debatte soll jeder mit sich selber halten. (Beifall bei der ÖVP.)

2. Präsident: Herr Abgeordneter DDr. Götz hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Alexander Götz: Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich

möchte mich nicht in den Prioritätsstreit um die Sozialgesetzgebung und um die sozialen Er rungenschaften einschalten. (Landeshauptmann Krainer: „Sie sind ja noch viel jünger!“) Nicht weil ich jünger bin Herr Landeshauptmann. (Landeshauptmann Krainer: „Nicht Sie, Ihre Partei habe ich gemeint!“) Das ist letzten Endes ein Fehler, der sich von Tag zu Tag bessert; was man vom Alter nicht behaupten kann. Sondern weil ich der Überzeugung bin, daß wir heute in einer Zeit leben, in der es sich keine politische Partei, ganz unabhängig davon, ob sie es aus ehrlicher Überzeugung oder aus politischer Vernunft tut, leisten könnte, einen sozialen Fortschritt zu negieren oder dem entgegenzutreten.

Ich habe mich nur deshalb zu Wort gemeldet, weil ich dem Herrn Abg. Dr. Moser, der bei der Protest-Versammlung des Kriegsofferverbandes in Puntigam als Vertreter des Herrn Landeshauptmannes anwesend war, doch etwas konkret fragen möchte. Herr Dr. Moser, ich verstehe, daß Sie hier etwa die Politik des Finanzministers, der ja Ihrer Fraktion angehört, zu entschuldigen trachten. Daß Sie sagen, „bitte, haben Sie Verständnis dafür, daß die Forderung der Kriegsofferverbandes nur mit 95 Millionen und nicht mit jenem Minimalbetrag, den der Kriegsofferverband in den Verhandlungen mit etwas unter 500 Millionen Schilling eingesetzt hat, dotiert ist, „das würde ich verstehen. Aber was ich nicht begreife, wirklich nicht begreife, ist, warum Sie sich gegen etwas, was die Frau Sozialminister Rehor in den Verhandlungen sehr wohl dem Kriegsofferverband zugesagt hat, nämlich die grundsätzliche Berechtigung höherer Forderungen, ohnehin bescheiden höherer Forderungen — ich habe ja die Summe genannt — hier an diesem Pult ausgesprochen haben und dann gemeint haben, na, die 95 Millionen seien genug. Ich glaube, Hohes Haus, wir haben weder auf dieser Seite noch auf der anderen Seite des Ovals die Möglichkeit, die Entscheidung des Nationalrates in dieser Frage zu ändern. Aber ich glaube, man könnte doch sehr wohl der Meinung Ausdruck verleihen, und zwar über die Grenzen — und ich betone das, weil schon von der Frage Politikum in diesem Zusammenhang die Rede war — aller politischen Parteien hinweg, „jawohl, die berechtigten Forderungen der Kriegsofferverbandes sollen und müssen erfüllt werden in jenem Ausmaß, daß letzten Endes durch die bescheidenen und in den Verhandlungen zurückgesteckten Forderungen des Kriegsofferverbandes dargelegt wurde“.

Deshalb noch etwas, Herr Abg. Dr. Moser: Ich verstehe einen Verteidigungsvorstoß für den Finanz-Minister, aber ich verstehe nicht, die Berechtigung der Forderung der Kriegsofferverbandes hier praktisch in Frage zu stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Frau Abg. Jamnegg hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Jamnegg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn vielleicht meine Ausführungen jetzt wahrscheinlich den Widerspruch der

Sozialistischen Fraktion hervorrufen werden, so fühle ich mich als Arbeitnehmer-Vertreterin hier auf den rechten Bänken und als christliche Gewerkschafterin verpflichtet, auch zu dem, was vorher gesagt worden ist, Stellung zu nehmen.

Und ich glaube, wir können es nicht einfach hinnehmen, wenn eine Partei heute die Sozialpolitik für sich allein in Anspruch nehmen will. Ich möchte hier — und ich bitte, das nicht polemisch aufzufassen — aber, um der Wahrheit die Ehre zu geben, und um meine Ausführungen auch sachlich zu untermauern, einiges, meine Damen und Herren der Sozialistischen Fraktion, Ihnen hier in Erinnerung rufen. Seinerzeit, als die Kinderbeihilfen, die Familienbeihilfen über Initiative der Österreichischen Volkspartei im Parlament beschlossen und eingeführt worden sind, haben Ihre Sprecher im Parlament — und lesen Sie das nach, Sie haben Gelegenheit dazu — ausgesagt, „Kinder sind Privatsache.“ Und wenn Sie heute, wo die Lage angespannt ist, sofort Steuersenkungen verlangen — auch wir sind selbstverständlich für Steuersenkungen, damit hier kein Irrtum aufkommt (Landesrat Bammer: „Ehrlich?“ — Abg. Zinkanell: „Bei den Großen, nicht!“) — so erinnere ich auch daran, daß seinerzeit, als Finanzminister Kamitz begonnen hat, die Steuern zu senken, auch von den Kollegen Ihrer Fraktion im Parlament ausgesagt worden ist, „Steuersenkungen seien Aprilscherze.“ Hier nur einige Details, damit man der Wahrheit die Ehre gibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Heute, meine Damen und Herren der Sozialistischen Fraktion, wo die Lage und damit auch das Budget im Bunde so angespannt ist, Dinge zu verlangen, wie eben Steuersenkungen und alles, was nur gut und billig und recht ist, zu fordern, zeigt nicht von einer Bereitschaft zur Mitverantwortung, wobei auch Sie nicht übersehen sollten, daß auch die Sozialistische Partei in ihrer Rolle als Opposition eine Staats-Mitverantwortung zu tragen hätte.

Ich will nicht bestreiten, so wie das umgekehrt heute hier in diesem Hause geschehen ist, daß auch die Sozialistische Partei selbstverständlich hier Mitverdienste im Rahmen der Sozialpolitik und auch in vielen anderen Bereichen hat (Landesrat Bammer: „Ein bisschen!“), in der Hinsicht, was in den letzten 20 Jahren für dieses Land geleistet wurde und geschehen ist. Aber, meine Damen und Herren, das für sich allein in Anspruch nehmen zu wollen, ist eine grobe Verfälschung der Tatsachen.

Heute ist hier auch vielfach ausgesagt worden, daß es jetzt einen Sozial-Stopp gäbe. Ich frage Sie nun, wo gibt es den Sozial-Stopp? Das Sozial-Budget wurde um 11 Prozent erhöht. (Abg. Brandl: „Einbildung ist auch eine Bildung!“) Freilich verschlingen den größten Anteil davon jene Mittel, die für die Pensionsdynamik aufgebracht werden müssen. (Abg. Loidl: „Gesetzlich vorgesehen, Frau Kollegin!“) Und sehen Sie,

meine Damen und Herren der Sozialistischen Fraktion, wenn Ihnen das jetzt auch unangenehm ist, was ich Ihnen zu sagen habe, daß heute (Landesrat Wegart: „Wie die Sozialisten noch in der Regierung waren, haben wir nie 11 Prozent erreicht!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Präsident: Bitte, die Rednerin nicht dauernd zu unterbrechen. Fahren Sie fort, bitte.

Abg. Jamnegg: Meine Damen und Herren der Sozialistischen Fraktion, ich möchte das wiederholen, wenn es Ihnen auch unangenehm ist —, und ich tue es wirklich nicht gerne —, aber ich glaube, es ist nötig, es heute hier zu sagen, daß Sie schließlich in Ihrer Wahlpropaganda — ich weiß, es ist hart, wenn ich das jetzt sage — viele Jahre hindurch vom „Rentenklaun“ gelebt haben. Das ist wahr, meine Damen und Herren. Daß dieser Rentenklaun nun gestorben und begraben ist, darüber sollten auch Sie sich freuen. (Abg. Zinkanell: „Und Sie leben heute noch von der roten Katze!“ — Landesrat Wegart: „Wenn Sie nicht verreckt!“) Über eines aber, meine Damen und Herren, sollten auch Sie sich klar sein, und Sie wissen das und Ihre Wirtschaftsfachleute wissen das nicht nur, sondern haben es in der Öffentlichkeit ausgesagt und in vielen Schriften niedergelegt, wie Prof. Glenner, Aush usw., um nur einige zu nennen, daß nur eine gut fundierte und eine gesunde Wirtschaft, daher eine gute Wirtschaftspolitik die Voraussetzung für jede Sozialpolitik in diesem Lande ist. (Abg. Zinkanell: „Wir haben nichts gegen eine gute Sozialpolitik!“ — Abg. Loidl: „Wer hat denn das bestritten?“ — Abg. Pözl: „Wir wenden uns nur dagegen, daß Sie sagen, Sie hätten allein Sozialpolitik betrieben!“)

Wenn im Bundes-Budget, meine Damen und Herren der Sozialistischen Fraktion, nicht alle Wünsche auf dem Sozialsektor befriedigt werden konnten, weil eben auch — und das sollten doch auch Sie als notwendig erkennen — eine Umschichtung der Mittel zugunsten von Investitionen vorgenommen werden mußte, so doch nur darum, um die Wirtschaft anzukurbeln und damit die Arbeitsplätze zu sichern. Wir können doch auch in Österreich nicht einfach die Augen davor verschließen, wie es etwa heute um die Wirtschaft in vielen Ländern bestellt ist, abgesehen von unseren eigenen Struktur-Problemen, die wir zu bewältigen haben.

Und ich verweise jetzt allein — ich weiß, dieses Beispiel ist auch nicht immer angenehm — auf England, daß es heute unter einem sozialistischen Arbeiterführer — und auch das ist nicht polemisch, sondern wahr — dort eine halbe Million Arbeitsloser gibt und Prognosen voraussagen, daß diese auf eine Million ansteigen werden. (Landesrat Bammer: „Die haben ja eine gute Wirtschaft übernommen von den Konservativen!“ — Abg. Zagler: „Die haben ja die Schulden übernommen von den anderen!“ —

Weitere unverständliche Zwischenrufe, Glockenzeichen des Präsidenten.)

Wir wollen hoffen, daß die Maßnahmen, die bei uns getroffen werden, vieles von dem abhalten können, was heute in anderen Ländern geschieht. Gibt es nicht zu denken, wenn wir in den letzten Tagen gelesen haben, daß in Deutschland bei den großen Volkswagenwerken, die so viele Beschäftigte haben, man zur Kurzarbeit übergehen muß. Viele andere Beispiele könnte man anführen. (Abg. Zagler: „Politik Erhard — und bei uns sagen wir Politik Klaus!“)

Aber in England gibt es mehr Arbeitslose als in Deutschland. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren, das muß doch alles auch gesehen werden. Wir haben jetzt bei Gott andere Sorgen und wir haben gemeinsame Sorgen in diesem Land. Polemik nützt unserem Volk nichts, nur gemeinsame Arbeit; auch unter den geänderten Verhältnissen und nicht Opposition, sondern Unterstützung der Maßnahmen, die notwendig sind für eine gesicherte Zukunft und auch eine entsprechende Mitarbeit und Mitverantwortung für alle Menschen in unserem Land.

Das, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, wollte ich als Arbeitnehmervertreterin aus den Reihen der ÖVP heute hier mit Nachdruck festgestellt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

2. Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Burger das Wort.

Abg. Burger: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! (Zwischenrufe des Abg. Brandl und des Landesrates Bammer.) Sie brauchen nicht vorher schon unruhig zu werden, daß ich mich zu Wort melde. Sind Sie wirklich so nervös, daß Sie schon schreien, bevor ich spreche oder ist das die Liebe zu den Kriegsversehrten? Ich bin einer und das ist die Ursache, daß ich mich zu Wort melde. Ich wollte eigentlich sagen, daß ich wirklich als der Mann, der viermal verwundet worden ist, trachten wollte, über die Hürden des Gesprächs hinwegzukommen und wieder die Hand auszustrecken. Ich bin auch sonst manchmal bekannt in diesem Haus, daß ich Dinge verteidige, wenn sie das Recht jedes einzelnen sind. Ich glaube, daß es mein Recht als Arbeitnehmervertreter ist zu sagen, daß sozialpolitische Dinge älter sind als wir alle, die wir hier sitzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man von Kriegsoffern spricht, dann glaube ich ist das hier eine alte Tradition, nämlich eine sehr gute Tradition. Ich wollte nur erinnern, warum es zur Gründung des Kriegsofferverbandes gekommen ist. Meistens gründet man Vereine aus irgendeinem Bedürfnis heraus, um irgendeine Funktion inne zu haben. Die Gründung des Kriegsofferverbandes, des Kame-

radschaftsbundes ist kein Vereinsbedürfnis-, sondern entspringt einer geschichtlichen Notwendigkeit und diese sind Augenzeugentatsachen. Wenn ich vielleicht unsere älteren Soldaten erwähnen darf, die mit Vater Radetzky ihre Pflicht erfüllten und ihre Gesundheit für die Heimat gelassen haben und heimgekehrt sind vor der Jahrhundertwende. Wir kennen sie noch mit zwei Holzbrettern am Straßenrand sitzend. Wir hätten auch ein Beispiel aus noch früherer Zeitgeschichte nehmen können. Niemand hat nun diesen Heimkehrern nur einen Pfennig gegeben, niemand hat ihnen Anerkennung gezollt. Damals ist das Sprichwort entstanden „Der Dank des Vaterlandes ist dir gewiß“ oder später gehässig ausgedrückt „Der Dank des Vaterlandes schleicht dir ewig nach“.

Meine lieben Abgeordneten dieses Hauses, machen wir doch, wenn ich dieses Beispiel sage, aus der Not unserer Kriegsoffere keine politische Tugend. Niemand soll das machen, weder dort noch da. (Beifall.)

Es ist mir wirklich ein Herzensbedürfnis und man könnte meinen, daß nur wenige Kriegsoffere hier sind. Die, die es aber sind, verstehen dieses Gespräch nicht. Denn ich mußte mich auf Grund dieses Gesprächs liebe Frau Professor Hartwig fragen „Haben die Kriegsoffere erst seit dem 6. März Anspruch auf eine gerechte Versorgung oder besteht die nicht schon seit dem Jahre 1945?“ Ein Zusammenbruch wie 1945 riß viele Wunden auf. Wäre es nicht die gemeinsame Aufgabe dieses Hauses dafür zu sorgen, daß diese Wunden heilen. Ich bin persönlicher Zeuge und auch, ich muß es hier sagen, glücklich heimgekehrt, aber über Nacht wieder in die Gefangenschaft gewandert, da man uns nicht frei, sondern hinter Stacheldraht wissen wollte. (Beifall.)

Nun meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Ich richte hier von diesem Rednerpult aus einen Appell und ich hoffe, daß dieser nicht umsonst ist. Es kommt uns Kriegsoffern nicht darauf an, obwohl ich feststellen möchte, daß jeder Groschen, der uns gegeben wird, ein wohlthuender Groschen und ein wohlverdienter Groschen ist, aber den größten Dienst, Frau Professor, können Sie mit Ihrer Fraktion uns erweisen, wenn Sie Frieden stiften und dieser 2. Republik auch in der Zeit, wo eine Partei regiert, den Frieden erhalten, damit es nicht neue Opfer gibt. (Beifall.)

Präsident: Am Wort ist Herr Landesrat Gruber.

Landesrat Gruber: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, einen Exkurs in die Budgetpolitik des Bundes und in die Fragen der Bundespolitik zu machen. Ich fühle mich hier berufen, zu den Fragen der Jugendhilfe und Fürsorge, wie sie im Budgetkapitel 4 festgehalten sind, Stellung zu nehmen. Im Gegensatz zu Herrn Landeshauptmann hatte ich schon im Finanz-Ausschuß vielfache Anfragen über dieses Thema und

bin deshalb heute einigermaßen erstaunt, daß viele im Ausschuß beantwortete Anfragen nun neuerlich zur Beantwortung aufgeworfen werden. (Abg. Nigl: „Alle Abgeordneten sitzen nicht im Finanzausschuß!“)

Herr Abgeordneter Nigl, wenn eine Frage im Finanz-Ausschuß beantwortet wird, kann man dann nicht daraus schließen, daß damit die Angelegenheit bekannt ist? (Landeshauptmann Krainer: „Nigl ist nicht im Finanzausschuß!“)

Wenn der Kollege Nigl nicht Mitglied im Finanz-Ausschuß ist, Herr Landeshauptmann, wenn Sie ihm schon heraushelfen wollen, dann muß ich sagen, hat er dort zu Unrecht gefragt. Er war auch einer jener, die in verschiedenen Dingen Aufklärung und Antwort wollten.

Es ist festzustellen, daß viele Fragen über die verschiedenen Probleme der Fürsorge und Jugendwohlfahrt die heute aufgeworfen worden sind, bereits im Finanz-Ausschuß beantwortet wurden.

Ich möchte aber vor allem jenen Damen und Herren des Hohen Hauses danken, die sich der wirklichen Mühe unterzogen haben, dieses Kapitel unseres Voranschlages nach sachlichen Gesichtspunkten zu durchleuchten und echte Anregungen zu geben, die ich gewissenhaft prüfen lassen werde, um Ihnen bei nächster Gelegenheit zu berichten, was durchführbar oder verbesserungsmöglich wäre.

Es steht außer Zweifel, daß immer wieder und zu allen Zeiten Verbesserungen möglich sind und ein Fortschritt erzielt werden kann.

Zu den Anfragen des Herrn Kollegen Nigl muß ich allerdings einige Feststellungen treffen. Er hat die Formulierung gebraucht „Aufklärungsbedürftiges“ und „Unklares“ sei im Fürsorge-Budget enthalten. Ich gestehe ihm zu, daß er als einer der jüngeren Abgeordneten dieses Hauses vieles noch unklar und aufklärungsbedürftig findet (Landesrat Wegart: „Wir haben auch lange gebraucht, bis wir draufgekommen sind!“), ich erlaube mir aber, festzustellen, daß diese Formulierung vielleicht doch etwas unpassend ist, denn das klingt schon ein bißchen — möchte ich sagen — nach jener Richtung hin, wo man dann vielleicht den Untersuchungsrichter in Anspruch nehmen muß, um Aufklärung herbeizuführen. Ich glaube, man soll in seinen Formulierungen, Herr Kollege Nigl, auch in diesem Hohen Haus doch ein gewisses Maß anlegen, damit man nicht Gefahr läuft, Verdächtigungen, Pauschalverdächtigungen auszusprechen, was vielleicht gar nicht in Ihrer Absicht lag.

So muß ich auch, gestatten Sie mir, Herr Kollege Nigl, auf das entschiedenste zurückweisen, wenn sie sagten, daß in unseren Fürsorgeheimen vieles nicht in Ordnung sei (Abg. Nigl: „Das habe ich nicht gesagt!“) und — genau so haben Sie es gesagt, ich habe mitgeschrieben und wir

können es im Protokoll prüfen — vieles schlecht und unpersönlich sei und der Obrigkeit nicht bekannt sei. Gestatten Sie mir dazu die Feststellung, daß drei der Leiter unserer Fürsorgeheime durch Mehrheitsbeschluß der Landesregierung berufen wurden. Das ist aber kein Grund für mich, um mich in dieser Situation nicht auf die Seite dieser Heimleiter zu stellen, weil ich davon überzeugt bin, daß sie ihre besten Kräfte zum Einsatz bringen und daß sie aufrichtig und ehrlich bemüht sind, ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

Wenn Sie konkrete Fälle über Unzulänglichkeiten haben, dann wäre es richtig, wenn Sie diese auch aufzeigen würden. Ich versichere Ihnen — und der Herr Kollege Wegart als Personalreferent wird mich dabei sicherlich unterstützen — (Landesrat Wegart: „Jederzeit!“) daß wir diese Angelegenheiten sofort einer entsprechenden gründlichen Untersuchung zuführen. So ist es Gepflogenheit. (Landesrat Wegart: „Nur hat er es nicht so behauptet!“) Und bei aller Toleranz, die wir selbstverständlich immer wieder zu üben haben, scheint es mir notwendig, diese Feststellungen zu treffen.

Bezüglich verschiedener konkreter Anfragen die Sie bezüglich der Wohnraumförderung für alte Menschen aufgeworfen haben, sind dies auch Dinge, die im Finanz-Ausschuß diskutiert und, wie ich zumindest glaubte, abgeschlossen wurden. Es hat auch im vorigen Jahr von mir aus nicht geheißt, daß es so etwas nicht gäbe oder so etwas nicht möglich wäre, als ich Ihnen damals Antwort gab. Das können Sie auch im stenographischen Protokoll dieser letzten Budget-Debatte nachlesen. Ja im Gegenteil, zu dem Zeitpunkt war mir längst bekannt, daß man in der Gemeinde Wien und nicht nur dort, sondern auch in verschiedenen anderen Gemeinden den Versuch unternommen hat, solche Altenwohnungen mitten in Siedlungsgebiete hineinzubauen usw. Das ist von uns aus wünschenswert, das wollen wir ebenso gerne haben. Damals hat es sich um eine andere Angelegenheit gehandelt. Ich habe Ihnen damals erklärt, daß wir einen ausgesprochenen Bettenmangel in unseren Fürsorgeheimen und auch in unseren Altersheimen haben. Der Druck nach frei werdenden Betten — und das muß ich Ihnen auch heute wieder sagen — ist nach wie vor in einem sehr starken Maße gegeben. Ich könnte Ihnen manchen Ihrer Abgeordneten nennen, der zu mir intervenieren kommt und fragt, ob es nicht möglich wäre, da oder dort in einem schon besonders dringenden Fall eine frühzeitige oder bevorzugte Einweisung zu ermöglichen, worum ich mich auch selbstverständlich immer und ohne Ansehung der Partei des Abgeordneten aufrichtig und sofort bemüht habe. Ich stelle daher also fest: Wir haben noch immer zu wenig Betten in unseren Fürsorge- und Altersheimen, das schließt aber in keiner Weise aus, daß nicht der Versuch unternommen wird, Altenwohnungen in unseren Siedlungen zu bauen und zu unterstützen. Nein, mein Vorstoß in die-

ser Richtung ist so gegangen, wie auch die Budgetpost und der Titel lautet. Ich muß Ihnen aber sagen, daß das leider nicht möglich ist und daß diese Beträge, die an und für sich in meinem ersten Entwurf mit einem viel höheren Betrag vorgesehen waren, eben nicht für diese Angelegenheit zur Anwendung kommen können. Das ist ja eine Angelegenheit, die, glaube ich, sowohl im Finanz-Ausschuß als auch in der Hohen Regierung eindeutig aufgeklärt wurde.

Zu Ihrer weiteren Anfrage bezüglich der Haushaltstelle 43,705, wo 1,890.000 Schilling für Förderungsmaßnahmen der freien Wohlfahrtspflege vorgesehen sind, kann ich Ihnen nur sagen, daß diese Post schon seit eh und je vorhanden ist und daß jeder einzelne Schilling, der von dieser Post ausgegeben wird, von der Landesregierung beschlossen wurde und auch in Zukunft beschlossen werden muß. Die Erhöhung des Betrages geht ausschließlich darauf zurück, daß wir für das Kriegsblindenheim am Ossiacher-See und für das Zivilblindenheim in Stubenberg als Land Steiermark wie alle österreichischen Bundesländer unseren entsprechenden Beitrag zu leisten haben.

Wie hoch der endgültig sein wird, das wird im Rahmen des Möglichen letzten Endes auch die Landesregierung feststellen.

Die nächste Frage, die Sie aufgeworfen haben, war, was unter der Frage der Schulung des Fürsorgepersonals und den sonstigen Sozialarbeitern gemeint ist. Hier kann ich nur sagen, wir veranstalten immer wieder Fortbildungstagungen und laden dazu auch einen erweiterten Personenkreis ein und deshalb ist der Ausdruck „Sozialarbeiter“ hier in den Erläuterungen auch angezogen und angeführt. Es nehmen z. B. die Jugendrichter teil an bestimmten Fachtagungen von uns oder die Oberfürsorgerin, die Leiterin der Fürsorgerinnenschule usw. Hier gibt es einen bestimmten Personenkreis auf der Landesebene, der seit eh und je auch zu diesen Dingen eingeladen wurde. Das sind die Posten, die für diese Schulung verwendet werden.

Ich glaube, ich habe im wesentlichen doch alle Ihre Anfragen beantwortet und darf mir nur noch erlauben, festzustellen, Herr Kollege Nigl, daß ich gerne immer und in jedem Ausmaß eine sachlich gestellte Frage beantworten werde.

Insgesamt haben nun im Hohen Haus 13 Redner — der Herr Kollege Burger war der dreizehnte Redner — zu dieser Gruppe Jugendfürsorge und Wohlfahrtspflege Stellung genommen und es würde zu weit führen, wenn ich mich jetzt mit allen diesen Fragen befassen würde. Zu den von Frau Abg. Egger aufgeworfenen Fragen muß ich sagen, daß die Frau Abgeordnete Egger wie immer mit hoher Sachkenntnis sich mit dieser Materie der Fürsorge und Jugendwohlfahrt auseinandergesetzt hat und daß viel,

was gesagt wurde, zweifelsohne wünschenswert wäre. Leider scheitern wir immer wieder an den Problemen der Durchführung und der Durchführungsmöglichkeiten. Z. B. schon in der Frage der Erziehungsberatung. Die Erziehungsberatung, die in den Bezirken so wünschenswert und als Vorsorge auch zweckmäßig und richtig wäre, können wir derzeit und auch im nächsten Jahr nur in neun Bezirken regelmäßig durchführen. In den sieben übrigen Bezirken ist das nicht möglich, weil uns ein weiterer Dienstposten für einen Amts-Psychologen, der die übrigen sieben Bezirke betreuen könnte, eben nicht genehmigt wurde und das derzeitige Personal einfach nicht in der Lage ist, einen weiteren Kreis von Bezirken mit einzubeziehen.

Bezüglich der Fragen des Standes der Ausbildung unseres Jugendfürsorgepersonals: Auch hier bemühen wir uns ständig, Verbesserungen zu erzielen. Leider ist es so, daß der Erzieherberuf kein begehrter Beruf ist, weil er weder in seiner gesellschaftlichen Stellung, noch gehaltsmäßig, noch dienstrechtlich, ein begehrtes ist. Es ist hier immer schwierig, die geeigneten Fachkräfte zu bekommen. Die Abgänger aus der Erzieher Schule in Baden sind die geeignetsten Kräfte. Wir bemühen uns sehr, daß wir durch Vergabe von Stipendien aus dieser Schule Absolventen erhalten können.

Leider wird oft der Versuch unternommen, Erzieher in den Landesdienst oder in den Erzieherdienst zu bringen, die gar keine Voraussetzungen mitbringen. Wir haben es in dieser Frage oftmals schwer, den Standpunkt der Rechtsabteilung 9 durchzusetzen und auf die notwendigen fachlichen Qualitäten dieses Personals hinzuweisen.

Auch Ihre Anregung bezüglich des Jugendschutzgesetzes und des Jugendwohlfahrtsgesetzes kann ich im großen und ganzen nur unterstreichen; bezüglich des Jugendschutzgesetzes im besonderen. Hier haben wir in der Rechtsabteilung 9 Vorarbeiten getroffen, um im nächsten Jahr eine entsprechende Vorlage für den zuständigen Ausschuß des Landtages sowie für das Hohe Haus vorzubereiten, da sich die Jugendschutzbestimmungen aus der Nachkriegszeit her entwickelt haben und sich heute zweifelsohne oftmals als nicht durchführbar erweisen. Mir fällt ein Beispiel ein, das im Jugendschutzgesetz verankert ist und zwar der Hausarrest. Der hat sich in der Praxis überhaupt als völlig undurchführbar erwiesen. Es wird daher notwendig sein, daß wir in dem künftigen Jugendschutzgesetz zwischen Theorie und Praxis den richtigen Ausgleich finden, damit wir ein Jugendschutzgesetz schaffen, das von der Jugend, von den Eltern, ja von der ganzen Bevölkerung verstanden wird und so auch die Einhaltung der Bestimmungen leichter durchsetzbar sein wird.

Daß unsere Organe überlastet sind und nicht gerne zusätzliche Aufgaben auf sich nehmen, ist

eine Tatsache, die wir feststellen. In der letzten Budgetdebatte habe ich darauf hingewiesen, daß wir uns bemühen, ein neues Fürsorgegrundsatzgesetz zu schaffen und daß die Sozialreferenten aller Bundesländer nach dieser Richtung hin sich bemüht haben und entsprechende Vorschläge an die Parlamentsklubs gerichtet wurden. Noch im Jänner dieses Jahres hat die Verbindungsstelle der Bundesländer über Auftrag des Herrn Bundeskanzlers ein Beamtenkomitee eingesetzt, um die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Schaffung eines neuen Fürsorgegrundsatzgesetzes erarbeiten zu lassen. Leider muß ich heute feststellen, daß das eingesetzte Beamtenkomitee zu keiner einzigen Sitzung einberufen wurde. Ich habe daher das sehr unbehagliche Gefühl, daß hier nicht der ernste Wille besteht, auf diesem so wichtigen Sektor der sozialen Sicherheit energisch einen Fortschritt anzustreben. Bei Anerkennung aller Schwierigkeiten und aller Problematik, die in diesem Fürsorgegrundsatzgesetz gegeben sind, wäre es doch möglich gewesen, wenigstens das Beamtenkomitee zu aktivieren und die Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Im Gegensatz dazu kann ich feststellen, daß im Bereich des Landes und der Landesgesetzgebung auf dem Gebiet der Fürsorge und Jugendwohlfahrt, wenn ich von der Novellierung oder Neufassung des Jugendschutzgesetzes absehe, derzeit allgemein befriedigende Verhältnisse herrschen. Nicht zuletzt das Behindertengesetz, die damit verbundene Dynamisierung des Pflegegeldes und die Dynamisierung der Behindertenbeihilfe haben hier den Bereich abgerundet.

Betrachtet man die Ansätze der Gruppe 4 für das Budgetjahr 1967 so kann man feststellen, daß sie in Wirklichkeit nur leicht angestiegen sind. Bei genauerer Betrachtung und Durchleuchtung würde man verschiedene andere Veränderungen erkennen. Auf Grund des Vollwirksamwerdens des § 148, Ziffer 6, ASVG. werden z. B. die Ausgaben für Geistesranke um 2,368.000 Schilling im nächsten Jahr in dieser Gruppe vermindert sein werden. Durch die allerletzten Beschlüsse der Landesregierung ist vorgesehen, daß eine Verpflegungsgebührenerhöhung in unseren Fürsorgeheimen und Landesjugendheimen ab 1. Jänner erfolgen wird. Hierfür sind Mehreinnahmen von etwa 2 Millionen Schilling zu erwarten, die ebenfalls, weil die Beschlüsse erst in allerletzter Zeit gefaßt wurden, bei der Budgetgruppe keinen Ansatz mehr finden konnten.

Im allgemeinen ist festzustellen, daß der Arbeitsumfang in der Fürsorge und Jugendwohlfahrt in der Rechtsabteilung 9 ständig zunimmt und anwächst. Dagegen kann gesagt werden, daß bei der Opferfürsorge und bei der Tuberkulosenfürsorge der Arbeitsumfang rückläufig ist und verständlicherweise bei der Behindertenhilfe außerordentlich stark ansteigt.

Vielleicht interessiert es Sie zu erfahren, daß auf Grund der Tuberkulosenhilfe vom Bund in

der Steiermark im heurigen Jahr 4,640.000 Schilling ausbezahlt wurden, was bis vor einem Jahr Landesangelegenheit war und zu Lasten des Landes gegangen ist.

Auch im Rahmen der Förderung der Organisation der freien Wohlfahrtspflege können wir mit Genugtuung feststellen, daß das Land als großer Förderer immer wieder auftritt und die Caritas, die Volkshilfe und die übrigen verschiedenen Einrichtungen wirklich gewaltig unterstützt. So wurden allein im heurigen Jahr für die Förderung der freien Wohlfahrtspflege 5,4 Millionen Schilling ausgegeben.

Über diesen Aufgabenbereich hinaus hat sich die Rechtsabteilung 9 aber auch immer mit der Weiterbildung und Schulung des Fürsorgepersonals in den verschiedensten Fragen befaßt.

Im Rahmen des Behindertengesetzes wurde schon eine Reihe von Ziffern genannt. Dazu wäre festzustellen, daß die Ansätze für das nächste Jahr und die Zahlen hiezu Schätzungen sein müssen, weil es einfach unmöglich ist, für das nächste Jahr genau zu wissen, wieviele Menschen einen Antrag auf Hilfe nach dem Behindertengesetz stellen werden.

Für das abgelaufene Jahr können wir es sagen. Es wurden in 600 Fällen Eingliederungshilfe, in 60 geschützte Arbeit, in 45 Fällen Beschäftigungstherapie und in 450 Fällen Pflegegeld zuerkannt. Außerdem haben wir auf Grund einer Absprache mit der Rechtsabteilung 9 erwirkt, daß eine Anzahl von Dienstposten als geschützte Arbeitsplätze im nächsten Jahr zur Verfügung gestellt werden. Somit geht auch das Land mit gutem Beispiel voran und wird damit nicht nur von der übrigen Wirtschaft unseres Landes für die Behinderten Hilfe verlangt.

Über die Erhöhung der Blindenbeihilfe und Dynamisierung wurde schon gesprochen. Ebenso über die Erhöhung und Dynamisierung des Pflegegeldes. Ich brauche das daher nicht zu wiederholen.

Um die Zahlen bezüglich der Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien auf den letzten aktuellen Stand zu ergänzen, gestatten Sie mir die kurze Feststellung, daß im heurigen Jahr insgesamt 130 Familien gegenüber 100 im Vorjahr mit einem Gesamtbetrag von 4,580.000 Schilling eine Förderung erhalten haben. Derzeit liegen Anmeldungen für 3,1 Millionen Schilling vor und insgesamt 69 Akten sind sitzungsreif.

Hier wird es aber noch einer Änderung bedürfen. Wir haben in den Schuldscheinen für die Gewährung von Darlehen bei kinderreichen Familien eine Wertklausel eingebaut. Die Problematik dieser Wertklausel ist uns erst vor kurzem so richtig zum Bewußtsein gekommen. Es ist nämlich so, daß es unter Umständen bei der langen Laufzeit der Darlehen und bei der derzeitigen

Entwicklung, die wir auf dem Geldsektor haben, möglich wäre, daß die gewährten Darlehen am Rückzahlungstag durch die Wertsicherungsklausel um 50 Prozent erhöht werden müßten. Das wäre ohne Zweifel eine äußerst unangenehme Überraschung für die davon betroffenen Familien und mir scheint es daher richtig, daß hier durch einen entsprechenden Antrag meinerseits bei der Landesregierung der Versuch unternommen wird, diesen Wertsicherungspassus aus den Richtlinien zu entfernen.

Bezüglich der Alten-Urlaubsaktion wurde ebenso bereits berichtet, daß im heurigen Jahr etwa 1200 alte Menschen an dieser Aktion teilgenommen hatten und einen wirklich schönen und verdienten Urlaub finden konnten. Mein Dank gilt allen, die mit dieser Aktion befaßt waren, den Bezirken, aber auch den Gaststätten, die sich der sozialen Verantwortung bei dieser Alten-Urlaubsaktion in allen Fällen bewußt waren und bewährt haben, so daß mir für das nächste Jahr keinerlei Änderung in der bisherigen Inanspruchnahme der Gaststätten notwendig erscheint. Ich glaube aber auch feststellen zu dürfen, daß sich diese Alten-Urlaubsaktion, die grundsätzlich nur in Steiermark und nur in der Nachsaison in den Monaten September und Oktober durchgeführt wird, als eine nicht unbeachtliche Stärkung der Nachsaison für unsere Fremdenverkehrsbetriebe erwiesen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, nun auch noch ein Beispiel aufzuzeigen, um damit zu demonstrieren, wie weit und wie vielfältig die Wirkungen des Fürsorgebereiches oftmals sind. Wir haben vor einem halben Jahr vom Innenministerium einen Antrag erhalten, demzufolge eine gewisse Frau Aloisia Wong, die in der Steiermark geboren war und derzeit in Hongkong lebt, in ihre alte Heimat zurückzuführen wäre. Wir haben uns dieser Angelegenheit angenommen und dabei festgestellt, daß diese Frau am 2. 4. 1945 in Budapest einen chinesischen Staatsbürger geheiratet hat — es war ein Artistenehepaar — und dann nach China weitergewandert ist, in China gelebt hat und nach Errichtung der Volksdemokratie sich dann nach Hongkong zurückgezogen hat. Der Ehemann ist 1965 gestorben. Und wir sind über das österr. Generalkonsulat aufgefordert worden, uns um die endgültige Fürsorgepflicht für diesen Fall anzunehmen, nachdem Frau Aloisia Wong auf Grund des § 12, Abs. 2 des Staatsbürgerschaftsgesetzes am 2. Dezember 1965 die österreichische Staatsbürgerschaft bewilligt wurde. Frau Wong lebte in Hongkong in wirklichem Flüchtlingselend in einer Holzbaracke unter menschenunwürdigsten Verhältnissen. Wir haben die Rückführung eingeleitet. Sie ist zurückgekehrt, wir haben sie im Landesfürsorgeheim Kindberg untergebracht, nach einem unendlichen Leidensweg von Krankheit und anderen Problemen, die in einem solchen Land und in einer solchen Situation gegeben sind, doch leider konnte sie ihr Glück in der Heimat nur mehr drei Wochen genießen, weil sie drei Wo-

chen später bereits gestorben ist. Das möge Ihnen nur ein Beispiel sein, damit Sie sehen, wie vielfältig und mannigfaltig unsere Aufgaben in der Fürsorge immer wieder sind und wir geben auch — auch das erlauben Sie mir, festzustellen — an manche Österreicher im Ausland, die unter sehr schwierigen und traurigen Verhältnissen leben, immer wieder eine entsprechende, kleine Unterstützung.

Bezüglich der Landesfürsorgeheime, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich nur feststellen, daß es erfreulich ist, daß wir im ao. Voranschlag für die Errichtung des Nordwest-Traktes in unserem Landesfürsorgeheim Knittelfeld die erste Baurate mit 2,5 Millionen Schilling bedeckt haben und daß dadurch sieben Zimmer mit 36 Betten im Erdgeschoß und drei Zimmer mit 14 Betten und ein Gemeinschaftsraum im Obergeschoß dieses neuen Nordwest-Traktes geschaffen werden können. Wir haben auch einen Ansatz für die Errichtung eines neuen Fürsorgeheimes in der Obersteiermark. Über den Standort und in diesem Zusammenhang über anderwärtige Verwendung unseres derzeit ältesten Fürsorgeheimes in Ehrnau herrschen noch Meinungsverschiedenheiten und es wird daher hier noch einiger Klärungen bedürfen.

Erfreulicherweise kann ich Ihnen aber auch berichten, daß hier vorgesorgt wurde, daß die Handgelder der Pfinglinge ab 1. Jänner 1967 erhöht werden und zwar von bisher 80 Schilling auf 100 Schilling und für Blinde und Bresthafte von 120 Schilling auf 150 Schilling, was ohne Zweifel für die, die zur Gänze auf Kosten der Fürsorge in diesen Heimen untergebracht sind, eine kleine erfreuliche Aufbesserung darstellt.

Im Bereiche der Jugendwohlfahrt kann ich feststellen, daß wir mit derzeit 356 Knaben und 320 Mädchen, also insgesamt 676 Jugendliche gegenüber 683 im Vorjahr, in Fürsorge-Erziehung haben. Ich wurde bereits im Finanz-Ausschuß gefragt, ob man ein Urteil darüber abgeben könne, wie weit unsere Fürsorge-Erziehung erfolgreich ist und ich habe daher nur das zu wiederholen, was ich im Finanz-Ausschuß gesagt habe, daß wir zweifelsohne mit einer sehr guten Führung unserer Heime rechnen können und daß wir zufrieden sein können und daß etwa 80 Prozent aller Jugendlichen, die durch unsere Landes-Jugendheime gehen, mit einem positiven Erziehungserfolg abschließen. Hier gestatten Sie mir auch eine Feststellung: Oft wird durch Schlagzeilen in der Tagespresse der eine oder andere Fall besonders grell in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Das sind aber Einzelfälle, meine sehr verehrten Damen und Herren. Von den vielen anderen, von den vielen Hunderten, die einen positiven Verlauf nehmen, ist es ja nicht wert, zu berichten, weil sie nicht sensationell sind, sondern eine normale Entwicklung nehmen.

Bezüglich der Erzieher und unserer Sozialberufe wurde schon viel gesagt. Auch da brauche

ich mich nicht wiederholen. Ich kann bei den Jugendheimen nur noch vermerken, daß der Bau unseres Landes-Jugendheimes in Andritz für die körper- und sinnesbehinderte Jugend gut voranschreitet, daß wir die Baumaßnahmen in unserer heilpädagogischen Station bald abschließen können und die Bettenzahl von bisher 11 auf 22 erhöhen können.

Zum Abschluß gestatten Sie mir noch eine Feststellung zu den erlassenen Fürsorge-Richtsätzen für das Jahr 1967, welche von der Landesregierung am 17. Oktober bereits beschlossen und festgelegt wurden. Die Festlegung dieser Fürsorge-Richtsätze ist nach monatelangen Vorgesprächen und Verhandlungen erfolgt zu einem Zeitpunkt, in dem man vom Abbau der landwirtschaftlichen Stützungen im derzeitigen Umfang noch nichts wissen konnte. Es wird daher sicherlich noch notwendig sein, die zwar erst am 17. Oktober festgelegten neuen und erhöhten Fürsorge-Richtsätze um den noch vom Sozialministerium festgestellten Betrag, der den Ausgleichszulagenempfängern und den Mindestrentenempfängern gewährt wird, zu erhöhen, weil der Abbau der landwirtschaftlichen Stützungen in den bisherigen Ansätzen nicht zum Ausdruck gebracht ist.

Ganz zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich nochmals die Gelegenheit wahrnehmen, allen Mitarbeitern in der Fürsorge und Jugendwohlfahrt sowohl in der Rechtsabteilung 9, wie in den Bezirkshauptmannschaften und in all den vielen Organisationen der freien Jugendwohlfahrtspflege für ihren großen Idealismus und für ihren nie bezahlten und nie bedankten Einsatz zu danken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu dieser Gruppe liegt nicht vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Fellinger: Ich verzichte auf das Schlußwort.

Ich wiederhole den Antrag des Finanz-Ausschusses, das Hohe Haus möge der Gruppe 4 seine Zustimmung geben.

Präsident: Wer diesem Antrag zustimmt, möge die Hand erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Ich unterbreche die Landtagssitzung bis 19.15 Uhr. Während dieser Unterbrechung wird der Finanz-Ausschuß die Beratungen der Regierungsvorlagen zu Einl. Zahl 35, 289, 290, 291 und 292 vornehmen, da ich diese Vorlagen noch auf die Tagesordnung dieser Sitzung genommen habe.

Ich bitte zu diesem Zweck die Mitglieder des Finanz-Ausschusses, sich um 19 Uhr in das Zimmer Nr. 56 zu begeben.

Unterbrechung der Landtagssitzung: 18.20 Uhr.

Fortsetzung der Landtagssitzung: 19.30 Uhr.

Präsident Dr. Kaan: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir kommen zur Gruppe 5 Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung.

Berichterstatter ist Abgeordneter Alois Klobasa. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Klobasa: Hohes Haus! Der Voranschlag für die Gruppe 5 ist auch für das kommende Jahr wieder sehr hoch. Die Gesamtausgaben für diese Gruppe wurden mit 640,461.700 Schilling veranschlagt. Das sind 24 Prozent des gesamten Voranschlages des ordentlichen Haushaltes.

Die Einnahmen werden voraussichtlich 412,348.200 Schilling betragen. Das sind 16,3 Prozent der Gesamteinnahmen des Haushaltes.

Wenn ich diese Zahlen mit den Ansätzen der Gruppe 5 für das Jahr 1963, als ich das erste Mal zu dieser Gruppe als Berichterstatter namhaft gemacht wurde, vergleiche, so muß ich ein prozentuelles Absinken sowohl bei den Einnahmen, als auch bei den Ausgaben feststellen.

Naturgemäß erfordert der Unterabschnitt 521, 522 Krankenanstalten die höchsten Summen. 481,5 Millionen Schilling müssen dafür bereitgestellt werden. Dieser gewaltigen Summe stehen 323,7 Millionen Schilling Einnahmen gegenüber. Diese hohe Summe der Ausgaben ist gerechtfertigt, wenn man bedenkt, daß das Land Steiermark für 16 Krankenanstalten aufzukommen hat.

Ich komme nun auf die übrigen Unterabschnitte der Gruppe 5 Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung zu sprechen — ich bin vom Finanz-Ausschuß dazu ermächtigt worden.

Der Abschnitt 5 Allgemeine Verwaltung des Gesundheitswesens hat sich von 277.000 Schilling auf 85.000 Schilling erniedrigt.

Der Personalaufwand für Distriktsärzte und Sprengelärzte wird im kommenden Jahr 3,999.400 Schilling betragen.

Das Hebammenwesen erfordert 345.600 Schilling.

Für die Beratungstätigkeit in der Gesundheitsfürsorge wurden 1,045.000 Schilling bereitgestellt.

Die Impfungen werden 1,541.000 Schilling an Kosten betragen und zwar Tuberkuloseschutzimpfung 40.000 Schilling, Diphtherie-Tetanus-Pertussi-Schutzimpfung 200.000 Schilling, Poliomyelitisimpfung 30.000 Schilling, Schutzimpfung

gegen Gelbfieber 7000 Schilling und Tetanus-schutzimpfung 683.000 Schilling.

Die Tetanusschutzimpfung stellt in ganz Österreich eine neue Einführung dar. Es wird angenommen, daß sich in der Steiermark etwa 100.000 dieser Impfung unterziehen werden.

Der Röntgenzug wird dem Land 511.000 Schilling kosten.

Die Kosten der Allgemeinen Verwaltung der Einrichtungen des Gesundheitswesens sind heuer um 300.000 Schilling geringer, als im letzten Jahr und werden voraussichtlich 12,122.000 Schilling betragen.

Eine hohe Post ist der Unterabschnitt 524 Sonderkrankenhäuser und Heilstätten von über 56 Millionen Schilling, denen Einnahmen von 32,702.000 Schilling gegenüberstehen.

Die Heil- und Pflegeanstalten werden voraussichtlich 73,327.600 Schilling an Ausgaben haben. Für die körperliche Ertüchtigung wurden 5,230.100 Schilling bereitgestellt und für Jugendförderung einschließlich der Förderung von Jugendherbergen sind 4,767.000 Schilling vorgesehen.

Alle die von mir genannten und vom Finanzausschuß bewilligten Summen lassen berechtigt hoffen, daß sowohl dem Gesundheitswesen, als auch der körperlichen Ertüchtigung Mittel zur Verfügung gestellt werden, die dem menschlichen Gebot der Zeit und dem Fortschritt entsprechen.

Hohes Haus! Ich stelle namens des Finanzausschusses, der die Gruppe 5 in seiner letzten Sitzung eingehend beraten hat, den Antrag, den Ansätzen der Gruppe 5 die Zustimmung zu geben.

3. Präsident Koller: Zum Worte gemeldet hat sich Herr Abg. Heidinger, ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Heidinger: Hohes Haus! Wenn ich als Sprecher meiner Fraktion zum Budget der Gruppe „Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung“ das Wort ergreifen darf, dann tue ich das mit großer Freude. Mit Freude deshalb, weil es kein höheres Ziel unserer Arbeit geben kann, als beizutragen zu körperlicher Gesundheit unserer Mitbürger im Lande. Und wenn auch das Gesundheitswesen eigentlich keine Landesaufgabe ist, so ist es Tradition in diesem Land, daß für die Pflege der Kranken und der dazu nötigen Einrichtungen große Anstrengungen unternommen werden. Ich tue es weiter mit Dankbarkeit. Ich darf von dieser Stelle aus diesen Dank allen übermitteln, die als Ärzte und Schwestern, als Verwaltungsbeamte oder als Pfleger tätig sind. Ich schließe aber in diesen Dank auch alle jene ein, die in selbstloser Weise an der sportlichen Ertüchtigung unserer Mitmenschen mitarbeiten und bei der Förderung unserer Jugend tätig sind. Ich glaube nämlich,

daß Einhelligkeit darüber besteht, daß Vorbeugen besser ist als Heilen und daß daher sportliche Betätigung und die Förderung ihrer Möglichkeit in unserer Zeit der Motorisierung und Verstärkung besonders wichtig ist.

Wir bejahen daher vor allem die Bestrebungen der Vereine und Verbände, die sich um echten Breitensport bemühen. Wobei wir nicht verkennen wollen, daß Spitzenleistungen auf der Basis des Breitensportes wohl auch echten Ansporn geben. Es wäre aber unehrlich, wenn ich erklären würde, diese Budget-Gruppe gäbe nur Anlaß zu eitel Freude. Der Herr Landes-Finanzreferent hat in seiner Budget-Rede mit Recht davon gesprochen, daß die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben dieser Gruppe den Verantwortlichen Sorge bereitet.

Da der Hohe Landtag in seiner Gesamtheit mit dem Beschluß über dieses Budget die Verantwortung übernimmt, sei mir gestattet, einzelne brennende Probleme in der Reihenfolge der Budget-Abschnitte aufzuzeigen.

Zum ersten: Die Frage der Distriktsärzte, für deren Erfordernisse zu 80 Prozent die Gemeinden aufkommen, die aber immerhin das Land 1967 netto rund eine Million Schilling kosten werden, ist für die ärztliche Versorgung der Landbevölkerung von eminenter Wichtigkeit. Manche Praxis auf dem Lande ist überhaupt nur dann noch zu besetzen, wenn die Möglichkeit gegeben ist, eine Distriktsarztstelle zu erhalten, ja manchmal nicht einmal mehr mit diesem Zuckerl, wie ich aus meinem Heimatbezirk aus eigener Wahrnehmung weiß. Daß die Landbevölkerung dieser Versorgung dringend bedarf, zeigen uns die Musterungsergebnisse. Nirgends ist die Zahl der Untauglichen höher als in der bäuerlichen Bevölkerung. Und die Meinung vom „kerngesunden“ Bauern ist leider eine Irrmeinung. Und wenn man die abgerackerten, überarbeiteten Bauernmütter sieht, dann versteht man diese Zahlen. Es war daher sicher ein längst notwendiger Schritt, die Krankenversicherung auch diesen Menschen zugänglich zu machen. In der vorigen Budget-Debatte wurde dazu viel Positives gesagt. Leider ist noch immer kein Vertrag mit der Ärzteschaft zustand gekommen, was mich veranlaßt, von dieser Stelle aus an die Ärzteschaft zu appellieren, nicht um taktischer Überlegungen willen einen ganzen Stand weiterhin mit Rücksicht auf die ärztliche Versorgung in einem Sonder-Status zu belassen.

Erfreulich ist, daß unser Land wieder einmal mit einer Impf-Aktion neue Wege geht. Für 1967 ist — der Herr Berichterstatter hat das ja schon hervorgehoben — eine freiwillige Tetanus-Schutz-Impfung vorgesehen, wobei angenommen wird, daß sich wenigstens 100.000 Menschen dieser Impfung unterziehen, die dann rund eine Million Schilling an Kosten verursachen würde. Wir dürfen auch am Rand vermerken, daß die Anregung dazu durch einen Resolutionsantrag

unserer Fraktion anlässlich der vorjährigen Budget-Debatte gegeben wurde.

Die Kranken- und Pflegeanstalten möchte ich als größte Post für den Schluß meiner Ausführungen vorbehalten.

Ich darf nun zu den Abschnitten „Körperliche Ertüchtigung“ und „Jugendförderung“ einiges sagen. Der vorgesehene Aufwand erreicht fast 10 Millionen Schilling, um 1.4 Millionen Schilling mehr als 1966. Dabei sind die Erhöhungen vor allem bei der Förderung sportlicher Veranstaltungen, bei der Ausgestaltung von Sportstätten und den Förderungsbeiträgen zur Errichtung von Jugendherbergen vorgesehen. Diese sicherlich nicht unbedeutenden Ausgaben können nicht darüber hinwegtäuschen, daß vor allem auf dem flachen Land noch viele, viele Sportstätten des Ausbaues harren. Dazu wird es besonders darauf ankommen, die Vereins-Initiativen durch relativ geringe Beihilfen zu aktivieren. Es ist erstaunlich, welche Anlagen so mit geringen Barmitteln geschaffen werden können. Eine neue Möglichkeit eröffnen die von einer steirischen Firma entwickelten Turnhallen aus Fertigbauteilen, die sich um ein Drittel billiger stellen sollen, als solche in Vollbauweise.

Auch das Jugendherbergswesen wird noch großer Anstrengungen bedürfen, um nur einigermaßen an den Standard anderer Länder heranzukommen. Ich darf bitten, bei der nächstjährigen Budgeterstellung diese Gesichtspunkte, soweit es die Mittel erlauben, zu berücksichtigen.

Nun aber komme ich zum neuralgischen Punkt dieser Budgetgruppe, zum Abschnitt 52, „Gesundheitswesen.“ Wenn man sich das Protokoll der vorjährigen Debatte im Hohen Landtag ansieht und dann die Budget-Ansätze für 1967, so muß man leider sagen, daß sich die Probleme offensichtlich nicht geändert, wohl aber verschärft haben. Man könnte sich als Nationalökonom damit begnügen, resignierend festzustellen, daß die Krankenanstalten eben zum sogenannten Dienstleistungs-Sektor gehören, der derzeit in der Volkswirtschaft die Tendenz zur Ausweitung in sich trägt. Die Ärzte werden wahrscheinlich sagen, daß die moderne Medizin mit ihren technischen Einrichtungen kostspieliger geworden ist und sie werden sicher sagen, daß man bei der Wiederherstellung der Gesundheit der Mitbürger nicht den Rechenstift betriebswirtschaftlicher Rationalisierungsberater ansetzen könne. Ich kann diese Auffassung deswegen nicht ganz teilen, weil der Zuschuß des Landes zum laufenden Betrieb der Krankenanstalten von 12.4 Millionen Schilling im Jahre 1950 auf 69.5 Millionen Schilling 1960, 182 Millionen Schilling nach dem vorjährigen Voranschlag und nun auf 216 Millionen Schilling für 1967 steigen. Ich habe auch den vorjährigen Zwischenruf des Herrn Referenten Landesrat Sebastian den Protokollen entnommen. Ich weiß schon, daß es sich um Voranschlagsziffern han-

delt, aber wenn die Rechnungsabschlüsse wesentlich andere Ziffern ausweisen, die vielleicht weniger erschreckend sind, so muß man doch fragen, warum dann bei jedem Budget zuerst ein Grusel-Kabinett in bezug auf den Abgang? Ich werde aber nicht umhin können, Sie noch auf etwas aufmerksam zu machen. In einer kaufmännischen Buchhaltung wäre das Defizit noch viel höher, denn für unsere Krankenanstalten mit rund 10.000 Betten müßten etliche Millionen als Abschreibungsaufwand zusätzlich angesetzt werden. Über die Höhe läßt sich sicher diskutieren. Aber wenn man noch einen Blick in den außerordentlichen Voranschlag wirft und sieht, daß die baulichen Aufwendungen vornehmlich für die Krankenhäuser Graz, Rottenmann, Bruck, Leoben und Hartberg mit rund 115 Millionen Schilling präliminiert und mit 73 Millionen bedeckt erscheinen, dann kann man über die nötigen Abschreibesätze ziemlich ins Reine kommen.

Ich möchte, aber nun zu konkreten Vorschlägen kommen, die wahrscheinlich alle schon hier im Hause diskutiert wurden, die aber bisher noch wenig oder keinen praktischen Niederschlag gefunden haben. Die Krankenanstalten des Landes stehen in einem Dreiecks-Verhältnis zu den Patienten und den Krankenkassen. Es will mir scheinen, daß sich die Lasten, die auf allen drei Schultern ruhen sollen und müssen, immer mehr auf das Land hin verlagern. Man wird daher auch die Einnahmenseite gewissenhaft prüfen müssen und wir haben im Finanzausschuß dankend vermerkt, daß bereits konkrete Vorstellungen und Verhandlungen wegen Pflegegebühren, aber auch der besonderen Gebühren wegen, bestehen.

Aber auch die Ausgabenseite muß durchleuchtet werden. Es ist schwer verständlich, wenn etwa teure technische Einrichtungen in einer Klinik nicht von der Nachbar-Klinik mitbenutzt werden können, vor allem dann nicht, wenn sie nur so wenige Stunden im Jahr überhaupt in Betrieb sind, daß man sich fragt, ob es überhaupt zweckmäßig war, sie anzuschaffen. Vielleicht läßt sich der Personaleinsatz organisatorisch verbessern, so daß sogar bei Entlastung des Personals bessere Leistungen und damit geringere Kosten erreicht werden.

Daß das Problem der Verwaltung untersucht wurde, haben wir dankend zur Kenntnis genommen und wir sind interessiert, diesen Bericht im Hohen Landtag gründlich zu diskutieren, weshalb wir einen entsprechenden Beschlusantrag vorgelegt haben, der auch die Billigung der Sozialistischen Fraktion gefunden hat und nun als gemeinsamer Antrag beschlossen werden soll. Es ist zu hoffen, daß dieser Bericht ein erster Schritt ist.

Die Frage der Betriebswirtschaft in den Krankenhäusern, die Aufgabenstellung für die einzelnen Anstalten, aus denen sich die nötige Ausstattung sozusagen zwangsläufig ergibt, die aber

nicht in jedem Krankenhaus gleich sein kann und muß, sind Probleme, die von Fachleuten untersucht, aber dann auch im Hohen Landtag diskutiert werden müssen.

Zu der Frage der Abteilung für Chronisch-Kranke hat sich im Vorjahr Herr Landesrat Sebastian ja ausführlich geäußert. Vielleicht könnte heuer gesagt werden, wie weit sich die Dinge konkretisiert haben.

Damit kein Irrtum Platz greift, weder meine Fraktion noch ich glauben oder meinen, daß wir an den Ärmsten unserer Gemeinschaft, nämlich an den Kranken, sparen können. Was wir aber wollen ist, daß das Notwendige, nicht aber das Teuerste aufgewendet wird. Wenn Sie sich vor Augen halten, daß die Ausgaben für das Gesundheitswesen, also die Gruppe 5, fast ein Viertel des ordentlichen Haushaltes unseres Landes ausmachen und im Extraordinarium es bei den durch Einnahmen gedeckten Ausgaben wiederum so ist, so werden Sie aus dem Vorgebrachten die Sorgen verstehen, die Lasten des Landes aus dieser freiwillig übernommenen Leistung nicht so steigen zu lassen, daß die anderen Lebensbereiche und Verwaltungsbereiche immer mehr zurücktreten müssen. Wir sagen freudig ja zur fortschrittlichen Gesundheitspolitik, aber sie kann nicht allein auf den Schultern des Landes fundiert werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Frau Abgeordnete Jamnegg hat das Wort. Die nächste Wortmeldung hat Abgeordneter Gross.

Abg. Johanna Jamnegg: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Wir haben zu dieser Gruppe einen weiteren Resolutionsantrag eingebracht, dem auch die sozialistische Fraktion beigetreten ist. Einen Antrag, der darauf abzielt, in der Steiermark einen Gesundheitspaß für werdende Mütter einzuführen.

Gestatten Sie mir dazu ganz kurz einige erläuternde Bemerkungen.

In Österreich liegt die Säuglingssterblichkeit und auch die Zahl der Totgeburten, wenn sie sich auch im Vergleich zu früheren Jahren wesentlich verbessert hat, so doch noch immer relativ hoch. Als eine der Hauptursachen dafür wird angesehen, daß viele werdende Mütter auch jetzt noch entweder überhaupt nicht oder nur ungenügend ärztlich betreut sind. In diesem Zusammenhang, aber auch im Interesse der Mütter selbst, wäre eine intensivere Betreuung der werdenden Mütter wünschenswert. Die wertvolle Unterstützung bei der ärztlichen Betreuung wäre, glaube ich, ein spezieller Gesundheitspaß für werdende Mütter. Ein Gesundheitspaß, der alle nötigen Angaben, um auch hier einen Überblick darüber zu geben, was ich damit meine, enthalten soll. Und zwar Angaben über: die regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen der Mütter vor der Niederkunft, über interne Untersuchungen, insbesondere serologische Untersu-

chungen, wie Feststellung der Blutgruppe, Wassermannprobe und Rhesusfaktor, über verabreichte Medikamente, Diätvorschriften bei bestimmten Erkrankungen, medizinisch wichtige andere Mitteilungen. Ebenso soll dieser Paß auch Hinweise für die Frauen darüber enthalten, wann bestimmte Untersuchungen erfolgen sollen. Diesen Gesundheitspaß müßten die Frauen im eigenen Interesse bei sich tragen, denn das könnte vor allem bei unvorhergesehenen Fällen auch die Rettung des Kindes und der Mutter selbst bedeuten. Auf jeden Fall wäre das für den behandelnden Arzt eine große Hilfe.

Um einen solchen speziellen Gesundheitspaß allen werdenden Müttern zugänglich zu machen, müßte dieser bei allen steirischen Gemeinden aufgelegt werden und die Ausfolgung müßte auch durch die praktischen Ärzte, aber auch durch die Fachärzte und durch die Mütterberatungsstellen möglich gemacht werden.

Ich darf die Hohe Landesregierung bitten, für die Herausgabe eines solchen Gesundheitspasses für werdende Mütter Sorge zu tragen. Es gibt schon einen Gesundheitspaß, der gekoppelt ist mit einem Impfpäß, ein allgemeiner Gesundheitspaß. Ich halte es aber für sehr wichtig, gerade diesen speziellen Paß über den ich früher gesprochen habe, herauszugeben und zwar schon deshalb, damit die Frauen mehr darauf hingewiesen werden und mehr davon Gebrauch machen.

Zum Schluß möchte ich kurz zu den Mütterberatungsstellen etwas sagen. Im Rahmen der Mütterberatungsstellen wird bei uns im Land sehr viel geleistet. Das soll anerkennend hier gesagt werden. Doch gäbe es hier auch noch manches zu verbessern. Es wäre speziell auf dem Lande ein weiterer Ausbau und auch eine bessere Ausstattung der Mütterberatungsstellen nötig. Notwendig wäre in diesem Zusammenhang gewiß auch eine Weiterführung der Motorisierung der selbstfahrenden Fürsorgerinnen, um so die Säuglingshilfe noch intensiver gestalten zu können und damit aber auch den Fürsorgerinnen eine gewiß nicht leichte Aufgabe zu erleichtern.

Vor kurzem hat mir eine Fürsorgerin gesagt, wie wichtig für ihre Tätigkeit an sich ein Fahrzeug ist. Es ist in der heutigen Zeit so, sagte sie mir, daß eine Fürsorgerin, wenn sie zu Fuß oder mit dem Fahrrad kommt, im Ansehen merklich sinkt. Ein Auto ist also in diesem Beruf heute schon allein für das Ansehen notwendig. Hier wäre eine Anpassung an die Zeit gegeben. Es schien mir nicht unvernünftig, was mir die Fürsorgerin hier aus eigener Erfahrung gesagt hat. Ich möchte bitten, das mit zu berücksichtigen.

Weiters wäre zu überlegen, ob man nicht die Fortbildungstagungen für eine laufende Fortbildung sowohl der Mütterberatungsärzte, als auch der Fürsorgerinnen selbst sorgen könnte.

Abschließend möchte ich bitten, die Anregungen, die ich hier geben durfte für die Weiterentwicklung des Mütterberatungsdienstes, die sich weitgehend decken mit den Wünschen der dort Tätigen, für eine baldige Realisierung in Betracht zu ziehen.

Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gross das Wort. Als nächster Redner hat sich Herr Landesrat Bammer gemeldet.

Abg. Gross: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Abschnitt „Allgemeine Jugendförderung“ sprechen und habe das auch im Vorjahr getan. Im Vorjahr wurde mir durch einen Zwischenruf mitgeteilt, ich solle nicht vergessen festzuhalten, daß dieser Unterabschnitt in den Aufgabenbereich des Landeshauptmannstellvertreters Dr. Koren fällt. Ich tue das hiermit.

Vor einigen Wochen fand in Graz im Rahmen der Volkshochschule der Arbeiterkammer eine Forumdiskussion zum Thema „Skeptische Generation — Schlagwort oder Wirklichkeit“ statt. Dabei wurde der Versuch unternommen, das Verhalten der jungen Menschen in der Gemeinschaft darzustellen. Man ist sich darüber im klaren, daß unsere Demokratie, sollte sie morgen noch Bestand haben, die Jugend an die demokratische Gesellschaftsordnung heranzuführen und sie umfassend auf ihre staatsbürgerliche und politische Verantwortung vorzubereiten hat. Das geschieht bei uns in den verschiedenen Jugendorganisationen, denen unter dem Titel der Jugendförderung vom Land dafür über drei Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden. Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, es ist meiner Meinung nach der einzige Unterabschnitt des Budgetvoranschlages, der eine Kürzung erfahren hat; wenn auch nur um 8000 Schilling. Aber vielleicht gibt es auch unter uns selbst einige, die nicht von der Notwendigkeit dieser außerschulischen Jugendarbeit überzeugt sind und sich dabei auf andere Staaten in Westeuropa berufen, wo es Jugendorganisationen, wie wir sie in Österreich gewöhnt sind, nicht gibt.

Ich möchte daher, meine Damen und Herren, grundsätzlich feststellen, daß der Jugendliche auch in der heutigen Zeit die Gemeinschaft sucht und daher Jugend-Organisationen absolut ihre Existenzberechtigung haben. Außerdem sind sie jene Gemeinschaften, in denen sich der junge Mensch frei von störenden Einflüssen entwickeln kann. Dort lernt er die Spielregeln der Demokratie achten und verstehen.

Daß es in unserem Land trotz mancher finanzieller Schwierigkeiten möglich gewesen ist — ich erwähne hier gar nicht die Schwierigkeiten der Heimraumbeschaffung der Jugend-Organisationen — starke Jugendverbände aufzubauen, ist eine Tatsache und spricht auch für die Jugend. Daß aber vieles, was diese jungen Men-

schen tun von der Öffentlichkeit oft mit Zurückhaltung und Argwohn, fast möchte ich sagen mit einer gewissen Ängstlichkeit verfolgt wird, ist auch eine Tatsache. Man will nicht verstehen, daß die Industriegesellschaft das Verhalten der Jugend wesentlich beeinflusst und eine Generation geformt hat, die sich dem Rhythmus der Technik angepaßt hat und sogar etwas, wenn ich so sagen kann, von der Selbstsicherheit einer Maschine besitzt. Man nimmt heute gerne zur Kenntnis, daß sich die Welt in einem gigantischen Entwicklungs-Prozeß befindet, der von einem Tag auf den anderen ganz wesentliche Veränderungen bringt, aber man empfindet es als bedenklich, daß auch die junge Generation anders geworden ist. Dabei ist sie nicht annähernd so ideallos, wie es heute oft dargestellt wird, wie es die Jugend oft selbst beweist und wie auch die verschiedensten Meinungsbefragungen es in dieser Richtung beweisen. Aber vielleicht, meine Damen und Herren, müßten wir uns alle nur ein wenig mehr um diese junge Generation kümmern und auch versuchen, schädliche Einflüsse von ihr fernzuhalten. Ich würde sagen, so tolerant unsere Politik gegenüber den geistigen Strömungen der Zeit sein soll, so ablehnend soll sie gegenüber Schmutz und Schund und seine Verbreitung sein. Bei aller Wahrung der Freiheit sollen wir auch den Mut haben, jenen, für die der Profit alles, aber auch alles heiligt, Einhaltung zu gebieten, wo doch durch Film und Schundliteratur die Menschen verroht und insbesondere ein verderblicher Einfluß auf die Jugend ausgeübt wird. Daß es in Österreich nicht einmal gelungen ist, die ohnedies nicht allzu sehr wirksame Selbstkontrolle des Films durchzusetzen, die in einigen anderen westeuropäischen Ländern besteht, ist ein Zeichen, wie die Macht des Geldes sich über berechnete Forderungen von Jugendfunktionären und verantwortungsbewußte Stellen hinwegsetzen kann. Ich erwähne in diesem Zusammenhang gar nicht die Verbreitungsbeschränkungen von schlechter Literatur, wie wir sagen Schundliteratur, weil hier gibt es eine Bestimmung, die lautet: „Die Verbreitung dieser und jener Broschüren an Jugendliche unter 16 Jahren ist verboten“. Meine Damen und Herren, wenn ein Jugendlicher nicht wie 16 aussieht, hat er sicherlich einen Freund, der 16 ist. Er bekommt auf alle Fälle diese Broschüre, die er haben will. Also auch hier steht das Geld, der Profit, im Vordergrund.

Und daß es trotz dieser negativen und äußerst schädlichen Einflüsse möglich war, in weiten Bereichen die Jugend für Fragen der Gemeinschaft zu gewinnen, ist sicherlich mit ein Verdienst der Arbeit unserer Jugend-Organisationen. Wir erleben es auch in der Praxis unserer Jugendarbeit in der Steiermark immer wieder, daß es trotz vorhandener, oft sehr harter Gegensätze immer eine gemeinsame Basis gibt, in der man den aufrechten, überzeugten weltanschaulichen Gegner achtet. Was könnte sich eine Demokratie Besseres als eine solche Gesinnung wünschen?

Eines möchte ich noch sagen. Übertragen wir in unseren Organisationen den jungen Menschen

so früh als möglich Verantwortung. Nur dadurch können sie das Wissen und die Erfahrung sammeln, um in Zukunft bestehen zu können. Reden wir nicht immer nur von der Mitverantwortung der Jugend, die wir wünschen. Geben wir ihr auch die Möglichkeit dazu. Der Hamburger Soziologe Helmut Schelsky, der ja das Schlagwort von der „skeptischen Generation“ geprägt hat, ist in seiner negativen Meinung über das Verhalten der Jugend durch die Zeit selbst in manchen Punkten widerlegt worden. Aber ich glaube, er hat noch immer recht, wenn er feststellt: „Diese Generation ist in ihrem Bewußtsein und Selbstbewußtsein kritischer, skeptischer, mißtrauischer, glaubens- oder wenigstens illusionsloser als alle Jugendgenerationen vorher. Sie ist ohne Pathos und sie ist tolerant. Diese geistige Ernüchterung macht frei zu einer für die Jugend ungewöhnlichen Lebendstüchtigkeit. Diese Generation ist im privaten und sozialen Verhalten angepaßter, wirklichkeitsnäher, zugriffsbereiter und erfolgssicherer als je eine Jugend zuvor.“ Ich möchte dazu noch sagen — und ich habe dies ja bereits am Anfang festgestellt — diese Jugend ist auch noch immer für Ideale zu begeistern, aber nur, wenn echte Werte in ihnen enthalten sind. Bedenken wir das, was immer wir für diese Jugend und mit dieser Jugend tun. (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat Herr Landesrat Bammer das Wort. Die nächste Wortmeldung: Abg. Feldgrill.

Landesrat Bammer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der heutigen Mittagspause hat eine Sitzung des Landes-Sportrates stattgefunden und der Landes-Sportrat hat mich als den derzeit geschäftsführenden Präsidenten einstimmig beauftragt und ersucht, heute und hier dem Hohen Landtag und der Landesregierung den Dank für die auch in diesem Voranschlag für das kommende Jahr wieder festgelegten Ansätze auszusprechen.

Sie alle wissen, daß der Sport ein immer umfassenderes Interesse in der Öffentlichkeit erregt und daß erfreulicherweise ein immer größerer Teil der Menschen am Geschehen aktiv, zum Teil aber auch passiv, teilnimmt. Der Sport ist es, der im Dienste der Volksgesundheit, der echten und sinnvollen Freizeitgestaltung Bedeutung hat, der aber auch für die Jugend ein großes erzieherisches Moment mitbringt. Ich darf hier und an dieser Stelle feststellen, daß es für einen Funktionär des Landes Steiermark, wo immer er tätig ist, im Landtag oder auch vielleicht noch in Sport-Organisationen, immer angenehm ist, mit den Vertretern anderer Bundesländer zusammenzukommen und über das Verständnis des Landes Steiermark den Sporttreibenden und den Funktionären der Sport-Organisationen gegenüber zu berichten.

Ich habe vor einiger Zeit an einer Tagung in Raach in Niederösterreich teilgenommen, in der statistisch die Ansätze und auch die perzentuel-

len Anteile am Budget, soweit es die Sportförderung betrifft, gegenübergestellt worden sind. Wir durften feststellen, daß die Steiermark im absoluten, aber auch im relativen Anteil am Gesamt-Budget an der Spitze aller österreichischen Bundesländer steht. Ich konnte auch feststellen, daß diese Aufwendungen, diese nicht unbedeutenden Aufwendungen, durchaus Erfolge zeitigen. Wir werden am kommenden Dienstag wieder in der alljährlich stattfindenden Ehrung der steirischen Staatsmeister dem Herrn Landeshauptmann 58 steirische Staatsmeister vorstellen dürfen und darüber hinaus auch noch auf zwei Europameister-Titel verweisen können. Neben dieser nur statistisch dargestellten Ziffer über den Stand und das Ausmaß unserer Spitzensportler darf natürlich nicht vergessen werden, was in den vielen Vereinen geschieht, die in Statistiken nicht aufscheinen durch besondere Spitzenleistungen, sondern einzig und allein ihre Tätigkeit im Sinne der Volksgesundheit ausüben. Volks-Sport-Tage, Volks-Ski-Tage haben in der Steiermark Einzug gehalten und nehmen an Beteiligungszahlen, aber auch an Zahl der Veranstaltungen von Jahr zu Jahr zu. Und wenn man den Zeitraum der Tätigkeit der Landes-Sport-Organisation finanziell überblickt, so müssen zwei Ziffern nebeneinander gestellt werden: Im ersten Jahr, in dem das Landes-Sport-Gesetz Wirkung hatte, war der Budget-Ansatz — das war 1953 — 180.000 Schilling. Wir haben im Budget 1967 4.485.000 Schilling ausschließlich in der Gruppe 5 und für besondere, spezielle Aufwendungen noch in anderen Gruppen, aber auch im a. o. Voranschlag beträchtliche Beträge vorgesehen. Trotz aller Bemühungen — das soll auch hier gesagt werden, daß auf dem Sektor der Errichtung neuer Sportstätten sehr viel geschieht — fehlt noch immer eine große Zahl von Sportanlagen, sowohl am Lande, wie der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger ganz richtig festgestellt hat, als auch in den Zentren, in den Städten. Wir haben in den letzten Jahren die Kunsteisbahn in Betrieb nehmen können, wir haben die Rasensportanlage in Eggenberg fertiggestellt, wir haben die Turhalle in der Engelgasse in Betrieb genommen und es ist die große Leistung des ATG. in Form einer neuen Leichtathletikhalle und Schwimmhalle unmittelbar vor der Vollendung und vor der Inbetriebnahme. Trotzdem fehlen Hallenbäder, Kunsteisbahnen, Sporthallen und in den kleineren Gemeinden vor allem Turnsäle. So hat der Landes-sportrat beschlossen, im nächsten Jahr an die Hohe Landesregierung und an den Landtag heranzutreten, um gemeinsam über ein 5-Jahres-Sondersportprogramm zu beraten, das dazu dienen sollte, die wichtigsten fehlenden Anlagen herzustellen und deren Finanzierung zu sichern.

Wir haben im außerordentlichen Voranschlag bei der Post Sportstättenbau auf der Ausgabenseite 6 Millionen Schilling präliminiert, davon sind auf der Einnahmenseite 1 Million Schilling bedeckt. Wir sehen darin einen verheißungsvollen Ansatz für ein solches Sportstättenprogramm, das natürlich nicht allein vom Bund,

schon gar nicht allein von den Gemeinden finanziert werden kann. Aber wenn wir uns das Beispiel der Finanzierung der Grazer Kunsteisbahn zu eigen machen, daß also Bund, Land und betroffene Gemeinde je ein Drittel dieser Aufwendungen übernehmen, so scheint ein Sportstättenprogramm durchaus realisierbar.

Im Zusammenhang mit der Beteiligung und Heranziehung des Bundes für die Finanzierung von Sportanlagen, aber auch für die Sportförderung schlechthin, habe ich einen besonderen Wunsch anzumelden. Wir klagten heute berechtigt bei vielen Posten darüber, daß die Bundesregierung, das Parlament in der heutigen Zusammensetzung nicht bereit sind, bei verschiedenen Notwendigkeiten der Länder und Gemeinden mehr Beiträge zu leisten. Wir haben auf dem Sektor der Sportförderung geradezu das Gegenteil. Hier ist und wäre der Bund bereit, Beiträge zu leisten, Mittel an die Sportvereine zu geben, wenn ihm dazu eine echte Ermächtigung erteilt werden würde. Das klingt sehr paradox im Zusammenhang mit dem vorher Gesagten. Aber Sport ist Landessache und heute haben wir den Zustand, daß die Ansätze des zuständigen Ressortministeriums durch den Rechnungshof ständig kritisiert werden, weil Sport Landessache ist, weil all das, was über den Schulsport hinausgeht, eben keine Aufgabe des Bundes ist. Es besteht Einhelligkeit und Einvernehmlichkeit in allen Sportorganisationen, daß hier ein Weg gefunden werden soll, der den Bund in die Lage versetzt, an der Erreichung dieses Zieles zu arbeiten.

Ich darf hier vor allem darauf verweisen, daß es nicht darum geht, Kompetenzen des Landes abzutreten, sehr wohl aber darum, eine Form und einen Modus zu finden, der auch dem Bund diese Möglichkeit erschließt. Wir haben hier Auffassungsunterschiede mit verschiedenen Persönlichkeiten in den österreichischen Bundesländern. Bei aller gebührenden Achtung für die Herrn Amtsdirektoren in den Bundesländern darf ich sagen, daß die rein juristische Meinung, Sport ist Landessache und hier darf der Bund nichts tun, von den Sportorganisationen, in welchem Lager sie immer stehen mögen, nicht geteilt wird. Hier soll eine Möglichkeit erschlossen werden, daß der große Nachholbedarf auf dem Sektor der Errichtung neuer Sportstätten zu einem guten Erfolg kommt. Ich darf auf diese Auffassungsunterschiede hinweisen und doch bitten, daß mit der Landes-Sportorganisation in dieser Beziehung ein Gespräch geführt wird, damit man zu einer Annäherung der Standpunkte kommt.

Das Ziel der Sportverbände und vor allem auch der in der Landes-Sportorganisation vertretenen Vereine ist es, daß ein Bundes-Sportförderungsgesetz zustande kommt, das keine Einnengung der Länderrechte bedeutet, aber eine echte, weil notwendige Hilfe für den Sport in Österreich bringt.

Des weiteren vertreten wir die Auffassung, daß alle Mittel, die aus dem Sport-Toto eingenommen werden, soweit es sich nicht um die Gewinnbeträge der Teilnehmenden handelt, wieder dem Sport zuzuführen sind. Auch diesen Zustand haben wir derzeit nicht.

Und drittens darf ich Ihnen sagen, daß es unser gemeinsames Ziel ist, daß, unbeschadet wo der einzelne am Sport und der Volksgesundheit Interessierte lebt, ihm durch die Errichtung neuer Anlagen die Möglichkeit gegeben werden soll, auch dem Sport zu huldigen und damit auch für alle gemeinsam die richtige Einstellung nachzuweisen, daß er selbst bereit ist, durch körperliche Betätigung auch dem Gesamtkapitel 5, vielleicht durch eine gesündere Lebensweise, auf der Seite der Krankenanstalten dem Land weniger zur Last zu fallen. (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident: Das Wort hat der Abg. Feldgrill. Die nächste Wortmeldung hat Frau Abg. Egger abgegeben.

Abg. Feldgrill: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Landesrat Bammer hat als zuständiger Referent jetzt über die Sportentwicklung in der Steiermark, über die Sportverbände usw. gesprochen. Er war der Meinung und hat es auch unterstrichen und ausgedrückt, daß dem Sport in der Steiermark sehr viel geholfen wird. Ich pflichte ihm hier bei und zwar mit einer Einschränkung. Für die Förderung des Breiten-Sports hat das Land Steiermark immer wieder seinen finanziellen Verhältnissen entsprechend, sehr beachtliche Mittel zur Verfügung gestellt. Daneben hat es oftmals Ehrenpreise für sportliche Großveranstaltungen usw. gestiftet. Der steirische Breiten-Sport hält zum Beispiel mit seinen Skifahrern, Schwimmern, Turnern, Fußballern usw. weiterhin erfolgreich mit den anderen Bundesländern Schritt. So gehören unter anderem dem Steirischen Fußballverband 222 gemeldete Vereine mit über 30.000 aktiven Fußballern an, die in 7 Meisterschaftsgruppen von der Nationalliga bis zur 3. Klasse ganzjährig teilnehmen. Die vielen Betriebs-, Freizeit- und Sonntagsmannschaften sind in obigen Zahlen nicht enthalten. Ebenfalls nicht mitgerechnet sind die Schüler aller steirischen Schulen, die mit großer Begeisterung und beachtlichem Können dem runden Leder im Rahmen des Schulsports nachjagen. Die Woche für Woche im ganzen Land stattfindenden Wettspiele werden von vielen Zuschauern besucht. Damit ist eindeutig unter Beweis gestellt, daß der Fußballsport als Breiten-Sport in der Steiermark zum Volkssport geworden ist.

Im Spitzensport aber, worunter man veranstaltungsmäßigen Wettkampfsport versteht, der leider bei uns ziemlich auf sich selber angewiesen ist, verzeichnet die Steiermark gegenüber den Ländern Tirol, Vorarlberg und Oberösterreich, ja selbst gegenüber Kärnten in den letzten Jahren einen starken Abfall. Ich denke hier

in erster Linie an den steirischen Fußballsport, der im österreichischen Spitzensport fast nichts mehr zählt. Unsere drei großen Fußballklubs in der Steiermark GAK, Sturm, Kapfenberger Sportverein, stehen in der Nationalliga auch diesmal in der Meisterschaft im letzten TABELLENDRITTEL und zwar in der Nationalliga, an deren Schaffung im Interesse des gesamten österreichischen Fußballsports der Steirische Fußballverband einen hervorragenden Anteil hat. Das leider anhaltende Leistungstief unserer drei genannten steirischen Nationalligaklubs ist nicht allein von ihnen selbst verschuldet. Während es nämlich bei Wacker Innsbruck, Schwarz-Weiß Bregenz, Linzer ASV und Klagenfurter Austria und den Vertretern der übrigen Bundesländer in der österreichischen Nationalliga von Stadt und Land, von Industrie und anderen Mäzenen, die es scheinbar in der Steiermark nicht gibt, unterstützt, gelungen ist, ihren Mannschaften neue Spitzenköpfe zuzuführen, die das gesamte Leistungsniveau dieser Mannschaften gehoben haben, sind hiezu unsere Spitzenvereine leider nicht in der Lage. Weder der GAK, noch Sturm, noch Kapfenberg ist es auf die Dauer gelungen, ausgezeichnete Spitzenköpfe in ihren Reihen zu erhalten. Das ist in unserem Lande bekannt. Es ist aber auf der anderen Seite vielleicht so, daß man diesen jungen Leuten, die in andere Bundesländer und zu anderen Klubs abgewandert sind, auch nicht für Übel halten sollte, daß sie dort besser leben. Das hieße nämlich, den heute überall herrschenden Materialismus unseres Zeitalters, den wir als kleines Land nicht verändern können, verkennen zu wollen. Weil aber die Leistungen der verbliebenen heimischen Spieler einfach nicht ausreichen erfolgreich abzuschneiden, sind die Besucherzahlen in Graz und auch in Kapfenberg mit durchschnittlich 3000 bis 6000 Besuchern pro Wettspiel minimal. Dabei muß man darauf verweisen, daß Graz immerhin 250.000 Einwohner zählt. Wenn in Klagenfurt, in Linz, in Bregenz oder in Innsbruck durchschnittlich 10.000, bei Spitzenspielen auch 17.000, in Linz sogar bis 25.000 und 30.000 Zuschauer auf die Sportplätze wandern, so muß das, gelinde gesagt, einen Steirer, der die hohe Blüte des steirischen Fußballsportes vor 10, 20 und vor 30 Jahren gekannt hat, etwas betrübt stimmen. Es ist einmal so, daß die Leute deshalb nicht kommen, weil die Leistungen nicht entsprechend sind. Die Leistungen sind aber deshalb nicht entsprechend, weil wir dauernd Spitzensportler an besser situierte Vereine, an andere Bundesländer und auch an das Ausland abgeben müssen. Und es wird solange nicht anders werden, solange es unseren steirischen Nationalliga-Klubs nicht möglich ist, ein besseres Budget zu machen. Das aber könnten sie nur dann, wenn sie in der Lage wären, bessere auswärtige Kräfte als Blutauffrischung einzukaufen. Sehen Sie, diesen negativen Kreislauf, der uns hier vor Augen liegt, können wir scheinbar nicht unterbrechen. Ich bin aber der Auffassung, daß wir in unserem kommerziellen Zeitalter, in dem wir nun einmal leben, vor dem Spitzensport, weil er von bezahlten Spit-

zensportlern betrieben wird, nicht den Kopf in den Sand stecken können, daß wir diese „Halb-Profi“ als angeblich verwässerte Sportsleute ablehnen. Wir sollten vielmehr auch die Bedeutung eines erfolgreichen Spitzensportes auf die Dauer nicht übersehen. Der Spitzensport ist nirgends auf der Welt mehr ein Amateur-Sport. Es kommen für so und so viele Breitensportler auch in unserem Lande der Ansporn und die Beispiele in Frage, die ihnen von Spitzensportlern gegeben werden.

In allen Lebenszweigen, nicht nur im Sport, sind Spitzenköpfe das Vorbild der Jugend. Es gibt heutzutage kaum ein ähnliches Massenmedium wie den Spitzensport. Er begeistert alle Volksschichten, vom schulpflichtig gewordenen Knaben — ich möchte sagen — bis zum vital gebliebenen Rentner. Wir sollten uns daher entschließen, auch den steirischen Spitzensport als das Anliegen vieler Zehntausender in unserem Lande zu unterstützen. Wir dürfen ihn nicht etwa entgegen unserer eigenen Wahrnehmung bagatellisieren und vielleicht mit dem abgedroschenen Satz abtun, „wenn 22 einem Ball nachlaufen und die anderen zuschauen, so ist das kein Sport mehr“. Wir dürfen diese Meinung nicht zu der unserigen machen. Wenn unser steirischer, weitgehend angeschlagener Spitzensport — ich betone, das ist nicht nur im Fußball der Fall, sondern auch in vielen anderen Sportarten — weiterhin so zurückgeht wie in den letzten Jahren, werden wir ganz in Bedeutungslosigkeit gegenüber den anderen Bundesländern versinken. Seitdem es, wie gesagt, mit dem Spitzensport auf den steirischen Fußballplätzen bergab geht, erlebt unser Land, auf diesem Sektor zumindest, einen fortschreitenden sportlichen Prestigeverlust. Von Innsbruck, Bregenz und Linz sprechen heute in ganz Österreich zehntausende von Menschen. Und schauen Sie sich bitte die Zeitungsleser am Montag an! Da werden Sie sehen — und ich glaube, daß mir die Damen und Herren des Hohen Hauses, die ja alle sportinteressiert sind, hier beipflichten werden —, daß 90 Prozent der Leute die Zeitung von rückwärts zu lesen beginnen. Und rückwärts ist bekanntlich der Sportteil drinnen. (Landesrat Sebastian: „Und das Horoskop!“)

Wenn Sie heute mit alten Sportkollegen aus anderen Bundesländern sprechen über den steirischen Spitzenfußball, so muß man sagen, daß man ihnen dabei höchstens ein bedauerndes Kopfschütteln abringt, wenn sie uns gut gesinnt sind. Wenn sie uns schlecht gesinnt sind, dann bitte ich Sie, es mir zu ersparen, darüber zu reden, was sie dann sagen.

Der GAK, vor 64 Jahren gegründet, Sturm vor 57 Jahren, die Kapfenberger Sport-Vereinigung vor 47 Jahren gegründet, galten als Pioniere im österreichischen Fußballsport. Das wird aber heute nicht mehr gewertet. Und ich glaube, daß sich das auch zum Besseren solange nicht ändern wird, solange wir diesen Spitzenvereinen in der Steiermark nicht die Möglichkeit

geben, auf dem besagten Weg, den ich schon aufgezeigt habe, doch einen Schritt vorwärts zu machen, daß sie sich mit auswärtigen Spitzenspielern wieder auffrischen können.

Mit dem Rückgang unseres steirischen Spitzensportes ist aber auch ein wesentliches wirtschaftliches Manko verbunden. Denn es gehen von den 16.000 und 17.000 Zusehern, die beispielsweise in Bregenz und Innsbruck und von den 25.000 und 30.000 Zusehern in Linz nicht alle sofort nach dem Fußballspiel nach Hause. Sie konsumieren auch, sie lassen also Geld in den Konsum fließen und sie lassen auch beträchtliche Mittel dem Fiskus zukommen. Und zwar über die Lustbarkeitsabgabe, über die Umsatzsteuer, über die Körperschaftssteuer der Vereine usw., bei denen sich ja bekanntlich der Fiskus überall angehängt hat.

Ich stimme mit dem Herrn Landesrat Bammer in seinen Worten dort ganz überein, wo er seiner Freude Ausdruck gibt, daß in Steiermark für den Breitensport und für die Sportentwicklung sehr viel getan wird. (Landesrat Bammer: „Auch für den Spitzensport!“) Aber ich möchte doch noch einmal darauf hinweisen, daß wir auch im Spitzensport vielleicht nicht all das tun, was wir tun könnten. Ich möchte daher bitten, hier zum Ausdruck bringen zu dürfen, daß ich mir vollkommen klar bewußt bin, daß der Breitensport in unserem Lande, wie überall auf der Welt, die Grundlage für den Sport schlechthin darstellt, daß aber der Spitzensport in allen Ländern auf der Welt dem Sport erst jenen Auftrieb gibt, den er in den letzten Jahrzehnten genommen hat.

Ich möchte Sie daher bitten, daß wir dem steirischen Spitzensport von unserer Möglichkeit aus gesehen in Zukunft eine echte Chance geben, wieder dorthin zu kommen, wo er war, so daß er wieder mit anderen Bundesländern Schritt halten kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächste Rednerin hat Frau Abg. Edda Egger das Wort. Weitere Wortmeldung: Herr Abg. Ileschitz.

Frau Abg. Egger: Hoher Landtag! Oft und deutlich genug wurde hier im Haus ausgesprochen — und es geht auch aus den Ausgaben für die Gruppe 5, dem Gesundheitswesen, in diesem Jahr hervor —, daß in der Steiermark sehr viel, wirklich bis zum Rande der finanziellen Kräfte, für die Kranken getan wird. Die Gruppe, die wir jetzt behandeln, heißt aber „Gesundheitswesen“. Tun wir auch dafür genug? Das heißt, tun wir primär für die Gesunderhaltung alles, was in unseren Kräften steht? Ich habe gerade in den letzten Tagen in einer Statistik gefunden, daß bei einer großen Krankenkasse die Zahl der Krankentage pro Versichertem und Jahr, und zwar solcher, die im Arbeitsprozeß stehen, von 10,9 Tagen im Jahr 1950 auf 17 Tage im Jahr 1964 gestiegen ist. 1950 war ein Jahr, in dem man noch an den Mängeln und Auswir-

kungen der Nachkriegszeit gelitten hat, wo es noch Hunger, schlechte Wohnungen gegeben hat und daher anzunehmen wäre, daß die Menschen häufiger krank gewesen sind. 1964 war dagegen ein Jahr, in dem die Verhältnisse sich bereits in einen gewissen Wohlstand gewandelt hatten. Auch die pro Krankenschein aufgewendeten Kosten sind in dieser Zeit auf das Vierfache gestiegen. Diese Zunahme von Krankheiten und ihre Schwere ist alarmierend. Sollte uns das nicht aufrütteln nachzudenken, um alles in unserer Macht Stehende für die Gesunderhaltung zu tun? Müssen wir dieses Zunehmen von Krankheiten wie ein unabwendbares Schicksal hinnehmen, das wir nicht aufhalten oder gar wenden könnten? Eine der wichtigsten Erkenntnisse der modernen Medizin ist, daß die innere Haltung und Einstellung des Menschen als Krankheitsursache wie als Heilungsfaktor eine viel größere Rolle spielt als man vor 50 oder 100 Jahren annahm. Was tun wir also, um die Menschen zur Gesundheit zu erziehen, um ihren Willen, gesund zu bleiben und zu werden wirklich zu stärken? Aus welchem Beispiel der Gesundheitspolitik der öffentlichen Hand kann der einzelne erkennen, daß hier ein Wert zu erhalten ist? Gibt es eine Gesundheitspolitik? Durch die Abnahme jeglichen Risikos, selbst von aller kleinsten Risiken, vergißt heute der Mensch, daß Gesundheit und Krankheit primär in seine eigene Verantwortung fallen, daß sie seine eigene Angelegenheit sind. Wo erfährt ein junger Mensch, daß Vorbeugen besser ist als Heilen und mindestens ebenso wichtig?

Jeder wird heute durch die Maßnahmen in unserem Krankenversicherungswesen dahin gedrängt zu glauben, daß er die Leistung einer Krankenkasse in Anspruch nehmen soll. Mit einem Wort, daß es ihm zustehe krank zu sein, damit er für seine Beiträge etwas geboten bekomme. Vielleicht habe ich das etwas überspitzt ausgedrückt, aber de facto ist diese Tendenz zu spüren. Ich meine mit meinen Worten nicht einmal die Kassenmißbräuche, daß sich jemand in die 3. Klasse des Krankenhauses begibt, um die Zusatzleistungen seiner Privatversicherung zu kassieren und damit sein Einkommen aufzubessern. Das sind, wenn auch höchst unerfreuliche, so doch Einzelfälle. Viel schwerwiegender ist die unbewußte allgemeine Einstellung, daß man für seine Beiträge etwas beanspruchen müsse. Damit wird man tatsächlich anfälliger für das Kranksein. (Abg. Leitner: „In das Krankenhaus wird man nur durch den Arzt eingewiesen!“) Fehlt der Wille zum Gesundsein, dann weiß auch jeder Arzt, daß er nur langsam und mühsam helfen kann. Freilich ist es schwer, eine bessere Einstellung der Menschen herbeizuführen. Schwierigkeiten dürften aber kein Grund sein, eine notwendige Aufgabe nicht anzupacken. Manches ließe sich doch erreichen, sobald diese Aufgabe erkannt wird. Erziehen läßt sich der junge Mensch, wie gesagt vor allem durch Beispiele und durch Taten, die er im Leben sieht und deren Auswirkungen er wahrnimmt.

Besonders wenn er mit Gleichaltrigen gemeinsam solche Erfahrungen macht.

Hier gebe ich dem Herrn Kollegen Groß recht, daß Jugendverbände eine große Aufgabe haben und vor allem auch die Gewerkschaftsjugend, die eine besonders große Reichweite hat. Wird in diesen Verbänden der Jugend deutlich genug gezeigt, daß jedes Recht untrennbar mit einer Pflicht verbunden ist, ja das Recht allein nur auf der erfüllten Pflicht basieren kann? Wer spricht je klar aus, wenn zum Beispiel der einzelne es als eine Pflicht der Allgemeinheit ansieht, daß diese ihm in seiner Krankheit hilft, daß diese aber das Recht auf die Gesundheit des einzelnen hat? Mit einem Wort, jeder Mensch soll so viel als möglich für seine Gesundheit tun. Dieser Wille zur Gesundheit muß in allen Menschen geweckt werden. Auch bei den älteren Menschen wäre das notwendig. Wir brauchen ein Leistungsgewissen in dieser Hinsicht. Sport allein, über den sehr viel gesprochen wurde, ist sicher wichtig, er allein genügt nicht. Wir sehen, daß Sportmaßnahmen vor allem nur die jungen Menschen ansprechen; die älteren Menschen tun in dieser Hinsicht zu wenig. Es wäre wichtig, in diese Gesundheitserziehung die gesamte Lebenserfahrung miteinzubeziehen. Das ist eine sehr große und schwierige Aufgabe, vor der wir aber nicht kapitulieren sollen.

Vielleicht hilft zu dieser Gesundheitserziehung auch die Einsicht, wieviel an Krankheit jeder durchschnittlich zu erwarten hat. In Österreich ist im Durchschnitt derzeit der 50 jährige Mensch 26 Tage im Jahr krank. Das sind erwiesene Zahlen. Der über 60 Jährige bereits 80 Tage. Können wir uns wirklich ein Alter wünschen, in dem wir in dem Jahrzehnt zwischen 60 und 70 Jahren — und das erleben wir nach der Statistik — rund $2\frac{1}{4}$ Jahre krank sind? Und welche Kosten verursacht das, selbst wenn sie über die Krankenkassen bezahlt werden. Aber auch Krankenkassen müssen über Steuern und Beiträge finanziert werden.

So wäre ein erster Schritt der öffentlichen Hand, wie jedes einzelnen verantwortlichen Menschen, an einer Gesundheitserziehung der Bevölkerung mitzuwirken. Jeder kann etwas dazu tun.

Darüber hinaus wäre zu wünschen, daß auch in der Gesundheitspolitik unseres Landes die Vorbeugung deutlicher in Erscheinung tritt. Es genügt die persönliche Initiative mancher Amtsärzte, die draußen in den Bezirken wirken, nicht, wenn nicht die Zentralstelle des Amtes beispielgebend und in die ganze Peripherie ausstrahlend, vorangeht. Ich bedaure, daß heute niemand von der Landes-Sanitätsbehörde anwesend ist. Z. B. haben wir als Abgeordnete schon verschiedene Anträge gestellt, die in Richtung Vorbeugung gehen. Der Antrag auf den Gesundheitspaß für Mütter ist nicht zum erstenmal gestellt worden. Er wurde vor einigen Jahren schon gestellt. Er ist in einer Schreibtischlade verschwun-

den. Ein weiteres Beispiel: Die Säuglingssterblichkeit in Steiermark liegt über dem österreichischen Durchschnitt. Darüber wird oft gesprochen. Zu den wichtigsten Ursachen der Säuglingssterblichkeit gehören die Blutgruppenverträglichkeit und der Rhesusfaktor. In Wien bezahlen die Krankenkassen die Bestimmung der Blutgruppe und die Rhesusfaktoruntersuchung im 4. Schwangerschaftsmonat und die Gemeinde Wien knüpft den Bezug des Säuglingswäschepaketes an diese durchgeführten Untersuchungen. Den Kassen werden also die Kosten für die Untersuchung nicht erspart. Warum bezahlen die Kassen in der Steiermark diese Untersuchung noch nicht? Wahrscheinlich wurde das noch nicht in die Wege geleitet. Ich habe mich erkundigt, ob in der Steiermark diese Untersuchungen durchgeführt werden. Man hat mir gesagt, daß das an zwei Stellen geschieht, daß aber dafür recht ansehnliche Beträge zu zahlen sind. (Abg. Leitner: „Weil es ihnen zu viel kostet!“)

Wer weiß aber in der Bevölkerung überhaupt, daß es diese Untersuchungen gibt und wann und wo man sie machen lassen kann und wie entscheidend sie sein können, daß eine Frau lebende Kinder zur Welt bringen kann? Ich weiß auch, daß die Fürsorgerinnen, die diese Aufgaben durchzuführen hätten, sehr gerne bei einer solchen Schwangeren-Fürsorge mitwirken würden.

Die Summen, die Sie im Voranschlag für die Mütterberatung und Schwangerenfürsorge angeführt sehen, sind in den letzten zwei Jahren nicht im selben Verhältnis gestiegen wie das übrige Budget. Im Jahre 1965 wurden dafür zusammen 433.387 Schilling ausgegeben, für den Voranschlag 1967 sind nur 465.000 Schilling veranschlagt, also knapp 8 Prozent mehr. Wenn Sie die Kostensteigerungen in den letzten zwei Jahren bedenken, werden Sie sehen, daß damit höchstens ebensoviel wie im Jahr 1965, aber sicher nicht mehr, getan werden kann. Dabei gibt es manche gute neue Möglichkeiten und es haben nicht nur die Politikerinnen Wünsche zur Verbesserung, sondern auch die Fürsorgerinnen, Hebammen, Ärzte und vor allem auch die Bevölkerung selbst.

Ähnlich ist es mit der Zahn-Karies-Prophylaxe. 1965 wurden 293.000 S dafür ausgegeben, im nächsten Jahr waren im Voranschlag 150.000 Schilling vorgesehen und 1967 sind es allerdings wieder 250.000 Schilling, aber immerhin um 43.000 Schilling weniger als im Jahr 1965. Wir müssen uns fragen, ob die Zähne unserer Schulkinder inzwischen wirklich besser geworden sind.

Vorbeugende Maßnahmen müssen nicht immer unbedingt viel Geld kosten. In unserer Zeit gibt es unglaublich viele neue und sehr ernste Gefahren für die gesamte Bevölkerung durch den Fortschritt der Wissenschaft und Technik, die oft nicht mit der nötigen Vorsicht

und Rücksicht angewendet werden. Das gilt für die Lebensmittelherzeugung wie für die Verunreinigung von Wasser und Luft, den Verkauf von Medikamenten und manches andere.

Wie oft habe ich von Fachleuten gehört, das österreichische Lebensmittelgesetz würde ausreichen, Mißbräuche und Auswüchse zu verhindern, es ginge nur um die ausreichende Handhabung. Die unzureichende Handhabung geschieht aber nicht nur in Wien.

Aber zurück zur Gesundheit der Kinder. Wäre nicht eine Überwachung der Klein- und Schulkinder hinsichtlich der Wirbelsäulen- und Verdauungsschäden notwendig? Gäbe es nicht noch manches andere, was auf dem Gesundheitsgebiet notwendig ist? Ich habe ja da in ähnlicher Weise bereits bei der Erziehungsberatung und den Maßnahmen der Jugendhilfe von diesem Sektor gesprochen. Auch für die Erwachsenen wären ähnliche vorbeugende Maßnahmen notwendig. Man könnte da manches tun, vor allem auch in der Bekämpfung von Arbeits- und Berufsschäden. Besonders wichtig wäre aber, daß wir uns der älteren Menschen in gesundheitlicher Hinsicht mehr annehmen und zwar auch in vorbeugender Hinsicht. Es wäre vielleicht notwendig, daß wir ihnen eine regelmäßige Durchuntersuchung erleichtern. Sehen Sie, in dieser Richtung haben wir auch vor Jahren einen Antrag gestellt, daß ein zytologisches Laboratorium in der Steiermark geschaffen werden soll. Damals war auch Frau Nationalrat Dr. Bayer die Initiatorin. Ich habe den Antrag im Landtag eingebracht und es waren alle Vorarbeiten geleistet. Leider wurde vom Land aus diese Initiative nicht durchgeführt. Es hat erst jetzt die Krebsgesellschaft diese Maßnahme wirklich durchgeführt, so daß sie auf die notwendige breite Basis gestellt werden konnte. Das meine ich mit „mangelnder Initiative, mit mangelnder Tatkraft“. Hier würden wir uns Abhilfe wirklich wünschen. (Landesrat Sebastian: „Ich wünschte mir dazu mehr Geld!“)

Sie sehen, daß jetzt das Geld für dieses zytologische Labor doch aufgebracht wurde. Ich weiß schon, daß auch Spenden dazugekommen sind usw. Aber wie gesagt, mit Phantasie und Initiative läßt sich manches machen.

Zur Vorbeugung und Gesunderhaltung sollte man sich schon verschiedenes einfallen lassen. (Landesrat Sebastian: „In der Medizin ist mit der Phantasie nicht viel anzufangen!“) Ich meine nicht die Medizin! Ich habe nur auf Ihren Zwischenruf geantwortet. (Landesrat Sebastian: „Das ist aber dann nicht mein Referat!“)

Aber auch Ihnen, Herr Landesrat Sebastian möchte ich eine Maßnahme zu bedenken geben, die in Ihre Kompetenz fällt, und zwar, daß wir für alte Menschen mehr Pflegespitäler brauchen würden und daß wir dabei durch solche Spitäler manche Kosten sparen könnten, weil diese Art von Spitälern eine gute Versorgung alter

Menschen auch mit geringeren Mitteln gewährleisten könnte. (Landesrat Sebastian: „Das hat Ihr Kollege Dr. Heidinger schon gesagt!“)

Eine weitere Möglichkeit, die nicht in die Vorbeugung und Gesundheitsfürsorge direkt fällt, sondern eher in die Krankenfürsorge, möchte ich aber doch hier erwähnen, nämlich, daß wir etwas schaffen müßten, was es in anderen Ländern bereits gibt, das ist einen Heim-Krankenpflege-Dienst. In anderen Ländern wird da viel mehr getan und auch damit könnte man Spitalskosten ersparen. Heim-Krankenpflege-Dienst ist etwas Ähnliches für kranke Menschen, was die Heimhilfe oder Haushaltshilfe für die Familien ist, nämlich, daß jemand, der die Arbeit versteht, Kranke zu betreuen, das zu Hause macht, so daß nicht alle in Spitalspflege gehen müssen mangels geeigneter Pflegemöglichkeiten zu Hause. Das gilt für manche Krankheiten leichter Art, das gilt aber auch für Nachbetreuung nach schwereren Krankheitsfällen. Das wäre auch eine sehr gute Möglichkeit für Teilzeitbeschäftigung. Ich bin überzeugt, daß wir unter verheirateten Krankenpflegerinnen manche finden würden, die gerne eine Teilzeitbeschäftigung auf diesem Gebiet annehmen würde.

Ich habe nun viele Wünsche angemeldet, ich möchte aber doch auch sagen, daß wir dankbar sind, daß im Lande auch verschiedenes auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge geschehen ist, vor allem auf dem Gebiete der Impfung, nicht nur bei der Kinderlähmungs-Impfung, sondern auch dadurch, daß nun die Tetanus-Impfung, für die wir voriges Jahr den Antrag eingebracht haben, kommen wird. Das ist ein wirkliches Anliegen.

Ich habe für die Gesundheitsvorsorge nur wenige Beispiele angeführt. Die Fachleute werden sicher bessere Möglichkeiten wissen oder solche finden. Auf vielen Gebieten der Gesundheitsvorsorge könnte von der Landes-Sanitätsbehörde tatkräftig gewirkt werden. Nur so können wir die steigende Kostenflut, die durch die Krankheiten verursacht wird, eindämmen. Lassen wir uns nicht in eine falsche Entwicklung mitreißen, sonst werden wir die Gruppe 5 bald nur mit „Krankenwesen“ bezeichnen können. Es wäre ein lohnendes Ziel, unserer steirischen Gesundheitsvorsorge ein ausgeprägteres Gesicht zu geben, so daß man von einer wirklichen Gesundheitspolitik sprechen können und diese auch für die Bevölkerung ein lebendiger Begriff wird. (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident: Der Herr Abgeordnete Hleschitz hat das Wort an Herrn Abgeordneten Brandl abgetreten. Ich erteile es ihm.

Als nächster ist Abgeordneter Leitner zu Wort gemeldet.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! In den Beratungen des Vor-

anschlag es nimmt das Gesundheitswesen verständlicherweise einen großen Raum ein. Unsere Landeskrankenanstalten mit ihren vielfältigen Problemen stehen dabei immer im Vordergrund. In den Auseinandersetzungen zwischen dem Land als Spitalerhalter und den Sozialversicherungsträgern wird die Problematik immer größer, weil die Zahlungsfähigkeit der Institutionen, die die Versicherten zu vertreten haben, ganz einfach mit den Anforderungen, die eine moderne Medizin stellt und ermöglicht, nicht mehr so leicht übereinzustimmen ist. Die Sozialversicherungsträger, die einwandfrei nicht nur für ihre Mitglieder zu sorgen, sondern darüber hinaus schon ganz allgemeine gesundheitliche Aufgaben zu erfüllen haben, stehen dauernd im Kreuzfeuer von Forderungen. Sind es nicht die Spitalerhalter, sind es ganz bestimmt die Ärzte, die mit großem Erfolg ihre Interessen zu wahren und zu vertreten wissen. Über dieses Gesamtproblem wird aus sozialistischer Sicht noch sehr gründlich Stellung genommen werden.

Ich möchte mir nun erlauben, ein Detailproblem aus dem Gesundheitswesen herauszunehmen und dazu ganz offen meine Meinung zu sagen. Wir leben in einem Zeitalter von Massenballungen von Menschen. Diese Erscheinung gilt nicht nur für die Industrie, gilt nicht nur für die Bereiche der Verwaltung, des Handels und dergleichen, sondern sie gilt auch für die für Leben und Gesundheit unserer Mitbürger so notwendige Berufsgruppe der praktischen Ärzte. In den Städten und großen Zentren des Landes wird keine Planstelle unbesetzt bleiben. Im Gegenteil es ist meist so, daß eine größere Anzahl von Bewerbern da ist. Wie ist es aber nun in den Gebieten und wie ist die Situation der ärztlichen Versorgung in solchen Gegenden unserer Heimat, wo nun einmal das Leben beschwerlicher, die Belastungen größer und die Möglichkeiten der Unterhaltung und Entspannung geringer sind?

Ich will nicht behaupten, daß die Lage katastrophal ist. Ich will nur sachlich und nüchtern feststellen, daß derzeit 14 Planstellen in der Steiermark unbesetzt sind. In einer Aussendung der Ärztekammer nimmt die Vollversammlung zur Nachwuchsfrage der Ärzte Stellung und teilt mit, daß nach ihrer Meinung zuviele Medizinstudenten die Hochschule besuchen. Aus dieser Aussendung ist zu entnehmen, daß in Österreich nach Israel das dichteste Netz von Ärzten ist. In dieser Aussendung wird auch zu unbesetzten Planstellen einiges gesagt und zwar, wenn auch an manchen Orten freie Planstellen für Kassenärzte vorhanden sind, so kann das nicht als Zeichen eines effektiven Ärztemangels angesehen werden. Es handelt sich vielmehr oft um Planstellen, die keine echte Existenzgrundlage bilden oder wegen anderer schwieriger lokaler Verhältnisse nicht besetzt werden können. Bei 14 unbesetzten Planstellen heißt das jedenfalls, daß in 14 Gemeinden mit einem mehr oder weniger großen Zuzugsgebiet derzeit kein Arzt da ist, der rasch gerufen werden kann. Das heißt,

daß die Menschen dieser Gebiete in den Stunden schwerer Erkrankungen, in den Stunden von Unfällen oder Entbindungen darauf angewiesen sind, daß ein Arzt aus einer benachbarten Gemeinde für sie frei wird.

Bei voller Anerkennung der Leistungen aller Ärzte, muß ich jedoch mit Blickrichtung auf den Landarzt, wenn ich diese Bezeichnung wählen darf, doch sagen, daß sich hier eine Entwicklung anbahnt, ja überwiegend schon besteht, die alle verantwortlichen Stellen stärker beachten sollen. Der Unterschied zwischen dem Arbeitsablauf, dem Arbeitseinsatz sowie den Verdienstmöglichkeiten des Arztes in der Stadt und des Arztes auf dem Lande, vor allem in den entlegenen Gebieten, verschiebt sich immer mehr zugunsten des Stadtarztes. Seine Sprechstunden, seine Arbeitszeit und auch seine arbeitsfreie Zeit sind weitgehend geregelt. Wenn wir uns jedoch den Dienstablauf eines Arztes in irgendeinem abgelegenen Gebiet betrachten, so müssen wir erkennen, daß hier die Entwicklung mit Ausnahme der Motorisierung ziemlich stehengeblieben ist.

Wenn ich stellvertretend für viele andere, den Arzt von Wildalpen im Salztal Dr. Bonta herausstelle, so deshalb, weil ich die Verhältnisse dort sehr gut kenne und weil dieser Mann in seiner Leistung und in seiner Vielfalt mir so als das Idealbild eines Landarztes erscheint. Um in diesem abgelegenen, vom nächsten Krankenhaus über 40 km entfernten Gebiet überhaupt einigermaßen ärztlich erfolgreich wirken zu können, hat sich Dr. Bonta mit anderen Idealisten eine Rotkreuz-Ortsgruppe mit eigenem Krankentransportwagen aufgebaut. Es spricht für das Vertrauensverhältnis zwischen der Bevölkerung, überwiegend Forstarbeiter, und ihrem Arzt, daß in dieser Gemeinde mit rund 900 Einwohnern 200 Rotkreuzmitglieder geworben wurden. Es spricht weiter positiv für die Menschen dieses Gebietes, wenn beispielsweise bei der Blutspendeaktion 1965 138 Blutspender sich zur Verfügung stellten und somit Wildalpen, ansonst nicht genannt und den wenigsten bekannt, mit Abstand prozentuell an der Spitze aller steirischen Orte in der Blutspendeaktion gestanden ist. Es gibt für die Arbeit dieses Arztes und ich stelle Dr. Bonta wieder stellvertretend für unsere Landärzte heraus, keine Diensteinteilung. Es gilt ohne Rücksicht auf Zeit und Ort nur eines, zu helfen, wo immer er gerufen wird. Wenn in Rotwald bei Wildalpen jemand erkrankt, muß der Arzt im Winter 17 km mit den Schiern hin und 17 km zurück fahren. Das einzige Transportmittel zur Straße im Winter in den kleinen Weilern außerhalb des Ortes Wildalpen, auch wiederum Forstarbeitersiedlungen, ist der Handeschlitten. Nicht selten hat dieser Arzt einen Verunglückten oder erkrankten Menschen selbst mit dem Schlitten zu Tal gebracht. Es wird in unserer Zeit viel davon gesprochen, es gäbe keine Vorbilder mehr. Die Massenmedien versuchen mit Erfolg, künstliche Leitbilder zu schaffen und wir alle übersehen, daß in unserem grauen All-

tag so manche Menschen still und, unbeachtet weit über ihre Pflicht hinaus Leistungen vollbringen, die es wert wären, stärker beachtet zu werden. (Beifall.)

Eine reibungslose ärztliche Versorgung dient nicht nur der einheimischen Bevölkerung, sondern, und das ist wichtig, sie dient auch dem Fremdenverkehr. Und diese ärztliche Versorgung gibt jene Sicherheit, die jeder Mensch im 20. Jahrhundert für sich und seine Angehörigen mit Recht beanspruchen kann. Leben und Gesundheit sind nun einmal die höchsten Güter, die zu sichern, zu erhalten und auszubauen eine große gemeinsame Aufgabe darstellt. Und denen zu helfen, die unter schwierigsten Umständen und großem persönlichen Verzicht sich in den Dienst dieser Aufgabe stellen, ist für uns alle eine gemeinsame Verpflichtung. (Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Das Wort hat der Herr Abg. Leitner. Nächste Wortmeldung: Abg. Ileschitz.

Abg. Leitner: Meine Damen und Herren! Es ist sicher nichts Neues, wenn man behauptet, daß unser Sport nach wie vor an mangelnder Förderung leidet. Auf der einen Seite wurde hier von meinen Vorrednern schon betont, daß das Land verhältnismäßig viel macht, besonders wenn man die Leistungen mit anderen Bundesländern vergleicht. Auf der anderen Seite wird betont, daß nicht nur am Land und bei vielen Schulen, vor allem am Land keine Turnsäle mitgebaut werden, aber daß auch in der Stadt, auch in den größeren Städten, was die Sportstätten selbst betrifft, es sehr große Mängel gibt. Es fehlt vor allem an sogenannten Sporthallen, Hallenbädern und Kunsteisbahnen. Und wenn der Herr Abg. Feldgrill hier besonders die Förderung des Spitzensportes angezogen hat, so hängt zweifellos mit der Förderung des Spitzensportes — natürlich nicht unbedingt Fußball, es gibt ja auch anderen, sehr wichtigen Spitzensport — eben die Notwendigkeit des Baues von Hallenbädern und Kunsteisbahnen zusammen. Die Tatsache allein, daß in Graz noch immer kein großes, den Bedingungen entsprechendes Hallenbad gebaut wurde oder Leoben, einst einmal die Hochburg des österreichischen Eis-Hockeys, noch immer keine Kunsteisbahn hat, das ist für die Sportler und für alle, die den Sport unterstützen, bedrückend. Schließlich müßten doch Graz und Leoben — und ich bin auch der Meinung wie Herr Landesrat Bammer — mit Hilfe des Bundes, des Landes und der jeweiligen Gemeinde doch imstande sein, das zu leisten, was andere Gemeinden aus eigenem gemacht haben, wie z. B. St. Pölten oder Krems. Kapfenberg, kann man sagen, ist auch so eine Stadt. Aber da sind besondere Verhältnisse, da hat der Betrieb sehr tief in die Tasche gegriffen, um so ein Hallenbad zu errichten.

Meine Damen und Herren, leider ist es aber auch so, daß selbst die vorhandenen Mittel nicht

immer so sinnvoll verwendet werden, wie es vom Standpunkt des Sportes aus notwendig ist. Nicht vielleicht deswegen, weil die dazu berufenen Funktionäre nicht imstande sind oder unfähig sind, diese Gelder entsprechend zu verwerten bzw. anzulegen, sondern deshalb vor allem, weil durch die unglückliche Dreiteilung des Sportes allzu viel parteipolitische Momente in den Sport mit hineinspielen. Nicht unbedeutende Mittel werden für parteipolitische Prestige-Anlagen verwendet, während sie vom rein sportlichen Gesichtspunkt aus besser anders verwendet worden wären. Nur ein Beispiel dafür: Wir haben in Graz z. B. wohl genügend Anlagen oder verhältnismäßig viel Anlagen für die Leichtathletik, dagegen nichts oder fast nichts für die Schwimmer. Dennoch wurden gerade in der letzten Zeit wieder neue Leichtathletik-Anlagen gebaut, während man beim Hallenbad über die Diskussion noch nicht hinausgekommen ist. Bekanntlich soll die Finanzierung auf Vorschlag der ÖVP und des Herrn Vizebürgermeisters Stöffler in Form einer Bädersteuer erfolgen. Wir Kommunisten glauben, daß der Vorschlag, den heute unter anderem der Herr Landesrat Bammer gemacht hat, der gängige ist und daß dieses Drittel, das Graz aufbringt oder aufbringen soll, zu einem gewissen Teil durch freiwillige Spenden aufgebracht werden kann, daß durch Sport-Mäzene (Zwischenruf: „In der Lagergasse!“), — solche gibt es auch in Graz —, es möglich sein wird, ein solches Hallenbad in Graz und eine Kunsteisbahn in Leoben zu errichten (Landesrat Wegart: „Der Fremdenverkehr hat mehr Sportstätten gebaut, wie alle anderen!“) Aber kein Hallenbad! (Landesrat Wegart: „Wir werden doch kein Wasser in die Mur schütten!“)

Aber diese Dreiteilung und damit diese Verpolitisierung bringt dem Sport bei den heutigen Möglichkeiten schon die verschiedensten Schwierigkeiten. Auch dafür möchte ich ein Beispiel anführen: Das Liebenauer Eis-Stadion besteht jetzt drei Jahre. Es ist die einzige Sportanlage dieser Art in Steiermark. Sie ist nicht nur für Steiermark unzureichend, sondern auch für die Stadt Graz selbst. Daher setzt alljährlich bei der Vergebung der Stunden die zur Verfügung stehen, dieses Sportstadion zu benutzen, ein regelrechter Kampf ein. Jeder Sportverein und jede Gruppe versucht, möglichst viel für sich herauszuholen. Dieses Gedränge wäre wahrscheinlich noch verschärft, wenn die dort arbeitenden Arbeiter und Angestellten der Kunsteisbahn nicht auf viele Stunden ihrer Freizeit verzichten würden. Nach der Dreiteilung des Sportes wurden diese Stunden, so wie es in Österreich üblich ist, ungefähr nach dem Proporz aufgeteilt und dabei ungeachtet der Anzahl der tatsächlich aktiven Sportler, die die einzelnen Vereine haben. So erhielten der ASKÖ, die Union und der ASVÖ im Eis-Hockey praktisch jeder ein Drittel dieser Trainingszeiten, während dem ATSE Graz als der Verein, der der höchsten Spielklasse in Österreich angehört, nur 1 1/2

Stunden zugebilligt wurden. Beim ASKÖ aber trainieren zum Beispiel sechs Vereine bei der Union und dem ASVÖ nur je einer. Aber selbst ab 19. Dezember, wo die Spieler aus den Bezirksstädten die Eisbahn nicht mehr benützen können, verbleiben für die Eggenberger mit vier Mannschaften $6\frac{3}{4}$ Stunden, für den tiefer rangierenden GAK mit zwei Mannschaften $5\frac{1}{4}$ Stunden und für den GSV der Union immerhin noch $4\frac{1}{2}$ Stunden. Eine solche Aufteilung dieser Möglichkeiten unter die einzelnen Sportvereine kann nicht dem Sport dienen.

Niemand soll benachteiligt werden, aber sechs Vereine haben eben mehr Anspruch als ein Verein. Trotzdem, sie haben gesehen, daß im wesentlichen der Proporz vorherrscht. So nicht nur im Sport, sondern auch bei anderen sehr wichtigen Angelegenheiten in unserem Lande. Während die beiden Grazer Eiskunstlaufvereine bei diesem Kampf verhältnismäßig gut abschneiden, werden aber die vielen tausend Eisläufer, die es in Graz gibt und die keinem Eiskunstlaufverein angehören, sehr arg und stark benachteiligt. Besonders die arbeitenden Menschen haben nur Freitag abends zwei Stunden die Möglichkeit eiszulaufen und am Samstag und Sonntag nur eine ganz kurze Zeit. Dabei ist allen bekannt, daß um diese Zeiten ein solches Gedränge herrscht, daß von Vergnügen wahrlich für diese dort Sport Betreibenden nicht mehr gesprochen werden kann.

Man darf sagen und das möchte ich auch betonen, daß die in der Landessportorganisation tätigen Funktionäre viel fruchtbringende Arbeit für die Förderung des Sportes in der Steiermark geleistet haben. Aber es besteht kein Zweifel, daß vor allem die Sportfunktionäre, jene Leute, die direkt bei den Vereinen die Arbeit leisten müssen, wenn sie frei nach ihren Sportinteressen verfügen könnten, die verhältnismäßig wenigen Mittel noch nutzbringender anlegen und anwenden könnten. Neben der Forderung nach ausreichender Förderung des Sports durch den Bund und auch durch das Land möchte ich vor allem den politischen Mandataren, die im Sport tätig sind, sagen, daß es angezeigt wäre, bei der Verwendung der vorhandenen Mittel die sportlichen Interessen vor die politischen in den Vordergrund zu stellen, damit jeder Schilling tatsächlich gezielt und wirkungsvoll dem Sport zugute kommt.

Meine Damen und Herren, jetzt noch einige Bemerkungen zum Kapitel Landeskrankenhäuser. Sie wissen, ich habe bereits in der Generaldebatte zu dieser zweifellos wichtigen Frage Stellung genommen. Ich möchte jetzt noch einiges zu den Ausführungen der Abgeordneten, die zu diesem Kapitel gesprochen haben, hinzufügen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger hat die Bemerkung gemacht, daß die Erhaltung der Krankenhäuser nicht allein auf die Schultern des Landes geladen werden kann. (Landesrat

Wegart: „Das ist ja keine Landesaufgabe!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Das habe ich nicht gesagt!“)

Wie haben Sie gesagt? (Abg. Dr. Heidinger: „Ich habe gesagt, daß man Gesundheitspolitik nicht allein auf die Schultern des Landes fundieren soll. Die Krankenhäuser gehören zur Gesundheitspolitik natürlich dazu, aber Gesundheitspolitik ist mehr als ein Krankenhaus!“)

Da haben Sie recht. Ich möchte Ihnen da vollkommen recht geben. Es kommt darauf an, wie man eine Sache anpackt und wer die Mittel aufbringt. Das ist die entscheidende Frage. Ich möchte nicht bestreiten, daß das Land Steiermark verhältnismäßig große Mittel im Gegensatz zu anderen Bundesländern außer Wien für das Gesundheitswesen und ganz besonders für die Erhaltung der meisten Krankenhäuser zur Verfügung stellt. Aber es wäre unrichtig zu sagen, daß das Land Steiermark allein die Krankenhäuser erhält. Sehr große Mittel bringen dabei in Form von Verpflegungskostengebühren und zwar jährlich sich erhöhenden Verpflegungskostengebühren die Krankenkassen, vor allem die Gebietskrankenkasse auf. Zu diesem Zweck ist letztere unter anderem auch geschaffen. Aber Herr Landesrat Wegart, Sie glauben wahrscheinlich, daß die steirischen Krankenkassen zu wenig machen. (Landesrat Wegart: „Sie machen sehr viel, aber sie sind ja zu diesem Zweck geschaffen!“)

Aber sie sind bereits in so einer Situation, wo sie nicht mehr leisten können. Die Ärzte haben zwar ihre Forderungen zurückgezogen. Sie werden im nächsten Jahr zu ihrer automatischen Erhöhung noch zusätzlich ungefähr 800.000 Schilling bekommen, aber sie haben an die Krankenkassen Forderungen gestellt von über 40 Millionen Schilling; die Dentisten über 30 Millionen Schilling zusätzlich. Das Land hat mit der Erhöhung der Verpflegungskostengebühren von 89 Schilling auf ca. 115 Schilling Forderungen an die Krankenkassen gestellt, die rund 60 Millionen Schilling betragen. Aber auch, wenn das Land nur 103 Schilling pro Tag und Patient verlangt, bedeutet das, wie ich schon gesagt habe, für die Steiermärkische Gebietskrankenkasse ca. 20 Millionen Schilling Mehraufwand.

Die Steiermärkische Gebietskrankenkasse betreut ungefähr die Hälfte der steirischen Bevölkerung, etwas über 500.000 Personen. Das würde bedeuten, daß das Land Steiermark die gesamten Kassen ungefähr mit 40 Millionen Schilling belastet. Es wäre das als ein Stoß, weil hier schon soviel von Stößen gesprochen wurde, in den Rücken der Kassen zu bezeichnen. Die Gebietskrankenkasse trägt schon wesentlich mit dazu bei und wenn sie diese Belastung übernehmen müßte, so würde sie an den Rand des Defizits gelangen und bei 103 Schilling sogar in das Defizit getrieben werden.

Die Frau Abgeordnete Egger und die Frau Abgeordnete Jamnegg, letztere ist übrigens in

der Gebietskrankenkasse vertreten und müßte die Situation ziemlich genau kennen, wissen, daß es notwendig ist, die Gesundenuntersuchung, die prophylaktische Behandlung und eine ganze Reihe anderer wichtiger Leistungsverbesserungen durchzusetzen. Unter anderem wären auch die schwangeren Frauen auf den sogenannten Rhesusfaktor zu untersuchen, was ich ebenfalls schon einige Male vorgeschlagen habe. Gerade die steirische Gebietskrankenkasse bemüht sich, die Gesundenuntersuchung auszubauen. Ich habe schon gesagt, daß sich dadurch nicht nur auf weitere Sicht für die Krankenkasse ein Ersparnis ergeben würde, sondern vor allem günstige Voraussetzungen geschaffen würden für die Wirtschaft. Das gehört auch zur Verbesserung der Infrastruktur. Die Gebietskrankenkasse macht in dieser Frage erst die ersten Schritte. Nicht deswegen die ersten Schritte, weil sie das nicht gewußt hat, sondern weil solche Maßnahmen mit viel Geld verbunden sind. Wenn man auf der einen Seite die verschiedensten Formen der vorbeugenden Untersuchungen vorschlägt, dann muß man auch dafür eintreten, daß diesen Kassen, vor allem der Gebietskrankenkasse, die Mittel, da die eigenen nicht besonders groß sind, für diese Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.

Ich möchte mich nicht dagegen wenden, daß natürlich in einem gewissen Ausmaß die Verpflegungsgebühren auch für die Kassen erhöht werden, aber das muß geschehen im Verhältnis zu den Einnahmen. Und es muß so sein, daß den Kassen die Möglichkeit bleibt, weiter auf ihrem Gebiet auszubauen und sich zu entwickeln, so wie es auf dem Gebiet der Schule, der Wirtschaft und in anderen Bereichen notwendig ist.

Ich möchte noch eine Sache erwähnen und widerlegen, daß ist die Frage der Einweisungen ins Krankenhaus. Ich weiß nicht, ob es so die übliche Praxis ist, wenn ein Patient glaubt, er müsse ins Krankenhaus, daß er einfach hinget oder dem Arzt sagt, „schreiben Sie mir eine Überweisung.“ Vielleicht gibt es den einen oder anderen Arzt, der das tut. Aber welche Medizin er bekommt, welche weitere Behandlung, ob er in den Krankenstand geht oder ob der Patient ins Krankenhaus kommt, das bestimmt nicht der Patient. Er beeinflusst es natürlich und jeder wird das versuchen in irgendeiner Form. Aber entscheidend ist der Arzt. Und wenn hier davon gesprochen wird, die Moral zu heben, dann, meine Damen und Herren, wird es notwendig sein, daß auch von Seite der Landesregierung, des Landtages wenigstens auf gewisse Ärzte, vor allem auf bestimmte Funktionäre der Ärztekammer Einfluß genommen wird, damit sie in jeder Hinsicht als Standesvertretung der Ärzte ihre Aufgabe darin sehen, die Gesundheit herzustellen bzw. sie zu erhalten. Es gilt, solche Ärzte zu erziehen, wie der Herr Abg. Brandl hier einen Fall angeführt hat und wie es zweifellos sehr viele geben wird.

Die Einweisung in ein Krankenhaus erfolgt also nur durch den Arzt. Ich kann mich erinnern, —

ich habe selbst einmal diese Frage angezogen — daß auch der Herr Landesrat Sebastian hier in diesem Haus berichten mußte, daß es auch in Steiermark vorkommt — und das sind nicht Einzelfälle — daß dringende Fälle, also Patienten, die dringend ins Spital müßten, öfter — nicht aus schlechtem Willen — nicht in das Krankenhaus eingewiesen werden können und es ist bekannt, daß besonders solche Leute, die sich einer Operation unterziehen müssen usw. oft einige Wochen warten müssen, bis sie ins Krankenhaus kommen. Allerdings, das möchte ich auch sagen, gibt es Leute, die über viel Beziehungen verfügen, die durchsetzen können, daß die alte Mutter oder der alte Vater nur deswegen ins Krankenhaus kommen sollen — ich bin da etwas vorsichtig und sage „kommen sollen“ — damit sie auf Urlaub gehen können. Aber wenn es solche Fälle gibt — und es wird solche Fälle geben — dann handelt es sich um Leute, die über sehr viel Beziehungen verfügen, weil anders geht das nicht. Und ich bin ebenfalls dafür, daß solche Fälle natürlich im Interesse anderer, die das Krankenhaus notwendig brauchen, eben nicht aufgenommen werden und man ihnen unverbümt sagt, daß dafür die Landeskrankenhäuser nicht da sind, weil sie dem Land bzw. der steirischen Bevölkerung sowieso sehr viel kosten.

Präsident: Als nächster ist zu Wort gemeldet Herr Abg. Hleschitz. Ich erteile ihm das Wort. Vorgemerkt ist sodann Herr. Abg. Buchberger.

Abg. Hleschitz: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Weil die Sozialversicherung regelmäßig mit den Aufgaben des Staates und der Wirtschaft in Zusammenhang gebracht wird, trägt die Vorstellung, die der Staatsbürger von der Sozialversicherung hat, auch das Bild des Staates und das jener wirtschaftlichen Kräfte, die den Staat tragen. Ich möchte aus diesem Grund aber auch deshalb, weil wir als Land Steiermark Vertragspartner der Sozialversicherungsträger in der Steiermark sind, zur Leistungsfähigkeit der Krankenversicherungsträger Stellung nehmen.

Ich tue dies nicht zum erstenmal. Ich bringe bewußt auch heuer wieder Mitteilungen, die des allgemeinen Interesses wert sind, wobei noch klarzustellen ist, daß die Steiermärkische Gebietskrankenkasse im Rahmen des Geschäftsausschusses der steiermärkischen Krankenversicherungsträger federführend für alle sogenannten „ASVG-Kassen“ ist. Dazu zählt unter anderem auch die Landwirtschafts-Krankenkasse. Eingangs meiner Ausführungen möchte ich feststellen, daß die finanzielle Lage aller dieser Kassen bedrohlich geworden ist. Vor etwa 14 Tagen erst mußten sich die Vorstände der Krankenkassen mit der Tatsache vertraut machen, daß verschiedene Vertragspartner finanzielle Forderungen stellten, die bei weitem über das Leistungsvermögen dieser Institutionen hinausgingen. Forderungen, die das Gefühl erwecken, alle Vertragspartner hätten sich verschworen, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Krankenver-

sicherungsanstalten zu untergraben. So forderten, wie schon mein Vorredner betonte, die Spitalerhalter, zu denen auch das Land Steiermark gehört, eine Erhöhung der Pflegegebühren, die allein der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse rund 30 Millionen Schilling gekostet hätte.

Die Forderungen der Ärztekammer beliefen sich für die ASVG-Kassen auf rund 40 Millionen Schilling für die Erhöhung der Honorare der Ärzte. Die Erfüllung der Forderung der Zahnbehandler für Ärzte und Dentisten hätte Mehraufwendungen von 30 Millionen Schilling erforderlich gemacht. Alle diese Forderungen zusammengenommen würden die Kasse vor unlösbare Probleme stellen, weil auf dem Einnahme-Sektor keine Verbesserungen zu erwarten sind.

Während die Gebietskrankenkasse z. B. im Jahre 1965 noch einen Gebarung-Überschuß von 20 Millionen Schilling, hier allerdings unter Einschluß von 5,3 Millionen Schilling aus dem Ausgleichs-Fonds der Sozialversicherungsträger, aufzuweisen hatte, ist für das Jahr 1966 bestenfalls noch eine ausgeglichene Gebarung zu erwarten. Die flüssigen Rücklagen decken nicht mehr eine durchschnittliche Monatsausgabe und werden bei Ansteigen der Ausgaben noch weiter sinken. Daran ändert eine möglicherweise im Jahre 1967 zu erwartende Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage für die Krankenversicherung von derzeit 3000 auf künftig 3600 Schilling, wobei die Höchstbemessungsgrundlage mit 3000 Schilling bereits seit dem Jahr 1960 besteht, nicht allzu viel, da sie der Kasse voraussichtlich nur eine Mehreinnahme von rund 15 bis 20 Millionen Schilling erbringen würde.

Bei einem Versichertenstand an Erwerbstätigen, Pensionisten, freiwillig Versicherten, Arbeitslosen und Kriegs-Hinterbliebenen ohne Familienangehörige von 350.900 und anspruchsberechtigten Familienangehörigen von fast 190.000, ergibt dies einen insgesamt zu betreuenden Stand von 540.456 Personen, das ist ein Prozentsatz von 47 Prozent der gesamten steirischen Bevölkerung, sind Gesamteinnahmen von 633.150.000 Schilling erzielt worden. Demgegenüber stellt sich der Betrag der Beitragseinnahmen auf 579 Millionen Schilling, das sind 91,46 Prozent der gesamten Einnahmen.

Auf die Person berechnet ergibt sich eine Einnahme je Versicherten von 1804 Schilling, davon Beitragseinnahmen wieder in der Höhe von 1649 Schilling. Dem gegenüber stehen Ausgaben je Versicherten von 1746 Schilling, davon Versicherungsleistungen von 1602 Schilling.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich will Sie nicht lange mit Ziffern belästigen, doch erscheint es mir notwendig, den Ausgabenrahmen etwas detaillierter bekanntzugeben.

Wir haben in der Steiermark 609 praktische Ärzte und 195 Fachärzte, also insgesamt 804

Ärzte im Vertragszustand als Vertragsärzte. Für diese 804 Ärzte wurden 151.083.274 Schilling aufgewendet. Das ist ein Prozentsatz von 26,09. Weiters wurden ausgegeben für Arzneien und Heilbehelfe 88.544.000 Schilling, 15,29 Prozent, für Zahnbehandlung und Zahnersatz 45.551.000 Schilling, 7,87 Prozent, für Anstaltspflege — vorwiegend Krankenhausaufenthalte 110.392.000 Schilling, 19,07 Prozent, für Krankenunterstützungen an die Erkrankten 98.459.000 Schilling, 17 Prozent, für Mutterschaftsleistungen — ich betone und komme noch darauf zu sprechen, vielfach satzungsmäßige Mehrleistungen, wurden 44.134.000 Schilling aufgewendet, 1,28 Prozent, für Sterbegelder 7.037.000 Schilling, für Transportkosten vorwiegend für das Rote Kreuz 9.662.000 Schilling, für sonstige Ausgaben, Wohnungsbeihilfe, Ausgleichsfonds usw. 30 Millionen Schilling, 5,25 Prozent, und für den Verwaltungsaufwand 20.216.000 Schilling, 3,4 Prozent. Ein sehr geringer Verwaltungsaufwand gemessen an dem vieler anderer Institutionen. Daraus kann man entnehmen, daß auf dem Verwaltungssektor äußerste Sparsamkeit herrscht. In diesen Beträgen sind selbstverständlich die satzungsmäßigen Mehrleistungen mit enthalten und machen z. B. bei den Mutterschaftsleistungen, das zweifache dessen aus was an jährlichen Leistungen zu erbringen wäre. Auf dem Leistungs-Sektor, und das möchte ich als Versicherungsvertreter der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse mit aller Deutlichkeit sagen, sind keine Einsparungen mehr möglich. Schon deshalb nicht, da unsere Kasse derzeit mit einer Reihe satzungsmäßiger Mehrleistungen um 5 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Darf ich darauf aufmerksam machen, daß die Beiträge der Pensionisten und Kriegshinterbliebenen die für diese Versichertengruppen erforderlichen Aufwendungen bei weitem nicht decken. Seit 1958 haben die Abgänge der Krankenversicherung der Pensionisten und Kriegshinterbliebenen rund 60 Millionen Schilling betragen.

Eine weitere sozial gerechtfertigte Belastung ist die Überweisung von einem halben Prozent aller einzunehmenden Beiträge an den Ausgleichsfonds der österreichischen Krankenversicherungsträger. Einschließlich der für 1966 bereits überwiesenen Beträge, haben wir über 14 Millionen Schilling in den Ausgleichsfonds bezahlt. Abzüglich einer einmaligen Zuwendung für den Gebarungsabgang für das Jahr 1963 in der Höhe von rund 5,3 Millionen Schilling beträgt der dem Ausgleichsfonds verbleibende Betrag aus den Beiträgen der Versicherten der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse 8,8 Millionen Schilling. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß aus den Ausgleichsfondsbeiträgen aller Gebietskrankenkassen vorwiegend die Landwirtschaftskrankenkasse beteiligt wird. Wie aus den letzten Unterlagen des Hauptverbandes der österreichischen Krankenversicherungsträger ersichtlich ist, zahlen die Landwirtschaftskrankenkassen 7 Prozent, die Gebietskrankenkassen 93 Prozent an

den Ausgleichsfonds. Von den vom Ausgleichsfonds an die einzelnen Versicherungsträger zurücküberwiesenen Beträgen entfallen jedoch 64 Prozent auf die Landwirtschaftskrankenkassen. Das geringe Einkommen der Bediensteten in der Land- und Forstwirtschaft bringt den Landwirtschaftskrankenkassen große finanzielle Probleme. Das Beitragsaufkommen pro Versicherten liegt beachtlich unter jenem der Gebiets- und Betriebskrankenkassen. Die Arbeiter und Angestellten aus Gewerbe und Industrie subventionieren daher mit ihren Krankenversicherungsbeiträgen auch die Leistungen, die die Landwirtschaftskrankenkasse an ihre Versicherten zu erbringen hat. Auch hier haben wir einen neuerlichen Beweis dafür, daß die Versicherten der ASVG-Kassen in solidarischer Verbundenheit den Arbeitern und Angestellten der Land- und Forstwirtschaft große finanzielle Leistungen darbieten. Auf der anderen Seite befindet sich in der Steiermark die Hälfte aller österreichischen Betriebskrankenkassen. Durch das Fehlen dieser Betriebskrankenkassen in unserem Bereich haben wir Nettoeinnahmen von rund 20 Millionen Schilling. Aus all diesen Gründen, die die Leistungsfähigkeit unserer Krankenversicherung bedeutend beeinträchtigen, sind wir der Auffassung, daß die Finanzierung der Spitäler eben auch eine Aufgabe der öffentlichen Hand, daher auch des Landes ist. Wenn in der 1. Republik noch der Bundeszuschuß an die Krankenversicherungsträger für die Leistungen der Krankenversicherung 37,5 Prozent betrug, beträgt er heute nur mehr 18,75 Prozent. Die Forderung, daß der Bund die gesamten Aufwendungen für das aus dem Versicherungsfall der Mutterschaft gebührende Wochengeld tragen soll, ist daher nicht abwegig. Neben der an den Nationalrat zu richtenden Forderung auf kostendeckende Beiträge, insbesondere in der Krankenversicherung der Kriegshinterbliebenen, wo allein im Berichtsjahr 1965 ein Abgang von 3,6 Millionen Schilling zu verzeichnen war, muß betont werden, daß übermäßige Forderungen der Vertragspartner nicht dazu angetan sind, das System der sozialen Krankenversicherung zu erhalten. Sie zielen nur darauf hin, dieses System zu erschüttern.

Wie sehen z. B. die Mehrbelastungen im Detail aus?

Der tägliche Verpflegskostenbetrag, den die Kassen pro Patient in einem Krankenhaus zu bezahlen haben, beträgt derzeit noch 89 Schilling. 1965 mußten dafür 84 Schilling aufgewendet werden. Nunmehr verlangt das Land Steiermark, das zum Unterschied von allen anderen Bundesländern das Gros der Krankenhäuser in eigenem Besitz und eigener Verwaltung hat, und damit, wie Sie aus der Budget-Post entnehmen können, eine riesige Belastung, die jährlich immer höher wird, trägt, für das Jahr 1967 von den Krankenkassen pro Verpflegstag einen Betrag von 100 Schilling. Das würde eine Erhöhung des Verpflegskostenbetrages um 21 Schilling pro Tag ausmachen. Nachdem allein die

Versicherten der Steierm. Gebietskrankenkasse im Jahresdurchschnitt 1,4 Millionen Verpflegungstage in Landeskrankenhäusern verbringen, müßte die Kasse aus diesem Titel eine Mehrbelastung von ca. 30 Millionen Schilling im Jahr 1967, wie eingangs schon erwähnt, auf sich nehmen. Andererseits stellte die steirische Ärztekammer eine Forderung auf Honorarerhöhung für das Jahr 1966 — also im nachhinein — von über 40 Millionen Schilling. Zu diesen Forderungen kommen noch die Forderungen der Zahnbehandler.

Nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen ist es nunmehr gelungen, die Ärzteforderungen für das Jahr 1966 auf ca. 12 Millionen Schilling zu reduzieren, allerdings ohne Einschluß der Forderungen der Zahnbehandler. Daneben läuft aber noch ein Forderungsprogramm der Ärzteschaft, enthalten in einem sogenannten Memorandum der österr. Ärztekammer, dessen Erfüllung eine weitere Belastung allein der Steierm. Gebietskrankenkasse von schätzungsweise 10 bis 12 Millionen Schilling erbringen würde. Doch das ist noch nicht alles. Einem dringenden und zwingenden Bedürfnis entsprechend, sind die ASVG-Kassen in der Steiermark gerne bereit, und legen auch größten Wert darauf, im Dienste der Versorgung der gesamten steirischen Bevölkerung einer entsprechenden Vermehrung bzw. Neuerrichtung von Fachärztstellen in den steirischen Bezirken ihre Zustimmung zu geben. Es geht nicht an, daß z. B. in Mürzzuschlag oder in Liezen und auch in vielen anderen Bezirken für die Bevölkerung keine Möglichkeit besteht, einen Internisten, einen Gynäkologen, einen Hals-Nasen-Ohren-Arzt usw. aufzusuchen, weil keiner vorhanden ist. In Graz und in einigen anderen größeren Städten der Steiermark haben wir dagegen eine Konzentration von solchen Ärzten. Wir verstehen schon, daß Ärzte auch das Bedürfnis haben, am kulturellen Leben z. B. der Landeshauptstadt Graz teilzunehmen. Wir verstehen schon, daß ein Arzt seinen Patienten in 5-Minuten-Reichweite haben möchte, aber bei allem Verständnis für diese Wünsche müssen wir sagen, daß der Arzt schon bei seinem Studium eine Verpflichtung und wieder bei Ablegung des Hypokratischen Eides auf sich nimmt, für seinen Mitmenschen, egal, wo immer er lebt und zu leben gezwungen ist, zu sorgen. Wenn z. B. der Herr Abg. Brandl das hohe Lied eines Landarztes heute brachte, so kann ich dies nur hundertprozentig bestätigen. Leider — und ich betone, leider — gibt es nur mehr allzuwenig solcher Idealisten.

An das Land aber muß ich trotzdem hier als Mitglied dieses Hohen Hauses die Bitte richten, die großen Leistungen, die die soziale Krankenversicherung in einem umfassenden Gesundheitsdienst für die steiermärkische Bevölkerung erbringt, verständnisvoll mit zu werten und bei den noch abzuschließenden Verhandlungen über die Erhöhung der Spitalsverpflegskosten Verständnis walten zu lassen.

Kann man sich dazu nicht entschließen und bleiben die Ärzte-Forderungen aufrecht, so müßte dies zu einer umfassenden Leistungskürzung vor allem auf dem Gebiet der satzungsmäßigen Mehrleistungen führen. Dies bedeutet in der ersten Phase eine Einstellung der Subventionierung von Kinder-Erholungs-Aktionen z. B. und überhaupt der Leistungen der erweiterten Heilfürsorge. Dazu gehören solche für Tbc-gefährdete Kinder, Lehrlingerholungsaktionen, Erholungs-Aufenthalte für Versicherte nach schweren Operationen, Kuraufenthalte, Betriebs-Erholungs-Aktionen usw. Für diesen Zweck allein, meine Damen und Herren, hat die Steiermärkische Gebietskrankenkasse im Jahr 1966 bis zum 31. Oktober bereits mehr als 5 1/2 Millionen Schilling aufgewendet. Wir müßten uns zweitens entschließen, drastische Kürzungen der Leistungen im Falle der Mutterschaft einzuführen. Hiefür werden, wie schon betont, weit über 44 Millionen Schilling ausgegeben. Und auch andere Leistungskürzungen müßten vorgenommen werden.

Noch auf etwas möchte ich hinweisen. Frau Sozialminister Rehor teilte kürzlich voller Stolz mit, daß das österreichische Parlament in den nächsten Tagen den Beschluß fassen wird, daß die Spitalaufenthalte für alle Versicherten, die bisher nach einer satzungsmäßigen Mehrleistung bis zu 52 Wochen betragen, nunmehr ab 1. Jänner 1967 unbeschränkt sein werden. Mit anderen Worten gesagt, eine weitere, kaum zu ertragende Mehrbelastung der Kassen.

Es ist erwünscht, und wir kämpfen selbst dafür, doch die finanzielle Situation gestattet es nicht immer, dem Kranken das zu gewähren, was imstande ist, ihn wieder gesund zu machen. Und gerade der Spitalsaufenthalt über 52 Wochen in unbegrenzter Form bringt uns eine neuerliche, schwere Belastung. Man sollte sich allerdings auch dort, wo Gesetze beschlossen werden, fragen, von wem und aus welchen Mitteln dies bezahlt werden soll. Das gesamte soziale Gefüge, das wir uns so unsäglich schwer in der Zweiten Republik aufbauten, müßte zusammenbrechen, besinnt man sich nicht letztlich darauf, daß die Gesundheit des Volkes das größte Kapital des Staates überhaupt ist und dieser sich ernstlich Gedanken zu machen hat, ob er nicht statt der 18.75 Prozent, die der Bund für Spitalsaufenthalte zuzahlt, wieder auf 3/8, das sind 37 1/2 Prozent, wie schon in der ersten Republik bestanden, den Kassen gewährt.

Ich komme nun zum letzten Abschnitt meiner Ausführungen, und zwar zum Kapitel „Gesunden-Fürsorge“. In dieses Kapitel fällt die Gesunden-Untersuchung, die die Steierm. Gebietskrankenkasse im Rahmen der Gesundheitsfürsorge errichtet hat. Sie ist von hervorragender Bedeutung für die Erhaltung der Volksgesundheit bzw. des frühen Erkennens von Krankheiten. Ich gab bereits erstmals im Vorjahr kurz nach der Errichtung derselben dem Hohen Haus einen Bericht und kann es mir daher er-

sparen, auf die grundsätzliche Notwendigkeit dieser Institution einzugehen. Lediglich der Hinweis sei mir gestattet, daß sich vollkommen gesund fühlende Versicherte untersuchen lassen. Eingehende fachärztliche Untersuchungen der in Beschäftigung stehenden Versicherten zeigen aber, wie es wirklich mit dem Gesundheitszustand dieser Menschen aussieht. Nicht weniger als fast 84 Prozent der Untersuchten wiesen Gesundheitsschäden auf. Nur etwas über 16 Prozent der Untersuchten waren in Wirklichkeit vollkommen gesund. Es ist dies eine sehr traurige Erkenntnis, eine sehr traurige Bilanz. Untersucht wurden bisher Versicherte aus der Eisen- und Metall-Industrie, der Papierindustrie, sowie von im Handel beschäftigten Menschen.

Es konnten folgende Krankheiten festgestellt werden: Herzkrankte standen an erster Stelle mit 16.41 Prozent. Es folgten Erkrankungen der Atmungsorgane mit 11.6 Prozent, Erkrankungen der Geschlechtsorgane einschließlich der weiblichen Brustdrüsen, Karzinome usw. 11.9 Prozent. Es handelt sich hier ausschließlich um typische Frauenleiden, hauptsächlich Unterleibsleiden. Diese große Zahl von festgestellten Frauenleiden beweist einmal mehr die Richtigkeit der ärztlichen Forderung, daß jede Frau zumindest nach dem 30. Lebensjahr sich einer laufenden gynäkologischen Untersuchung unterziehen lassen sollte. Alle anderen festgestellten Krankheiten weisen einen geringeren Prozentsatz auf. Es sind dies vor allem Krankheiten der blutbildenden Organe, der Augen, des Bewegungs- und Stützapparates usw. Diese wenig erfreuliche Übersicht macht es erklärlich, daß die verantwortlichen Organe der Kassen der präventiven medizinischen Tätigkeit unserer Gesundenuntersuchung den ihr gebührenden großen Wert beimessen. Die Untersuchten erhalten von unseren Ärzten die notwendige Aufklärung mit der Empfehlung, sich unverzüglich ärztlich behandeln zu lassen. Wenn nötig, wird eine Krankenhausbehandlung veranlaßt. Die überaus starke Inanspruchnahme unserer Gesundenuntersuchungsstelle in Graz veranlaßte uns, dieselbe durch Aufstockung des Ambulatoriumsgebäudes zu erweitern und darüber hinaus, den dringenden Forderungen unserer Versicherten aus der Obersteiermark nachkommend, eine Gesundenuntersuchungsstelle für die Obersteiermark mit dem Sitz in Leoben zu errichten, die sich bereits im Bau befindet.

Dieser kurze Hinweis dürfte wohl alle Mitglieder des Hohen Hauses davon überzeugen, daß diese Einrichtung dem dringenden Bedürfnis der gesamten Bevölkerung entspricht, um durch die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Arbeitskraft der Wirtschaft weiterhin ihre Dienste zur Verfügung stellen zu können. Es werden damit die Bestrebungen der Weltgesundheitsorganisation unterstützt.

Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß nicht nur die Versicherten, sondern auch die Dienstgeber die Einrichtung unserer Gesunden-

untersuchungsstellen uneingeschränkt anerkennen, soweit sie selbst verantwortlich in den Selbstverwaltungskörpern der Sozialversicherungsinstitute als Funktionäre tätig sind, ihre 100prozentige Unterstützung finden.

In aller Deutlichkeit möchte ich von dieser Stelle aus nochmals der Demagogie der steirischen Ärztekammer, die die Einrichtung dieser Gesundenuntersuchungsstellen anfecht, auf das heftigste entgegentreten und darauf hinweisen, daß die Gesundenuntersuchung die Interessen der Vertragsärzteschaft in keiner Weise beeinträchtigt. Es steht, wie ich schon vorhin anführte, den als krank befundenen Untersuchten völlig frei, sich von einem Arzt ihrer eigenen Wahl behandeln zu lassen.

Wenn heute meine geschätzte Vorrednerin, Landtagsabgeordnete Egger, den Wunsch äußerte, und es ist wieder ein Wunsch an die Krankenversicherungsträger, die Untersuchungen für den Gesundheitspaß über die Krankenkasse durchzuführen, so kann ich diesen Wunsch als ein echtes Bedürfnis unterstreichen. Aber es wird auch dies eine sehr erhebliche finanzielle Belastung bedeuten, die im Budget der Krankenversicherungsanstalten kaum eine Bedeckung finden wird; überhaupt keine bei den Landwirtschaftskrankenkassen. Also auch hier wieder entsprechende Zuschüsse.

Es werden immer mehr und mehr Wünsche laut, daß die soziale Krankenversicherung noch diese oder jene Aufgabe mitübernehmen soll. Sie hat heute Aufgaben zu erfüllen, die bei weitem über das hinausgehen, was der Gesetzgeber in der 1. Republik für die Krankenversicherungsanstalten als zuständig festgelegt hatte. Wir haben heute Aufgaben zu erfüllen, die bei weitem darüber hinausgehen, wie sie damals festgehalten wurden. Wir sind gerne bereit, noch mehr zu tun im Interesse der Volksgesundheit.

Aber, meine Damen und Herren, Millionen werden gefordert! Ich weise darauf hin, daß auch der Medikamentenverbrauch mehr steigt; in der Frühe Aufputzmittel, am Abend Schlaftabletten! Wer soll auf die Dauer das alles bezahlen?

Ich möchte noch einmal betonen, daß es unser aller Aufgabe sein wird, dort wo es notwendig ist, mitzuhelfen und mitzuwirken, daß die wertvolle Volksgesundheit erhalten bleibt, aber auch mitzuhelfen, daß nicht unmögliche Forderungen an die Krankenversicherungsträger herangetragen werden. Helfen Sie mit, daß diese große soziale Krankenversicherung, wie wir sie heute kennen, in ihrem Bestand zumindest erhalten bleibt, daß alle Angriffe gemeinsam gegen diese Krankenversicherungsanstalt abgeschlagen werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Buchberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Buchberger: Hohes Haus! Ich darf nochmals einige Punkte herausgreifen. Wir haben bereits gestern abend und heute vormittag im Rahmen der Gruppe 2 vieles erfahren dürfen und es ist allseits auf die Bedeutung der schulischen Weiterentwicklung und Bildung hingewiesen worden. Gerade im Hinblick darauf möchte ich auf die außerschulische Jugendarbeit verweisen.

Wir in der Steiermark sind in der glücklichen Lage, daß wir verschiedene Jugendorganisationen haben, ob sie nun politischer oder unparteiischer Natur sind. Wir freuen uns auch darüber, daß die Jugendorganisationen in der Steiermark im Landesjugendbeirat zusammengeschlossen sind. Wir müssen aber von dieser Warte aus feststellen, wenn wir einen Blick nach Wien werfen, daß diese Gemeinsamkeit, die in der Steiermark vorherrscht, in Wien nicht anzutreffen ist. Gerade von der Warte der Landjugend aus müssen wir die Feststellung machen, daß die Landjugend Österreichs in den Bundesjugendring nicht aufgenommen wurde. Wir freuen uns sehr darüber, daß es der Alpenvereinsjugend Österreichs gerechterweise gelungen ist, in dieser Dachorganisation der österreichischen Jugendverbände Aufnahme zu finden. (Abg. Scheer: „Bravo!“) Wir bedauern sehr, daß die Landjugend in dieser Bundesorganisation nicht vertreten ist, aber auch der Bund europäischer Jugend schon lange auf eine Aufnahme in diese Dachorganisation wartet und wenn wir auf der anderen Seite wissen, daß Jugendorganisationen wie z. B. die Marianische Kongregation in dieser Dachorganisation selbstverständlich mit Sitz und Stimme vertreten sind. (Abg. Scheer: „Ist ja nur eine Geldverteilungsorganisation!“)

Nun möchte ich wieder zurückblicken auf die Arbeit der außerschulischen Jugendorganisation in der Steiermark. Hier muß vor allem deshalb auf den Fortschritt auf dem Sektor der Jugendweiterbildung verwiesen werden, weil eine gute Zusammenarbeit mit dem Landesjugendreferat besteht. Gerade die Tätigkeit des Landesjugendreferates in der Steiermark muß besonders hervorgehoben werden, weil gerade dieses Landesjugendreferat im Vergleich zu den Jugendreferaten der übrigen Bundesländer eine hervorragende Jugendarbeit leistet.

Und es wurde die erfreuliche Feststellung gemacht, daß schon in der letzten Zeit immer wieder Mittel zur Verfügung gestellt werden konnten, damit auch das Landesjugendreferat die einzelnen Jugendorganisationen mit entsprechenden Beträgen fördern konnte. Allerdings wurde auch festgestellt, daß rund 410.000 Schilling jährlich diesen Organisationen zur Verfügung gestanden sind, daß aber dieser Betrag in den letzten Jahren und auch im heurigen Voranschlag nicht erhöht werden konnte. Ich möchte in dem Zusammenhang im Interesse unserer Jugendorganisationen die Bitte richten, nach Möglichkeit zu prüfen, ob nicht im Voranschlag für 1968 ein Weg gefunden werden

könnte, um diese Post mit einem entsprechenden Betrag zu erhöhen.

Wenn wir die Tätigkeit unseres Landesjugendreferates näher beleuchten, so müssen wir vor allem die Feststellung treffen, daß außer fachlicher Weiterbildung, was ja den einzelnen Jugendorganisationen selbst überlassen ist, man besonderes Augenmerk auf die staatsbürgerliche Erziehung und vor allem auch auf die kulturelle Betätigung der einzelnen Jugendorganisationen richtet. Das ist eine Voraussetzung, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Jugend, vor allem in den politisch organisierten Jugendorganisationen nicht nur mit parteipolitischen Fragen beschäftigt, sondern auch mit staatsbürgerlichen Problemen und mit verschiedenen anderen Dingen vertraut gemacht wird. Die Situation ist ja so, meine sehr verehrten Frauen und Männer, daß die jetzt in Jugendorganisationen Tätigen einmal in den nächsten Jahrzehnten die Geschicke unseres Landes übernehmen werden. Und es ist in der weiteren Folge sicherlich so, daß nur parteipolitisch Orientierte oder Geschulte oft einen schlechten Dienst für die ganze Bevölkerung leisten. Es ist unbedingt die fachliche Tüchtigkeit, die staatsbürgerliche Erziehung und auch die kulturelle Bindung zu den Werten unserer Ahnen die Voraussetzung. (Abg. Karl Lackner: „Sehr richtig!“) Hier muß wiederum die Tätigkeit des Landesjugendreferates hervorgehoben werden, weil es sich bemüht, die städtische Jugend der ländlichen Jugend näher zu bringen. Und wir haben Beweise aus der vergangenen Zeit, in der diese Arbeit und Tätigkeit sehr mustergültig vorexerziert worden ist. Ich darf hier an ein Beispiel im Bezirk Weiz erinnern und zwar hat sich die Gewerkschaftsjugend dort gemeinsam mit der Landjugend gefunden, hat den Betrieb der Elin besichtigt, anschließend einen landwirtschaftlichen Betrieb und man konnte bei der nachfolgenden Diskussion die Feststellung machen, daß so manche frühere Vorstellung revidiert werden konnte und sich die Teilnehmer an dieser gemeinsamen Besichtigung, ein ganz anderes Bild über die verschiedenen Dinge machen konnten. Vor allem ist es dem Landesjugendreferat gelungen, hier sehr entscheidende Maßnahmen zu treffen. Ich darf erinnern, daß durch die Theaterbesuche, die immer wieder auch vom Landesjugendreferat organisiert werden und auch vom Stadtschulamt Graz emsig unterstützt werden, immer wieder auch der ländlichen Jugend die Möglichkeit gegeben wird, Theatervorstellungen zu sehen und man kann die Feststellung machen, wenn man solche Jugendliche vom Land im Foyer des Opernhauses trifft, daß sie sich in diesen Häusern und Kulturstätten genau so sicher bewegen wie draußen auf ihrer heimatlichen Arbeitsstätte. Ich möchte bitten, daß auch in Zukunft dem Landesjugendreferat besonderes Augenmerk entgegengebracht wird, weil ich weiß, daß es vor allem dem Landesjugendreferat gelungen ist, die Jugendorganisationen unseres Landes zu koordinieren, was die Voraussetzung sein

wird, daß auch in unserem Land, in der Steiermark, auch in politischer Hinsicht eine gedeihliche Arbeit geleistet werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Herr Abg. Dr. Ing. Götz hat das Wort. Als nächster Redner ist Herr Abg. Fellinger vorgemerkt.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus! Es ist heute schon einmal bei dem Kapitel „Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung“ von der Tatsache die Rede gewesen, daß es doch einigermaßen objektive Zahlen gibt, die nicht unbedingt erfreulich sind und die man zum Teil auch nicht verstehen kann. Etwa die Ergebnisse, die sich bei der Musterung zeigen. Und zwar Ergebnisse, die sich durchaus nicht nur auf die vermeintlich gesunde bäuerliche Jugend beziehen, sondern die auch die Stadtjugend miteinschließen. Ich darf, ohne Sie mit langen Ziffern zu belästigen, doch vielleicht folgendes sagen: Drei Vergleichsziffern aus den Jahren 1960, 1963, 1964, spätere Ergebnisse waren mir nicht zugänglich. In einem Fall, und zwar immer steigend vom Jahr 1960 an, wurden genau 60.159 überwiegend des Jahrgangs 1941 gemustert. 1963 waren es 53.178 und 1964 waren es nur 38.899 Jungmänner oder künftige Jungmänner, die zur Musterung kamen. Ergebnis, wobei ich die A- und B-Tauglichkeit deshalb zusammenfasse, weil in sehr vielen Zweifelsfällen über die A-Tauglichkeit, die B-Tauglichkeit ausgesprochen wurde. Aber jedenfalls das als taugliche Gruppe: Im Jahre 1960 90,92 Prozent, im Jahre 1963 bereits nur mehr 88,39 Prozent und im Jahre 1964 nur mehr 81,56 Prozent, womit wir mit diesen Musterungsergebnissen im Vergleich zu anderen Ländern um nahezu 10 Prozent unter der durchschnittlichen Quote der tauglich Gemusterten liegen. Es ist auch nicht uninteressant, daß dabei insbesondere ausgesprochene Zivilisationschäden als Grund für die Nichttauglichkeit an erster Stelle stehen. Und zwar Fußschäden mit nahezu 50 Prozent im Jahre 1964 und an zweiter Stelle Zahnschäden mit einem auch ständig wachsenden Prozentsatz und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu einem Zeitpunkt, wo man annehmen müßte, daß eine ständige Betreuung durch Fachärzte auch auf dem Sektor der Zahnheilkunde sichergestellt wäre oder sichergestellt sein könnte, oder sichergestellt sein müßte. Ich glaube daher, daß die Frage dieser Ziffernstatistik doch mehr bedeutet, als die Feststellung, daß die Tauglichkeit um einige Prozent absinkt. Ich glaube also, daß man alle Ursachen aufzuspüren hat, die dann zu diesem Ergebnis bei den Gemusterten führen. Denn man kann mit gleicher Wahrscheinlichkeit und mit wahrscheinlich gleichem Ergebnis feststellen, daß das ja nicht nur auf die männliche Jugend beschränkt bleibt, sondern daß der allgemeine Gesundheitszustand nicht besser sondern schlechter wird und daß es dafür eine Reihe von Ursachen gibt, die zu beheben wären. Ich glaube, daß unter diesem Gesichtspunkt auch die körperliche Ertüchtigung

einen etwas anderen Aspekt bekommt, nicht nur den Aspekt der Erhöhung des vielleicht körperlichen Wohlbehagens, wenn man Sport in älteren Jahren treibt, oder die Frage der Beherrschung des eigenen Körpers, sondern auch die Frage der Gesunderhaltung, der Kräftigung und der Immunisierung gegenüber Erkrankungen aller Art. Und da meine ich doch, daß etwa ein Antrag, der, leider Gottes, im Vorjahr von mir in der Budgetdebatte zu diesem Kapitel gestellt, keine Mehrheit und keine Unterstützung gefunden hat, neuerlich von der Landesregierung geprüft werden sollte.

Nämlich der Antrag — das war damals bezogen auf die Landesturnhalle — den Jugendturnstunden und anderen Sportzwecken die Einrichtungen des Landes doch kostenlos zur Verfügung zu stellen. Man darf nicht übersehen, daß die Vereine nicht zum Spaß diese Turnstunden in Anspruch nehmen, sondern daß sie damit einen Teil und einen Beitrag zur Volksgesundheit leisten, der von diesem Gesichtspunkt aus unterstützungswürdig wäre.

Der Herr Landesrat Bammer hat in seinen Ausführungen unter anderem auch erwähnt, daß der Allgemeine Turnverein in Graz mit seinem neuen Vereinshaus eine sehr beachtliche Leistung geschaffen hat.

Meine Damen und Herren, jeder der dieses Heim besichtigt hat, auch in seinem Rohzustand, wird das bestätigen. Aber ich möchte diesen Worten etwas beifügen. Ich glaube, mit dieser Feststellung allein, die bestimmt den Tatsachen entspricht, kann und darf es nicht getan sein. Wenn ich die Förderungsbeiträge des Landes für diesen Bau ansehe und wenn ich mir andere Förderungsbeiträge des Landes für andere Bauten ansehe, dann stelle ich hier ein arges Mißverhältnis fest. Es ist ein Unterschied, ob ein Verein aus eigener Kraft, mit eigener Initiative und mit eigenen finanziellen Belastungen den Großteil eines Bauvorhabens oder zumindest den überwiegenden Teil eines solchen selbst aufbringt und dann zu Gebietskörperschaften geht und um Hilfe zur Fertigstellung ersucht, oder ob sich ein Dachverband an die Gebietskörperschaften wendet und sagt, er sei bereit, Sportstätten dann zu führen, wenn sie vorher zur Gänze von diesen Gebietskörperschaften gebaut und bezahlt werden und wenn ihnen weiterhin auf die Dauer von über 50 Jahren diese Gebietskörperschaften den dreifachen Mietzins jährlich zu zahlen bereit sind. Auch solche Sportstätten gibt es, meine Damen und Herren.

Ich glaube daher, daß, wenn nicht nur mit der Förderung des Schwimmsports, mit der einmaligen Leichtathletikhalle, aber auch mit den zusätzlichen Räumen, die in diesem Turnerheim entstanden sind und entstehen werden, ein wirkliches Zentrum der körperlichen Ertüchtigung überwiegend aus der privaten Verantwortung, aus privaten Risiken und aus der finanziellen Belastung dieses Vereines entstanden ist,

dann müßte das Land in der Förderung großzügiger sein, als dies bisher der Fall war.

Wenn die körperliche Ertüchtigung unzureichend ist, wenn dann im Haltungsturnen Mängel und Fehler behoben werden sollen oder der Versuch gemacht wird, sie zu beheben, dann kann man und muß man zu dem Gesundheitswesen einige Worte sagen. Der Herr Abgeordnete Ileschitz hat sich mit der Situation der Kassen und gewissermaßen als Kontrahent mit der der Ärzte beschäftigt. Mir sind nur die Ziffern bekannt, die in einem Memorandum der Ärzteschaft vom 2. Juli 1966 genannt werden und danach gibt es 14 fehlende Ärzte in der Steiermark (Abg. Ileschitz: „Über dreißig!“) und 233 in ganz Österreich.

Sie haben dann Herr Abgeordneter, die Forderung aufgestellt, man dürfe nicht vergessen, daß ein Mediziner sich mit seinem Studium, mit seinem Eid für einen Beruf entscheidet, der ihn letztlich dazu zwingt, in erster Linie und immer wieder für die Bevölkerung, für die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung da zu sein. Richtig! Aber ich glaube, man kann an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß es trotzdem 233 Stellen in Österreich von praktischen Landärzten gibt, die nicht besetzt sind. Man kann nicht sagen, sie müssen, wenn man nicht umgekehrt bereit ist, auch die Voraussetzungen, unter denen nun ein solcher Landarzt zu arbeiten hat, zu verbessern. Denn das Fehlen dieser Voraussetzungen führt zum Fehlen von Ärzten, die bereit sind, sich nun in die sehr mühsame und sehr viel Idealismus erfordernde, noch mehr als in der Stadt Idealismus erfordernde, Landarztstelle zu setzen. Daß damit die notwendige gesundheitliche Betreuung in manchen ärztlichen Sprengeln nicht mehr gewährleistet ist, ist eine bekannte Tatsache. (Abg. Ileschitz: „Den Ärzten würden komplette Wohnungen großen Ausmaßes zur Verfügung gestellt werden, viele andere Vergünstigungen, aber man lehnt es ab, man will das Stadtleben. Mit dieser Begründung haben viele Ärzte das schon abgelehnt!“)

Herr Abgeordneter, ich glaube nur, ich kenne Einzelmaßnahmen und möchte Einzelmaßnahmen von generellen Maßnahmen trennen. Ich glaube, daß zu diesen generellen Maßnahmen natürlich die Frage der Wohnversorgung gehört, aber ebenso die Frage der steuerlichen Begünstigung bei der Einrichtung einer Praxis. Es muß sowohl finanziell, als auch darüber hinaus arbeitsmäßig ein entsprechender zusätzlicher Anreiz geschaffen werden, um den gegebenen Engpaß zu überwinden. Ich meine, daß man sehr wohl von der öffentlichen Hand und zwar nicht nur vom Bund und vom Land, sondern auch von den Gemeinden und Sozialversicherungsträgern gemeinsam zu einer Lösung dieses Problems kommen muß, vor allem deshalb, weil es ja nicht nur ein Einzelproblem der Ärzteschaft ist. Meine Damen und Herren, dieselbe Entwicklung finden Sie in einer ganzen Reihe von freien Berufen und ich möchte behaupten,

daß ein Keil in dieser Richtung den anderen treibt. Es würde auch wieder die Möglichkeit der früheren Tischrunde in der Gemeinde, zu der eben der Arzt, der Lehrer und der Notar gehörten, geschaffen werden. (Landesrat Sebastian: „Und das Postfräulein!“) Ich weiß nicht, welche Gemeinde Sie meinen! (Abg. Scheer: „Leoben!“)

Abgesehen von dieser Frage glaube ich, daß diese miteinander zusammenhängenden Probleme vor allem dort zuerst und nachhaltig und dringlichst zu behandeln sind, wo die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung in Frage gestellt und vielerorts bereits gefährdet ist. Ich darf es noch einmal sagen, 233 Ärzte fehlen in Österreich, davon 14 in der Steiermark und wahrscheinlich wird diese Zahl jetzt schon über 30 sein und wird weiterhin steigen.

Aber wovor ich abschließend warnen möchte ist, hier gegenseitig Schuld oder mangelnde Verantwortung etwa vom Sozialversicherungsträger der Ärzteschaft gegenüber oder von der Ärzteschaft dem Sozialversicherungsträger gegenüber in den Vordergrund zu stellen. Ich glaube, daß vor allem der Weg einer gemeinsamen Lösung nicht verschüttet werden darf und daß diese gemeinsame Lösung eben auch darin liegt, gerechtfertigte Forderungen von den betroffenen Ärzten zu akzeptieren. Umso mehr, als nicht übersehen werden darf, daß es kaum einen Arzt gibt, der so wie der Landarzt, dem Typ, dem leider immer seltener werdenden Typ des Hausarztes im besten Sinne des Wortes entspricht. Dieser ist gezwungen, nicht nur die fachärztliche Detailuntersuchung des Kollegen in Anspruch zu nehmen, sondern schon in der Diagnose und in der Behandlung von der ersten Minute an persönlich allein die Verantwortung zu tragen und rasch zu handeln und der daher auch die notwendige Erfahrung in seinem Beruf findet.

Daher nochmals meine Bitte, dieses Problem unter dem Blickpunkt und unter dem Ziel in erster Linie zu sehen, die fehlenden Landarztstellen besetzen zu können und dafür jede Hilfe sowohl von Seiten des Landes und der Gemeinden als auch von Seiten der Sozialversicherungsträger aufzuwenden. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abg. Fellinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Fellinger: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich kann es nicht unterlassen, auch heuer wieder bei der Budgetdebatte auf die Umstände im Leobner Krankenhaus hinzuweisen. Im ordentlichen Voranschlag wurden für den Zu- und Umbau des Landeskrankenhauses Leoben keine Budgetmittel eingesetzt. Im a. o. Voranschlag finden wir zwar beim Ausbau des Landeskrankenhauses Leoben die Summe von 10 Millionen Schilling. Aber leider keine Bedeckung. Damit ist für das Jahr 1967 entschieden, daß der Wunsch der Ärzte und der Leobner Bevölkerung, das Bettenhaus im Leobner Kran-

kenhaus zu errichten, nicht erfüllt werden kann. Auf die untragbaren Zustände im Krankenhaus Leoben habe ich mir in der vorjährigen Budgetdebatte erlaubt, aufmerksam zu machen. Auf 535 Betten kommen 575 Patienten durchschnittlich, das heißt, daß 40 Patienten in Gängen und Nebenräumen des Krankenhauses auf Notbetten Platz finden. Ich weiß, daß bei der Landesregierung viele Wünsche wegen der Ausgestaltung der Landeskrankenhäuser in den Bezirken vorliegen. Man kommt aber nicht umhin, vor allem für Leoben die Errichtung einer neuen Kinderabteilung zu fordern, da die jetzige äußerst schlecht untergebracht ist. Wenn schon kein Geld für ein Bettenhaus vorhanden ist, so ist es dringend notwendig, eine neue Kinderabteilung ehestens zu errichten. Und wenn wir vom zuständigen Landesrat Sebastian im Finanz-Ausschuß erfahren haben, daß bereits die Bodenuntersuchungen abgeschlossen sind, und außerdem eine Kommission festgestellt hat, daß die Verweildauer der Patienten im Leobner Krankenhaus zu kurz ist, kann daraus nur der Schluß gezogen werden, daß die Ärzte gezwungen sind, die Patienten kürzer als vorgeschrieben im Spital zu lassen, da der Bedarf an freien Betten sehr groß ist.

Ich ersuche die Hohe Landesregierung daher nochmals, Sorge zu tragen, daß ein Teil der 10 Millionen Schilling im a. o. Voranschlag nach Möglichkeit im Jahre 1967 ihre Bedeckung bekommt und daß damit mit dem Bau der Kinderabteilung begonnen wird. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Schrammel. Ich erteile es ihm. Als Nächster ist vorgemerkt Herr Abg. Nigl.

Abg. Schrammel: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich zum Unterabschnitt „Förderung der Jugendherbergen“ Stellung nehme. Zwischen den Jugendherbergen bestehen von Land zu Land, und selbst innerhalb eines Landes große wesentliche Unterschiede, jedoch sind ihre allgemeinen Merkmale überall die gleichen. Der Zweck ist vor allem, der Jugend das Wandern zu erleichtern und sie so die Natur kennen und lieben zu lehren. Jugendherbergen sind einfache Raststätten für Wanderer und jugendliche Reisende. In der Steiermark werden im steirischen Herbergswerk und im Herbergverband die Jugendherbergen verwaltet. Diese Organisationen haben keinen geschäftlichen Charakter und weit davon entfernt, mit Gewinn zu arbeiten, bieten sie ihre Dienste zum Selbstkostenpreis, ja oft darunter. Dies ist nur möglich, dank der selbstlosen Mitarbeit freiwilliger Helfer und in vielen Fällen dank der Zuwendungen der Erziehungsbehörden. Wir haben in allen österreichischen Bundesländern solche Herbergsorganisationen, die sich im österreichischen Herbergsring zusammenfassen. Die verschiedenen nationalen Verbände sind im internationalen Jugendherbergverband zusammengeschlossen, der das Wandern von Volk zu Volk fördert und so die Jugend

aller Länder einander näherbringen will. Eine Jugendherberge ist kein Hotel, sie ist etwas ganz anderes.

Mag sie klein sein, oder zu den größten zählen und vielleicht in Bad Aussee stehen oder in Riegersburg oder in Radkersburg, Mariazell, Admont oder Soboth, in allen diesen Häusern spürt man noch immer den Geist, der einst die Jugendherbergen schuf. Alle die jungen Menschen, die hier Quartier suchen, eint das Band jugendlicher Selbstverständlichkeit, mit der jeder von ihnen der Welt aufgeschlossen gegenübertritt, um sie zu gewinnen. Sie alle sind es daher gewohnt, Kamerad unter Kameraden zu sein, sich selbst zu helfen und ebenso den Gefährten.

In der Jugendherberge hilft daher jeder sich selbst und damit gleich allen anderen. In Küche und Haus geht er Herbergsvater und Herbergsmutter zur Hand. Dieser seit Jahrzehnten geübte Brauch bedarf keiner großen Worte, er gilt als geringer Dank dafür, daß dieses Haus am Wanderwege steht wie als Dank dafür, daß jedem hier Gelegenheit geboten wird, zu lernen wie man sich einfügt in die Ordnung eines vom Wandern geprägten und auf das Wandern hienzielenden jugendlichen Lebens. Denn auch das Leben ist ein Wandern über Höhen und Tiefen und Sorgen und Freuden. Die reisen wollen und der Annehmlichkeit des Hotels bedürfen, finden wir hier nicht. So bildet die Jugendherberge auch keine Konkurrenz für unsere Hotels und Gaststätten, vielmehr können die jungen Menschen, die noch über keine wesentlichen Möglichkeiten verfügen, die Schönheit und Vielfalt unserer Heimat kennen lernen. Sie werden dann auch später ihren Urlaub um so lieber, in unserer ihnen bekannten Heimat verbringen. So hat das Jugendherbergswesen auch wirtschaftliche Bedeutung und unterstützt auch die Bestrebungen des Fremdenverkehrs. Dabei muß anerkennend erwähnt werden, daß nach dem Zweiten Weltkrieg förmlich aus dem Nichts in rund 20 Jahren eine Bewegung entstand, die heute weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannt geworden ist.

Standen in den ersten Jahren überhaupt keine Jugendherbergen zur Verfügung, so gelang es nach und nach durch die Hilfsbereitschaft an der Jugend interessierter Stellen und durch die Unterstützung maßgeblicher Leute zweckentsprechende moderne Jugendherbergen zu errichten.

Die Nächtigungszahlen in diesen Jugendherbergen beweisen, daß sie zu echten Treffpunkten der Jugend aus der ganzen Welt geworden sind, wobei insbesondere die Zahl der Ausländernnächtigungen angestiegen ist. Es gibt keine andere Organisation, die ein so umfassendes weltweites Netz von Unterkünften anzubieten hätte. Jugendherbergen gibt es in allen fünf Kontinenten. Es scheint mir sicher zu sein, daß immer eine Kategorie von Jugendunterkünften

benötigt wird für Jugendliche, Schulklassen und Jugendgruppen, in denen auch pädagogische Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Das ist aber nur möglich durch die Gemeinschaftsunterbringung, wie sie sich im Laufe der Jahre in der Jugendherberge mit verschiedenen Varianten herausgebildet hat. Die Jugendherberge ist somit für alle da. Wenn man aber für alle da sein will, hat man es gerade heute besonders schwer.

In der Zeit des Entstehens der Jugendherbergen vor und nach den beiden Weltkriegen waren alle mit einer einfachen Unterkunft zufrieden. In den neuen Stadtvierteln wachsen heute die Kinder in vollkommen geheizten Wohnungen auf, haben fließendes warmes Wasser und all die Annehmlichkeiten des technischen Zeitalters. Die Jugendherbergen haben dieser Entwicklung nur zum Teil Rechnung tragen können. Es ist daher erfreulich, daß die Bedeutung des Jugendherbergswesens auch im Budget 1967 ihren Niederschlag gefunden hat und das Land Steiermark mit 1.7 Millionen Schilling unterstützend eingreift.

Die Steiermark wurde bisher unter den österreichischen Bundesländern immer stärker auch von ausländischen Jugendwanderern besucht. Unsere steirischen Jugendherbergen an den zahlreichen schönen Punkten des Landes laden zum Verweilen ein. So unter anderem die auf einem gewaltigen Basaltkegel erbaute Riegersburg im oststeirischen Hügelland, die Burg Trautenfels, Admont mit seinem 1000jährigen Benediktinerstift an der brausenden Enns, Mariazell ein österreichischer Gnadenort der katholischen Kirche, Krieglach in der Heimat Peter Roseggers, Soboth an der österreichisch-jugoslawischen Grenze, Radkersburg, die uralte Grenzstadt im Süden des Landes usw. Dem jungen Wanderer und Besucher stehen in der Steiermark neben vielen Schutzhütten auf den Bergen, zahlreiche Herbergen sowohl in den Tälern der Alpen, als auch im malerischen Hügelland der steirischen Weingegend an der jugoslawischen Staatsgrenze zur Verfügung. Doch sind es noch zu wenig und es wäre ein Neubau in den Bezirken Fürstenfeld und Hartberg, der dort auch angestrebt wird, vertretbar. Mit gutem Recht gilt die Grüne Mark noch als billiges und ruhiges Reiseland, welches eine Reihe östlicher Spezialitäten aufzuweisen hat. Wie kein zweites Land Österreichs vereint die Steiermark innerhalb ihrer Grenzen alle Geländeformen Mitteleuropas und ich glaube hiermit nicht zu übertreiben, von den Gletschern des Dachsteins, über die wilden Kalkmauern des Gesäuses und die sanften Gipfel der steirischen Tauern bis zu den Weinbergen und erloschenen Kratern in den südlichen Landesteilen ist hier alles vorhanden. Dazwischen liegen überall kleine und große Seen und alle Fremdenverkehrsorte verfügen über eigene Schwimmbäder. Die Jugendherbergen ermöglichen es zahlreichen jungen Menschen, Einblick zu nehmen in das Schaffen und Ringen der Naturgewalten unserer schönen steirischen Heimat. Durch das Zusammenführen der verschiedensten Nationen ist das Jugend-

herbergswesen somit ein ganz klarer Beitrag für eine bessere Welt, für eine Welt des Friedens und der gegenseitigen Verständigung. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Nigl. Ich erteile es ihm.

Abg. Nigl: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Auszeichnung gehabt, den Beginn des Nachmittags zu setzen dadurch, daß ich erster Debattenredner war am Nachmittag, und mir scheint, es ist so, daß mir auch die Auszeichnung zuteil wird, den Schluß als Debattenredner dieses angebrochenen Nachmittags zu setzen. Als der Herr Abgeordnete Ileschitz zur Frage der Krankenkassen Stellung genommen hat — es tut mir außerordentlich leid, daß er nicht da ist, ich hätte ihm dann sagen können, daß ich auf weiten Strecken seine Darlegungen absolut unterstreiche — habe ich schon befürchtet, daß dieser Beitrag ausschließlich der Lesestunde zum Opfer fallen wird. Er ist aber dann sich selbst fast zum Opfer gefallen, und zwar in den Schlußakkorden seiner Ausführungen, nämlich dort, wo er das Klage lied der Krankenkassen anstimmen mußte, zwangsläufig, weil die finanzielle Situation der Krankenkasse nicht so ist, daß man ein Loblied singen könnte. Und in dem Teil seiner Ausführungen ist er mir vorgekommen, als ob er sich selber als eine Art Kapitalist zum Opfer gefallen ist, weil er davon gesprochen hat, daß es nur Forderer gibt und die Krankenkassen nicht mehr imstande seien, alle diese Forderungen zu erfüllen.

Aber ich werde auf diese Dinge in einigen Details noch am Schluß meiner Ausführungen zu sprechen kommen.

Zunächst einiges zur Gruppe 5: Es ist sicher richtig, wenn man vielleicht — und diese paar einleitenden Bemerkungen seien mir gestattet — feststellt, daß der Stand unserer Medizin ein außerordentlich hoher ist. Dennoch gibt es eine Reihe von fürchterlichen Krankheiten, die immer noch auch die Menschheit in unseren Kreisen treffen. Ich denke da an die verschiedensten Formen des Krebses und anderes mehr. Und dennoch muß man sagen, daß einem der Stand der Medizin so richtig erst bewußt wird, wenn man daran denkt, daß etwa eine Blindarmoperation heute als eine Art Kinderkrankheit abgetan wird und selbst vor Magenoperationen und noch schwereren Operationen die Scheu völlig oder nahezu völlig verlorengegangen ist. Aus dieser Entwicklung der Medizin hat sich zweifellos ein außerordentlich hohes Vertrauen der Bevölkerung, derjenigen, die Heilung oder Linderung ihrer Leiden suchen, in die ärztliche Kunst ergeben. Und durch dieses Vertrauen, das da gewachsen ist, ist zweifellos auch ein stärkerer Zug zum Krankenhaus entstanden, ein Zug zum Krankenhaus, dem früher auch oft nicht nachgegeben wurde, weil man

überhaupt eine größere Scheu vor diesem Krankenhaus hatte.

Und wenn man sich die Frage stellt, wie soll man dem Drängen der Bevölkerung und dem Trend und dem Zug zum Krankenhaus begegnen, so wird einem vor allen Dingen dann diese Frage bewußt, wenn man dazu fragt: Wer soll letzten Endes alles das bezahlen, das da an Kosten und an Aufwendungen entsteht? Aber ich will mich noch nicht unmittelbar mit der Finanzierung beschäftigen und insbesondere mit der Finanzierung der Krankenanstalten, sondern zunächst ein paar Feststellungen noch treffen und diese mit Zahlen ein wenig belegen.

Für die steirischen Krankenanstalten wurden im Jahre 1965 über 2,200.000 Verpflegstage ausgewiesen, das heißt, wenn man das auf die Bevölkerungszahl — und hier liegt die Volkszählung des Jahres 1961 als letzte vor — mit rund 1,137.000 gegenüberstellt, so ergibt sich auch ein Durchschnitt von etwa zwei Tagen, die jeder Steirer im Verlaufe eines Jahres im Krankenhaus verbringen würde. Nun, das Land Steiermark verfügt — und da sage ich Ihnen nichts Neues, Sie wissen es ja aus dem Voranschlag — über 16 Krankenanstalten, über zwei Sonderkrankenhäuser- und Heilstätten, sowie über zwei Heil- und Pflegeanstalten. Interessanter wird es schon, wenn man die Bettenzahl in eine Verbindung mit den Anstalten bringt und darauf hinweist, daß in den Landeskrankenanstalten 8.880 Betten zur Verfügung stehen und in diversen anderen Krankenhäusern, die von verschiedenen Einrichtungen betreut und geführt werden, so von geistlichen, also religiösen Einrichtungen, von Sozialversicherungsträgern, denken Sie an die Unfallkrankenhäuser in Graz und Kalwang, noch weitere 2.637 Betten zur Verfügung stehen, so daß insgesamt in der Steiermark 11.517 Betten existieren.

Noch eins, das mir interessant erscheint. Ja vielleicht sollte ich bei dieser Stelle auch darauf hinweisen, daß dieser Bettenstand, ich glaube sogar der höchste, zumindest einer der größten aller österreichischen Bundesländer sein dürfte. Dazu kommt noch etwas. Die Verweildauer der Kranken in den Krankenanstalten, in den steirischen, nicht nur in den Landeskrankenanstalten, wird mit 19,6 Tagen angegeben. Durchschnittlich im übrigen Österreich beträgt der Aufenthalt 16 Tage und ein Vergleich, der auch im Finanz-Ausschuß genannt wurde, in Amerika seien es 10 Tage. Nun, sicherlich ist es nicht immer sinnvoll und zweckmäßig, alles mit dem goldenen Westen zu vergleichen, denn es können verschiedene Ursachen vorliegen, daß dort die Verweildauer im Krankenhaus nur 10 Tage beträgt, so etwa angeblich die Tatsache, ich kann das nicht genau überprüfen, daß man dort für einen Tag ca. 30 bis 40 Dollar zu bezahlen hat, ohne daß dabei die Kosten für Arzt, Pflegerin oder Arzneien beglichen werden. Wenn ich das transponiere auf die österreichische Situation, so gebe ich

gerne zu, daß mir der derzeitige Zustand lieber ist und natürlich muß man auch die Feststellung treffen, daß für einen Österreicher bei weitem nicht jene Kostenbelastung entsteht, wenn er sich in ein Krankenhaus legt als etwa das dort. Vielleicht ist das mit ein Grund, daß die Verweildauer bei uns länger ist. Aber es wird vielleicht auch andere geben. (Abg. Leitner: „Das entscheidet ja auch der Arzt. Sie tun immer so, wie wenn das der Patient entscheiden würde!“) Herr Kollege Leitner, Sie haben anscheinend noch nichts davon gehört, daß sich manche prophylaktisch ins Krankenhaus legen, nur, um einfach die Gewißheit zu haben, daß ihnen nichts fehlt. In diesem Falle entscheidet nicht der Arzt, ob er drinnen ist, sondern in diesem Falle entscheidet der Patient, ob er sich ins Krankenhaus legt, um sich einer prophylaktischen Untersuchung zu unterziehen. (Abg. Leitner: „Eingewiesen muß er werden, Sie leben am Mond!“)

Es gibt sogenannte Durchuntersuchungen, die nicht unbedingt einer Einweisung eines Arztes bedürfen, es gibt Durchuntersuchungen, die durch das Schiedsgericht angeordnet werden und verschiedene andere mehr.

Ich stelle sachlich fest, daß die Statistik eine solche Verweildauer ausdrückt und festhält, wenn Sie sich darüber aufregen, ich kann es nicht ändern, die Statistik sagt es so. Auch Herr Landesrat Sebastian hat es im Finanz-Ausschuß bestätigt. Sie hätten ihn ja auch dort entsprechend anhören können. Tatsache ist aber auch, daß durch die verschiedenen beachtlichen Verteuerungen, gerade auf dem medizinischen Sektor, natürlich auch die Kosten eminent ansteigen. Und da beginne ich mich ein wenig mit der finanziellen Frage auseinanderzusetzen, das heißt mit der Finanzierung. Mit der Finanzierung der Kostentragung in den Krankenanstalten. Beginnen wir dort, wo es sich um die Kostentragung seitens der Sozialversicherungsträger handelt. Auch aus einer Aussendung ist festgestellt, daß die Selbstkosten pro Patient und Tag im Krankenhaus 205 Schilling rund betragen, ohne daß man dabei die Ausbaukosten in den einzelnen Anstalten berücksichtigt. Nun, wenn man berücksichtigt, daß z. B. die Sozialversicherungsträger — obwohl der offizielle Verpflegungssatz 110 Schilling ist — den ermäßigten Satz von 89 Schilling pro Tag leisten, dann wird man sofort erkennen, daß bei Selbstkosten von 205 Schilling naturgemäß die Deckung dieser Kosten im Ausmaß von 43,3 Prozent gegeben ist. Dabei muß man aber berücksichtigen, daß 90 Prozent der steirischen Bevölkerung durch eine Pflichtkrankenversicherung erfaßt sind. Nicht alle bei der Gebietskrankenkasse, der Herr Kollege Ileschitz hat schon darauf hingewiesen, daß wir auch von den zehn österreichischen Betriebskrankenkassen, mehr als die Hälfte, nämlich genau sechs, in der Steiermark haben und daß dadurch besonders für die Gebietskrankenkasse eine nicht immer günstige Riskenverteilung gegeben ist, weil ja viele gute Risiken in den Betriebskrankenkassen vorzufinden sind.

Nun, Tatsache ist, daß eine solche Verrechnung erfolgt.

2. Fall: Die Behandlung von Patienten, also gerade in der Unfallchirurgie, ist eine absolut teuere geworden. Ich stelle das nicht negativ kritisch fest, sondern sachlich, sie ist teuer geworden und jeder, der selbst im Bereiche eines Sozialversicherungsträgers etwa der Unfallversicherung zu tun hat, der wird wissen, welche Kosten die Einrichtungen in einem Spital betragen. Ich weise da nur auf ein Beispiel hin und nenne da bestimmt noch nicht das Teuerste: Es gibt neuerdings seit einiger Zeit einen sogenannten Bildwandler, eine Art Fernseheinrichtung, die es dem Chirurgen ermöglicht, bei Marknagelungen und ähnlichen Dingen die Operation genau am Fernsehschirm zu verfolgen und dadurch festzustellen, ob ein Marknagel auch die richtige Führung bekommt. Kostenpunkt eine halbe Million Schilling für die Anschaffung eines solchen Bildwandlers. Sie können auch in den Rechenschaftsberichten nicht nur der allgemeinen Unfallversicherungsanstalt nachlesen, die schon im Jahre 1964 ihre Krankenhauskosten in der eigenen Anstalt des Arbeitsunfallkrankenhauses in Graz mit 210 Schilling ausgewiesen hat. Nun, die Unfallversicherungsträger, hier die AUVA und auch die land- und forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt als Unfallversicherungsträger in der Land- und Forstwirtschaft, die wissen das, daß natürlich die Kosten in einem Krankenhaus beachtlich steigen und gestiegen sind, weshalb sie sich ja auch gegenseitig für den Verpflegstag 148.— Schilling verrechnen. Wenn aber ein Arbeitsunfallverletzter nicht in das Arbeitsunfallkrankenhaus eingewiesen werden kann, sondern in ein Landeskrankenhaus in die Unfallstation, dann erfolgt in der Verrechnung über die zuständige Krankenkasse nicht eine Verpflegungssatzverrechnung von 148.— Schilling, sondern selbstverständlich von 89.— Schilling, weil ja auch in diesem Falle der ermäßigte Satz gilt. Ich stelle das lediglich sachlich fest. Wenn man dabei weiß, daß im Jahre 1965 die Zahl der Arbeitsunfälle im Bereich der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt mit 32.001 und im Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Versicherungsanstalt mit 14.666 ausgewiesen sind, insgesamt sich also eine Unfallziffer von Arbeitsunfällen im Ausmaß von 46.667 ergibt, diese Zahl aber nicht in ihrer Gesamtheit in den Arbeitsunfallkrankenhäusern betreut werden können, sondern Tausende in den Landeskrankenanstalten untergebracht werden, so können Sie sofort erkennen, daß hier einerseits diese Sozialversicherungsträger sich beachtliche Mittel durch die geringeren Verpflegungssätze ersparen, andererseits aber dem Lande Steiermark, als den Krankenanstaltenerhalter beachtliche Einnahmeausfälle dadurch entstehen.

In gleicher Weise aber — und es ist nicht ungerechtfertigt, darauf hinzuweisen und ich tue das als Steirer mit besonderem Nachdruck — stelle ich fest, daß die Allgemeine Unfallversi-

cherungsanstalt in all den Jahren, auf die wir in letzter Zeit schon zurückblicken können, beachtliche Überschüsse in ihren Bilanzen ausgewiesen hat, wobei ein Teil dieser Überschüsse zur Bilanzverbesserung der Pensionsversicherungsträger überwiesen wurde, ein anderer, sehr namhafter Teil, der in die zig-Millionen — ich könnte da Ziffern nennen — geht, wurde anderen Krankenhäusern, Bezirkskrankenhäusern, Gemeindekrankenhäusern und verschiedenen Krankenhäusern und Krankenanstalten in ganz Österreich, ich will nicht sagen, jedem, sondern verschiedenen Stützpunkten, als Subvention zur Errichtung von Unfallstationen gegeben. Aber ich kann mich nicht erinnern — vielleicht bin ich da nicht ganz im Bilde —, daß in der Steiermark eine ähnliche Einrichtung erfolgt wäre. Natürlich sind hier jene Beträge nicht der Steiermark, sondern den anderen Bundesländern zugute gekommen, ich gönne sie ihnen, aber ich stelle fest, daß wir einerseits durch den Verrechnungsmodus nicht nur einen erheblichen Einnahmefall hatten, sondern daß auf der anderen Seite natürlich dadurch, daß hier Unfallstationen seitens der Unfallversicherung nicht errichtet wurden, weil sie ja ein eigenes Krankenhaus hat, wir auch nicht in den Genuß solcher Subventionen gekommen sind.

Ein Drittes noch, und das ist die Frage der Verkehrsunfälle. Ich glaube, daß man auch darauf ein wenig hinweisen muß. Im Jahre 1965 hat sich zwar ein leichter Rückgang ergeben, aber immerhin haben sich im Jahre 1965 in der Steiermark 15.439 Verkehrsunfälle ereignet und von diesen 15.439 Verkehrsunfällen sind 7564 mit Personenschaden ausgegangen. Nun, wenn ich Ihnen jetzt eine Ziffer nenne, die ich zu den Arbeitsunfallverletzten dazuzähle, dann lassen Sie sich dadurch nicht irritieren. Die Zahl der Verletzten bei diesen Verkehrsunfällen ist nicht identisch mit der Zahl der Verkehrsunfälle selbst, weil ja ein Verkehrsunfall, bei dem möglicherweise mehrere Fahrzeuge beteiligt sind, immer nur als ein Unfall gewertet wird in der Statistik. 10.014 Verletzte hat es gegeben neben den 324 Toten. Wenn Sie sich erinnern, ich habe genannt 46.667 Arbeitsunfälle, dazu können Sie 10.014 Verletzte rechnen, wir haben also allein aus dem Titel der Arbeitsunfälle und der Verkehrsunfälle 56.681. Ich konzidiere Ihnen aber, daß bei den Verkehrsunfällen und bei den Arbeitsunfällen eine gewisse Überschneidung stattfindet, weil ja mancher Verkehrsunfall, z. B. Wegunfall, auch als Arbeitsunfall gilt. Im zweiten Quartal 1966 sind 781 solcher Verkehrsunfälle, die als Arbeitsunfälle gelten, ausgewiesen, so daß das im Halbjahr etwa 1500 und im Jahr vielleicht bei 3500 bis 4000 liegen könnte. Wenn Sie das abziehen, bleiben immer noch ca. 52.000 Unfälle übrig. Für die Verkehrsunfälle hat nun vielleicht zu gelten, was auch zum Teil für die Arbeitsunfälle zu gelten hat. Die privaten Versicherungsanstalten ersparen sich nämlich dadurch, daß auch die Verkehrsunfälle über die Sozialversicherungsträger, Krankenkassen abgerechnet werden, ebenfalls beachtliche Be-

träge dadurch, daß sie nicht dazu verhalten sind, jene Verpflegungssätze zu leisten, die eigentlich für sie zu gelten hätten. (Abg. Ileschitz: „Wofür gibt es eine Unfallversicherung, Herr Kollege?“) Herr Kollege Ileschitz, es ist nämlich so, daß zwischen den Krankenanstalten und den privaten Versicherungsträgern ein Teilungsabkommen besteht, das so aussieht, daß in jedem Fall von Haus aus die private Versicherung zwei Drittel dieses Krankenversicherungs-Verpflegungssatzes von 89 Schilling bezahlt und das andere Drittel zu Lasten der Krankenversicherung geht. Aber es wird daher nicht geprüft, ob irgendwelche Regreßfälle daraus entstehen können, sondern das ist das Teilungsabkommen, das zwischen den Krankenanstalten und den privaten Versicherungen besteht. Ich stelle das lediglich sachlich fest. Sie ersparen sich dadurch einiges, und auf der anderen Seite geht zweifellos auch der Gebietskrankenkasse hier ein beachtlicher Betrag meiner Meinung nach in den Einnahmen verloren, weil dieses Teilungsabkommen zwei Drittel zu ein Drittel lautet.

Im Rahmen der privaten Krankenversicherung könnte man noch auf das Thema der Zuschußversicherung zu sprechen kommen, denn im Rahmen der Zuschußversicherung — dies ist auch bekannt — zahlen die privaten Versicherungsträger nicht die Differenz zwischen 89 Schilling und dem Tagessatz von 140 Schilling, sondern lediglich von 100 Schilling auf 140 Schilling, also lediglich 40 Schilling. Ich will das aufzeigen mit dem Hinweis darauf, daß selbstverständlich dort, wo eine Kostenentwicklung — bei den Krankenanstalten ist das sachlich feststellbar — das Defizit vom Voranschlag 1966 auf 1967 von 182 auf 216 Millionen steigt und dazu noch gar nicht die Kosten für die Bauten berücksichtigt sind, es zwangsläufig zu Maßnahmen, zumindest aber zu Überlegungen und Prüfungen führen muß, in welcher Weise man dieser Entwicklung begegnen kann. Ich glaube, daß die Bevölkerung von uns erwartet, daß wir alle diese Mittel, die im Rahmen der Voranschläge zu beschließen sind, nicht nur sparsam verwalten, sondern daß wir dort, wo sich ungesunde Entwicklungen ergeben, auch entsprechende sinnvolle Lösungen gegenüberstellen.

Ich komme schon zum Schluß, Kollege Brandl, es wird nicht mehr lange brandeln. (Landesrat Bammer: „Es ‚nigelt‘ ja.“) Ist unangenehm, was (Landesrat Bammer: „Ich habe ja nicht bosnigelt gesagt!“) Es ist daher meiner Meinung nach durchaus richtig, wenn strenge Prüfungen darüber angestellt werden, ob nicht in den Krankenanstalten selbst — und wir wissen sicher jeder einige Beispiele aufzuzählen aus dem Stegreif, wo wir das Gefühl haben, daß dort Abhilfe zu schaffen wäre — eine gründliche Verwaltungsreform erfolgen müßte.

Ich habe davon gehört, daß einiges in dieser Richtung ja bereits eingeleitet ist und die Absicht besteht, einiges über das Rechenzentrum

abzuwickeln. Absolut erfreulich und zu unterstreichen! Außerdem glaube ich, daß künftig eine zielstrebige Rationalisierung und Automatisierung ins Auge gefaßt werden muß, eine strenge Prüfung der inneren Organisation der Krankenhäuser, bezogen auf die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit, Vermeidung unnötiger Doppelgleisigkeiten bei der Ausstattung der Krankenhäuser und Abteilungen mit medizinisch-technischen Geräten und ähnliches mehr. Ich glaube aber auch, daß eine Neuordnung der Ärztehonorare, bezogen auf die Verrechnung zwischen den Sozialversicherungsträgern und den Ärzten einige Abhilfe schaffen könnte und schaffen müßte, so wie mir überhaupt scheint, daß im Rahmen der gesamten Krankenversicherung eine Reform dringend erforderlich ist. Und hier bitte ich vielleicht den Kollegen Ileschitz ein wenig aufzupassen, damit er das genau hört, sonst wird mir hinterher wieder etwas unterstellt, was dann nicht so gesagt wurde von mir, wie es dann wieder in einer Zeitung stehen könnte.

Nun, der Kollege Ileschitz hat berechtigterweise auf die Sorgen der Krankenversicherungsträger hingewiesen. Mir scheint aber, daß auch im Rahmen der Krankenversicherungsträger einige Reformen erforderlich sein müßte. Abgesehen davon, daß es nicht richtig ist, aber das flechte ich nur am Rande ein, daß die Krankenversicherungsbeiträge, die die Gebietskrankenkasse für die dort versicherten Rentner und Pensionisten erhält, nicht für die Deckung der Leistungen, die an diesen Personenkreis ausgeschüttet werden, ausreichen, im Gegenteil von diesen Einnahmen seitens der Gebietskrankenkasse für diesen Personenkreis bleibt nämlich noch einiges übrig, was seitens der Gebietskrankenkasse zu einem Antrag geführt hat, das ASVG in der Richtung abzuändern, daß diesem Personenkreis, nämlich den Rentnern und Pensionisten, die gleichen Sachleistungen zukommen wie den aktiven Versicherten der Gebietskrankenkassen, ist sicherlich, meiner Meinung nach, doch etwas mehr Überlegung notwendig. (Abg. Ileschitz: „Weniger Leistungen, meinen Sie?“) Ich will mich nicht über die grundsätzliche Notwendigkeit eines Gesundheitsdienstes auslassen, aber ich glaube, wenn man in der Sozialversicherung mit ihrer Gesetzgebung, mit ihren Satzungen und mit ihren Einrichtungen einen Stand erreicht hat, bei dem die Selbstverwaltungskörper selbst beginnen, ernste Sorgen darüber zu haben, wie sie künftighin das jährlich anfallende Mehr an Ausgaben finanzieren und abdecken können, ich glaube in diesem Fall ist es gerechtfertigt, daß diese Selbstverwaltungskörper auch Überlegungen in der Richtung anstellen, ob nicht etwaige Ausgaben, die in die Zukunft wirken, zunächst — ich unterstreiche das zweimal — zunächst unterbleiben sollten und vorerst die vorhandenen Mittel zur Abdeckung und zur Erhaltung des bereits aufgebauten sozialen Gebäudes Verwendung finden sollten. Und da meine ich zum Beispiel die sogenannte Gesundenuntersuchung. Ich habe gesagt,

ich bin grundsätzlich nicht dagegen. Aber wenn man weiß, daß rund 300.000 Versicherte in der Gebietskrankenkasse versichert sind und sich der Kreis mit den Familienangehörigen auf eine Million ungefähr erhöhen wird, vielleicht sind es 900.000, ich habe die Ziffer jetzt nicht ganz genau im Kopf, so glaube ich, unter Hinweis auf die Zahl, daß eine wirksame Gesundenuntersuchung nur dann einsetzen könnte, wenn an 300 Arbeitstagen der Ärzte und des Personals in der Gebietskrankenkasse eine solche Gesundenuntersuchung durchgeführt werden sollte und täglich ungefähr 1000 drankommen müßten, wenn ich nur die Versicherten, nicht aber die Familienversicherten hernehme. Ein Beginnen, daß wahrscheinlich schon, wie Sie sehen, an der Zahl zum Scheitern verurteilt wird. Es wird nach wie vor darauf ankommen, daß nicht die Gesunden sich in Untersuchung begeben, sondern jene, die irgendwelche Schmerzen verspüren oder vielleicht jene, die etwa in irgendeiner Illustrierten — und hier müßte man auch eine ernste Mahnung an verschiedene Presseerzeugnisse setzen — einen Artikel über einen Leberkrebs oder über sonstiges gelesen haben und am nächsten Tag schon setzen verstärkte Inanspruchnahmen, Konsultationen bei den Ärzten ein (Zwischenruf Abg. Ileschitz: „Rom wurde nicht an einem Tag erbaut und die ersten Ergebnisse zeigen schon, wie ungeheuer wichtig diese Einrichtung ist, sie scheitert derzeit nur noch an der Finanzierung. Nach Ihrer Meinung sollte man hier gar nicht anfangen!“) Kollege Ileschitz, wir stellen uns ja nicht grundsätzlich gegen eine solche Maßnahme. Ich habe nur gesagt, daß in einer Zeit, wo sich die Selbstverwaltungskörper der Sozialversicherungsträger ernste Sorgen machen müssen, wie sie künftighin die Aufrechterhaltung des derzeitigen sozialen Standes und der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen machen müssen, daß in diesem Zeitpunkt, meiner Meinung nach für die Errichtung aller neuen Zweige oder Abschnitte im Rahmen der Sozialversicherungen ernste Überlegungen angestellt werden müssen. (Abg. Leitner: „Nur wegen dieser maßlosen Forderungen!“ — Landesrat Wegart: „Von wem?“ — Abg. Leitner: „Von der Regierung!“) Ich habe gesagt, im Rahmen der Selbstverwaltungskörper. (Abg. Ileschitz: „Die Überlegungen sind angestellt worden und im Einvernehmen mit den Arbeitgebervertretern, die sich verantwortlich gefühlt haben, auch einstimmig beschlossen worden! Eine komische Einstellung vom Gewerkschaftssekretär!“) Kollege Ileschitz, ich habe unterstrichen zweimal „zunächst“ habe ich gesagt. Ich habe das Lied der Millionensorgen nicht gesungen. Dieses Lied hat der Kollege Ileschitz hier an diesem Pult gesungen. (Abg. Ileschitz: „Sicher, aber ich möchte nur darauf aufmerksam machen!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Ich glaube, meine Damen und Herren, und damit bin ich schon am Schluß meiner Ausführungen, daß es sinnvoll und zweckmäßig ist, das Erreichte im Rahmen des gesamten sozialen Gebäudes zunächst zu erhalten. Worauf es aber auch im Rahmen dieses Hauses ankommt, und wir ha-

ben hier genauso Steuermittel zu verwalten und zu verwenden im Rahmen der Abdeckung der Abgänge bei den Krankenanstalten, daß es auch darauf ankommt, Kollege Leitner, für die gesamte österreichische Bevölkerung, nicht nur für die Versicherten, aber es ist ja ohnedies schon ein breiter Kreis, für die gesamte österreichische Bevölkerung Maßnahmen zu setzen, die für sie ein echter Schutz vor finanziell kranken Kassen, aber auch vor finanziell kranken Anstalten darstellen. (Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung. Sie wird morgen 8 Uhr früh fortgesetzt.

Unterbrechung der Sitzung: 23 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 15. Dezember, 8 Uhr.

Präsident: Hohes Haus! Ich nehme die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir sind bei der Gruppe 5, Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Sebastian. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Sebastian: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Zu den fundamentalsten Rechten der Menschheit gehört das Recht auf Gesundheit und Erhaltung des Lebens. Dieses fundamentale Recht dem Menschen zu erhalten, ist Aufgabe der Gemeinschaft. In Anerkennung dieses Grundsatzes haben jene Männer, die vor uns die Geschicke dieses Landes geleitet haben, in Verfolgung des Leitgedankens das Gesundheitswesen weitgehend in die Obhut des Landes übernommen. Das kommt darin zum Ausdruck, daß, wie ja auch gestern in der Diskussion schon erwähnt wurde, der überwiegende Teil der Krankenanstalten im Besitze des Landes Steiermark ist. Aber auch die Männer und Frauen, die nach dem Zweiten Weltkrieg hier in diesem Lande die Beschlüsse zu fassen hatten und die in der Landesregierung gesessen sind, haben ebenfalls, diesem Leitgedanken des Rechtes auf Leben und Gesundheit Rechnung tragend, enorme Leistungen für das Gesundheitswesen der steirischen Bevölkerung erbracht, und es sind auch in dieser Zeit zwei weitere Krankenanstalten in den Besitz des Landes übergegangen. Aber auch die gestrige Diskussion hat gezeigt, in welchem hohem Maße und mit wieviel Ernst diese Frage auch jetzt behandelt wird und daß die Bereitschaft besteht, auch fürderhin für dieses wichtige Problem alles zu tun, was auf diesem Gebiete erforderlich ist.

In diesem Sinne danke ich allen Damen und Herren, die zu dieser Gruppe und zu dem Teil dieser Gruppe Stellung genommen haben, für den ich verantwortlich zeichne.

Ich werde einige der Diskussionsbeiträge bei dem Hauptkapitel, zu dem ich zu sprechen gedenke, bringen, möchte aber vorweg, eingehend auf die Diskussion, dem Herrn Dr. Heidinger danken dafür, daß er in positivem Sinne dazu Stellung genommen hat, daß wir uns be-

mühen, durch ein Institut vom Ausland, von welchem wir wissen und annehmen, daß es objektiv ist in der Beurteilung der Fragen, Gutachten einzuholen bzw. eingeholt haben sowohl für das Krankenhaus Leoben als auch für den Bereich der Verwaltung des Krankenhauses Graz, das ja letztthin mit zu den größten Krankenhäusern Europas gehört. Ich weiß nicht, was letztlich dabei herauskommt, ob es uns soviel Neues bringen wird. Das, was wir von Leoben wissen, ist nicht sehr revolutionierend oder ist nicht so, daß wir nicht mit gutem Gewissen sagen könnten, das hätten wir auch gewußt. Uns geht es vielmehr darum, ein objektives Urteil einer außenstehenden Stelle zu erhalten, eines Instituts, das reiche Erfahrung auf diesem Gebiete besitzt und für zahlreiche Krankenanstalten gearbeitet hat. Aber nicht das ist es, was ich sagen wollte, denn davon habe ich schon im Hohen Haus gesprochen, sondern mir geht es darum, daß auch der Hohe Landtag die Richtigkeit dieses Weges erkennt, anerkennt und unterstützt, weil im zunehmenden Maße Kritik geübt und gesagt wird, wozu denn das, wir hätten das ja auch gewußt, wir hätten das auch gekonnt, gipfelnd darin, daß es heißt, durch solche Maßnahmen würden eigene Initiativen unterdrückt, obwohl Raum und Zeit gewesen wäre für diese eigenen Initiativen, die man aber nicht ergriffen hat. Deshalb ist es für mich von Bedeutung, wenn positiv zu diesen Fragen Stellung genommen wird.

Die Frage der Verwendung von Geräten, Instrumenten — ein Herzensanliegen von uns, Herr Doktor, nur etwas schwierig. Schwierig nicht nur von der menschlichen Seite her, wenn Sie wollen, vom hierarchischen Aufbau einer Klinik, aber auch erschwert durch die Tatsache — das Schwergewicht liegt ja hier in dieser Frage beim Krankenhaus mit den elf klinischen Abteilungen —, durch das Pavillonsystem, das in den Jahren 1905 bis 1912 sicherlich das modernste gewesen ist, heute sind aber die Erkenntnisse auf diesem Gebiet wesentlich anders. Und daher ist eine Konzentration vieler Fragen, die wünschenswert wäre, nicht möglich. Ich sage Ihnen gleich ein konkretes Beispiel: Allerorts wird gesagt, man müßte ein Zentrallabor errichten, das wäre wirklich wünschenswert. Aber von 21 Abteilungen sind 11 Universitäts-Kliniken, das heißt, es wird Lehre und Forschung betrieben; und mit Recht sagt jeder Ordinarius „Ich brauche auch mein eigenes Laboratorium“. Wenn ich ein solches Zentrallabor errichten würde unter der Voraussetzung, daß das Geld vorhanden wäre, daß der Platz vorhanden wäre, würden dort die Routineuntersuchungen sein und die Speziallaboratorien hätte ich erst auf den einzelnen Abteilungen. Allein dieses Beispiel möge Ihnen zeigen, wie schwierig es ist, aber ich danke auch hier, wenn ich mich der Unterstützung des Landtages versichern kann, daß ich bei dem Versuch zu rationalisieren, zusammenzuziehen, mich nicht nur auf das Wollen der Abteilung oder des ärztlichen Leiters oder mein Wollen, sondern auch auf das Wollen

des Landtages und der Landesregierung berufen kann.

Die übrigen Fragen werde ich Ihnen während meiner Ausführungen beantworten, nur noch die eine Frage hinsichtlich der chronisch Kranken. Auch hier habe ich dargelegt, daß ich keine Stigmatisierung des Alterskrankenhauses wünsche und daß das natürlich eine Frage des Geldes ist, ob man irgendwo ein Krankenhaus errichten kann, das sich diesem Zwecke widmet. Denn das Ausräumen irgend einer vorhandenen Abteilung ist ja solange sinnlos, solange ich weiß, daß ich ständig an einer Bettennot leide. Nach den Normen der Medizin soll ein Krankenhaus nicht mehr als mit 80 Prozent belegt sein. Der Durchschnittsbelag aller unserer Krankenanstalten sind 96 Prozent, das heißt, daß wir ständig überbelegt sind und ich könnte für diesen Zweck daher nichts freimachen.

Die Frau Abgeordnete Jamnegg hat in dankenswerter und wie immer in liebenswerter Weise darauf hingewiesen und wurde von der Frau Abgeordneten Egger dabei unterstützt hinsichtlich des Antrages auf die Tetanusimpfung und den Schwangerenpaß. In der 4. Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 4. Juli 1961 haben die sozialistischen Abgeordneten Maria Matzner, Hella Lendl und Sebastian einen solchen Antrag eingebracht auf Einführung eines Schwangerschaftspasses. Die Frau Abgeordnete Egger hat gesagt, der Antrag ist in irgend einer Schreibtischlade verschwunden — nicht in meiner, Frau Abgeordnete, denn wir haben den Antrag gestellt. Aber trotzdem und trotz Ihres Charmes möchte ich mich um die Vaterschaft dieses Antrages nicht mit Ihnen streiten, das möchte ich nur vermerken. Ich unterstreiche alles, was die Frau Abgeordnete Egger hinsichtlich der Gesundheitserziehung gesagt hat. Nur ist das nicht alleinige oder ausschließliche Kompetenz, die bei uns gelegen ist, und was mir wesentlich erscheint, ist also der Hinweis, Frau Abgeordnete, daß wirklich manche Menschen — und das möchte ich hier festhalten — der Auffassung sind, daß ein Krankenhaus eine Servicestation für die Wiederherstellung der Gesundheit ist. So wie man das Auto zum Mechaniker hinstellt und sagt, so das wird überholt, und Sie haben ganz bewußt diesen Ausdruck benützt, so haben manche Menschen auch die Auffassung, jetzt lasse ich meinen Korpus einmal wieder überholen, lege mich ins Krankenhaus, lasse mich röntgenisieren, analysieren und mir die notwendigen Medikamente verordnen. Soweit folge ich Ihnen. Nicht aber folge ich Ihnen dorthin, wo Sie sagen, es fehlt das eigene Risiko. Denn wenn das eigene Risiko dort mündet, daß die Möglichkeit davon abhängt, selbst dazu beizutragen — und ich habe Ihnen das im Finanz-Ausschuß schon gesagt — wie lange ich im Krankenhaus sein kann, oder wie lange sich mein Krankenhausaufenthalt erstrecken kann, weil ich dazu beitragen muß, dann werde ich kritisch und wehre mich dagegen. (Abg. Egger: „Herr Landesrat, ich habe nur von Kleinstrisken

gesprochen.“) Ich werde Ihnen gleich etwas sagen, Frau Kollegin. (Unverständlicher Zwischenruf.) Ich danke Ihnen für diesen Zwischenruf. Wir haben von Amerika gesprochen und haben gesagt, daß dort die Leute nicht immer in der Lage sind, die notwendige Verweilauer auszunützen, weil die Gebühren, die sie zu bezahlen haben, zu hoch sind. Aber warum denn in die Ferne schweifen, und gerade Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP müssen das doch wissen, wir haben doch bis zur Einführung der Bauernkrankenkasse den Zustand des eigenen Risikos gehabt. Soll ich Ihnen das namenlose Elend und Leid schildern und ich habe es ja schon getan, was es gerade bei der bäuerlichen Bevölkerung geheißen hat, eigenes Risiko zu tragen. Es hat keine Präventivmedizin gegeben, man ist wegen der Kosten und des Arbeitskräftemangels in letzter Minute ins Krankenhaus gegangen und die Ziffern gerade des Medikamentenverbrauches (Landeshauptmann Krainer: „Das ist eine Zeitfrage, nicht so sehr eine Geldfrage, das ist heut nicht anders.“) Herr Landeshauptmann, ich habe Ihnen einen Fall geschildert, der uns 13.000 Schilling gekostet hat. Im Krankenhaus Wagna, weil diese Bäuerin, weil das Geld kostet, nicht ins Krankenhaus gehen konnte, sondern in der letzten Minute gegangen ist und kaum hat sie sich einigermaßen wohl gefühlt, wollte sie das Krankenhaus wieder verlassen, weil das ja den Verlust des Kalbes oder der Kuh, die zuhause im Stall steht, bedeutet. Und nicht zuletzt war ja das auch die Ursache, warum wir die Landwirtschaftskrankenkasse gefordert haben und warum es zur Einführung dieser Kasse gekommen ist. Weil gerade dieser Sektor die schlechteste Betreuung gehabt hat, weil er mit dem eigenen Risiko behaftet gewesen ist.

Zur Frage der Alterserkrankungen schlechthin, das ist ein Problem, mit dem sich — ich glaube das sagen zu dürfen — die Ärzte der gesamten zivilisierten Welt befassen, weil die Menschen wohl psychisch älter werden, aber physisch nicht die Kraft haben, dieses Alter dann entsprechend zu genießen.

Herr Abg. Leitner hat von der Bettennot gesprochen, ich werde auf diese Frage später zurückkommen und auch dem Herrn Abg. Nigl soweit von der Zurverfügungstellung von Geld die Rede war, werde ich noch einiges sagen. Darf ich später darauf zurückkommen, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren, seien Sie mir nicht ungehalten, ich muß mich jetzt mit Ziffern und Zahlen beschäftigen, denn das Kriterium der positiven Anregung und der positiven Kritik lag ja doch darin, na ja, jetzt müßte man hineinleuchten, jetzt müßte man schauen, wo kann man Mittel flüssig machen und letztlich, der Generaldebattenredner der ÖVP, Abg. Stöffler, hat gemeint Partner suchen, ich werde über diese Partner auch noch reden. Wenn ich aber vom Geld rede, dann kann ich nur mit Ziffern

und Zahlen reden. Daher muß ich also folgendes sagen. Der Voranschlag für das Jahr 1967, und das ist richtig, steigt erstmals in seinen — ich rede jetzt von dem präliminierten, vorgesehenen Zuschuß für die Krankenanstalten, für die Heil- und Pflegeanstalten — exorbitant an, ich werde auch das noch sagen, aber wir kommen also über die 200-Millionen-Schilling-Grenze, es sind genau 204 Millionen und so und soviel hunderttausend Schilling. Im a. o. Haushalt wurde von den 73 Millionen Schilling gesprochen; ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie die Bundesmittel abziehen müßten, Herr Dr. Heidinger, so sind es nur 54,5 Millionen Schilling, die aus Landesmitteln zugeschossen werden. Das sind also, wenn ich den ordentlichen und den außerordentlichen Haushalt zusammenziehe, rund 258 Millionen Schilling. Meine Damen und Herren, das sind 8,4 Prozent des Gesamthaushaltes des Landes Steiermark. Eine beachtliche Summe immerhin, aber sie ist nicht so, daß sie nicht vertretbar wäre. (Abg. Heidinger: „So dürfen Sie nicht rechnen, Herr Landesrat!“) Wenn ich aber die 54 Millionen Schilling abziehe im a. o. Haushalt, dann komme ich auf 6,6 Prozent des gesamten Landesbudgets. Meine Damen und Herren, wenn ich aber den ordentlichen und den außerordentlichen Haushalt zusammenzähle und durch die Einwohnerzahl dividiere, dann komme ich darauf, daß auf einen Einwohner in der Steiermark bei dem Präliminare für 1967 227.— Schilling auszugeben sind und wenn ich den a. o. Haushalt abziehe, da es ja im freien Ermessen der Regierung bzw. des Landtages gelegen ist, ob man etwas neu schafft oder nicht, sind das 178.— Schilling, die das Gesundheitswesen pro Einwohner dem Lande kostet und ich glaube, auch das ist eine vertretbare Summe. Nun, was verursacht die Steigerung? Wir haben also eine echte Steigerung von 91 Millionen Schilling, ich sage nur die runden Ziffern, das sind ungefähr 17,6 Prozent, die entsprechen dem Anheben im mutigen Budget, wie es in der Einbegleitungsrede geheißen hat. Aber von diesen 91 Millionen Schilling, meine Damen und Herren, sind allein 65 Millionen Schilling Mehrerfordernis für das Personal und in diesen 65 Millionen Schilling wiederum sind uns durch bundesgesetzliche Regelungen oder Bestimmungen aufgelastet worden wie zum Beispiel durch das Familien-Lastenausgleichsgesetz, wodurch uns die Bezahlung von 9.300.000 Schilling in den Familien-Lastenausgleichsfonds vom Bunde aufgezwungen und die Selbstträgerschaft aufgelassen wurde, oder das Aufhören des Wirkens des § 148 lit. 5 des ASVG, das heißt, daß wir im Regreßwege oder vom Bezirksfürsorgeverband immerhin die halben Kosten für jene einbringen konnten, die im Feldhof sind. Die Aufhebung dieses Paragraphen kostet uns 2,3 Millionen Schilling, die eingeführte Bildungszulage für die Ärzte 1,2 Millionen Schilling, und die Aufwandsentschädigung für die Bediensteten auf der Stolzalpe 672.000 Schilling, das allein, meine Damen und Herren, verursacht also

eine Steigerung von 13,5 Millionen Schilling innerhalb des Personalaufwandes.

Und nun zur Frage des Personalaufwandes. Sie müssen doch, meine Damen und Herren, überlegen, und das hat irgendein Herr, ich glaube, der Herr Abg. Nigl war es, gesagt, ja der Zuschuß war im Jahre 1953 56 Millionen Schilling. Meine Damen und Herren, überlegen Sie doch, das ursprünglich überwiegend geistliche Schwestern in unseren Spitälern gewesen sind und daß diese Schwestern, ob weltlich oder geistlich, 60 oder mehr Stunden gearbeitet haben, daß diese weltlichen Schwestern 80 Prozent nur der Entlohnungsgruppe E bekommen haben, daß wir in Jahrestappen erst auf 100 Prozent nachgezogen haben bei den geistlichen Schwestern, daß der Anteil der geistlichen Schwestern ständig absinkt, der der weltlichen zunimmt und wir davon reden, den Sozialberuf attraktiver zu machen und daher natürlich auch auf diesem Sektor einiges tun mußten und heuer waren es eine Reihe von Regelungen und daher kam es zu einem relativ starken Ansteigen der Personalkosten. Bei diesem hohen Ansteigen des Gesamtaufwandes kann ich nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß trotz der Erhöhung von 91 Millionen Schilling für den Sachaufwand lediglich 25 Millionen Schilling mehr verbleiben. Im Jahre 1960, als ich das Referat übernommen habe, meine Damen und Herren, haben die Personalkosten 41 Prozent des gesamten Aufwandes ausgemacht, und für den Sachaufwand waren 59 Prozent des Gesamtaufwandes zur Verfügung. Bei dem Präliminare für das Jahr 1967 sind wir bereits beim Personalaufwand von 61,4 Prozent und Sachaufwand von 38,6 Prozent. Wenn Sie dann noch überlegen, wenn ich die Indizes hernehme, im Jahre 1958 100, im Jahre 1960 103 und mit 1. Sept. 1966 127,1, das heißt eine perzentuelle Steigerung von 23,40 bei den Preisen für die Sachleistungen, werden Sie sehen, daß sich die Mittel zu Ausgaben für den Sachaufwand im reziproken Verhältnis zum Jahre 1960 verhalten. Daß das natürlich zu Engpässen, zu Schwierigkeiten führt, brauche ich hier nicht zu sagen.

Es wurde davon gesprochen, warum denn das Gruselkabinett, wenn sich letzten Endes zeigt, daß der Abgang doch nicht so hoch ist. Das bringt vermutlich die Kameralistik mit sich, weil man eben nur Ziffern annehmen kann, weil man die Entwicklung nicht voraussehen kann. Und wenn es sich beim Krankenhauswesen letztlich — und das werde ich gleich am Rechnungsabschluß des Jahres 1965 beweisen — doch wiederum zum Besseren wendet am Jahresende, so doch deshalb, weil erstens, wie ich schon sagte, im Präliminare ja nur die Planbetten veranschlagt werden und nicht allfällige Notbetten hereingenommen werden dürfen. Außerdem müssen die, die ins Notbett kommen, ja gleich versorgt werden wie die, die in das Planbett hineinkommen, aber weil es auch eine sehr flexible Bewegung gibt jenes Patientengutes, von dem man ja nicht voraussehen kann,

ob es zuschußversichert ist oder nicht, das sind ja auch immerhin 40 Millionen, die dann während des Jahres wirksam werden können. Wir haben für das Jahr 1965 einen präliminierten Zuschuß von 146 Millionen Schilling gehabt, der tatsächliche Zuschuß war dann 127 Millionen Schilling, das sind also 5,05 Prozent des Gesamtvoranschlages des Jahres 1965. Wenn ich noch die 39 Millionen, die im a. o. Haushalt aufgewendet wurden, dazurechne, sind das insgesamt 6,62 Prozent des Gesamtvoranschlages, die das Gesundheitswesen im Jahre 1965 dem Land Steiermark gekostet hat. Ich glaube, auch das ist eine vertretbare Ziffer. Aber damit Sie sehen, wie liegen wir denn nun als Steirer, die wir stolz darauf sind, daß wir als fast ausschließlicher Rechtsträger der Krankenanstalten gelten, gegenüber den anderen Bundesländern: Ein Vergleich mit Kärnten zeigt, daß Kärnten einen Zuschuß des Landes — Kärnten hat einige Landesanstalten und fördert im übrigen Anstalten, die von Gemeinden erhalten werden — bei einem Budget von 1.200.000.000 Schilling für das Jahr 1967 von 65 Millionen Schilling hat, das sind 5,21 Prozent des Landesbudgets. Wir liegen also, wenn ich den a. o. Haushalt abziehe, bei 6 Prozent, im Jahre 1965 waren es 5,05 Prozent. Wien: 10 Milliarden ist das Gesamtbudget. Die Ausgaben für die Krankenanstalten sind 1,5 Milliarden Schilling, der Zuschuß des Landes Wien sind 859 Millionen, und das sind die 8,5 Prozent. In Oberösterreich wird bei einem Gesamtbudget, das annähernd mit uns immer verglichen wird, von 2,5 Milliarden Schilling — und Oberösterreich hat kaum eigene Anstalten, sondern im wesentlichen fördert es Bezirks- und Gemeindespitäler — kommt es immerhin auf einen Zuschuß von 140 Millionen im ordentlichen und 28 Millionen im außerordentlichen Haushalt, das heißt, auf einen Zuschuß von 168 Millionen Schilling, es liegt daher im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag bei 6,73 Prozent und nur beim ordentlichen bei 5,61 Prozent. Sie sehen, auch Oberösterreich bewegt sich auf dieser Ebene. Salzburg hat einen Gesamtvoranschlag von 844 Millionen Schilling und beschämt fast alle Bundesländer, weil der Zuschuß des Landes bei diesem kleinen Voranschlag im ordentlichen Haushalt 58 Millionen ausmacht und im außerordentlichen 52, insgesamt 110 Millionen und liegt an der Spitze aller Bundesländer bei 13 Prozent, die für dieses Gebiet ausgegeben werden.

Seien Sie bitte nicht ungehalten, wenn ich Sie mit diesen Ziffern aufhalten mußte, aber ich glaube, es ist wichtig, damit einmal Klarheit darüber herrscht, wie sieht es in anderen Ländern aus. Tun wir um soviel mehr oder liegen wir schlechter als die anderen Bundesländer?

Aber, meine Damen und Herren, angesichts dessen, was gestern hier zur Frage des Gesundheitswesens gesagt wurde, angesichts dessen, was Sie täglich erleben und was wir im vervielfachten Ausmaße zu spüren bekommen, muß ich sagen: Wer kann denn die Frage stel-

len, was darf ein Menschenleben kosten, wenn wir uns dazu bekennen, dieses Menschenleben zu erhalten. Ich gestehe, meine Damen und Herren, daß natürlich die Auffassungen unterschiedlich sein können, daß das, was vorhanden ist, dem einen, der täglich damit zu tun hat, der täglich mit den Notständen, die es dort und da gibt, konfrontiert wird, zu wenig ist, daß es aber für den anderen, der die Dinge nicht so kennt, den Außenstehenden, zuviel sein mag. Ich gestehe auch, daß es dem, der dort arbeitet und der wartet, daß der Mangel behoben wird, zu langsam geht, und daß es dem anderen zu rasch erscheinen mag, was wir tun. Aber hier ist die Frage: Wo sind die Grenzen? Und ich muß sagen, es wird so oft im Leben gesagt, man muß halt den richtigen Mittelweg und die richtigen Grenzen finden. Das Grenzen finden, meine Damen und Herren, dort, wo es um Menschenleben geht, ist viel, viel schwieriger als auf anderen Gebieten.

Es ist über die Straßenunfälle gesprochen worden. Ich gestehe zu, meine Damen und Herren, daß oft die Frage berechtigt ist, wenn wir Millionenbeträge investieren, um ein Menschenleben zu erhalten, es zu verlängern, daß wir auf der anderen Seite sehen müssen, wie gleichgültig die Menschen über die Tatsache hinweggehen, daß ein Massensterben auf unseren Straßen ist, daß dort das Menschenleben nicht zählt, daß man die Todesziffern einfach registriert und bei einem Verkehrsunfall vorüberfährt, vielleicht die nächsten zehn Kilometer etwas langsamer, und dann wieder dahinstrast. Das ist das, was der Regierung manche Entscheidung außerordentlich erschwert.

Der Generalredner der ÖVP, der Abg. Stöffler, hat in seiner Generalrede — ich habe das wörtlich mitgeschrieben — gesagt, wir haben ein soziales und wirtschaftliches Gefälle. Dieses ist gegeben und stark ausgeprägt. Ich hoffe, richtig mitgeschrieben zu haben. Und er hat gemeint, no ja, bei den Einnahmen sieht es nicht gut aus und man muß Partner finden, um die Last der Krankenhäuser zu mildern, die sie dem Lande verursachen. Wenn also gegeben ist und stark ausgeprägt ist, daß in der Steiermark ein soziales Gefälle ist, meine Damen und Herren, dann ist es natürlich auch gegeben, daß auf diesem Sektor die Ziffern und die Statistiken andere sind als in anderen Bundesländern. Denn, wenn ich bestätige, daß ich ein Lohngefälle von Westen nach Osten und vom Norden nach dem Süden habe, dann haben auch meine Verhandlungspartner unter diesem sozialen Gefälle zu leiden und es gibt Schwierigkeiten. Ich möchte, um nicht mißverstanden zu werden, gleich an die Spitze meiner Ausführungen stellen, daß ich nicht der Anwalt der Kassen hier bin, daß ich nicht der Anwalt der Gemeinde bin, sondern daß ich hier die Interessen des Landes zu vertreten habe. Aber, wenn ich Partner suche, dann sind sie ja naturgegeben, es ist also sicherlich als erstes die Sozialversicherung oder die Sozialversicherungsträger, es sind die Gemeinden, von

denen gesprochen wird, es ist der Bund und es sind letztlich oder nicht zuletzt die Patienten. (Abg. Pölzl: „An erster Stelle wäre als erster Partner die sparsame Wirtschaft!“ — Abg. Ileschitz: „Es wird sparsam gewirtschaftet!“) Mit den Sozialversicherungsträgern, meine Damen und Herren, haben wir jährlich neu verhandelt und haben jährlich Erhöhungen vorgenommen und wir haben im Jahre 1960 z. B. noch einen Pflegesatz von 58,50 gehabt und jetzt einen von 89.— und sind in Verhandlungen, ob es 103, 105 oder durch ein Schiedsgerichtsurteil festgelegte Pflegesätze werden. Das heißt, wenn sie einigermaßen über 100 Schilling zu liegen kommen sind das 74 Prozent, um die in den letzten Jahren erhöht wurde und ich muß, wenn ich mit einem Verhandlungspartner zusammensitze, darauf Bedacht nehmen, nicht nur ob er zahlungswillig ist, sondern auch ob er zahlungsfähig ist. Wenn ich weiß, daß im selben Zeitraum die Bemessungsgrundlage bei 3.000 Schilling für die Krankenversicherung stehen geblieben ist und das Volumen der Arbeitskräfte wohl etwas ausgeweitet wurde, daß es aber kein Anheben der Einnahmen gibt durch den vom Bundesgesetzgeber hergestellten Plafond, auf der anderen Seite aber der Bundesgesetzgeber zusätzlich neue Lasten auflastet, dann kommt eben der kritische Punkt, wo der Verhandlungspartner, nicht weil er nicht zahlungswillig ist, sondern weil die Zahlungsfähigkeit nicht gegeben ist, nicht bezahlen kann. Die Gemeinden mittels Beitragsbezirken oder Beitragsprengeln zu belasten, meine Damen und Herren, halte ich für ebenso kritisch und problematisch, nicht nur heuer im Hinblick auf den Finanzausgleich, sondern im Hinblick auf das, was ich vorhin gesagt habe, daß wir absolut nicht mehr und nicht weniger tun als andere Bundesländer auf diesem Gebiete. Aber auch im kommenden Jahr wäre es problematisch. Der neue Finanzausgleich dürfte den Gemeinden, wie geschätzt wird summa summarum 21 Millionen Schilling bringen, wobei es eine Reihe von Gemeinden gibt, die weniger bekommen und eine Reihe, die diese 21 auf sich aufteilen müssen. Eine 10-prozentige Beteiligung am Abgang der Krankenanstalten würde bedeuten, daß das gesamte Ergebnis des Finanzausgleiches, das unter 3-jährigen schwierigen Verhandlungen zustandekommen ist, zunichte gemacht worden wäre. Wer sich, meine Damen und Herren, zu sehr der Verpflichtung, für das Gesundheitswesen etwas zu tun, entzieht, ist nach meiner Auffassung und Überzeugung, und ich weiß mich hier nicht alleine, der Bund, meine Damen und Herren. Es ist unmöglich, daß man den Krankenkassen, die ursprünglich als Selbsthilfeeinrichtung für eine materiell schwache Gruppe von Menschen geschaffen wurde, den gesamten Gesundheitsdienst auflastet, unbeschadet der Möglichkeiten, ob sie das leisten kann oder nicht. (Landesrat Wegart: „Der Bund soll zahlen!“) Der Bund, Herr Kollege, hat vor dem Jahre 1938 ein Drittel zum Abgang der Krankenhäuser beigetragen. (Landesrat Wegart: „Wenn Sie nur dasselbe Verständnis für den Bund hätten wie für die Kran-

kenkassen, dann würden wir uns dort in der Mitte treffen!“ — Zwischenruf Abg. Stöffler — Abg. Ileschitz: „Sie haben ganz anders geredet, wie Sie selbst im Vorstand gesessen sind!“ — Abg. Stöffler: „So nicht wie Sie!“ — Zwischenruf von der SPÖ: „Warum diese Aufregung?“ — Landesrat Wegart: „Es gibt keine Aufregung, das ist nur eine Feststellung!“) Ich verstehe nicht, warum es hierüber eine Aufregung gibt, soviel ich weiß, gibt es einen einstimmigen Beschluß des Gewerkschaftsvorstandes mit den Stimmen des ÖABB, dessen Obmann Sie in der Steiermark sind, daß an den Bund herangetreten werden soll, das zu tun, was in der Ersten Republik seitens des Bundes geschehen ist.

Und als viertes bleibt der Patient, meine Damen und Herren, ich glaube nicht, daß jetzt die Zeit gegeben ist, um eine Belastung auf diesem Sektor herbeizuführen. Aber meine Damen und Herren, ich muß Sie also bitten, bei aller kritischen Betrachtung und berechtigten Kritik und Sorgfalt, die Sie diesem Fragenkomplex zukommen lassen, doch darauf bedacht zu nehmen, daß in unseren Krankenanstalten 30 bis 60 Jahre nichts geschehen ist, nichts geschehen konnte, daß wir zwei Kriege gehabt haben, daß die Wirtschaftskrise gewesen ist und daß es letztlich galt, als sich die Wirtschaft nach dem zweiten Kriege etwas konsolidiert hat, nicht nur diesen enormen Nachholbedarf, und ich habe schon einmal dargelegt, was allein an Kriegsschäden den Krankenanstalten verursacht worden ist, daß es nicht nur galt diesen Nachholbedarf wettzumachen, sondern, und was ja noch viel schwieriger und teurer war, den Anschluß an die moderne Medizin zu finden. Und daß natürlich bei der Lösung der Probleme zuerst jene in Angriff genommen wurden, um Anschluß an die Erkenntnisse der Welt, von der wir ja durch den Zweiten Weltkrieg abgeschnitten gewesen sind, auf dem Sektor der modernen Medizin, der Geräte, sei es für die Diagnostik, sei es für die Therapie zu finden. Daß also die notwendigsten räumlichen Probleme und einrichtungsmäßigen Probleme geregelt werden mußten. Und ich glaube heute mit gutem Gewissen, vor den Hohen Hause sagen zu können, daß wir dem technisch-medizinischen Fortschritt sowohl für die Therapie als auch für die Diagnose Rechnung getragen, daß wir Anschluß gefunden haben, daß wir mit gutem Gewissen jedem sagen können, wo immer er ein Krankenhaus des Landes aufsucht. Mögen die räumlichen Verhältnisse, mögen die Ausstattungsverhältnisse nicht immer zufriedenstellend sein, aber eines weiß er, daß alles an Apparaten und Instrumenten zur Verfügung steht, je nach Art des Krankenhauses, um nach den modernsten Erfahrungen und Erkenntnissen behandelt zu werden. Und ich glaube, das ist doch ein sehr wesentlicher und bedeutungsvoller Fortschritt, (Abg. Leitner: „Das stimmt aber nicht ganz, Herr Landesrat!“) der geschehen ist. Soweit es sich auf diesen Sektor bezieht Herr Kollege Leitner. Meine Damen und Herren! Wo es also wirkliche Schwierigkeiten gibt, das ist die Raumfrage, die es zu lösen gibt,

weil die moderne Medizin natürlich viel andere Ansprüche stellt, denken Sie doch daran, wenn ich nur die interne Medizin hernehme, ich will ja gar nicht von der Verfachlichung, von der Spezialisierung der Medizin in den letzten 20 Jahren, sprechen, wenn ich nur ein Beispiel hernehme aus der internen Medizin, jeder von uns, wenn er früher zum Arzt gegangen ist, wurde auf der internen Abteilung mit dem Stethoskop abgehört, abgeklopft, dann wurde die Diagnose gestellt und mit der Therapie eingesetzt. Heute haben Sie auf der internen Medizin eine Reihe von Geräten, und Sie werden im Krankenhaus röntgenisiert und analysiert und nach einigen Tagen oft wird erst die Therapie gestellt und wird festgestellt, was zu tun ist. Daß Sie für die Gastroskopie usw. eigene Geräte brauchen, Dinge, die es früher nicht gegeben hat, muß festgestellt werden. Das heißt also, daß wir räumlich beengt sind, und das kommt auch in einer ganz einfachen Ziffer zum Ausdruck. Das Krankenhaus Graz ist für 1.700 Krankenbetten gebaut worden, und es beherbergt heute 3.052. Das war nur möglich unter Preisgabe aller Neben- und Aufenthaltsräume und sonstigen Räume. Diese Räume jetzt zu schaffen, ist die Aufgabe der Zukunft. Daneben ist etwas, was für uns von entscheidender Bedeutung für den Bestand der Krankenhäuser sein wird, die Frage der Wohnraumversorgung. Ich habe auch hierüber im Hohen Hause voriges Jahr gesprochen. Ich verweise nochmals darauf, und wir bemühen uns außerordentlich, wir haben zur Zeit in 23 Bauvorhaben 248 Wohnungen im Bau. Wir werden das Personal, das wir zur Betreuung unserer Patienten im Krankenhaus brauchen, nur bekommen, wenn wir entsprechende Wohnräume zur Verfügung stellen können. Wir hätten Angebote vom Lande, wir können sie nicht nehmen, weil wir sie nicht wohnversorgen können, und in viel höherem Maße gilt das für Arbeitskräfte, die wir aus dem Ausland holen wollen, weil die natürlich zu allererst wohnversorgt werden müssen.

Lassen Sie mich zum Abschluß dessen, was ich in diesem Zusammenhang gesagt habe, meine Damen und Herren, folgendes sagen: Ich darf mich sicherlich auch zu jenen Menschen zählen, die mit viel innerer Anteilnahme und Freude Kulturdenkmäler, Museen usw., die wir in unserem Lande beherbergen, pflegen, die wir schützen, für deren Erhaltung wir Geld ausgeben, ich zähle mich sehr gerne und mit Stolz zu diesen Menschen. Aber ich muß an dieser Stelle sagen, meine Damen und Herren, daß bei der Beurteilung eines Volkes, einer Nation, letztlich nicht nur der Maßstab daran gelegt wird und die Beurteilung danach erfolgt, wieviel dieses Volk zur Errichtung seiner Musentempel oder sonstiger Einrichtungen ausgegeben hat, sondern die Beurteilung wird sehr wohl natürlich auch, meine Damen und Herren, sowohl auf dem kulturellen wie auch auf dem zivilisatorischen Sektor danach bewertet, wieviel haben wir für diese Einrichtungen zur Erhaltung des Lebens und der Gesundheit ausgegeben. Ich danke noch-

mals für das Verständnis, das ich immer hier gefunden habe, und ich bin davon überzeugt, daß nach Aufzeigen dieser Ziffern auch weiterhin das Verständnis für diese Belange vorhanden sein wird.

Ich möchte zum Schluß nur noch darauf hinweisen, daß, wenn auch die Ausgaben Ihnen manchesmal hoch erscheinen mögen, Sie doch bedenken sollen, daß wir in einem Plan, den wir über 15 Jahre laufen haben, uns eine Reihe von Dingen vorgenommen haben und daß gerade mit dem Budget des Jahres 1967 eine Reihe von Krankenanstalten fertig ausgebaut sein werden, eine Reihe weitergebaut und einige Dinge neu begonnen werden können. Bedenken Sie immerhin die große Summe, die allein in der modernen Kinderklinik steckt, die wir, so hoffe ich, in diesem Jahre eröffnen werden können, in dem Internat für die Schwestern, auf das wir warten wie auf ein Stück Brot, weil wir unsere Schülerinnen in den verschiedensten Unterkünften unterbringen mußten, und denken Sie doch daran, wenn man sich freut, daß eine ganz neue Chirurgie entsteht, daß das natürlich den Rahmen all dessen zu sprengen droht, was mit den Versorgungseinrichtungen, Küche, Wäscherei usw. im Zusammenhang steht und daß man natürlich parallel mit diesen Aufgaben auch diese Dinge lösen muß. Ich vermerke es nur, meine Damen und Herren, damit nicht der eine oder andere der Abgeordneten der Meinung ist, ich hätte es übersehen, daß es natürlich neuralgische Punkte gibt. Und die hohe Regierung hat wiederholt über die Fragen gesprochen, das ist das Krankenhaus Bruck, das ist das Krankenhaus Hartberg, das ist das Krankenhaus Leoben, und in nächster Zeit, wenn die Regierung den Bericht studiert hat, wird dieser ja dem Hohen Hause vorgelegt. Das deutsche Krankenhausinstitut kommt zu der Auffassung, daß in Leoben etwas geschehen muß, weil man die Dinge gar nicht im Hohen Hause in der nötigen Form diskutieren kann, weil auf gewissen Gebieten echter Notstand herrscht.

Meine Damen und Herren, ich möchte nur noch, weil der Herr Abgeordnete Nigl gemeint hat, die Verweildauer ist in unseren Krankenanstalten sehr lang, ein kurzes Wort dazu sagen. Es ist für mich sehr interessant, weil ich dies auch bei allen Verhandlungen mit den Kassen immer wieder höre. Das deutsche Krankenhausinstitut kommt bei der Untersuchung in Leoben zu einem ganz anderen Ergebnis und schreibt in seinem Bericht auf Seite 7, daß die durchschnittliche Verweildauer in allen Fachabteilungen des Landeskrankenhauses Leoben sehr niedrig war. Es bestand die Tendenz, die Patienten vorzeitig zu entlassen, um der dringenden Bettennachfrage möglichst nachkommen zu können. Sie sehen also, wie unterschiedlich die Auffassungen auf diesem Gebiet sind. Es gibt keine Institution, weder die Landesregierung noch der Landtag kann einen Beschluß fassen, die Verweildauer darf nur so und so lange sein. Hier ist das Gewissen des Arztes ausschlaggebend, und ich lade die

Sozialversicherungen immer wieder ein, von der Möglichkeit des Kontrollarztes, wie er im ASVG vorgesehen ist, Gebrauch zu machen und diesen Kontrollarzt in die Krankenanstalten zu schicken.

Nun zum Schluß, meine Damen und Herren! Obwohl in der Presse und im Rundfunk über das Ereignis schon gesprochen wurde und auch die Frau Abgeordnete Egger gestern darauf hingewiesen hat, daß das zytologische Labor nun endlich errichtet wurde — und es war Gegenstand einiger Aussprachen im Hohen Hause, möchte ich dazu einiges sagen. Die Frau Abgeordnete Egger hat gemeint, wir haben schon einen Antrag vor Jahren gestellt, und endlich sei es dazu gekommen. Man kann alles machen, wenn man Geld und Raum hat. Aber das zytologische Labor, Frau Abgeordnete Egger, hat bestanden, ehe wir oder Sie oder sonst jemand einen Antrag gestellt hat, sondern das hat uns dankenswerterweise der Herr Prof. Nawratil, als er von seiner ersten Amerikareise zurückkam, mitgebracht, und es wurde auf der Frauenabteilung im Jahre 1948 eingerichtet. Aber bei dem Kampf mit der Geißel Krebs, meine Damen und Herren, sagen alle Forscher und Wissenschaftler und Ärzte, daß es gelungen ist, den Krebs abzustecken und daß man förmlich die Zeit absehen kann, wann es möglich sein wird, Ursache und Wirkung zu erkennen und dann erfolgreich zu bekämpfen. Zur Zeit aber ist die wirksamste Bekämpfung nur bei der Früherkennung möglich, das heißt also, das weite Feld des rechtzeitigen Erkennens, weil man dann operativ aber auch mit Strahlenbehandlung einiges tun kann und sogar eine Heilung herbeiführen kann. Um über den engen Kreis jetzt nur des Zellabstriches der gynäkologischen Untersuchungen hinauszukommen, war der Wunsch erhoben worden, ein zytologisches Labor einzurichten, wohin alle praktischen Ärzte und Anstalten unseres Landes die Möglichkeit haben, diese Zellabstriche einzuschicken und dort untersuchen zu lassen. Das ist nun geschehen. Wenn ich also hier vor dem Hohen Hause spreche, so einerseits wegen der Wichtigkeit dieser Frage, daß sie vor aller Öffentlichkeit erörtert wird, daß die Menschen und namentlich die Frauen darauf aufmerksam gemacht werden, daß es nun diese Einrichtung gibt, aber auch, weil ich glaube, daß es sich geziemt, jenen Männern, die dafür Sorge getragen haben, daß diese Einrichtung zustande gekommen ist, vor dem Hohen Hause den gebührenden Dank abzustatten. Danken, meine Damen und Herren, möchte ich hier dem Herrn Prof. Moser, von der III. Chirurgischen Abteilung, der als Obmann der Krebsgesellschaft nach dem Herrn Prof. Mahnert in nimmermüder Hingabe an diese große Aufgabe, dem Krebs den Kampf anzusagen, mit dem Kreis seiner Mitarbeiter dafür Sorge getragen hat, daß drei Einrichtungen dieser Art in unserem Krankenhaus entstanden sind, da ist also einmal der pulmonale Krebs, die Früherkennung auf der Lungenstation, die Einrichtungen, die dort geschaffen wurden, dann die zweite Möglichkeit, die wir im Jahre 1965 geschaffen haben,

auf der Hals-, Nasen- und Ohrenstation für die Früherkennung der Geschwülste in den oberen Atmungswegen und jetzt zuletzt das zytologische Labor für die Zellabstriche. Ich danke nochmals diesen Männern aber auch den Spendern, sei es die steirische Bevölkerung oder seien es Institutionen, die die Mittel für die Einrichtung dieses zytologischen Labors oder dieser Labors gegeben und die Voraussetzungen dafür geschaffen haben. Die Erhaltung, die wird ja fürderhin vom Lande Steiermark übernommen. Meine Damen und Herren! Ich habe schon gesagt, das Krankenhaus Graz gehört mit zu den größten Krankenhäusern Europas. Behandlungen von Patienten, die hier vorgenommen werden, Operationen, Lehre und Forschung, die hier betrieben werden, haben weit über die Grenzen unseres Landes hinaus gewirkt und die Namen der Männer und Ärzte, die hier arbeiten und der Forscher und Lehrer haben einen guten Klang in der europäischen Fachwelt auf dem Gebiete der Medizin. Ihnen, die dort wirken das notwendige Instrumentarium in die Hand zu geben, um auf dem Gebiet der Medizin so erfolgreich wie bisher wirken und arbeiten zu können, war eine der vornehmsten Aufgaben dieses Hohen Hauses. Ich bin davon überzeugt, daß auch in der Zukunft mit derselben Gesinnung diese Aufgaben behandelt und bewerkstelligt werden wie in der Vergangenheit.

Ich möchte zum Schluß allen, die in den Anstalten dem schweren Beruf, dem Sozialberuf, dem helfenden Beruf, dem Dienst am kranken Menschen, dem hilflosen Menschen, nachgehen, für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit danken, gleichgültig wo immer, ob als Arzt, Schwester oder Pfleger am Krankenbett, ob als Heizer irgendwo in einem heißen, dumpfen Heizraum, sie alle sind kleine Teilchen und Räder, die dazu beitragen und mitwirken, daß der gesamte Organismus, daß die gesamte Organisation abläuft und funktioniert und zum Wohle des Kranken dient. Jenen, die aus unserem Dienste scheiden und in den Ruhestand treten, herzlichen Dank von dieser Stelle für diese Arbeit, viel Glück im wohlverdienten Ruhestand und den anderen, die ihren Dienst weiter versehen Dank und Gesundheit für die künftige Arbeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu dieser Gruppe 5 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Wort zum Schluß.

Abg Klobasa: Nachdem sich noch, sehr geehrte Damen und Herren, 50 Mitglieder dieses Hohen Hauses in die Rednerliste für die nachfolgend zu behandelnden Gruppen eintragen ließen, verzichte ich auf das Schlußwort und wiederhole meinen gestern abends gestellten Antrag auf Annahme der Ansätze für die Gruppe.

Präsident. Sie haben den Antrag gehört, ich bitte, um ein Händedeichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.) Die Ansätze dieser Gruppe

sind angenommen. Wir kommen somit zur Gruppe 6: „Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen“. Berichterstatter ist Herr Abg. Sigmund Burger. Ich erteile ihm für seinen Bericht das Wort.

Abg. Burger: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Gruppe 6 Bau-, Wohn- und Siedlungswesen des Landesvoranschlages 1967 umfaßt fünf Abschnitte von ganz besonderer Bedeutung. Diese Gruppe legt den Finger auf die noch immer sehr brennenden Probleme unseres Landes. Wenn man allein an die Wohnbauförderung denkt, daß bei 3.941 1965/66 geförderten Wohnungen, am Jahresende 11.039 Gesamtanträge offen stehen, sieht man, welch ungeheurer Bedarf auf diesem Gebiet besteht. Ich bin daher erfreut, dem Hohen Landtag berichten zu können, daß man diesem Umstand Rechnung trägt und die Förderungsmittel im Unterabschnitt 621 Wohnbauförderung nach dem Förderungsgesetz 1954 mit 208.902.500 Schilling festlegte, die sind gemessen am Vorjahr um 13.801.400 Schilling mehr, die Landeswohnbauförderung mit 140.565.100 Schilling weist um 45.265.000 Schilling mehr aus als im Budget 1966. Diese Anhebungen werden sich nicht nur auf die Wohnraumbeschaffung, sondern auch auf die Bauwirtschaft günstig auswirken. Dasselbe darf bei den Ansätzen des Abschnittes 66 Straßen- und Brückenbau festgestellt werden, wo ein Gesamtbetrag von 273.452.200 Schilling den Vorjahrsbetrag um 35.973.000 Schilling übersteigt. Im Abschnitt 67, welcher Ausgaben von 45.444.800 Schilling für die Flußregulierung, Wildbachverbauung und die Wasserwehren vorsieht, ist eine Steigerung von 19.760.500 Schilling festzustellen. Wenn man an die noch immer bestehende Wohnungsnot, an die Straßenverhältnisse, gemessen an der Verkehrsdichte, vor allem aber an die Hochwasser- und Unwetterkatastrophen des heurigen Jahres denkt, sind die Erhöhungen als ganz besonders notwendig zu erachten. In der Gesamtheit der Gruppe 6 mit fünf Abschnitten und acht Unterabschnitten sind 297.941.900 Schilling Einnahmen und 728.295.600 Schilling Ausgaben vorgesehen, somit eine Erhöhung von 123.814.000 Schilling.

Hohes Haus! Der Finanz-Ausschuß hat sich mit den Einnahmen und Ausgaben der Gruppe 6 eingehend befaßt und diese einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich habe die hohe Ehre, meine Damen und Herren, auch Ihnen die Annahme dieses Kapitels zu empfehlen.

Präsident: Als erster Redner hat sich Herr Abg. Feldgrill zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abgeordneter Dr. Klausner.

Abg. Feldgrill: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Dem Wohnungsproblem wird in der Steiermark allergrößte Beachtung geschenkt. Dies wird schon aus den Ansätzen des Abschnittes 62 Wohnungswesen mit Gesamteinnahmen von 292 Millionen Schilling und Ausgaben

von 380 Millionen Schilling ersichtlich. Es ist dies neben 481 Millionen Schilling für die Krankenanstalten des Landes die größte Ausgabenpost des Landesvoranschlages 1967 und übertrifft sogar den Ansatz für den Landesstraßenbau um 107 Millionen Schilling. Es darf als bekannt vorausgeschickt werden, daß die Wohnbauförderung in Österreich von den drei großen Fonds, dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, dem Wohnhauswiederaufbaufonds und dem Fonds nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 gespeist wird. Die beiden erstgenannten Fonds werden zentral von Wien verwaltet, und es haben die Länder an der Vollziehung keinen Anteil. Der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, der seinerzeit vom Sozialministerium und der Wohnhauswiederaufbaufonds, der vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau verwaltet wurde, sind seit der neuen Regierung Klaus ins Bautenministerium übertragen worden. Einzig bei der Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 und leider nur hier wurde der Verfassung gemäß die Vollziehung den Ländern übertragen. Dies ist aber nicht der einzige Dorn im Auge für die Bundesländer.

Ich darf hier nur auf die Aufteilung der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel verweisen und komme hier auf den oft diskutierten Schlüssel zu sprechen.

Nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 stand auf Grund einer Verordnung der Bundesregierung aus dem Jahre 1965 der Steiermark ein Prozentsatz von 17,44 Prozent der Fondsmittel zur Verfügung. Auf Grund einer Verfassungsgerichtshofbeschwerde, die unter anderem auch von Steiermark eingebracht wurde, ist vor kurzem diese Verordnung als gesetzwidrig aufgehoben worden und trat nunmehr automatisch der im Gesetz vom Jahre 1954 verankerte Aufteilungsschlüssel wieder in Kraft, der für die Steiermark lediglich 15,65 Prozent vorsieht. (Landesrat Bammer: „Das war auch eine Verordnung!“) Erst vor einigen Tagen wurde in einer Konferenz der Landeshauptleute am 7. Dezember 1966 ein neuer Aufteilungsschlüssel erarbeitet, nach dem der Steiermark für 1967 und zwar nur für 1967 17,5 Prozent zustehen werden. Das würde uns nach vorläufigen Berechnungen um 20 Millionen Schilling mehr Bundesmittel bringen. Allerdings würde auch das Landesbudget zusätzlich mit 10 Millionen Schilling belastet werden, da ja dem Gesetz entsprechend 50 Prozent der Bundesmittel durch das Land aufzubringen sind. Damit könnten durch die Wohnbauförderung 1954 in der Steiermark rund 300 Wohnungen mehr gebaut werden. Es wäre also für die Steiermark äußerst zweckmäßig, wenn für das Jahr 1967 der 17,5 Prozent-Schlüssel gesetzlich fixiert würde. Dies wohl auch aus dem Grunde, da der Steiermark für 1967 aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds nach Mitteilung des Bundesministeriums für Bauten und Technik um 73 Millionen Schilling weniger zur Verfügung stehen als im Jahre 1966. Es sind dies Vorgriffe aus dem Jahre 1966, die noch vor dem März 1966 vergeben wurden.

Im Endeffekt muß also gesagt werden, daß trotz Einsatzes von erhöhten Landesmitteln der Ausfall der Mittel, der aus dem Weniger vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds entsteht, nicht wettgemacht werden kann und daß daher im Lande Steiermark im Jahre 1967 vielleicht nicht ganz so viele Wohnungen gebaut werden können wie 1966.

Wenn ich früher erwähnte, daß die Verordnung für das Jahr 1967 verlautbart werden möge, so hat das einen bestimmten Grund. In der Regierungserklärung der Regierung Doktor Klaus nach dem 6. März 1966 wurde als dringender Punkt auch die längst fällige Wohnbaureform genannt. Durch die sogenannte „kleine Reform“, wie sich der Bautenminister ausdrückte, die bereits eingebracht wurde, wird das Bundes-Wohn- und Siedlungsfondsgesetz novelliert, wonach nunmehr auch Eigenheime und Eigentumswohnungen geschaffen werden können. Zum anderen wird das Wohnhauswiederaufbaugesetz novelliert, das eine Laufzeitverminderung auf 50 Jahre und eine Zinssatzänderung von 1 auf 2 Prozent vorsieht und bringen würde.

Was erwarten sich allerdings die Bundesländer von der zukünftigen „großen Reform“? 1. vor allem eine Zusammenlegung der genannten Fonds, wobei die Vollziehung der Verfassung gemäß wie nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 schon in die Hand der Länder zu legen wäre, zum zweiten einen gerechten Aufteilungsschlüssel für diesen neu zu schaffenden gemeinsamen Fonds; denn es ist nicht gerecht, wenn der Steiermark nach dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds nur 14,42 Prozent und nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gar nur 10 Prozent zustehen, während Wien hier mit einem Anteil von 58 Prozent den Rahm abschöpft. (Landesrat Bammer: „Da ist der Prinke schuldig!“ — Landeshauptmann Krainer: „Der Prinke lebt ja in Wien!“) Hier wird es noch eines echten Gespräches aller Bundesländer bedürfen, um einen gerechten und tragbaren Schlüssel zu finden und auch gesetzlich festzulegen.

Als weiteren dringenden Punkt der zukünftigen Reform sehen wir an, daß der soziale Wohnbau wieder das Wort „sozial“ verdient. Es darf auf keinen Fall verschwiegen werden, daß die öffentliche Hand durch Vergabe von Steuergeldern eine beachtliche Zahl von Wohnungen gefördert hat, die ansonsten einfach nicht hätten gebaut werden können. Es muß aber auch offen gesagt werden, daß die seinerzeit so schön gedachte soziale Wohnbauförderung, die heute in Österreich durchwegs auf der Objektförderung, also auf der Wohneinheit beruht, bereits unsozial geworden ist. Es ist äußerst erfreulich, daß der Gedanke des Wohnungseigentums, den seinerzeit die ÖVP gegen starke Widerstände der SPÖ, die im großen und ganzen gegen allzu starke Eigentumsbegriffe stets eine gewisse Ablehnung zeigt (Zwischenruf von der SPÖ: „Na, na!“), durchsetzte und daß dieser Gedanke umso

immenseren Anklang unter der Bevölkerung gefunden hat. (Landesrat Bammer: „Ein bisserl viel abgefallen für andere!“)

Neben vielen anderen Dingen kann man sicher auch dies anführen, wenn wir rückschauend den 6. März 1966 betrachten. (Landesrat Bammer: „1 Prozent für die Parteikasse ist nicht wenig!“) Aber gerade, weil es die ÖVP war, die diese Gedanken verwirklichte, steht es uns auch zu, im entscheidenden Augenblick die warnende Stimme zu erheben.

Die Entwicklung im Wohnbauförderungswesen ist eigentlich in ein Stadium getreten, wo man beinahe sagen kann, von sozialem Wohnungsbau kann man nicht mehr sprechen. Auch wenn die Sozialisten stets behaupten, daß sie die einzige Partei ist, die die sozialen Belange unserer Bevölkerung vertritt, was nicht stimmt, betone ich nochmals, daß wir, die ÖVP-Abgeordneten es sind, die verlangen, daß der soziale Wohnungsbau wieder mit Berechtigung seinen Namen trägt.

Oder sind Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, der Meinung, es sei sozial, wenn man heute bereits für Neubauwohnungen 12 bis 14 Schilling pro m² verlangt (Landesrat Bammer: „Das ist schon vor 10 Jahren in den Ausschüssen gesagt worden, in den Protokollen können Sie es nachlesen!“), wozu dann noch die Betriebsausgaben kommen. Sicher, es sind die Baukosten gestiegen und es muß kostendeckend kalkuliert werden. Aber sozial ist es sicher nicht, wenn ein Familienvater mit einem mittleren Einkommen für eine 80 m² Wohnung monatlich 1200 oder 1300 Schilling zu bezahlen hat. Dabei will ich von den Baukostenzuschüssen, die verlangt werden, gar nicht reden, die aufzubringen für allein verdienende Familienerhalter oder für ein jung vermähltes Paar meist unmöglich ist. Es wird hier oft eingewandt, daß die Österreicher durch die jahrelangen niedrigen Mieten, die vor allem auf Grund des unübersichtlichen Mieterschutzgesetzes — auf welches ich mir heute erspare einzugehen — basieren, verwöhnt seien und nicht geneigt sind, wie in anderen westlichen Demokratien 1/5 oder 1/4 ihres Einkommens für die Wohnung aufzubringen. Es mag darin ein Körnchen Wahrheit liegen. Es muß unserer Ansicht nach aber auch die Gewähr gegeben sein, daß der Betreffende mit den restlichen ihm verbleibenden 75 oder 80 Prozent seines Einkommens in der Lage ist, seine Familie anständig zu erhalten. Und das, meine Damen und Herren, ist in sehr vielen Fällen heute leider nicht der Fall. Und wenn Sie, alle hier im Hause Sitzenden, die Sie mit der Bevölkerung täglich die Wünsche, Nöte und Sorgen abtauschen, wenn Sie also hier zu diesem Problem Stellung nehmen sollen, dann müssen Sie mir bestätigen, daß es in vielen Fällen nicht möglich ist, eine Neubauwohnung zu kaufen und zu erhalten. Hier muß eine Änderung einsetzen. (Landesrat Bammer: „Das ist doch nicht unser System, Sie haben doch die Mehrheit, das zu än-

dern!“) Wir können nicht den sozialen Wohnungsbau fortsetzen für jene, die in der Lage sind, die entsprechenden Beträge gerade noch aufzubringen oder gar für jene, die sich auch ohne Förderung eine Wohnung leisten können. Wir müssen vielmehr für jene sorgen, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, eine geförderte Wohnung zu kaufen. Es muß nach unserer Auffassung hier ein Wandel eintreten und statt der geförderten Wohnungseinheit der Familienerhalter gefördert werden und zwar unter Festlegung eines gerechten zustehenden Wohnbedarfes bei Berücksichtigung des Familieneinkommens, also statt oder neben der Objektförderung die Subjektförderung. Die Zuteilung der Fondsmittel hat sich nur nach diesem Gesichtspunkt zu richten und sind in jenen Fällen, wo der Familienerhalter die monatliche Belastung nicht leisten kann, Mietzinsbeihilfen oder eine ähnliche Einrichtung zu gewähren. Diesbezüglich wäre ein objektiv festzulegender Plan aufzustellen, wobei die Anzahl der Kinder bei der zumutbaren monatlichen Belastung unter Berücksichtigung des Familieneinkommens ausschlaggebend sein müßte. (Landesrat Bammer: „Schon seit 5 Jahren versprochen, dieser Plan!“) Diese Gedanken in die Tat umzusetzen darf weder die Angst vor einem allzu aufgeblähten Verwaltungsapparat, noch die Angst vor einem Absinken der Zahl der geförderten Wohnungen, der sicherlich auch begegnet werden kann, abhalten. Ich verweise hier nur auf die heutige Wohnungsbeihilfe, es wurde gestern schon vom Abg. Nigl dieses Beispiel angezogen, von monatlich 30 Schilling an jeden Einkommensbezieher, die bereits seit dem Jahre 1951 unverändert ausbezahlt wird und in diesem Zusammenhang in diese neue Idee auf jeden Fall auch eingebaut gehörte.

Zu diesem Schwerpunkt der Reform möchte ich abschließend noch die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß es der Regierung bzw. dem Nationalrat gelingen möge, möglichst rasch diese dringend nötige Wohnbaureform durchzuführen. Gerade das Land Steiermark kann mit Recht darauf verweisen, daß es fähig und berechtigt ist, die Vollziehung des zukünftigen, hoffentlich zu erwartenden einheitlichen Fonds zu übernehmen. Hat doch die Steiermark bereits seit dem Jahre 1949 tatkräftigst aus eigenen Mitteln, obwohl verfassungsmäßig gar nicht verpflichtet, geholfen, der Wohnungsnot energisch zu Leibe zu rücken, indem sie einen eigenen Landesfonds geschaffen und zusätzlich ein Sonderwohnbauprogramm und eine Sonderaktion gestartet hat, womit bisher wieder 21.000 Wohnungen geschaffen werden konnten. Wenn in der Steiermark nach dem Kriege bis Ende des Jahres 1966 über alle Fonds mehr als 73.000 Wohnungen mit einem Förderungsaufwand von über 6 Milliarden Schilling gebaut wurden, so hat man hiemit eine große Erleichterung und Entspannung auf dem steirischen Wohnungsmarkt herbeigeführt.

Und hier muß ich ganz kurz auf die gestrige Darlegung des Herrn Abg. Dr. Götz zurückkom-

men, der in seinem Referat sagte, die Wohnungsnot steige von Jahr zu Jahr, ich muß darauf zurückkommen und muß diese Feststellung oder Darlegung entschieden zurückweisen. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Dann kommen Sie nach Graz, Herr Kollege!“) Der quantitative Wohnbedarf konnte schon (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Sagen Sie das den Wohnungssuchenden“). Herr Dr. Götz, nicht Graz allein ist die Steiermark. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „sicher, aber ein Großteil der Wohnungssuchenden befindet sich in der Landeshauptstadt, und denen müssen Sie sagen, daß die Wohnungsnot abnimmt!“) Die quantitative Wohnungsnot (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Und wenn Sie es ihnen noch so theoretisch begründen, sie werden es Ihnen nicht glauben.“) Herr Dr. Götz ich habe nichts anderes gesagt, als daß ich dem entgegentrete, was Sie gesagt haben und zwar, daß die Wohnungsnot von Jahr zu Jahr steigt. Das stimmt nicht. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Erzählen Sie das denen, die eine Wohnung suchen!“) Der quantitative Wohnungsbedarf konnte schon erheblich eingeschränkt werden, den qualitativen Wohnbedarf aber kann man nicht als echte Wohnungsnot bezeichnen, sondern es ist dies eben als Folge einer begrüßenswerten Hebung des Lebensstandards in unserem Lande anzusehen, der Wunsch vieler Staatsbürger, ihre einfache oder kleinere Wohnung für eine neue, moderne und größere Wohnung umzutauschen. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Schuld sind die Wohnungssuchenden!“)

Abschließend zum Kapitel Wohnbau möchte ich hier, Sie alle, meine Damen und Herren im Hohen Hause, bitten, mitzuarbeiten, daß es uns gelingt, dieses Wohnungsproblem zu meistern. Ich möchte auch meinem Wunsche Ausdruck verleihen, daß es dem Zusammenwirken aller positiven Kräfte in diesem Staate gelingen möge, die Wohnungsnot endgültig zu beseitigen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Dr. Klauser. Ich erteile es ihm. Als Nächster ist vorgemerkt Herr Ing. Koch.

Abg. Dr. Klauser: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Unter der Post 61,52 finden Sie einen Betrag von 180.000 Schilling für die Orts- und Landesplanung ausgeworfen. Im Verhältnis zu den Aufgaben, die uns auf diesem Gebiet bevorstehen, ist dieser Betrag an und für sich viel zu gering. Andererseits ist es aber nicht verwunderlich, daß in der Steiermark in diesem Rahmen keine höheren Anforderungen gestellt werden, weil wir uns alle, meine Damen und Herren, zweifellos mit dem Landesgesetz vom 4. Juli 1964 über die Flächennutzungs- und -bauungspläne ein Eigengoal geschossen haben, dessen Auswirkungen auf die Entwicklung unseres Landes und die Möglichkeiten einer Strukturpolitik immer schwerwiegender bemerkbar werden. Wir haben zwar nunmehr eine eigene Geschäftsabteilung, die sich vor allem mit den Aufgaben der Strukturpolitik wird beschäftigen

müssen; es fehlen aber insbesondere den Gemeinden alle erforderlichen Handhaben, auf diesem Gebiet mehr als nur deklaratorisch tätig zu werden. Ich sage nichts Neues, wenn ich die Notwendigkeit von Maßnahmen auf diesem Gebiet betone. Wir alle haben die wirtschaftlichen und strukturellen Schwächen, die infolge des Konjunkturrückganges und der Bergbaukrise in das Licht der Öffentlichkeit gerückt sind, zur Kenntnis nehmen müssen. Diese Fragen sind damit sozusagen hoffähig geworden. Wir kommen dabei allerdings über das Reden kaum hinaus. Der Bund hat 100 Millionen ERP-Mittel im Budget eingesetzt, über deren Verwendung wir uns streiten müssen, weil nach wie vor das zuständige Ministerium der Ansicht ist, daß diese Mittel nur dann freigegeben werden können, wenn damit in neuen Betrieben unmittelbar Arbeitskräfte aus den Bergbauen untergebracht werden können. Da wir alle in der Steiermark auf dem Standpunkt stehen, daß die Bergbaubetriebe aufrecht erhalten werden müssen, heißt dies, daß derzeit kaum Mittel für die Steiermark freigegeben werden können.

Der Herr Finanzreferent hat zwar die finanziellen Voraussetzungen für eine Strukturpolitik des Landes durch die Bereitstellung eines gleich hohen Betrages im Landesbudget geschaffen; es fehlen aber alle gesetzlichen Voraussetzungen, um langfristige Maßnahmen durchsetzen zu können. Das Gesetz über die Flächennutzungs- und -bebauungspläne wurde von Herrn Professor Hofmann nicht zu Unrecht ein Gesetz zur Verhinderung von Flächennutzungs- und -bebauungsplänen genannt, weil es in extremer Weise vom Tabu des Privatbesitzes bestimmt worden sei, obwohl dieses Tabu für die Gemeinschaft unter Umständen von tödlichen Auswirkungen sein kann. Es wird soviel vom Mut zur Wahrheit in der Politik gesprochen. Wir müssen endlich auch zugeben, daß die zunehmende Konzentrierung der Bevölkerung in den Städten, das Zusammenrücken auf Grund der Entwicklung des Verkehrs nur dann in geordneten Bahnen gelenkt werden kann, wenn die Gemeinschaft dafür auch Opfer zu bringen bereit ist. Wir alle kennen die Notwendigkeit der Errichtung von Wasserversorgungsanlagen und Abwasseranlagen, der Verbesserung unseres Straßennetzes, aber niemand weist mit entsprechendem Nachdruck darauf hin, daß diese ganzen Anlagen wesentlich rationeller und auch viel billiger gebaut werden könnten, wenn wir die Möglichkeiten zu einer besseren Planung hätten. Es ist zwar schon richtig, daß anwendbare Flächennutzungspläne, das heißt also, gesetzliche Bestimmungen, die den Gemeinden keine unmöglichen finanziellen Lasten auferlegen, den einen oder anderen Privaten treffen können. Das ändert aber gar nichts daran, meine Damen und Herren, daß erst durch solche Bestimmungen die Kosten für die Einrichtung dieser Dinge für die Gemeinschaft auf ein vernünftiges Maß gesenkt werden können, was ja auch

wieder dem einzelnen indirekt zugute kommt. Der bestehende Zustand führt jedenfalls zu einer Zersiedlung unseres Landes, die die Kosten für alle Aufschließungsmaßnahmen der Gemeinden ins Blitzblaue hinauftreibt. In diesem Zusammenhang wird es wohl auch notwendig sein, daß wir uns einmal näher damit befassen, ob die bisherige Art der Förderung des Einfamilienhausbaues mit einer Grundgröße von durchschnittlich 1000 m² wirklich noch brauchbar ist und ob man nicht auch hier, wenn schon nicht zu Mehrfamilienhäusern, so wenigstens zu Reihenhaussiedlungen und grundsparenderen Bauformen übergehen müssen. Leider finden sich auch im eingebrachten Entwurf der Steiermärkischen Bauordnung keine Anzeichen dafür, daß man den Mut hat, aus diesen fast allgemein als notwendig anerkannten Forderungen auch in der Praxis die Konsequenzen zu ziehen. Es ist mir, das muß ich schon sagen, nicht ganz verständlich, daß dieselbe Abteilung und dieselben Fachleute, die an der Musterbauordnung des Städtebundes mitgewirkt haben, in der Steiermark dann einen Entwurf einbringen, der in wesentlichen Bestimmungen davon abweicht. Es scheint mir bedenklich, dabei allzusehr von einer steirischen Tradition der Bauordnung auszugehen, da gerade auf diesem Gebiet die Großraumwirtschaft eine Vereinheitlichung der grundlegenden Bestimmungen dringend erforderlich macht. Im übrigen wird aber auch die schönste Bauordnung, die wir in der Steiermark zustande bringen könnten, gar nichts daran ändern, daß ihre Verwendbarkeit weitgehend davon abhängen wird, daß wir den Gemeinden andere gesetzliche Möglichkeiten zur Raumplanung und ähnlichem geben. In diesem Zusammenhang ist auch eine negative Auswirkung des neuen Finanzausgleiches zu erwähnen, weil dieser durch die Beeinträchtigung der größeren Gemeinden automatisch der Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen und verwaltungsmäßigen Zentren dieses Landes entgegenwirkt. Das Schlagwort vom interkommunalen Finanzausgleich, das dabei immer wieder ins Spiel gebracht wurde, geht deswegen fehl, weil wir diesen ohnehin längst dadurch haben, daß bei zahlreichen Umlagen die Finanzkraft der beteiligten Gemeinden herangezogen wird. Niemand hat davon gesprochen, daß diese Zentren wesentlich größere Belastungen zu tragen haben, weil in ihnen Einrichtungen entweder vorhanden sind oder geschaffen werden müssen, die in den kleineren Gemeinden nicht notwendig sind, ob es sich dabei nun um Versorgungseinrichtungen, um Schulen oder kulturelle Einrichtungen handeln mag. Solche Zentren sind aber im Rahmen einer vernünftigen Strukturpolitik unbedingt notwendig, weil man heute neue Arbeitsplätze nur in solchen Schwerpunkten wird schaffen können. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Der Vizebürgermeister Slavik hat auch nicht davon gesprochen!“) Nein, sicherlich nicht, das gebe ich ohne weiteres zu. Der Finanzausgleich ist halt ein Kompromiß (Abg. Leitner: „Aber ein

schlechter!"), Herr Vizebürgermeister Götzt, das ist selbstverständlich, und daß unsere Wünsche nicht zur Gänze erfüllt wurden, ist kein Geheimnis. (Landeshauptmann Krainer: „Aber um ein paar Milliarden mehr, das ist auch nicht schlecht!") Wir haben nicht ein paar Milliarden mehr bekommen, Herr Landeshauptmann.

Wir müssen endlich zugeben, meine Damen und Herren, daß Betriebsniederlassungen auch davon bestimmt werden, ob am vorgesehenen Standpunkt diese zentralen Einrichtungen vorhanden sind und nicht nur davon, ob aus Anlaß der unmittelbaren Betriebsgründung selbst mehr oder weniger große Unterstützungen durch die öffentliche Hand geleistet werden können. Es muß daher anerkannt werden, daß wir im Lande gewisse finanzielle Voraussetzungen zu einer gesunden Strukturpolitik geschaffen haben. Ich möchte aber alle zuständigen Stellen bitten, zu bedenken, daß die derzeitigen gesetzlichen Grundlagen den Gemeinden nicht die Möglichkeit geben, daran ernsthaft mitzuwirken. Haben wir den Mut zuzugeben, daß die Grundsätze des steirischen Flächennutzungsplanes zwar kurzfristig dem Einzelnen Vorteile bringen mögen, daß wir daran aber deswegen nicht festhalten können, weil diese Grundsätze auf längere Sicht zu einer unerträglichen Belastung der Gesamtheit unseres Volkes führen würden. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Ing. Koch das Wort. Als nächste Rednerin ist Frau Abg. Jamnegg vorgemerkt.

Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verkehrsaufschließung ist die erste Voraussetzung für jede wirtschaftliche Entwicklung. Die Mobilität von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren, aber auch der Arbeitskräfte ist ein wesentlicher Faktor dazu. Wenn wir die industrielle Entwicklung in den letzten 90 Jahren beobachten, so stellen wir fest, daß überall dort, wo gute Verkehrsmöglichkeiten waren oder wo man sie geschaffen hat, sich in den Industriezentren diese entwickelt haben. Wirtschaftliche Ballungsräume haben sich dort gebildet, wo man nach neuesten Gesichtspunkten die Verkehrsmöglichkeiten geschaffen hat, die Wasserwege, Autobahn, Schienenstränge und Luftverkehrsverbindungen. Wir haben aber festgestellt, daß in diesen Jahrzehnten weite Teile unseres Landes wirtschaftlich entblößt worden sind, daß sich Randgebiete wirtschaftlich kaum oder gar nicht entwickeln konnten. Dies ist eine internationale Entwicklung, und wenn man nun in Kenntnis dieser gefährlichen Entwicklung dazu übergeht, zu versuchen, auch jene Gebiete wieder wirtschaftlich zu beleben, so glaube ich, daß in erster Linie die Verkehrsverbindungen verbessert oder geschaffen werden müssen; vor allen Dingen dort, wo die Straße als einziger Ver-

kehrsträger zur Verfügung steht. Es ist ja nicht uninteressant, daß auch in diesen Randgebieten vor oder um die Jahrhundertwende zum Teil noch sehr maßgebende Betriebe bestanden haben, die Tausende von Menschen beschäftigt haben. Und daß nicht zuletzt diese Betriebe vielfach deshalb zugrundegegangen sind, weil man es versäumt hat, diese Gebiete wirtschaftlich aufzuschließen und den Verkehr dort zu forcieren. Ich könnte eine Reihe solcher Beispiele anführen. Wenn nun diese Gebiete wieder wirtschaftlich belebt werden sollen, so glaube ich, daß man dem Straßenbau dort besonderes Augenmerk schenken muß, wo eben keine anderen Verkehrsmöglichkeiten geboten sind. Das heißt mit anderen Worten, daß moderne Straßen so rasch wie möglich dort gebaut bzw. fertiggestellt werden müssen. Ich habe das kurz zur Einleitung gebracht, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil ich die Verkehrserschließung der drei Randbezirke Leibnitz, Deutschlandsberg und Voitsberg damit besonders unterstrichen wissen will. In diesem südweststeirischen Raum ist die Autobahn, oder die rasche Fertigstellung des Autobahnstückes, die ja durch die Weststeiermark führen wird, eine besondere Forderung und zwar deshalb, weil wir uns von ihr eine besondere wirtschaftliche Belebung erwarten.

Es ist die Sobother Bundesstraße als nächstes eine wichtige Verkehrsstrecke, weil sie uns mit Kärnten und mit dem Westen verbindet, das Tor nach dem Westen aufbricht. Diese Straße ist bereits zur Hälfte, bis zur sogenannten kleinen Europabrücke modernst ausgebaut, sie führt von dieser Brücke über Eibiswald, Stainz zur Landeshauptstadt. Für den weiteren Ausbau der zweiten Hälfte dieser Bundesstraße sind die Finanzierungsmöglichkeiten zu sichern, aber auch die Kärntner endlich dazu zu verhalten, daß sie mit ihrem Teilstück endlich beginnen. Diese Straße in der geradlinigen Verlängerung Richtung Eibiswald entlang der Staatsgrenze führt nach Arnfels, nach Leutschach über den Karnerberg, der im Augenblick ebenfalls modernst ausgebaut wird, nach Ehrenhausen, nach Straß, Mureck, Radkersburg, nach Fehring und wenn Sie wollen, bis nach Burgenland. Dieser moderne Bundesstraßenzug wird sicherlich den wirtschaftlichen Anforderungen weitestgehend entsprechen, sofern man die einzelnen Zwischenstücke, vor allen Dingen Unterhardt bis Arnfels und von Ehrenhausen bis nach Straß verbreitert und begradigt. Von Arnfels führt ein Bundesstraßenzug über Gündorf, Silberberg nach Leibnitz und auch auf dieser Strecke sind einige Teilstücke dringend zu verbreitern und zu begradigen. Von Gündorf weg führt rechtwinkelig eine Querverbindungsstraße über Gleinstätten, Florian, Stainz nach Voitsberg in der Gabelung einmal über die Hochstraße und einmal über Lannach, Lieboch nach Voitsberg. In der geraden Verlängerung führt diese Querverbindung über die Gaberl-Landesstraße nach der Obersteiermark. Diese Querverbindung erschließt also die Ober-

steiermark herunter bis zur West- und Südsteiermark und diese Querverbindung wird in späterer Folge auch deshalb bedeutungsvoll sein, weil sie Zubringerin zur Autobahn sein wird. Wir müssen daher den raschen Ausbau der Gabel-Landesstraße verlangen, aber auch die restliche Strecke dieser Querverbindung bedarf dringend der Fertigstellung.

Aus diesem großen Straßensektor darf ich eine kleine Strecke herausgreifen und das ist das Straßenstück Florian — Lasselsdorf, das sind nur einige Kilometer und dort wartet die Bevölkerung schon sehr, sehr lange, daß nun endlich die Schwarzdecke daraufkommt. Da nun dieses Straßenstück nicht sehr kostspielig ist, darf ich doch wohl ersuchen, es endlich mit einer Schwarzdecke zu versehen.

Im Voitsberger Bezirk besteht ein weiterer Wunsch, der Ausbau der Geistthalstraße, weil sie ebenfalls die Weststeiermark mit der Obersteiermark verbindet und daher auch ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor ist. In Deutschlandsberg ist die Fertigstellung der Straße Trautstätten nach Glashütten ein dringendes Bedürfnis. Im Leibnitzer Bezirk ist es die Straße von Landscha nach Ehrenhausen, das ist die Zubringerstraße zum Zementwerk Retznei, aber auch die Verbindung zur südlichen Bundesstraße. Diese Straße wird vielfach vom Hochwasser der Mur bedroht, es ist also dort eine kostspielige Geschichte, die Sanierung vorzunehmen, aber im Hinblick auf ihre Bedeutung darf ich auch empfehlen, diese Sanierung möglichst bald einer Verwirklichung zuzuführen. An Umfahrungen haben wir auch eine Reihe wichtiger Wünsche, weil die derzeitigen Zustände besonders verkehrgefährdend sind, es sind neuralgische Punkte, die Umfahrung Frauenthal im Deutschlandsberger Bezirk und auch die Umfahrung in Stainz. Die Umfahrung in Kainach im Bezirk Leibnitz ist ebenfalls ein dringendes Erfordernis, was sicherlich mit sehr hohen Kosten verbunden ist, weil man dort die Straße verlegen muß und die Laßnitz reguliert werden muß. Die Unterfahrung von Leibnitz nach Wagner ist ebenfalls eine sehr dringende Geschichte, weil dort außerordentliche Verkehrsstauungen und Stockungen auftreten, weil ja diese Straße erstens einmal zum Krankenhaus Wagner führt und wie schon erwähnt, auch nach Retznei und der ganze Durchzugsverkehr ein sehr großer ist; auch dort wird diese Unterfahrung sehr kostspielig sein.

Ich habe versucht, nur die wesentlichsten Dinge dieser drei Bezirke aufzuzeigen, die Wünsche sind noch mannigfaltig. Aber ich darf doch bitten, wenn man versuchen will, in abgelegene Gebiete wieder wirtschaftliche Belebung zu bringen, daß man diesen Straßen den Vorzug gibt, sie forciert und so rasch als möglich zu verwirklichen versucht, denn in diesen Gebieten liegen ja auch die gefährdeten Bergbaubetriebe und ich glaube, damit kann man diesen Gebieten wirtschaftlich sehr viel helfen. Ich bin nicht der

Meinung meines Vorredners, des Herrn Doktor Klausner, daß die 100 Millionen vom Bund und vom Land uns nicht zur Verfügung stehen werden, ich bin davon überzeugt, daß man diese Dinge so ordnen wird, daß man sehr wohl mit diesen Mitteln in den gefährdeten Gebieten die Wirtschaft entwickeln können wird. Ich bin Optimist genug, das zu glauben, da diese 100 Millionen vom Bund und vom Land schon bereitgestellt sind. In diesem Sinne glaube ich, daß die Zukunft fruchtbringend entwickelt werden kann, soferne alles guten Willens ist. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort der Frau Abg. Jamnegg. Als Nächste ist vorgemerkt Frau Abg. Lendl.

Abg. Jamnegg: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir kurz eine Aussage zum städtischen Wohnungsbau, den ich allein von zwei Gesichtspunkten her beleuchten will. Und zwar vom quantitativen und vom qualitativen. Wenn ich zuerst zum quantitativen etwas sagen darf, so ist hier, glaube ich, zunächst einmal festzustellen, daß die Zahl der Wohnungssuchenden in der Stadt von mehreren Faktoren bestimmt wird.

1. war lange Zeit hindurch der Nachholbedarf nach der Zerstörung durch den Krieg bestimmend,
2. ist es die steigende Zuwanderung von den ländlichen Gebieten, die durch die Wirtschaftskonzentration in den Städten immer stärker ins Gewicht fällt.

So hat sich z. B. — wenn ich das hiezu bemerken darf — die Bevölkerungszahl der Stadt Graz mit Ende 1964 bis zum Ende 1965, also allein in einem Zeitraum eines Jahres, von 248.752 auf 251.025 erhöht, und das meine Damen und Herren, ausschließlich durch die Zuwanderung in die Stadt, denn der natürliche Zuwachs durch Geburten ist 1965 in Graz wieder passiv gewesen.

Wir sehen, daß der Zuzug hier mit einer bedeutenden Rolle spielt. Weitere maßgebliche Ursachen sind der Bedarf nach einer größeren Wohnung, der Verfall der alten Häuser und schließlich kommen hiezu die Familienneugründungen, die in den Städten für den Wohnungsbedarf wesentlich mitbestimmend sind. Ich darf dazu erwähnen, daß allein im Jahre 1965 in Graz 1.777 Ehen geschlossen worden sind und wir können als sicher annehmen, daß viele der jungen Ehepaare davon natürlich eine Wohnung brauchen. Während nun die Kriegsschäden weitgehend als behoben gelten können, sind die übrigen Faktoren, die ich hier angeführt habe, ständig im Anwachsen.

Und ich möchte hier einflechten, daß in Graz allein noch immer 3700 Wohnungssuchende vorgemerkt sind, wobei diese Ziffer selbstverständlich nicht identisch ist mit der tatsächlichen

Anzahl der Wohnungssuchenden; man sagt, ihre Zahl liege bei ungefähr 8.000. Aber von den 3.700 Vorgemerkten — wenn ich allein von dieser Zahl ausgehen will — waren rund 350 mit mehr als 100 Punkten. 200 davon konnten in diesem Herbst versorgt werden, und zwar mit vom Land geförderten Wohnungen. Das Land hilft hier sehr, Notstände zu beseitigen. Trotzdem ist zu sagen, daß der Prozentsatz noch immer hoch ist bei jenen Wohnungssuchenden, die in Notstandsunterkünften leben. Der Hauptanteil des Wohnungsbedarfes in Graz kommt aus dem Verfall der alten Häuser und aus dem Versuch, eine größere, eine familiengerechte Wohnung zu erhalten, das heißt also, eine bessere Wohnung zu wollen, ein Streben, meine Damen und Herren, das soziologisch und insbesondere familienpolitisch nicht nur verständlich, sondern auch außerordentlich gut und selbstverständlich auch zu begrüßen ist aus volkswirtschaftlicher Sicht.

Im Zusammenhang mit dem Wohnungsbedarf, den wir aufweisen, soll auch gesagt werden, daß bei der bisherigen Zuteilung, und zwar aus sämtlichen Fonds, die Steiermark benachteiligt gewesen ist. Das wirkt sich natürlich aus und zeigt sich in der relativ hohen Zahl der Wohnungssuchenden in den steirischen Städten. Die Landesregierung hat hier im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel ohnehin getan, was nur möglich gewesen ist, um die Lage zu verbessern. Der Stadt Graz z. B. sind allein aus der Wohnbauförderung 1954 bis heute aus dem Gesamtförderungsvolumen aus diesem Titel für Gemeinden, Bauvereinigungen und Barackenersatz 61 Prozent und für Einzelsiedler 19,9 Prozent zugeflossen, und durch das Sonderwohnbauprogramm 1962 65,48 Prozent aus dem Förderungsvolumen an Gemeinden und Bauvereinigungen und 15,98 Prozent aus dem für Einzelsiedler. Insgesamt, meine Damen und Herren, sind in der Landeshauptstadt Graz vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1965 9.285 Gebäude mit 34.456 Wohnungen neu erbaut worden, davon entfallen auf den Wiederaufbau 2.456 Gebäude mit 10.464 Wohnungen. Hier ist bestimmt — und ich glaube, das sollte man doch auch sagen — vieles schon geleistet worden. Natürlich ist der Bedarf trotzdem noch lange nicht gedeckt, und hier wird daher vieles noch zu leisten sein. Und es ist daher erfreulich zu wissen, daß für das kommende Jahr aus den Förderungsmitteln, die dem Land Steiermark zur Verfügung stehen, und zwar aus allen Förderungsmitteln, 45 Prozent für die Landeshauptstadt Graz vorgesehen sind.

Und nun gestatten Sie mir kurz auch eine Aussage zur Qualität. Die Wohnqualität in den Städten, meine Damen und Herren, muß zweifellos von einem anderen Gesichtspunkt her gesehen werden als in den ländlichen Gebieten, und zwar deshalb, weil hier Faktoren zu berücksichtigen sind, die Gott sei Dank am Lande noch nicht und wahrscheinlich niemals in einem solchen Ausmaß zutage treten werden, und das ist die Lage der Wohnung. Es ist in den Städten

gewiß sehr schwierig, dafür zu sorgen, daß die Wohnungen nicht in Bereichen liegen, in denen das Wohnen stark gestört ist. Das ist ohnehin bei allen jenen Wohnungen der Fall, die an den Hauptverkehrsstraßen oder die in den Zentren liegen, und das ist leider dort nicht mehr zu beseitigen. Aber — und das möchte ich doch mit größtem Nachdruck hier sagen — alle Neubauten sollten so angeordnet werden, daß sie außerhalb von Lärmbereichen errichtet werden, daß sie nicht durch den Verkehrslärm, durch Betriebslärm gestört sind und daß sie auch nicht Rauch- und Geruchsbelästigungen ausgesetzt sind.

In der Stadt werden, meine Damen und Herren, außerdem die Erholungsflächen, soweit sie noch gewahrt werden konnten, für das Kind und für den alten Menschen immer schwerer erreichbar, weil ihnen der Verkehr den Weg erschwert. Daher sollten, meine ich, bei allen Neubauten Grünflächen möglichst nahe liegen, und Kinderspielplätze sollten so angelegt werden, daß keine Hauptverkehrslinien den Weg durchschneiden. In der weiteren Folge wäre auch die Planung von Schulen im Zusammenhang mit großen Wohnsiedlungen ins Auge zu fassen, und dazu kommt noch, daß man auch dem Auto bei all diesen Siedlungen einen Abstellplatz sichern muß, auch ein Erfordernis, wenn man berücksichtigt, daß etwa in Graz auf 100.000 Haushalte schon über 47.000 Autos kommen.

Der städtische Wohnungsbau, Hoher Landtag, kann sich nicht allein auf Großbauten beschränken, und bei aller Einsicht für die Aufschließungsprobleme stehe ich doch auf dem Standpunkt, daß auch in der Stadt dem Siedler Raum gegeben werden muß. Im übrigen verdanken wir — und das soll auch nicht vergessen werden — den Einzelsiedlern, daß sie sich selber ein Heim, eine Wohnung geschaffen haben, daß sie auch selbst mit Hand angelegt haben, denn ohne ihr eigenes Dazutun wäre es der öffentlichen Hand nie möglich gewesen, mit den gleichen Mitteln so viele Wohnungen zu bauen.

Und damit komme ich zum Schluß. Ich habe versucht, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier mit meinen kurzen Ausführungen das große städtische Wohnungsproblem aufzuzeigen. Abschließend darf ich dazu noch sagen: Wir müssen anerkennen, daß in den vergangenen Jahren auch vieles geleistet, vieles getan worden ist, aber wir wissen, daß wesentliche Probleme noch offen sind, Probleme, die auch bewältigt werden müssen, damit 1. genügend Wohnraum zur Verfügung steht, Wohnraum, der den modernen Anforderungen entspricht, und zwar sowohl durch Neubauten als auch, glaube ich, durch die Sanierung von Althäusern und eine mögliche Anpassung von Altwohnungen an den heutigen Standard durch entsprechende Umgestaltung; und damit 2. auch dem Städter, meine Damen und Herren, weitgehend ein gesundes Wohnen möglich gemacht wird durch eine sinnvolle städtebauliche Planung. (Beifall bei der ÖVP.)

2. Präsident Afritsch: Im Einvernehmen beider Abgeordneten nehme ich eine Umstellung vor. Es spricht zuerst Herr Abg. Loidl, dann Frau Abg. Lendl.

Abg. Loidl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Welch große Bedeutung die Bauwirtschaft und das gesamte Bauwesen für die Öffentlichkeit hat, geht aus den überaus großen Budgetansätzen der Gruppe 6, aber auch aus den riesigen Summe des ao. Haushaltes, welche für Bauvorhaben vorgesehen sind, hervor. Andererseits beweist dies aber auch, in welcher hohen Maße die Bauwirtschaft von der öffentlichen Hand und den von ihr ausgehenden Impulsen abhängig ist. Es ist in diesem Haus schon sehr oft davon gesprochen worden, wie lebensnotwendig die Bauleistungen sind. Wo immer wir hinsehen, in allen Lebensbereichen stoßen wir auf diese Leistungen des Bauwesens und man kann ohne Übertreibung sagen, daß ein geordnetes menschliches Leben überhaupt nicht möglich wäre ohne die Leistungen der Bauarbeiter und der Bauwirtschaft.

Diese Bauwirtschaft ist in der letzten Zeit in sehr starkem Maße in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Es waren aber leider nicht unsere jahrelangen Bemühungen um eine Neuordnung dieser Bauwirtschaft, die dies bewirkt haben. Es waren auch nicht die inhaltsschweren und sehr konkreten Arbeiten der 26 Fachleute aus allen Lagern, die im Wirtschafts- und Sozial-Beirat in jahrelangen Untersuchungen Empfehlungen für die Neuordnung der Bauwirtschaft erarbeitet haben. Mögen die Ursachen, die zu diesem nun allgemeinen Interesse über die Verhältnisse in der Bauwirtschaft geführt haben, noch so unerfreulich sein, jetzt, meine Damen und Herren, kommt es darauf an, welche Konsequenzen gezogen werden, welche Wirkung daraus entsteht. Die Bevölkerung wartet mit Recht darauf, was die Verantwortlichen nun tun. Und zu diesen Verantwortlichen zählen auch wir uns in diesem Hause. Das wird uns niemand abnehmen. Und wenn jemand glaubt, daß ich jetzt den „Bausumpf“ oder den „Bauskandal“ oder wie immer man das nennt, hier erörtern werde, so ist er im Irrtum, denn ich war und bin schon lange davon überzeugt, daß diese so unerfreulichen Auswirkungen ihre Ursache in den chaotischen Zuständen in der Bauwirtschaft haben. Und wenn die Summen, die genannt werden, auch sehr groß sind, so stellen sie in Wahrheit ja noch gar nicht den wirklichen Schaden dar, der der Bevölkerung durch diese Zustände auferlegt wird.

Es kommt nicht so sehr darauf an, ob die 38 Millionen Schilling, welche vom Herrn Bundeskanzler genannt wurden, als Schmiergelder von der Steuer abgesetzt wurden. Gleich, ob diese Summe nun größer ist, es zeigt höchstens, mit welcher Unverfrorenheit und Sicherheit man an die Sache herangegangen ist, so daß man das einfach ganz offen in der Buchhaltung einträgt. Aber das ist nur am Rande von Bedeu-

tung. Viel wesentlicher ist, wie ich schon gesagt habe, daß man den Ursachen auf den Grund geht. Es wäre verlockend, vieles von dem, was ich hier im Vorjahr gesagt habe, zu wiederholen, weil es meiner Meinung nach noch gilt, aber jetzt doch das eine oder andere ein wenig anders aufgenommen werden würde. Aber einen Satz möchte ich doch als Wiederholung an die Spitze meiner weiteren Ausführungen stellen: Ich habe damals gesagt, es geht nicht nur darum, meine Damen und Herren, Gelder bereitzustellen, sondern wir haben uns auch darum zu kümmern, in welcher Form und inwieweit die Bauwirtschaft in der Lage ist, ihre Aufgaben zu erfüllen. Vieles gibt zu ernster Sorge Anlaß, oder anders ausgedrückt, so habe ich gesagt, kommt der Bevölkerung, dem Steuerzahler, sehr, sehr teuer zu stehen. Wir Sozialisten, aber auch die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter haben seit vielen Jahren immer wieder und bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Mängel hingewiesen. Wir haben auch ebenso viele Forderungen aufgestellt und konkrete Vorschläge unterbreitet, die der Beseitigung dieser Mängel dienen sollten. Es ist bemerkenswert und begründenswert, daß im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den sogenannten „Bauskandal“ von einigen sehr angesehenen Tageszeitungen nicht nur Sensationsmeldungen verbreitet wurden, sondern daß angesehenen Redakteure in Leitartikeln auch auf die tieferen Ursachen eingegangen sind. Für uns ist ermutigend, daß dabei im großen und ganzen die gleichen Überlegungen angestellt wurden, die uns Sozialisten unermüdlich nach einer Neuordnung der Bauwirtschaft drängen lassen.

Wo liegen also die Mängel? Den Steuerzahler, der bekanntlich für nahezu 80 Prozent des gewaltigen Bauvolumens aufzukommen hat, interessiert vor allem die Frage, warum bauen wir in Österreich so langsam und so teuer? Wobei vor allem „teuer“ eine relative Sache ist.

Eine Studie des Institutes für Bauforschung, die — und ich bitte, das zu bemerken — gemeinsam von den Arbeitgeber und den Arbeitnehmer-Organisationen in Auftrag gegeben wurde, kommt zu dem Ergebnis, daß wir von einer Reihe europäischer Länder bei niedrigsten Löhnen in der Bauwirtschaft, besonders auch im Wohnbau, am teuersten bauen. (Abg. Pölzl: „Es sind in der Zwischenzeit aber auch die Löhne sehr gestiegen!“) Ich will Sie mit dieser Studie, die sehr umfangreich ist, nicht aufhalten. Ich möchte Ihnen nur einige Zahlen daraus nennen. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis vergleichbarer Wohnungen — die Studie stammt vom Jahre 1963, weil vorher die Unterlagen nicht zur Verfügung waren — beträgt in England 2.553 Schilling, in den Niederlanden 2.580 Schilling, in Schweden 2.977 Schilling, in Deutschland 2.680 Schilling und in Österreich 2.960 Schilling! Das ist Durchschnitt. Ich weiß schon, daß es in der Steiermark — wir sehen das ja immer bei der Wohnbauförderung — etwas niedriger ist. Und nun die Löhne: Hier sind

die Schillingbeträge in die sogenannte Verbraucher-Preisparität umgerechnet. In England würde dieser Arbeiter 23.25 Schilling verdienen, wobei eine Wohnung um 2.553 Schilling hergestellt wird, in den Niederlanden 18.08 Schilling, in Schweden 27.43 Schilling — also bei ungefähr gleichem Quadratmeterpreis für die Wohnung 27.43 Schilling, in Deutschland 18.51 Schilling, und in Österreich 14.82 Schilling, also nahezu die Hälfte des Lohnes bei ungefähr gleichem Preis für den Quadratmeter. (Abg. Feldgrill: „Den Maurer müssen Sie mir bringen, der für 14.82 Schilling arbeitet, auch im Durchschnitt!“)

Der Durchschnittslohn, der von einem Institut errechnet wurde und zwar im Auftrag von Bauinnung, der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter und Arbeiterkammer. Ich, Herr Kollege, werde Zahlen die von Fachleuten errechnet wurden, auch wenn sie mir nicht passen, nicht anzweifeln, so ich es nicht besser verstehe und vergleichen kann. (Abg. Ing. Koch: „Wo haben Sie diese Zahlen nachgelesen?“) Ich kann Ihnen dann diese Zahlen geben.

Ich habe Ihnen schon gesagt, daß diese Studie gemeinsam gemacht wurde. Vielleicht interessiert Sie auch noch, wie viele Wohnungen in vergleichbaren Ländern im Jahre 1963 gebaut wurden.

In Schweden, das so wie wir ca. 7 Millionen Einwohner hat, wurden 81.000 Wohnungen fertiggestellt, in der Schweiz mit 5.8 Millionen Einwohnern 54.000 und bei uns, das wissen wir ja alle, rund 42.000 oder 43.000 im Jahre 1963. (Abg. Schaffer: „Es ist kein Wunder, wenn die Gewerkschaft so teuer baut!“)

Wo liegen also die Ursachen? Vorausschicken möchte ich noch, weil hier von den Löhnen gesprochen wurde, ich stehe nicht an zu sagen, daß auch die Gewinne der Bauunternehmer in derselben Relation liegen, das heißt, daß unsere Bauunternehmer nicht etwa um soviel mehr verdienen. Ich wäre froh, wenn es so wäre, denn wir wären stark genug, davon etwas zu holen, und wir wissen schon, daß man sich nichts holen kann, wo nichts ist, und daher auch unser Verständnis für die wirtschaftlichen Belange der Bauwirtschaft, daher ja unsere Bemühungen, die Verhältnisse zu ändern, um allen zu dienen. Wo liegen also die Ursachen? Die Ursachen liegen im großen und ganzen darin, was die Experten des Wirtschafts- und Sozialrates festgestellt haben oder besser gesagt in den Auswirkungen dieser Feststellungen. Es gibt keine Kontinuität im Baugeschehen bei uns, keine koordinierten langfristigen Programme, keine Vergabe nach territorialen, zeitlichen, branchenmäßigen Grundsätzen, folglich keine Marktübersicht, brachliegende Kapazitäten, aber auch Auftragsballungen, Leerlauf, Verluste, einerseits, das wissen wir alles, Überhitzung, Überpreise andererseits, für die Unternehmer keine betriebliche Dispositionsmöglichkeit, unsichere

Investitionsentscheidungen bei der bekannt schwachen Stellung der Bauwirtschaft am Kapitalmarkt, Schwierigkeiten bei der Kreditbeschaffung. Es gibt keine langfristige Budgetierung, daher unzureichende Vorbereitung und Planung, verspätete Vergabe mit forcierten Bau Terminen, unklare und uneinheitliche Ausschreibungen und vieles mehr. Und bei allen diesen Punkten könnte man, sehr geehrte Damen und Herren, noch viele Einzelheiten anführen und Auswirkungen feststellen. (Abg. Pözl: „Von der Produktivität habe ich in dieser Aufstellung nichts gehört!“)

Herr Kollege Pözl, mir geht es um die Bauwirtschaft, das sind nicht nur Sie, das sind Sie und wir auch. (Abg. Pözl: „Darum fehlt mir ja die Produktivität in dieser Aufstellung!“) Ich habe ernste Sorgen in dieser Richtung, und hier komme ich auf die Kapazität zu sprechen. Denn auch das ist eine der Ursachen, daß die Kapazität nicht genützt wird. Das ist doch schlimm, wenn man Kapazität durch Maschinenkäufe schafft und sie dann nicht nützt, das ist ein doppelter Verlust. Die Mechanisierung weist derzeit einen Grad auf, der auch internationale Vergleiche nicht mehr zu scheuen braucht. Österreich verfügt über Baumaschinen mit etwa 1 Million PS. Das heißt, daß im Durchschnitt pro Bauarbeiter 6 PS bedient werden müssen. Und da möchte ich sagen, daß man einen Wirtschaftszweig, der in den letzten 15 Jahren einen solchen Wandel durchgemacht hat, eben nicht so behandeln kann, wie dies vorher vielleicht richtig und zweckmäßig war. Die beherrschende Stellung der öffentlichen Hand legt dieser die Verantwortung auf, entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Seit vielen Jahren fordern wir daher all diese Dinge wie das langfristige Bauprogramm, die Koordinierung, die Verbesserung der Vergabebestimmungen und vieles mehr. Die Fachleute im Wirtschafts- und Sozialbeirat — und da waren unter den 26 nur zwei Vertreter meiner Gewerkschaft, alles andere waren unabhängige Experten, Leute der Handelskammer, ich glaube sogar der Landwirtschaftskammer, haben in eigenen Arbeitsgruppen zu Koordinierung, zum Vergabe- und Verdingungswesen, zur Statistik, der Finanzierung, der Forschung und den Sozialfragen Vorschläge ausgearbeitet. Die erarbeiteten Resultate decken sich im wesentlichen mit unseren Auffassungen und wir können daher die gesamte interessierte Öffentlichkeit auf diese fundierten und detaillierten Feststellungen und Vorschläge aufmerksam machen.

Können Sie verstehen, meine Damen und Herren, daß bei der Situation seit Oktober 1965 — seit damals sind diese Arbeiten fertiggestellt, — diese bis heute nicht veröffentlicht wurden? Es blieb uns, der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, vorbehalten, diese Broschüre in Druck zu legen und sie jedem, der sich interessiert, zur Verfügung zu stellen.

Aber man muß gerecht sein, und ich möchte sagen, daß sich doch eine gewisse Wandlung zum

Besseren abzeichnet. Die Ihnen auf Grund unseres Antrages vom 19. Oktober vorigen Jahres allen zugegangene Regierungsvorlage, die sich auch damit beschäftigt hat, konnte zwar im Ausschuß noch immer nicht endgültig behandelt werden, aber ich möchte fast sagen, daß es jetzt gut ist, daß wir diese Vorlage noch nicht erledigt haben, erledigt so oder so, mit oder ohne Führungszeichen, weil ich mir nicht recht gut vorstellen kann, wie man die Auffassungen, die dort drinnen zutage treten, jetzt noch aufrecht erhalten will oder kann. Andererseits habe ich mit ehrlicher Genugtuung — ich gebe das zu — in der Südost-Tagespost am 23. November 1966 gelesen, daß der Herr Bautenminister Dr. Kotzina im Ministerrat über Maßnahmen seines Ressorts zur Koordinierung des Bauwesens berichtet hat und erklärte, es sei eine Koordinierung — also das, was in der Regierungsvorlage als völlig sinn- und zwecklos hingestellt wird — der Förderung des Winterbaues — man kann schon fast sagen, ein Steckenpferd von uns — und eine Neuordnung des Vergabewesens beabsichtigt. Wenn es nicht bei der Absicht bleibt, sondern tatsächlich in dieser Richtung etwas geschieht, so ist das ein Schritt vorwärts, und wir werden diesen Schritt mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften unterstützen. Vielleicht ist das ein kleiner Beweis dafür, wie unrichtig die gestrigen Andeutungen waren, daß wir nur fordern und uns nicht darum kümmern, ob die Wirtschaft in der Lage ist, all diese Dinge zu erarbeiten.

Und die Frau Abg. Egger hat sich einmal dem Herrn Landesrat Sebastian gegenüber geäußert, man müsse Phantasie und Einfallsreichtum haben, um zu schauen, daß man doch immer wieder Mittel irgendwoher bekommt. In diesem Falle brauchen wir nicht einmal mehr Phantasie oder Einfallsreichtum. Wir haben im wesentlichen von Experten Empfehlungen, Möglichkeiten, um darüber zu diskutieren und uns über diese Dinge zu unterhalten. Aber bei der Gelegenheit, bevor ich mich einem anderen Problem zuwende, möchte ich vielleicht doch ein paar Worte zu den Ausführungen des Kollegen Nigl sagen. Es ist ja natürlich, daß hier von der ÖVP die Regierungspolitik, die Budgetpolitik verteidigt wird und daß er sich gegen den Vorwurf des Sozialstopps gewendet hat. Mir ist nur nicht recht verständlich, lieber Freund Nigl, daß ausgerechnet Du als Gewerkschafter diese Verteidigungsrede hier gehalten hast, warum Du das nicht dem Herrn Abgeordneten Pölzl überlassen hast. (Landesrat Bammer: „Er hat es ihm aufgeschrieben!“ — Landeshauptmann Krainer: „Das braucht der Nigl nicht!“)

Denn, lieber Kollege Nigl, eines kannst Du mir nicht weismachen, dazu kenne ich Dich zu gut, als daß Du nicht wüßtest, daß die Sozialpolitik nicht nur die Sozialversicherung darstellt. Sondern als Gewerkschafter wissen wir natürlich, daß Sozialpolitik in Wahrheit der Kampf ist um die gerechte Verteilung des Sozialproduktes auf allen Ebenen und auf allen

Linien. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Nigl: „Dazu gehört auch die Eigentumpolitik!“)

Und es ist unbestritten, daß durch die Auswirkungen des Budgets eine Umverteilung — es ist genannt worden — von 4 Milliarden Schilling vorgenommen wird und das muß jemand übernehmen, wenn Belastungen da sind und es ist unsozial — das ist unsere Meinung — daß diese Umverteilung im wesentlichen auf Kosten der Arbeitenden vorgenommen wird. Und es ist völlig falsch, von den Sozialisten zu glauben, daß sie nicht bereit sind, wenn es notwendig ist, Opfer auf sich zu nehmen. Aber wir glauben, daß diese Opfer gerecht verteilt werden sollen. (Landeshauptmann Krainer: „Wie bitte, wie!“)

Das ist, glaube ich, der Unterschied, der uns in den Auffassungen trennt. (Beifall bei der SPÖ.) Und wenn Sie, Herr Landeshauptmann, jetzt so gerne England als Beispiel heranziehen, weil England in eine wirtschaftliche Situation gebracht wurde, die sehr schwierig ist, so möchte ich gar nicht so demagogisch sein und sagen, „na ja, das haben eben die Konservativen so schlecht gemacht“ und die „Labour-Party muß das jetzt ausbaden!“ Das will ich gar nicht sagen — ich will nur festhalten, daß sie in Schwierigkeiten sind und morgen oder übermorgen können wir auch so weit sein und in solche Schwierigkeiten kommen. Aber der Unterschied zwischen England und uns ist der, daß in England die Lasten gerecht verteilt werden, daß es dort nicht nur einen Lohn-Stopp, sondern auch einen Preis-Stopp gibt, der mit sehr drakonischen Strafen, wenn er durchbrochen wird, geahndet wird. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Bei uns gibt es beides nicht!“) Darum geht es ja. (Präsident Dr. Kaan: „Das ist der Unterschied, bei uns gibt es keine Labour-Party!“)

Herr Präsident, darf ich Ihnen dazu etwas sagen? In aller Bescheidenheit! Ich kann mich erinnern, wie die Arbeitgebervertreter an uns Gewerkschafter mit dem Vorschlag herangetreten sind, machen wir einen Lohn- und Preis-Stopp! Wir sind gefragt worden, seid ihr imstande, diesen Lohn-Stopp durchzusetzen und ich sage Ihnen, ohne überheblich zu sein, wir haben eine Organisation, daß wir in wenigen Stunden mittels Fernschreiber und Telefon den Lohn-Stopp in Österreich realisieren können. Wir müßten unseren Leuten nur sagen, es gibt keine Lohnbewegungen mehr. Weder innerbetrieblich noch auf Kollektivvertrags-Ebene. Als wir aber die Frage stellten, nun, meine Herrschaften, sind Sie imstande, einen Preis-Stopp zu verwirklichen, so mußten sie natürlich sagen, das können wir nicht, denn die Preise werden ja in der freien Wirtschaft in Tausenden von Einzelvereinbarungen getroffen und selbst beim besten Willen ohne die gesetzliche Möglichkeit der Strafverfolgung sind wir nicht imstande, das zu tun. Das war ein offenes, ehrliches Wort. (Präsident Dr. Kaan: „Erinnern Sie sich noch an die Zeit, in der wir alle einen vollkommenen Preis-Stopp erlebt haben?“ — Abg. Zinkanell: „Man kann doch nicht alles nur von einer Seite verlangen,

so geht das nicht!“ — Präsident Dr. Kaan: „Das gewogene Verhältnis, es kommt nur auf die Waage an!“)

Ich persönlich glaube, daß weder das eine noch das andere möglich ist in einer Wirtschaft, sondern daß das in ein Verhältnis gebracht werden muß, das vernünftig ist. Aber es geht jetzt um die Frage, zu wessen Gunsten sich die Waage hebt (Präsident Dr. Kaan: „— und welche Qualität die Waage hat!“) und zu wessen Ungunsten sie sich senkt. Wenn es sich, Herr Präsident — die Waage hält, dann bin ich sofort dafür, für solche Maßnahmen einzutreten.

Sehr geehrte Damen und Herren, nehmen Sie es mir nicht übel, daß ich ein bißchen vom Thema abgewichen bin, aber mein Freund Nigl hat mich dazu mehr oder weniger provoziert. (Präsident Dr. Kaan: „Aufgenigelt!“) So könnte man es auch nennen, ich weiß nicht, ob „Aufnigelei“ ein strafbarer Tatbestand ist! (Landesrat Bammer: „Der Südtirolerplatz im Landtag!“)

Trotz fortschreitender Mechanisierung muß auch in der Bauwirtschaft, meine Damen und Herren, noch ein beachtlicher Teil der Kapazität durch menschliche Arbeitskraft beigestellt werden. Durch die Mechanisierung und die geänderten modernen Baumethoden wird aber auch den in der Bauwirtschaft Beschäftigten eine höhere Qualifikation abverlangt. Ich habe im Vorjahr schon mit Zahlen untermauert, auf die besorgniserregende Überalterung unserer Bauarbeiter einerseits und den völlig unzureichenden Nachwuchs in der Bauwirtschaft andererseits hingewiesen. Ich spreche da aus tiefer Überzeugung, wenn ich sage, daß ich ernstlich befürchte, daß in nicht allzu ferner Zeit das Problem „Bauarbeiter“ in ausreichender Zahl und Qualifikation zu haben, zu einer Existenzfrage werden wird. Diese Meinung habe ich mir in meiner sehr langen Tätigkeit als Bauarbeitervertreter, die mich immer wieder in engsten Kontakt mit der Bauwirtschaft bringt, gebildet. Ich stütze mich hier aber nicht nur auf diese Meinung, sondern unsere Gewerkschaft hat das Österr. Institut für Bauforschung beauftragt, vor einiger Zeit zwei Forschungsprojekte auszuarbeiten, eines über den derzeitigen Stand der Bauarbeiteraus- und die Möglichkeiten, sie zu verbessern und als zweites ein Forschungsprojekt über die Arbeitsbedingungen auf den Baustellen. Die beiden Forschungsprojekte liegen vor und sie haben die Befürchtungen mehr als bestätigt. Ich kann hier nicht im einzelnen darauf eingehen.

Zu einem Problem, meine Damen und Herren, bitte ich sie sehr um Gehör, weil es sich nicht um ein wirtschaftliches, sondern um ein menschliches Problem handelt.

Und das ist auch eine der Ursachen — und ich glaube, nicht eine der unwesentlichen — warum junge Menschen nicht in die Bauwirtschaft gehen. Ich habe Sie — auch das steht im Protokoll — voriges Jahr eingeladen, anlässlich von Gleichentagen und sonstigen Anlässen, die geeignet

erscheinen, einmal nachzuschauen, wie diese Arbeiter, die dort diesen oder jenen Bau errichtet haben, untergebracht sind. Ich weiß nicht, wer dieser Einladung nachgekommen ist, aber die Zustände sind nach wie vor grauerregend.

Durch die Hereinnahme von nahezu 3.000 oder mehr — wer kennt die Namen oder Zahlen, das Ganze ist etwas unübersichtlich — Fremdarbeitern sind Tausende zusätzliche Unterkünfte notwendig geworden und das hat die Verhältnisse natürlich noch mehr verschlechtert. Ich möchte aber nicht mißverstanden werden. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es auch Firmen gibt, die ihren Bauarbeitern mit beträchtlichem Kostenaufwand anständige, zum Teil auch vorbildliche Quartiere zur Verfügung stellen. Aber Sie werden es nicht glauben, ein sehr, sehr großer Teil der Bauarbeiter muß nach schwerer und gefährlicher Arbeit in Unterkünften hausen, die mit Worten zu schildern mir einfach nicht möglich ist. Ich habe mitten im Sommer an einem ganz zufälligen Tag zu einigen meiner Kollegen gesagt — ich selbst bin auch gefahren — kommt einmal mit zur erstbesten Baustelle und fragen wir dort, „Burschen, wo wohnt ihr?“ Und dieses Quartier wird dann fotografiert. Ich will das den Damen und Herren im Landtag bei nächster Gelegenheit vorführen. Und einen Teil dieses Ergebnisses habe ich Ihnen heute mitgebracht, wenn auch nicht vergrößert, ich hoffe, Sie können es sehen. Das, meine Damen und Herren, ist ein Unterkunftsgebäude für 14 Bauarbeiter, die bei einem Bauauftrag von 20 Millionen Schilling arbeiten. 14 Bauarbeiter wohnen hier in dieser Elendsbaracke (Abg. Loidl zeigt die Bilder.) Wie es innen aussieht, sehen Sie auf diesem Bild. Stockbetten eng aneinander, keine Waschgelegenheit, keine Bettwäsche.

Hier am nächsten Bild eine Baustelle, wo in mehrjähriger Bauzeit von 65 Beschäftigten 165 Wohnungen errichtet werden. So schaut es dort aus. Und hier eine Autobahnbaustelle, Autobahn, das klingt ja jetzt so ein bißchen nach Skandal. Aber bitte, ich weiß nicht, ob das ein geringerer Skandal ist. Hier wohnen sechs Arbeiter, die haben eine Waschschüssel zur Verfügung, keine Kochgelegenheit, keine Bettwäsche. All das wurde überfallsartig festgestellt, fotografiert, ohne — und das möchte ich betonen — nach guten oder schlechten Unterkünften zu suchen.

Hier bei diesem Bild handelt es sich um die Kabelverlegungsarbeiter, die sich entlang der Straße mit Krampen und Schaufel durch die Erde wühlen. Machen wir das einmal fünf Stunden, dann werden wir sehen, wie wir ausschauen. Und diese leben hier in Stockbetten ohne Kopfkissen — wir werden es dann sehen — als Kopfkissen sind Bretter untergeschoben, damit es etwas erhoben ist, und so müssen diese armen Kerle hier dann schlafen. Es war ein Gasthaus mit 14 Leuten. Die Waschgelegenheit für diese 14 ist eine alte Bierschenke und eine

Waschschüssel. (Abg. Karl Lackner: „Das ist aber nicht in der Steiermark.“)

Das ist in der Steiermark, es ist aber eine Firma aus dem Burgenland. Ich möchte keine Namen nennen, wissen Sie warum, denn wenn ich die Namen nenne, dann müßte ich sie alle nennen, es wäre unfair, einige zu nennen und die anderen, wo es genauso ist, nicht zu sagen. (Abg. Karl Lackner: „Da hat man dann eine ganz andere Einstellung!“)

Und, meine Herren, das hier ist eine Unterkunft, die ich selbst aufgestöbert habe. Ich will Ihnen erzählen, wie das vor sich gegangen ist. Ich bin durch die Stadt gefahren, habe einen Tankstellenbau gesehen, da haben einige Leute gearbeitet, bin hingegangen, und zum ersten Besten gesagt, „Wo kommst du her“, „Ich bin aus dem Feldbacher Bezirk“, „Wann fährst du heim“ „Jedes Wochenende“. Komm mit, ich möchte sehen, wo du die Woche über schläfst“. Er hat mich in ein nahegelegenes Haus geführt, da ist unten ein Gasthaus, darüber ist ein leerer Rohbauraum, kein Fußboden, nur der Beton, da stehen 13 Betten drinnen, keine Bettwäsche, kein einziger Tisch, keine Sessel, nichts mit Ausnahme von einigen Kübeln und einigen Waschschüsseln. Der einzige Komfort in diesem Hause war, daß zufällig eine Warmwasserleitung vorhanden war, die hatten wenigstens warmes Wasser, um sich zu waschen. (Abg. Loidl reicht die Bilder herum. — Abg. Pözl: „Herr Kollege, eine Frage. Haben diese Wohnungen die Firmen ausgesucht, oder sind das Wohnungen, die sich die Arbeitskräfte selbst ausgesucht haben?“)

Herr Kollege Pözl, ich komme noch darauf zu sprechen. Ich möchte aber vorausschicken, daß ich das jetzt nicht gezeigt habe, um Schuldige zu suchen, oder eine Diskussion über die Schuldfrage zu entfesseln, weil natürlich auch eine gewisse Schuld bei denen liegt, die sich das gefallen lassen. Ich will nur einen Zustand feststellen, der in seinen Auswirkungen natürlich schlimm ist für die Qualität der Menschen, die in die Bauwirtschaft gehen.

Was sind das für Auswirkungen, die dadurch entstehen? Wie können die Menschen hier dann reagieren? Die eine ist, einen solchen Beruf, wo einem so etwas zugemutet wird oder werden könnte, erst gar nicht zu ergreifen, und ich frage Sie, wer wird seinem Sohn raten, ein Maurer oder Zimmerer zu werden, weil wir die Dinge doch ein wenig kennen, so schön der Beruf sonst ist. Ich glaube, es gibt kaum einen Beruf, der so schön sein kann wie das Bauen, ein Beruf, wo man die Leistungen sieht und bleibende Werte schafft.

Die zweite Konsequenz ist, daß man bei der ersten sich bietenden Gelegenheit, wenn es irgendwie tragbar ist, aus diesem Beruf verschwindet, und viele, viele machen davon Gebrauch. Ich weiß es nur, daß es nicht die schlechtesten Arbeiter sind, die von dieser Kon-

sequenz Gebrauch machen, weil ich viele, viele kenne und auch weiß, wo sie jetzt sind und nicht immer sehr glücklich dort bei den neuen Arbeitsplätzen in der Industrie. Die dritte Reaktion ist, daß sich die Arbeiter — wie sollte man das auch anders erwarten bei diesen erbärmlichen Unterkünften — in das nächstgelegene Gasthaus flüchten und dort so lange bleiben, bis sie so müde sind, daß sie auch dort drinnen einschlafen können. Und eines noch bitte ich Sie zur Beurteilung des ganzen Problems zu beachten: Viele sagen mir, na ja, was redest du, das ist ja nur eine vorübergehende Angelegenheit, das dauert nicht solange, in ein paar Monaten ist das ganze wieder vorbei und die Sache ist erledigt, ohne daran zu denken, daß sich für diesen Bauarbeiter ein Provisorium an das andere reiht und er dadurch den Großteil seines Lebens in so menschenunwürdigen Zuständen verbringen muß, die über die berüchtigten Slums in den Großstädten noch weit hinausreichen.

Und jetzt, Kollege Pözl, bitte ich aufzupassen, weil ich auf noch etwas aufmerksam machen möchte, was unerlässlich ist. Auf Grund des Kollektivvertrages für das Baugewerbe haben die Arbeiter Anspruch auf eine kostenlose Beistellung des Quartiers, das natürlich nach bestimmten Vorschriften ausgestattet werden müßte — oder der Arbeiter, wenn es also nicht beigestellt werden kann, hat Anspruch auf ein Quartiergeld von 300 Schilling pro Monat. Das heißt mit anderen Worten, daß die 13 Arbeiter in dem Raum ohne Betten und ohne Sessel und ohne Bettwäsche 3.000 Schilling Monatsmiete für diese Unterkunft bezahlt haben, denn entweder ein anständiges Quartier oder 300 Schilling macht bei 13 3.900 Schilling. Was das ist, überlasse ich Ihnen selbst zu beurteilen. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist aber eine Frage der gewerkschaftlichen Ordnung, lieber Freund, das kann der Landtag nicht lösen!“)

Herr Landeshauptmann, auch darauf komme ich noch kurz zu sprechen. Wir kämpfen mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese Zustände an. Wir versuchen alles. (Abg. Leitner: „Aber Sie haben eine gute Organisation, haben Sie gerade behauptet!“)

Es ist ja unmöglich, und deswegen auch der Antrag, auf den ich noch zu sprechen komme, bei den Hunderten, Tausenden Baustellen, die irgendwo verstreut sind, man müßte ja Spürhunde haben, um das aufzustöbern, insbesondere jetzt bei den Ausländern. (Abg. Leitner: „Aber Sie haben ja gesagt, auf jeder Baustelle! Da braucht man nicht aufspüren!“ — Zwischenruf von der SPÖ: „Auf jeder Baustelle hat er nicht gesagt!“)

Nicht auf jeder, das habe ich nicht gesagt, auf einem Großteil. Wir kämpfen also mit allen Mitteln an. Es ist hier gesagt worden, das Arbeitsinspektorat sei hier zuständig. Auch darüber habe ich im vergangenen Jahr gesprochen. Das Arbeitsinspektorat ist mit qualifizierten

Kräften völlig unterbesetzt, aus ähnlichen Gründen, wie das auch wo anders im öffentlichen Dienst der Fall ist, der Zahl nach vor allem unterbesetzt. Sie sind nicht imstande, das zu bewältigen. Ein Zweites kommt noch hinzu, und das scheint mir viel entscheidender.

Wenn das Arbeitsinspektorat eine Anzeige erstattet — das tut es natürlich — dann geht das zur Verwaltungsbehörde und Sie können sich selbst erkundigen, dann wird der Baumeister mit einer Geldstrafe von 200, 300 oder 500 Schilling, wenns hochkommt, bestraft. Eine so lächerliche Summe wird ihn nicht veranlassen, kostspieligere Investitionen vorzunehmen.

Ich habe daher ersucht, daß die im Vorjahr gemachte Anregung dem Übel dadurch entgegenzutreten, daß bei öffentlichen Arbeiten Arbeiter-Unterkünfte und sanitäre Einrichtungen als eigene Bauleistung anzubieten sind, wie es übrigens beim Kraftwerksbau schon der Fall ist und dort tadellos funktioniert, Herr Landeshauptmann. Und in der Folge muß man das von der Bauaufsicht kontrollieren lassen. Warum nur die Ziegelstärken kontrollieren, warum nur den Beton, warum nicht auch die Quartiere für die Menschen, die letzten Endes im Mittelpunkt stehen sollen? Diesen Antrag in einen Resolutionsantrag umzuwandeln, sind die ÖVP-Abgeordneten leider nicht beigetreten. Ich höre Herrn Landeshauptmann schon in seinem Schlußwort, daß das recht schön wäre, die Unternehmen machen gute Quartiere für ihre Leute und die öffentliche Hand soll sie bezahlen. Aber wenn man bedenkt, daß das ja ohnehin schon einkalkuliert wird — denn ich glaube nicht, daß die Nächtigungsgelder bei den jetzigen Baumöglichkeiten nicht einkalkuliert werden — der kollektivvertragliche Lohn ist ja eine Grundlage für die Kalkulation, die auch anerkannt werden muß. (Abg. Feldgrill: „Ich kenne aber Fälle, wo außer der Zahlung dieser Zuschläge noch Quartiere gratis beigelegt werden!“) Herr Kollege Feldgrill, die Quartiere sind ja schon auf Grund des Vertrages unentgeltlich beizustellen, nicht entweder oder. (Abg. Pözl: „Es gibt Bauunternehmer, die diese 300 Schilling zahlen und außerdem ordentliche Quartiere gratis beistellen!“) Aber Herr Kollege Pözl, es ist doch völlig gleichgültig, ob eine überkollektivvertragliche Bezahlung in Form eines erhöhten Lohnes oder in Form eines Nächtigungsgeldes erfolgt. Aber ich weiß, warum manche Firmen das machen. Nämlich um ihr schlechtes Gewissen zu betäuben und auch das wurde mir schon gesagt: „Was wollen Sie denn, er kriegt dieses Quartier von mir, obwohl ich weiß, daß es nicht gut ist, aber ich gebe ihm ja noch ein paar hundert Schilling zusätzlich.“ Und ich sage, — und das sage ich auch meinen Kollegen gegenüber immer wieder — daß man sich die Menschenwürde nicht abkaufen lassen kann um ein paar hundert Schilling. (Bravo, Beifall bei der SPÖ.) Und darum geht es! Wenn es der eine oder andere Schwerfällige und in Geldnöten Steckende tut, so ist das bedauerlich, aber es wäre schön, wenn es gelingen würde,

vorzukehren, daß er in keine solche Versuchung gerät, so wie der Herr Präsident auch von den Versuchungen anlässlich des Bauskandals gesprochen hat. (Dr. Kaan: „Aber bitte, wir sind dem Antrag nicht deshalb nicht beigetreten, weil wir nicht auch die Menschenwürde wahren wollen, sondern weil wir gesagt haben, das ist nicht Landessache, es ist Sache des Arbeitsinspektorates, also Bundessache und Sache des Kollektivvertrages und der Gewerkschaften!“)

Ich, Herr Präsident, habe den Verdacht, — verzeihen Sie mir, daß ich das sage — daß dadurch einige Wirtschaftsbundfreunde vergrämt würden (Präsident Koller: „Da dürften wir gar nichts tun, denn der ist immer böse!“), wenn man das jetzt alles machen müßte, aber dafür würden Sie jene Unternehmer, die auch zum großen Teil Ihnen angehören und die nicht nur kalkulieren, sondern das auch leisten, was vorgeschrieben ist, entsprechende Gerechtigkeit widerfahren lassen. (Abg. Schaffer: „Es werden ja alle kontrolliert von den Arbeitsinspektoraten!“)

Ich habe schon gesagt — und glauben Sie mir, daß ich die Sache kenne — die Arbeitsinspektorate sind nicht einmal zu einem Zehntel imstande, diese Kontrollen durchzuführen, und zwar aus Personalmangel und aus anderen Gründen. Und das werden Ihnen die Herren des Arbeitsinspektorates selbst bestätigen. (Abg. Pözl: „Die Gewerkschaft ist sehr behilflich dabei und das Arbeitsinspektorat wird von ihr aufmerksam gemacht auf solche Mißstände!“)

Ich wende mich daher jetzt vor allen Dingen wegen dieses Antrages, der vielleicht doch noch einmal behandelt wird, an die Gewerkschaftskollegen in der ÖVP, weil ich überzeugt bin, daß ihnen die Interessen der Arbeiter genauso am Herzen liegen als mir. Ich wende mich auch an die Bauern, denn ein Großteil der Arbeiter, die hier so unwürdig leben müssen, sind ja aus den Dörfern und aus den Märkten und sind Bauernsöhne, die zu Haus am Hof eben nicht mehr leben können. (Abg. Pözl: „Ihrer Meinung nach sind die Unternehmer Teufel!“ — Abg. Zinkanell: „Nein, unsozial sind sie!“) Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich möchte Sie als Koalitionspartner gewinnen, um den Widerstand, von wo immer er herkommt (Abg. Zinkanell: „Aus den eigenen Reihen!“), zu überbrücken. Ich könnte mir vorstellen nach der gestrigen Rede von Kollegen Nigl, daß es ihm möglich wäre, um bei einem Bauausdruck zu bleiben, sich als „Sozial-Caterpillar“ zu betätigen, daß auch Kollegin Jamnegg ihren Charme dazu einsetzt und der Kollege Burger auch eine Rede hält, die zu Herzen geht. Dann müßte die Sache ja gelingen! (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Aber allen Ernstes, meine Damen und Herren, ich hoffe, daß diese Frage in absehbarer Zeit im Ausschuß noch einmal behandelt wird und ich darf Sie einladen, sich die Verhältnisse inzwischen anzuschauen. Ich möchte noch einen Vorschlag machen: Nachdem ja das Höhe Haus

schon zwei Exkursionen machen will, einmal zu den Schulen hier in Graz und dann zu den Museen, vielleicht könnte man das dann mit einem Besuch von Bauarbeiterunterkünften verbinden und falls die Nacht hereinbricht, könnte man auch gleich einmal dort übernachten und als Attraktion kann man sich dann aussuchen, wer oben und wer unten liegt. (Abg. Scheer: „Oben liegt die Regierung!“ — Abg. Pabst: „Haben wir beim Militär alle mitgemacht!“) Ja, aber wir sind eben nicht mehr beim Militär. Ich sage Ihnen eines, Herr Kollege Pabst, ich war auch zwei Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft, aber ich habe nie so erbärmlich geschlafen als ich es immer wieder hier von Bauarbeitern sehen muß! (Abg. Prenner: „Da haben Sie Glück gehabt!“) Obwohl das erbärmlich genug war. (Abg. Feldgrill: „Das ist eine Anmaßung! Viele Kriegsgefangene haben überhaupt monatelang kein Bett und kein Quartier gehabt und mußten unter freiem Himmel kampieren. Das ist Brunnenvergiftung, was Sie machen!“ — Abg. Leitner: „Aber wahr!“ — Landesrat Wegart: „Wer von Euch will den tauschen mit einem Russen? Nicht einmal der Leitner will tauschen!“) Ich habe von mir gesprochen, Kollege.

Präsident: Glockenzeichen. Ich bitte, den Redner nicht dauernd zu unterbrechen. Für diese Gruppe sind 19 Redner vorgemerkt.

(Abg. Karl Lackner: „Ich würde nichts sagen, wenn der Bauarbeiter bangen müßte, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, wenn er nicht mit dem Quartier einverstanden wäre. Es ist ja gerade umgekehrt. Die Unternehmer werben sich ja gegenseitig die Arbeiter ab. Das ist ein menschliches Problem, sowohl von der Arbeiterseite her als auch von der Unternehmerseite her!“ — Abg. Pözl: „Es mag Mißstände geben, aber sie sind gewiß nicht allgemein. Vieles hängt von den Bauarbeitern selbst ab und von der Firma auch!“) Du kennst ja Deine Leute draußen. Sie sind ein wenig schwerfällig. Das ist keine Schmähung und kein Werturteil. Der Bauarbeiter ist auch ein wenig konservativ, möchte ich fast sagen. Er ist halt einmal dort, er weiß nicht, wie es wo anders ist und trägt eben dieses Kreuz. Und wenn man da eine soziale Tat vollbringen will, muß man ein bißchen mithelfen.

Ich möchte nun zum Schluß, meine Damen und Herren, den Resolutionsantrag verlesen, den wir also eingebracht hätten und der leider die Zustimmung der ÖVP-Fraktion nicht gefunden hat: „Die Landesregierung wird aufgefordert, zu veranlassen, daß in die Anbote, die auf Grund von Ausschreibungen für öffentliche Arbeiten vorgelegt werden, die Kosten für die Arbeiter-Unterkünfte und für die sanitären Einrichtungen auf Baustellen nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften aufgenommen werden. Es wäre auch sicherzustellen, daß die Bauaufsichtsorgane laufend überprüfen, ob die Beschäftigten auf den Baustellen in jener menschenwürdigen Form untergebracht werden, wie dies nach den

Vorschriften und den vorgelegten Kostenvorschlägen erfolgen müßte.“ Ich nehme also allen Ernstes an, daß dieses Problem im Ausschuß noch einmal diskutiert wird und daß wir irgendeinen gemeinsamen Weg finden — es muß nicht unbedingt der sein — aber einen, der zumindest die ärgsten Übelstände beseitigt.

Abschließend möchte ich meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß das vorliegende Budget der heimischen Bauwirtschaft und damit unseren Bauarbeitern in so großem Maße Beschäftigung sichert. Helfen wir aber auch auf allen Gebieten, wo wir zuständig oder verantwortlich sind, jene notwendigen und zum Teil schon längst fälligen Maßnahmen zu treffen, die im Interesse des ganzen Volkes liegen und die Bauwirtschaft in die Lage versetzen, ihre Aufgabe zu erfüllen. (Beifall bei der SPÖ. — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

2. Präsident: Frau Abg. Lendl hat das Wort.

Abg. Lendl: Ich habe bereits einige Male im Hohen Haus die Bitte gestellt, daß die Umfahrung von Mürzzuschlag in Angriff genommen werden soll, da der Verkehr ganz einfach nicht mehr zu bewältigen ist. Ich muß wieder erwähnen, daß der ganze Straßenverkehr von Wien, von Niederösterreich und zum Teil auch vom Burgenland nach Graz, nach Jugoslawien, nach Italien, aber auch in die Erholungsorte der Steiermark durch unsere Stadt rollt. Es gibt keine Ausweich- oder Parkmöglichkeiten, und es kommt zu Stauungen, die nicht nur dem Kraftfahrer unangenehm sind, es sind auch Fußgänger, vor allem aber die Kinder, sehr arg gefährdet, da an ein Überqueren der Straße ganz einfach nicht gedacht werden kann. Und die Umfahrung ist jetzt zu einer lebenswichtigen Frage der Bewohner geworden. Vor ca. fünf Jahren ist ein genereller Plan für eine Nordumfahrung ausgearbeitet worden, eine Detailplanung wurde aber der Stadtgemeinde Mürzzuschlag noch nie vorgelegt. Und seit dieser Zeit hat sich die Verbauung des Nordteiles der Stadt und der Verkehr auf der Bundesstraße derart verändert, daß die alten Voraussetzungen für die Nordumfahrung nicht mehr zutreffen. Durch die geplante Nordtrasse würde die Stadt wieder in zwei Hälften zerschnitten. Es wurde daher eine örtliche Studie über die Vor- und Nachteile einer Nordumfahrung und einer Südumfahrung ausgearbeitet, die den zuständigen Stellen übermittelt wurde. Eine baldige Festlegung der Trasse ist auch deshalb notwendig, weil einerseits die Erbauer von Eigenheimen in Unsicherheit schweben und andererseits jetzt noch freie Gründe für Bauzwecke in den nächsten Jahren verwendet werden, über die dann die Trasse später geführt wird, was wahrscheinlich dann mit großen Ablösen verbunden ist. Ein normales Leben im Ortskern Mürzzuschlag ist nicht mehr möglich, und ein Ausweg wäre nur durch eine wirkliche Umfahrung im Süden unserer Stadt gegeben. Bei der Südumfahrung wäre aber auch die Möglichkeit einer künftigen Um-

fahrung des Ortsteiles Hönigsberg miteingeschlossen.

Ich bitte daher, alles zu unternehmen, damit ehebaldigst die Führung der Trasse festgestellt und die Detailplanung vorgenommen und als vordringlich behandelt wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Als nächster Redner ist Herr Abg. Wuganigg am Wort. Ich erteile es ihm. Danach kommt Herr Abg. Maunz.

Abg. Wuganigg: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich nun zu den vielbesungenen Straßen das Wort ergreife, will ich mich auf friedlichen Pfaden bewegen. Ich werde nur ganz kurz zu dem Problem der Straßen des Bezirkes Weiz Stellung nehmen.

Das Straßenproblem des Bezirkes Weiz ist ein sehr trauriges. (Landesrat Wegart: „Na, na!“) Einer Bevölkerung des Bezirkes Weiz, die 6,6 Prozent der Steiermark beträgt, auf einer Fläche von 6,5 Prozent wohnt, steht ein Gesamtstraßennetz von 8,2 Prozent gegenüber. Das beweist, daß es dort relativ viel mehr Straßen gibt als irgendwo anders. Ich möchte sagen, das ist an und für sich kein Nachteil. Das würde heißen, daß wir sehr aufgeschlossen sind in diesem Bezirk. Die Frage ist nur: Wie sind die weiteren Umstände? Wenn sie am Morgen beispielsweise sich einen Autobus nehmen und dort einsteigen, dann staunen Sie, wie aus allen Ecken und Enden auf einmal die Leute kommen, die an ihrem Wohnort nicht die Arbeitsstätte haben, die 20, 30 Kilometer weit fahren müssen, um zu dieser Arbeitsstätte zu gelangen, wie in ganz kurzer Zeit dieser Autobus voll ist und wie oft er stehen bleiben muß, weil er an dem ihm entgegenkommenden Autobus nicht vorbei kann.

Und nun ganz kurz einige Zahlen: Woraus setzen sich diese Straßen im Bezirk Weiz zusammen? Die 1787 Kilometer setzen sich zusammen aus einem ganz kleinen Netz der Bundesstraßen von 46 Kilometer, gar nicht nennenswert, das Landesstraßennetz ist relativ groß, es beträgt 318 Kilometer und umfaßt somit ca. 10 Prozent des gesamten Landesstraßennetzes der Steiermark, aber die Gemeindestraßen allein haben eine Länge von 1236 Kilometer, das sind 70 Prozent aller Straßen im Bezirk. Und wie sehen diese Straßen aus? Von den Gemeindestraßen — und das ist ja letzten Endes der größte Teil, sind rund 9 Prozent staubfrei, zehnmal soviel sind es leider nicht. Und von allen Gemeindestraßen sind 83,3 Prozent unter einer Breite von 4 Meter. Es gibt dort Gemeinden — eine ganze Anzahl —, die bis zu 48 Kilometer Länge an Gemeindestraßen haben. (Abg. Pabst: „Nicht nur in Weiz!“) Es kommt, glaube ich, auch darauf an, wie hoch die Einwohnerzahl ist. Wenn ich mich ganz kurz erinnere an die Gemeinde Haslau. Die Gemeinde Haslau hat ca. 23 Kilometer Straßen, aber es sind nicht

einmal 500 Einwohner. Wenn Sie nun denken, daß eine so kleine Gemeinde diese Straßen erhalten soll, dann ist das eine sehr große Belastung. Für diese Erhaltung der Gemeindestraßen werden in den einzelnen Gemeinden bis 70 Prozent der Gemeindeausgaben ausgegeben. Das ist ein ganz beträchtlicher Betrag. Und wenn wir noch weiter bedenken, daß 11,7 Prozent dieser Gemeindestraßen aus Innerortsstraßen bestehen, aber achtmal so viel, 88,3 Prozent aus Außerortsstraßen, dann müssen wir zu dem Schluß kommen, daß eigentlich diese Gemeinden, die für sonst was fast kein Geld mehr haben als für die Straßen, die Straßen bezahlen müssen, die nicht von ihnen, sondern größtenteils von anderen befahren werden. Und daraus, meine sehr verehrten Damen und Herren, müßten eigentlich zwei Schlüsse gezogen werden: Daß es an und für sich eigentlich ein Unrecht ist, diesen Gemeinden eine derartige Belastung aufzuerlegen, denn ein großer Teil davon sind ja letzten Endes Durchzugsstraßen. Zweitens, daß sich an diesem derzeit schlechten Zustand der Straßen solange nichts ändern kann und wird, als die Gemeinden ganz allein dafür zuständig sind. Daraus durchaus verständlich resultierend der Wunsch dieser Gemeinden auf Übernahme einzelner Gemeindestraßen, die fast ausschließlich als Durchzugsstraßen dienen, in die Verwaltung des Landes.

Wir wollen aber gar nicht so unbescheiden sein. Im kommenden Jahr werden eine Anzahl der Landesstraßen, welche durch den Bezirk Weiz führen, weiter ausgebaut werden. Ich nenne hier vor allem die Landesstraße 10 Gleisdorf—Weiz—Frohnleiten. Es werden z. B. 25 Millionen Schilling dort verbaut werden. Das ist ein ganz schöner, großer und bedeutender Betrag. Und ich begrüße auch, daß eine Anzahl von Brücken der Landesstraße 20 auf der Strecke Kirchdorf—Neudorf begonnen werden, denn damit werden letzten Endes die Voraussetzungen geschaffen, daß aus diesen Trampelpfaden, die es dort heute noch gibt, schließlich und endlich einmal Straßen werden. Und damit darf ich vielleicht abschließend noch in aller Bescheidenheit und doch vielleicht ein ganz klein wenig mit dem entsprechenden Nachdruck auf einige bescheidene Wünsche des Bezirkes Weiz zurückkommen, sozusagen als eine Erinnerung Ihnen vortragen. Da wäre einmal die Umfahrung der Stadt Weiz auf der Landesstraße 1. Die Durchführung dieses Projektes — die Pläne sind ja bereits seit eineinhalb Jahrzehnten fertiggestellt — würde nicht nur den Verkehr nicht mehr durch die engen Gassen der Stadt Weiz führen und durch das dicht besiedelte und verbaute Stadtgebiet, sondern es könnte auch die Landesstraße 1 um 1,8 Kilometer verkürzt werden und das ist immerhin eine ganz schöne Strecke. Dann wäre noch die Landesstraße 324, die so viel besungene Strecke Kreuzwirt—Granitzen, eine Straße, die dadurch schon von wirtschaftlicher Bedeutung ist, weil dort sehr viele und bedeutende Holztransporte durchgeführt werden. Eine Straße, die aber auch für

den Fremdenverkehr von Interesse ist, denn sie führt zu den beliebtesten Ausflugsorten, Erholungsstätten und auch zu den Wintersportgebieten der Bevölkerung des Gebietes Weiz und vor allen Dingen auch der Bevölkerung der Stadt Graz. Und ich möchte hier einfügen, es gibt in diesem Gebiet allein sieben Ski-Lifte. Dann wäre die Landesstraße 20, die ich vorhin ganz kurz erwähnt habe, die durch die Gemeinde Gasen führt. Und vielleicht darf ich abschließend noch den Wunsch der Bevölkerung des nördlichen Teiles des Bezirkes Weiz bringen, der Bevölkerung von Feistritzwald, der darin besteht, die Landesstraße 298 Feistritzwald—Gloggnitz, und zwar den letzten Teil von der steirischen Seite aus — es sind nur ca. 3 Kilometer bis zum Feistritz-Sattel — auch während des Winters schneefrei zu halten. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

3. Präsident Koller: Als nächster Redner hat der Herr Abg. Maunz das Wort. Nächste Wortmeldung: Abg. Zagler.

Abg. Maunz: Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Zum Kapitel Wohnbauförderung erscheint es mir bedeutungsvoll, von der Sicht der Landwirtschaft her einiges aufzuzeigen.

Es ist, glaube ich, niemand hier in diesem Hohen Haus, der nicht jeder Familie in unserer steirischen Heimat eine menschenwürdige und gesunde Wohnung zubilligt. Unsere Landwirtschaft hat auf dem Wohnungs-Sektor aus verschiedenen Ursachen einen besonders großen Nachholbedarf. Daß die bäuerlichen Familien in den vergangenen Jahren nicht einen entsprechenden Anteil an den Förderungsmitteln erhalten haben, liegt vor allem daran, daß sich viele Betriebsführer der dringenden Notwendigkeit gegenübersehen, zuerst betriebs- und produktionsverbessernde Maßnahmen durchzuführen. Dies vorwiegend deshalb, um die Existenz ihrer Familie zu sichern. So erforderte in den vergangenen Jahren die Mechanisierung, Rationalisierung, die Bodenverbesserung, der Ankauf von Zuchtvieh, aber auch die Elektrifizierung und die Herstellung von Hof-Zufahrtswegen trotz Förderung durch Bund und Land einen hohen Kapitalaufwand von Seite der Bauern. So ist es nicht von ungefähr, daß man erst in der letzten Zeit darangeht, die Wohnverhältnisse zu verbessern. In welch ungesunden, veralteten Wohnhäusern viele unserer Bauernfamilien noch wohnen, ist ja hinlänglich allen Damen und Herren dieses Hauses bekannt. Nicht nur, daß die sanitären Anlagen keinesfalls entsprechen, ist auch die Frage der Heizung oft ein fast unlösbares Problem. Gar nicht zu reden von den vielen Wohnräumen, die zufolge ihrer Feuchtigkeit geradezu gesundheitsschädlich sind und daher die Ursache vieler Krankheiten bilden. Daß die Landwirtschaft ernstlich bemüht ist, selbst alles daranzusetzen, diesen Rückstand aufzuholen, beweist die steigende Zahl der Ansuchen um Wohnbau-Darlehen. So war der Anteil der Landwirtschaft in der Förderung der

natürlichen Personen im Jahre 1965 nur 4,85 Prozent, während im Jahre 1966 der Prozentsatz bereits auf 10,10 Prozent oder 180 aufrecht erledigte Förderungsfälle angestiegen ist. Vom sozialen Standpunkt aus betrachtet, wäre eine besonders begünstigte Förderung der Wohnbaudarlehen für kinderreiche und finanzschwache Bauernfamilien unbedingt anzustreben. Der Herr Kollege DDr. Götz hat in seiner Generalrede ein Pro-Kopf-Einkommen von 1500 Schilling zitiert. Ich bin sicher, daß er damit die überwiegend landwirtschaftlichen Gebiete gemeint hat.

Als eine besondere Härte für die Landwirtschaft in der Wohnbauförderung gilt die 130 Quadratmeter-Grenze. Hier müßte bei der im kommenden Jahr in Aussicht stehenden gesetzlichen Änderung bzw. Koordinierung aller Wohnbauförderungsgesetze unter allen Umständen den besonderen Verhältnissen der bäuerlichen Familie Rechnung getragen werden. Nicht nur, daß in vielen Fällen im Bauernhaus oft drei Generationen Wohnraum geboten werden muß, ist das Vorhandensein von entsprechenden Wirtschaftsräumen unumgänglich. Im übrigen sind bäuerliche Familien meist kinderreich und daher größer.

Meine Damen und Herren! Es wird in der letzten Zeit viel von Strukturwandel und Strukturverbesserung gesprochen. Und es werden hierfür auch beträchtliche öffentliche Mittel ausgegeben. Auch die Förderung des Fremdenverkehrs auf dem Lande gehört zur Verbesserung der Struktur. Geben wir daher der bäuerlichen Familie die Möglichkeit, durch Änderung der 130-Quadratmeter-Grenze ein oder zwei Fremdenzimmer beim Neubau eines Wohnhauses mit zu errichten. Damit erreichen wir eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse. Denn seien wir uns dessen bewußt, die Bauernfamilie erfüllt sowohl als Kulturträger als auch als Nährstand unseres Volkes eine große, nicht zu unterschätzende Aufgabe.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Nachdem ich die Gelegenheit habe, jetzt am Rednerpult zu stehen, möchte ich mich auch einer Aufgabe entledigen, die mich als obersteirischen Abgeordneten besonders bewegt. Wenn in der Gruppe 6 von Straßen und Brücken die Rede ist und viele Wünsche an Bund und Land herangetragen werden, so möchte ich als obersteirischer Abgeordneter auf ein besonderes Anliegen von Leoben und Umgebung zu sprechen kommen. Es ist dies die Zufahrt zum Krankenhaus Leoben, welche gleichzeitig eine schienengleiche Kreuzung mit einer Bundes-, Landes- und Gemeindestraße darstellt. Nicht nur, daß diese durch Schranken gesicherte Bahnübersetzung — und jetzt hören Sie — innerhalb 48 Stunden nachweisbar 24 Stunden, also die halbe Zeit, geschlossen ist, bedeutet dies für Krankentransporte eine geradezu unerhörte Belastung. Der Herr Kollege Fellinger wird mir das, glaube ich, sicherlich bestätigen. So entsteht auch für

die Fußgänger eine nicht unerhebliche Gefährdung und Unfallgefahr. Durch die starke Frequenzierung entstehen oft unübersehbare Auto-Kolonnen. Es ist also keine unbillige Forderung, diesen neuralgischen Verkehrspunkt endlich zu entschärfen. Die erstrebenswerteste Lösung wäre eine Über- oder Unterführung. Ich bin mir auch bewußt, daß die Verwirklichung dieses Projektes eine erhebliche Summe und auch eine reifliche Planung voraussetzt. Aber, um dem allerdringlichsten Wunsche der Bevölkerung Rechnung zu tragen, wäre wenigstens die baldmöglichste Errichtung eines Fußgängerüberganges vorzusehen, welcher sicherlich finanziell realisierbar wäre. Es würden damit vor allem die Fußgänger ihrer Gefährdung durch den Autoverkehr enthoben und man könnte auch in dringenden Fällen Kranke oder Unfallverletzte über den Fußgängerübergang tragen und damit früher in ärztliche Betreuung bringen.

Bei der Neuerrichtung eines Teiles der Eisenbundesstraße von Leoben nach Vordernberg hat man die dringende Errichtung eines Fahrradweges verabsäumt. Wenn man bedenkt, daß bei einem Schichtwechsel in Donawitz etwa 3000 Arbeiter und Angestellte gezwungen sind, sich mit einem Fahrrad, Moped oder auch mittels Auto nach Hause zu begeben, entsteht eine erhebliche Stoßbelastung dieses Straßenstückes. Nicht nur, daß dieser Fahrradweg eine eminente Unfallgefahr herabmindert, er würde außerdem ganz besonders zur Flüssigmachung des Verkehrs beitragen.

Es sollte daher die Errichtung des erwähnten Fahrradweges als eine Forderung für die aller nächste Zeit betrachtet und nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

In der Frage der Präbichl-Nordrampe habe ich mich bereits im Vorjahr im Hohen Haus für deren endliche Verwirklichung eingesetzt und ausgesprochen. Ich tue es immer wieder nach dem Motto: „Steter Tropfen höhlt den Stein!“ (Landesrat Sebastian: „Aber nicht den Präbichl, das wäre das Problem Nr. 1!“) Die Bedeutung und Notwendigkeit steht, glaube ich, außer jedem Zweifel.

Es wäre für mich jetzt einfach und billig, heute der Landesregierung oder dem Herrn Landeshauptmann für das Nichtzustandekommen der fälligen Maßnahmen die Schuld zuzuschieben. Sicher ist eines, daß ganz besonders geologische Schwierigkeiten vorliegen. (Abg. Schön: „Stimmt doch nicht!“) Ich weiß, daß Dir die Präbichl-Nordrampe ein ebenso großes Anliegen bedeutet wie den anderen. Auch die in Erwägung gezogene Weiterführung der Notstraße ist auf Grund nunmehr vorliegender Verhandlungsergebnisse mit der Alpine nicht mehr möglich. Auf Grund meiner letzten Informationen ist das Verhandlungsergebnis leider negativ.

Aber, meine Damen und Herren, vielleicht wäre es für die baldige Verwirklichung dieses

Bauvorhabens und für alle Beteiligten nicht ungünstig, wenn sich der Präbichl und seine Straßenverhältnisse zeitweilig auf die Wiener Ringstraße verlegen lassen würden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall.)

3. Präsident: Ich erteile dem Herrn Abg. Zagler das Wort. Nächster Redner ist Abg. Buchberger.

Abg. Zagler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Auf dem Straßensektor sind noch eine ganze Reihe von Wünschen offen, ich selbst möchte aber als Weststeirer vorerst zum Problem Kohle sprechen. Ich glaube, daß wir uns im steirischen Landtag einig sind, Bergbaubetriebe nicht zu schließen, sondern sie vielmehr als Arbeitsplätze aufrecht zu erhalten. Es muß allerdings damit gerechnet werden, daß in absehbarer Zeit einige weststeirische Bergbaubetriebe zur Auskohlung gelangen und dadurch mehrere hundert Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren.

Zur Lösung der Arbeitsplatzbeschaffung in diesem Zusammenhang ist eine echte Industrieaufschließung des weststeirischen Kohlengebietes notwendig und müssen wir dieses Problem im Auge haben. Meiner Meinung nach muß unter allen Umständen der Ausbau der Autobahn Süd so schnell als möglich in Angriff genommen werden. Ich bin überzeugt, daß dies auch die Meinung des Hohen Hauses ist. Auch ist eine gute und kurze Zu- und Auffahrt aus dem weststeirischen Siedlungsgebiet zur Autobahn notwendig, damit die Bewohner des Bezirkes Voitsberg nicht zu Pendlern werden müssen und das ganze Gebiet ein Notstandsgebiet wird.

Ich werde in der Gruppe 7 auf die einzelnen Belange des Kohlenbergbaues zu sprechen kommen, hier soll nur zu Straßenproblemen und zur Aufschließung des weststeirischen Gebietes Stellung genommen werden. Für die Zukunft gehören dazu der Ausbau der Autobahn Süd und die nötigen Auffahrten.

Ich hätte aber noch einige Wünsche vorzutragen. In erster Linie möchte ich auf die Gaberl-Landesstraße zu sprechen kommen. Im Budget sind für den Weiterausbau wieder zirka 12 Millionen Schilling eingesetzt. Der letzte Bauabschnitt muß so schnell als möglich fertiggestellt werden. Sie ist eine wichtige Verbindungsstraße zwischen dem Kainach- und Murtal.

Ferner wäre noch das letzte Stück der St. Martinstraße zu sanieren, damit es auch für die Bewohner dieses Gebietes — ob es nun Industriearbeiter oder Landwirte sind — eine bessere Zufahrtsstraße gibt.

Das Gradnertal ist durch die überaus schlechte Zufahrtsstraße praktisch von der Außenwelt abgeschnitten. Es führt in dieses Tal nämlich nur ein besserer Karrenweg. Es fehlen sogar entsprechende Ausweichstellen, so daß man, wenn man nach Graden fährt, froh sein muß, wenn

man wieder heil nachhause kommt. Auch wäre es notwendig, diesen Landstrich für den Fremdenverkehr zugänglich zu machen und dazu ist eine gute Zufahrtsstraße notwendig. Dieses Tal könnte man zur Zeit nur als Fußgänger erreichen, wenn wir dort nicht einen so braven Straßenwärter hätten.

Ich bitte daher, diese Straße in naher Zukunft zweibahnig auszubauen.

Das wären zur Zeit die größten Straßensorgen des Bezirkes. Ich weiß, daß es noch eine Menge offene Straßenprobleme gibt, ich weiß aber auch, daß nicht alles zu gleicher Zeit erledigt werden kann. Die wichtigsten Probleme müssen aber tatsächlich von Jahr zu Jahr wieder aufgezeigt werden, damit sie einer Sanierung zugeführt werden.

Kurz möchte ich noch zur Flußregulierung sprechen. Ich glaube auch dies ist ein besonders wichtiger Punkt des Bezirkes Voitsberg und auch des Bezirkes Graz-Umgebung.

Die Kainach führt jährlich einige Male Hochwasser. Dazu kommt noch, daß bei schweren Niederschlägen wegen der Wasserstauungen die Sperren geöffnet werden müssen. Dadurch werden sehr große Schäden verursacht.

Als besonders betroffene Gemeinden möchte ich Bärnbach, Lobming, Krottendorf und Voitsberg aufzeigen. Ich möchte daher bitten, wenn schon die Verbauung momentan nicht durchgeführt werden kann, wenigstens die Schotterhalde, die sich angesammelt haben, mit einem Bagger oder Caterpillar wegzuräumen.

Dies wären meine Bitten auf dem Straßensektor. Ich hoffe sie werden erhört und es gibt für das weststeirische Revier in Zukunft bessere Zufahrtswege aber auch bessere Wege in die Zukunft.

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Buchberger das Wort.

Abg. Buchberger: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! In der gegenwärtigen Zeit oder im gegenwärtigen Jahrzehnt, in dem der Verkehr eine immer bedeutendere Rolle einnimmt, muß natürlich auch unsere besondere Sorge der Ausbesserung und Verbesserung unseres gesamten Straßennetzes gelten. Und mit Bezug darauf haben mich meine Freunde aus der Oststeiermark gebeten, im Namen der Bezirke Radkersburg, Feldbach, Hartberg und selbstverständlich auch des Bezirkes Weiz selbst nun im Rahmen dieser heutigen Diskussion hier im Hohen Hause die verschiedenen Sorgen an den Mann zu bringen.

Vor allem im Bezirk Radkersburg hören und reden wir immer davon, daß dieser Grenzbezirk auch seine besonderen Sorgen hat. Es ist natürlich selbstverständlich, daß eine der Vorausset-

zungen, um den Bezirk wieder entsprechend zu beleben, die ist, daß die Straßen in einen entsprechenden Zustand versetzt werden. Hier ist die Sorge vor allem die, daß die Straße Purkla — Hürterberg nach Klösch, einem ehemaligen Kurort, wie mir mein Freund Trummer erzählte, daß dieses Straßenstück einer Sanierung zugeführt wird. Ferner die Strecke Deutsch-Goritz — Hofstätten — Trössing nach Gnas.

Der Bezirk Feldbach, der ja selbstverständlich auch nicht ohne Sorgen ist, bittet um Sanierung der Straßenstücke Unterlamm — Fehring, von Feldbach — Öd nach Maierdorf und eine besondere Sorge der Feldbacher ist die, weil in naher Zukunft nach Fertigstellung der Autobahn eine entsprechende Zubringerstraße über Feldbach, Richtung Taggnern nach Gleisdorf in Frage gezogen wird, daß hier noch verschiedene Übelstände vorherrschen. Vor allem die, daß von Feldbach nach Gleisdorf drei Bahnschranken überquert werden müssen und hier oft eine Wartezeit bis zu 25 Minuten ins Kalkül gezogen werden muß. Es wäre in diesem Zusammenhang bezüglich der Planung und des Ausbaues dieses Straßenstückes von Feldbach nach Gleisdorf zu überlegen, ob es nicht zweckmäßig wäre, dieses Straßenstück bei den verschiedenen Ortschaften, wie Takern, Studenzen aus dem Ort herauszunehmen, eine entsprechende Umfahrung zu planen, denn auf Sicht gesehen, speziell dann, wenn das Autobahnstück fertig ist, wird diese Straße ja auch eine entsprechend hohe Frequenz aufzuweisen haben.

Die Sorgen des Bezirkes Hartberg; das Straßenstück Waldbach — St. Jakob, die Fürstfelder Straße bei Lebing, die Landesstraße in Schäffern und die Flattendorfer Umfahrung.

Was den Bezirk Weiz selbst betrifft, so möchte ich natürlich die Sorgen, die bereits Herr Kollege Wuganigg angemeldet hat, nur unterstreichen. Ich denke vor allem an die Umfahrungen. Wir sind dankbar und glücklich, Herr Landeshauptmann, und ich möchte hier nicht verabsäumen, Dir dafür den herzlichen Dank auszusprechen, daß so manches hier im Bezirk in letzter Zeit nachgeholt worden ist. Ich denke daran, daß man — vor allem sehr rasch — an den Ausbau der Rechbergstraße herangetreten ist, weil ich der Meinung bin, daß durch den Ausbau der Rechbergstraße die Frequenz auf der Ries unter Umständen sehr gedrückt werden kann, weil gerade die Strecke über den Rechberg die Achse oder die Direktverbindung von der Ost- in die Ober-Steiermark darstellt. Also recht herzlichen Dank für diese Maßnahme.

Auch der Ausbau der Alpl-Straße ist ja nun sehr aktiv im Gange, wir freuen uns darüber. Auch die Strecke durch die Stubenberg-Klamm, die ja in einem sehr üblen Zustand gewesen ist, und wir freuen uns, daß nunmehr auch die Umfahrung bei St. Ruprecht in ihrer Planung in die Endphase getreten ist und wir möchten wegen der Umfahrungen wiederum die Bitte un-

terstreich, daß auch der Ort Anger eine solche Umfahrung in nächster Zeit erhält und selbstverständlich unsere Bezirkshauptstadt, die Elinstadt Weiz. Wenn Sie die Durchfahrtsmöglichkeiten unserer Bezirkshauptstadt kennen, Herr Landeshauptmann, so werden Sie unsere Bitte verstehen.

Wir möchten ferner bitten, daß vor allem, wie mein Kollege Wuganigg angeführt hat, die Strecke Kreuzwirt — Granitzen einen entsprechenden Ausbau erfährt. Du weißt ja, Herr Landeshauptmann, daß speziell im nördlichen Teil des Bezirkes Weiz der Fremdenverkehr sehr stark zugenommen hat und jeder Fremde verlangt selbstverständlich eine entsprechend gute Zufahrtsmöglichkeit und von der Warte des Bezirkes aus gesehen, ist diese Straße deshalb von besonderer Bedeutung, wie Kollege Wuganigg auch angedeutet hat, weil die Weizer selbst ihren Urlaub oder ihren Kurzurlaub in all diesen Gebieten, vor allem in St. Kathrein a. O., in den Gebieten des nördlichen Teiles des Bezirkes Weiz, in Heilbrunn, auf der Brandlucken usw. verbringen und selbstverständlich auch das Recht haben, auf einer entsprechend guten Straße diese Erholungsstätte zu erreichen.

Ich darf vielleicht in der weiteren Folge bitten, daß man daran denkt, auch die Straße über Fischbach einer Sanierung zu unterziehen. Fischbach selbst zählt ja zu den frequentiertesten Fremdenverkehrsorten unseres Bezirkes. Des weiteren die Bitte, nach Möglichkeit zu prüfen, ob in der nächsten Zeit die Möglichkeit gegeben ist, die Straße von Birkfeld über Miesenbach auszubauen und zu renovieren. Das ist ja die Verbindungsstrecke zum Bezirk Hartberg und vor allem die Verlängerung der Landesstraße 1 in Richtung Niederösterreich. Gerade vom Fremdenverkehr aus betrachtet ist diese Straße für uns von besonderer Bedeutung, weil ja der Fremdenverkehr speziell bei uns im Bezirk Weiz zu 90 Prozent oder mehr nach Wien tendiert. Und wenn diese Straße einer entsprechenden Sanierung unterzogen ist, dann bin ich der festen Überzeugung, daß so mancher Wiener, der bis dato noch nicht zum Bezirk Weiz herübergefunden hat, dann umso leichter auch zu uns kommen wird.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrter Herr Landeshauptmann, wären einige bescheidene Wünsche des Bezirkes Weiz und der Ost-Steiermark und ich darf bitten, diese nach Möglichkeit einer entsprechend positiven Lösung zuzuführen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Schön das Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Aichholzer.

Abg. Schön: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich auch zum Straßenbau hier in diesem Hause als einer, der zum erstenmal dieser Budget-Debatte beiwohnt, das Wort nehme.

Es hat einer meiner Vorredner bereits ausgeführt, daß ein moderner Straßenbau in unserem Lande der Aufschließung der Industrie dient. Ich möchte das hier sogar erweitern und sagen, nicht nur der Aufschließung sondern im wesentlichen auch der Erhaltung der Industrie und hier genau der Erhaltung der obersteirischen Industrie und letzten Endes des steirischen Brotlaibes. Ich werde bei einer späteren Gruppe zu diesem Problem noch einmal das Wort ergreifen.

Nun möchte ich sprechen zum Straßenbauproblem Nr. 1 in der Steiermark, das ist die Präbichlstraße, im engeren Sinn die Nordrampe dieser bisher sehr gefährlichen Straße.

Ich glaube, kein Straßenbauprojekt hat jemals so viele Projektierungen erfahren wie dies eine Projekt, und kaum wo ist soviel Unfug geschehen wie an dieser Nordrampe. Wie es überhaupt zum Ausbau der Präbichlstraße kam, hiefür sind hier zwei Fragen maßgebend. In erster Linie der zunehmende Verkehr ins „Eiserne“ Tal, wie man es so nennt, in zweiter Linie aber auch die betriebliche Ausweitung des steirischen Erzberges mit seinen Sturzgebieten. Man hat dieses Problem nicht heute, nicht gestern angeschnitten, dieses Problem wurde längst schon vor dem Jahre 1938 angeschnitten. Es ist dann sehr aktuell geworden durch die ungemaine Leistungssteigerung am steirischen Erzberg, der ja bekanntlich nicht nur Erz fördert, sondern fast um 2/3 und mehr als 2/3 damit Abraum fördern und diesen Abraum eben wegräumen muß vom Betrieb. Die Sorge in diesem ganzen Gebiet war immer, wohin mit diesem Abraum. Wo soll man ihn eigentlich ablegen? Und hier kam der sogenannte Gerichtsgraben, in dem wesentlich auch die alte Präbichlstraße geführt wird, als Ablagestätte zum Tragen.

Es wurden im Krieg sehr große technische Bauten aufgeführt, ich erinnere hier, wenn ich ins einzelne gehen kann, an den sogenannten Leitenschacht, wo man bestrebt war, den ganzen Abraum zentral an eine Stelle zu bringen und ihn in den Gerichtsgraben abzustürzen. Es war damit sofort auch verbunden, daß, wenn dieses ganze technische Werk zum Tragen kommt, unbedingt die Straße verlegt werden muß, daß es hier gar keinen Zweifel gibt. Und ich glaube, es war uns Eisenerzern, von welcher Stadt ich komme, immer eine Herzenssache, als Vertreter dieser Stadt zu plädieren, daß diese Straße früh genug verlegt werden muß, da wir ja genau wußten, daß die Verlegung ein größeres Projekt ist und nicht in einer sommerlichen Bauzeit bewältigt werden kann. Leider sind wir bei unseren Vorsprachen immer wieder auf die Entgegnung gestoßen und vor allem auch — hier möchte ich betonen, — bei Vorsprachen im Handelsministerium, daß man uns gesagt hat „Das interessiert uns vorläufig nicht, das ist eine reine Angelegenheit der Alpine, und wenn die Alpine dort abstürzt, soll sich die Alpine auch bekümmern um eine andere Straße. Dieser Streit ist sehr lange hingegangen, bis es endlich zu einem

vollkommen sinnlosen Bauunternehmen gekommen ist bei dieser Straße, und das ist die sogenannte Notstraße.

Die Notstraße wurde im Krieg projektiert, nur in dieser Voraussicht, weil der Krieg bereits Formen angenommen hat, daß man sich gesagt hat, wir werden nie mehr imstande sein, eine Hochstraße zu führen während des Krieges, man braucht aber diesen Sturzplatz.

So war die Alpine auch nach dem Krieg gezwungen, diese Straße, und zwar sehr schnell zu bauen. Ich möchte hier noch mehr ins einzelne gehen, denn die modernen Aufbereitungsanlagen am Erzberg haben bereits einen Abraum geschaffen, der ohne Bindemittel war. Man hat ihn entschlammt in Waschanlagen und hat ihn dann verstürzt. Bei den ersten großen Regenfällen ist dieser Abraum bachweise auf die alte Straße gekommen, und ich glaube, soweit sich die Damen und Herren noch erinnern können, war es hier nicht nur einmal der Fall, daß die Präbichlstraße gesperrt werden mußte wegen dieser Verlegung.

Also kam es zum Ausbau dieser projektmäßig auch vollkommen unmöglichen Straße. Wer sie heute fährt, der muß sich nur an den Kopf greifen, daß so etwas möglich war. Diesen Betrag von 12 Millionen Schilling hat man der Alpine aufgelastet und hat hier die Notstraße errichtet. Die Alpine hat das Ganze tragen müssen, nur ist man nie verstimmt, die Präbichlstraße weiter zu bauen.

Sehr verehrter Herr Landeshauptmann, ich glaube, wir waren einige Male bei Ihnen, Sie zu bitten um Intervention, daß diese Straße gebaut würde. Es wurde uns damals gesagt, die Präbichl-Nordrampe muß doch irgendwo einen Bau-Ausgang haben, und der Bauausgang liegt nicht am Fuße des Präbichls, der liegt beim Leopoldsteinersee, also einem anderen Baulos. Jeder Straßenbau durch eine Stadt bedingt ja auch, daß die Stadtgemeinde einen wesentlichen Teil zu diesem Straßenbau beiträgt. Wir haben uns damit abgefunden und haben gesagt, wir werden unseren Teil beitragen, um diesen Straßenbau zu forcieren. Es kam somit 1960, 1961, 1962 zur Bauausführung der Straße, ich kann die Nummern der Baulose nicht nennen, vom Leopoldsteinersee durch die Ortschaft, Umfahrung bis zum Fuße des Präbichls, und hier begann man bereits nach dem Projekt Nr. 1 der Präbichlstraße die Auffahrt zu bauen. Man baute bereits ein Stück dieser projektierten Präbichlstraße in den sogenannten Gsollgraben hinein, und das nicht nur, weil man mutwillig Geld verbrauchen wollte, sondern weil man wirklich die Absicht hatte, die Präbichlstraße zu bauen. Dieses Stück hat bewirkt, meine Damen und Herren, daß in einem Gebiet, das in der Steiermark als eines der besten Wassergebiete, die es gibt angesprochen werden kann, die Wasserversorgung für eine ganze Stadt ruiniert wurde. Man hat sie vielleicht früher nicht gesehen. Beim

Ausbau dieses Stückes in den Gsollgraben mußten zwei Brücken erstellt werden und bei der zweiten Brücke, beim sogenannten Kremplhof, einem Bauernhof, hat die Aufstellung der Uferstützmauer dazu geführt, daß die Grundquellen dieser großen Wasserversorgung abgeleitet wurden, durch den Kremplhof unten durchgeflossen sind und da mit Bakterien so verseucht wurden, daß über Nacht höchste Seuchengefahr entstand für ganz Eisenerz.

Herr Landeshauptmann, ich war bei diesen Messungen dabei, und es hat nicht nur einmal geheißen auch von Ihren Sachverständigen, das Wasser kann man nicht einmal mehr einem Vieh zutrauen. Aber Herr Landeshauptmann, bitte ich will hier nicht politisch werden, verzeihen Sie mir das, es ist nur eine Darstellung der ganzen Sache. (Landeshauptmann Krainer: „So viel war nicht drinnen, das ist genau gemessen worden!“ — Abg. Scheer: „Politik ist hier nicht unbedingt ein Fehler!“ — Landesrat Bammer: „Er meint hier bei der Quelle!“)

Nun, das hat bewirkt, daß die Stadtgemeinde Eisenerz gezwungen wurde, eine Wasserreinigungsanlage zu bauen, und zwar, Herr Landeshauptmann, nach Vorschreibung des Wasseramtes. Diese Reinigungsanlage hat der Stadtgemeinde Eisenerz sage und schreibe rund 3 Millionen Schilling gekostet. Sie ist eine Kurzwellenreinigung modernster Bauart, so daß die Stadt wieder ein gutes Trinkwasser hat und weiter vor Gefahren geschützt ist. Als diese Bauten fertig waren, haben alle gehofft in Eisenerz, jetzt bekommen wir endlich unsere Straße über den Berg, denn sie ist ja sehr wichtig. Und ich kann Ihnen hier sagen, daß wir in Eisenerz keinen einzigen Facharzt haben, daß Leute, die fachärztlich untersucht werden müssen, nach Leoben müssen, daß jeder Schwerkranke, der eine Spezialspitalsbehandlung braucht, im Rettungsauto nach Leoben oder Graz geführt werden muß. All diese Sachen haben doch immer wieder die Forderung hervorgerufen, man soll den Präbichl doch endlich ausbauen. Im weiteren war noch eine Gefahr damit verbunden, daß auch diese Notstraße, die bereits bestanden hat, nicht allzu lange halten wird, denn der Abraum wurde natürlich mit Vehemenz immer größer, die Halden wurden immer größer, so daß man befürchten muß, daß auch die Notstraße nicht lange halten wird.

Und in all das hinein platzt nun momentan eine Meldung, die Variante 1 der Präbichlstraße kann nicht gebaut werden, weil hier so große geologische Hindernisse sind, daß man sie nicht durchführen kann. Ich möchte hier an dieser Stelle einzig vermerken, daß die geologischen Untersuchungen für die Variante 1 ein ganz berühmter österreichischer Geologe geführt hat, der heute in Graz lebt. Es ist das Dr. Anton Kern, der als einer der besten Geologen des ganzen obersteirischen Landes überhaupt gilt. Der hat es für nicht ausgeschlossen gefunden und hat auch damals schon bei der erstmaligen Führung

gesagt, daß es ohne weiters möglich sei, diese Straße zu bauen. Nun war das natürlich für uns sehr betrüblich, wenn wir auf einmal wieder hören, die Variante kann nicht gebaut werden, sondern es muß wieder neu projektiert werden. Und nun kommt eine Projektierung, meine Damen und Herren, die einem alten Eisenerzer und einem, der, wohlgemerkt, fast alle Tage über den Präbichl fährt, ob Sommer ob Winter, ob Sturm ob Schnee direkt ins Gesicht haut.

Denn dieses Projekt ist ein Projekt der Notstraße zu anderen Notstraßen. denn ich kann die Variante 2, so wird diese Variante genannt, niemals als eine wirkliche Lösung der Präbichlstraße ansehen, denn sie zweigt von der Stelle, bis zu der die Notstraße hingeht, ab und wird wieder als Notstraße zur Paßhöhe geführt. Man sagt zwar, sie habe nur 12 Prozent Steigung, dafür sind aber die Steigungen im unteren Notstraßenstück etwas größer. Nun zu dem allen mit der ganzen Gefahr hat man sich auf einmal entschlossen. Man will mit der Alpine Verhandlungen führen, um von diesen Projekten überhaupt wegzukommen und will mit einer Straße durch den Betrieb fahren. Auf einmal hätte man die Gefahren von Betriebsstraßen, wo schwere Wagen fahren, auf sich genommen, man hätte obendrein auf sich genommen, daß man in einem vollkommenen Sturzgebiet fährt, das ja geologisch weit schlechter ist als ein anderes Gebiet, das alles hätte man auf sich genommen, wenn nicht die Alpine das strikte abgelehnt hätte wegen der großen Unfallsgefahr mit den Betriebsfahrzeugen.

Ich glaube, es waren dann noch Besprechungen, bei denen ich nicht dabei war und die Alpine hat sich dann entschlossen, eine Variante 3 zu führen. Die Variante 3 wäre nun die längste Straße, aber natürlich auch die schönste und wie alle Geologen sagen, auch die, die am wenigsten Schutzbauten braucht und am wenigsten steil geführt werden könnte. Sie würde geführt über die sogenannte Lettwiese in die Gsöllalm hinein und dann in gerader Linie auf die Paßhöhe. Ich weiß nicht und gebe dieser Meinung Ausdruck, ob es sich hier nicht nur darum handelt, daß ein Projekt nicht durchgeführt werden kann, weil es geologisch schlecht ist, sondern meine Ansicht ist, daß diese Projekte sehr teuer sind. Und wie jede Gebirgs- oder Paßstraße ist eben der Aufwand für einen solchen Straßenbau enorm höher als für eine Straße auf ebenem und noch dazu festem Grund.

Darüber kann man eben nicht hinweg.

Mittlerweile ist auch die Kostenschätzung dieses Straßenbaues auf 150 Millionen angestiegen.

Zu dieser 3. Variante kommen jetzt die weiteren Varianten dazu, und zwar noch zwei. Die nächste Variante in diesem Sinn ist zur Nordrampe die Südrampe. Und diese Südrampe ist sehr lawinengefährdet. Sie verläuft im sogenannten Silbergraben, der alle drei bis vier Jahre ganz bestimmt eine sehr gefährliche La-

wine bringt. Dann ist der Juchgraben usw. wie sie alle heißen. Also das wäre das nächste Projekt.

Und nun kommt ein uralter Gedanke, der vielleicht der älteste ist, auch noch zum Ausdruck. Wenn man jetzt 150 Millionen für die Nordrampe braucht, 150 Millionen für die Südrampe und die Bahn miteinbezieht und kommt dann zu einem Projekt von rund 500 Millionen, dann schlagen wir gleich den Tunnel durch den Berg, wir sind die Witterungseinflüsse los, wir haben zugleich eine Bahn durch, die rationell das Erz abfordern kann. Sie würde den modernen Anforderungen in allem entsprechen. Das sind jetzt alle Varianten.

Meine Damen und Herren, glauben Sie, wir waren nie diejenigen, die aus der Präbichlstraße ein Politikum machen wollten. (Abg. Leitner: „Deswegen habt's Ihr noch keine Straße!“) Aber eines haben wir eingemale von diesen Besprechungen mitbekommen, und auch vom heutigen Vizekanzler Dr. Bock, dem damaligen Handelsminister, nämlich das, daß er gesagt hat, „jetzt bau ich euch die Straße, nur eines tut's mir, eine Büste müßt ihr mir schon hinbauen.“ Herr Landeshauptmann, es gibt in Eisenerz schon ein paar Leute, die ganz verstohlen mit dem Gedanken an diese Büste herumspielen. Bitte, richten Sie es dem Herrn Vizekanzler aus, er soll sie nicht vermodern lassen.

Herr Landeshauptmann, ich möchte auch Ihnen noch einmal die Bitte unterbreiten, im Sinne Präbichlstraße wirklich auch wieder die Initiative zu ergreifen. (Landeshauptmann Krainer: „Dann schimpft ihr mich wieder fest zusammen!“) Das haben wir nie getan, Herr Landeshauptmann. Wenn Ihr Organ überall schreibt, Ihr haltet das Versprechen und baut die Präbichlstraße und sie wird nicht gebaut, dann werden wir natürlich schimpfen, nicht wahr. Das kann ja gar nicht anders sein. (Abg. Leitner: „Und nicht nur das Organ, auch der Herr Landeshauptmann Krainer hat das schon gesagt!“)

Herr Landeshauptmann, wenn Sie schon heute überall die Tafeln hinstellen „Straßen für die Zukunft“, dann bitte auch beim Ausbau der Präbichlstraße eine Straße der Zukunft zu projektieren, denn sie dient ja nicht nur Leuten, die nur zum Vergnügen da hinüberfahren. Vielleicht ist es in diesem Gebiet einmal sehr von Wichtigkeit, daß wir auf den Fremdenverkehr angewiesen sind. Aber die jetzige Zeit verlangt in ihrer ganzen industriellen Struktur, daß die Straße sofort gebaut wird. In der Gruppe 7 werde ich darauf noch zu sprechen kommen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall.)

Präsident: Herr Abg. Aichholzer hat das Wort. Als nächster Herr Abg. Ileschitz.

Abg. Aichholzer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Im Laufe dieser Budget-Debatte sind schon viele Wortmeldungen erfolgt und werden noch erfolgen, die sich weitgehend mit

einer Materie befassen, die des Menschen Kraft und Geist bedarf, um jenen Rahmen der Zivilisation zu schaffen, in dem die Menschen leben und arbeiten können. Besonders in der Gruppe 6 finden wir eine solche Materie im Wohnungs- und Straßenwesen, beides erforderlich zu dem Zwecke, dem Menschen zu dienen und ihm zur Verfügung zu stehen.

Ich möchte dazu sagen, daß hier der Kontenrahmen in der Kameralistik in sinnvoller Weise geordnet hat, was zusammengehört, indem außer diesen beiden Erfordernissen in der Gruppe 6 auch der gesamte Rahmen der Wasserwirtschaft seine Berücksichtigung findet.

Die Natur, meine Damen und Herren, schenkt uns hier ein Gut, das zwar nicht erst gebaut oder sonstwie durch die Technik hervorgebracht werden muß, ohne das aber ein Leben auf der ganzen Welt ebensowenig möglich wäre als wenn es keine Luft oder keine Sonne gäbe. Diesen kostbaren Schatz „Wasser“ gibt uns die Natur und an uns, den Menschen liegt es, diesen Besitz in sinnvoller Weise in geordnete Bahnen zu lenken, zu nützen und zu erhalten.

Gestatten Sie mir nun, meine Damen und Herren zur Wasserwirtschaft im allgemeinen und besonderen einige grundsätzliche Ausführungen. In der Gruppe 6 finden wir im Abschnitt 67 die Ausgabensummen für die Flußregulierungen mit 30,885.900 Schilling, für Wildbachverbauungen mit 14,508.900 Schilling und für den Bau von Wasserwehren 50.000 Schilling. Im Abschnitt 68 ist die Versorgungswasserwirtschaft zusammengefaßt, wofür ein Betrag von 28,050.100 Schilling vorgesehen ist. Somit entfällt aus den Gesamtausgaben der Gruppe 6 von 728,295.600 Schilling ein Betrag von 63,494.900 Schilling auf die gesamte Wasserwirtschaft. Der Betrag von 664,800.700 Schilling steht dem Zwecke des Wohnungsbaues, des Straßen- und Brückenbaues, zur Verfügung.

Wie nutzbringend Flußregulierungen sind, das wissen Sie, meine Damen und Herren, und brauche ich darüber nicht viele Worte zu verlieren. Ich darf hier nur vielleicht als Beispiel den Leibnitzer Raum anführen, wo es heuer dank der fortgeschrittenen Regulierung der Flüsse Sulm und Laßnitz zumindest im Mittellauf zu keinen wesentlichen Überflutungen gekommen ist. Anders sieht das Bild schon aus, wenn man das Gebiet der Kainach und der Stainz betrachtet oder den Unterlauf der beiden vorher genannten Flüsse und die Mur, die einige Male auch im heurigen Jahr über die Ufer getreten sind und wertvolles Ackerland und darüber hinaus auch Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude stark in Mitleidenschaft gezogen haben. Die Katastrophenauswirkungen der letzten Jahre zeigen, daß den Flußregulierungen in den vorangegangenen Jahrzehnten zu wenig Augenmerk beigemessen wurde. Sicherlich war es durch den großen Nachholbedarf auf anderen Gebieten, wie z. B. dem Straßenbau, Wohnhausbau oder

Güterwegebau nicht immer möglich, für die Flußregulierungen die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Durch die Katastrophenfälle aber veranlaßt, bildeten die Gemeinden Wasserverbände, die nun bestrebt sind, auf schnellstem Wege eine Regulierung der in Frage kommenden Flüsse durchzuführen. Vom fachlichen Standpunkt aus gesehen, wäre es sicherlich zweckmäßig und notwendig, die Regulierung eines Flußlaufes von der Mündung bis zum Ursprung durchzuziehen. Da sich aber die Katastrophenfälle auf das ganze Bundesgebiet, wie etwa Süd-, West-, Ost- und die Obersteiermark erstrecken, werden jene Teilstücke vorgezogen, wo die Überflutung besonders kraß in Erscheinung tritt, und nicht zuletzt ist auch ausschlaggebend, welcher Verband bzw. welche Gemeinden in der Lage sind, die Eigenmittel aufzubringen.

Wir wissen, meine Damen und Herren, daß wir nicht allmächtig sind. Wir wissen, daß Naturkatastrophen in ihrem gesamten Ausmaße nicht vorausschaubar und auch nicht vorausberechenbar sind, wann sie eintreten und wie sie eintreten. Aber durch die Mittel der Technik und Wissenschaft ist es uns möglich gemacht, in weitestgehendem Ausmaße Vorsorge zu treffen. Die Mittel, die für die Schadensgutmachung von der öffentlichen Hand aufgewendet werden müssen, sind zweifelsohne unbedingt notwendig, um den Betroffenen in ihrer ärgsten Not zu helfen. Darüber hinaus entstehen aber auch enorme Kosten durch die Wiederherstellung der Straßen, Brücken und sonstigen öffentlichen Einrichtungen. Jede Katastrophenhilfe, meine Damen und Herren, wäre aber ein Faß ohne Boden, würde man sich nicht dabei in erster Linie bemühen, die Ursachen für diese Katastrophen soweit als möglich und voraussehbar einzudämmen und zu beseitigen. Mag uns auch dies ein Rat und Ansporn für eine vermehrte Leistung in der Flußregulierung sein, wobei ich auch betonen möchte, daß dabei auch auf die die Flüsse umgebende Flora Rücksicht genommen werden muß, nicht nur, um landschaftlich eine harmonische Lösung zu finden, sondern auch zum Schutze des Erdreiches. Ich begrüße es daher außerordentlich, daß für diese Zwecke im Budget ein erhöhter Ausgabenansatz gegenüber dem Budget 1966 zu finden ist und bin der Überzeugung, daß bei sinnvoller und gezielter Verwendung der bereitgestellten Mittel sich diese Aufwendungen auf lange Sicht gesehen bezahlt machen, da durch die Errichtung der Schutzbauten Mensch und Tier gesichert werden und wertvolles Volksvermögen vor der Vernichtung geschützt wird. Indem sich nun, meine Damen und Herren, die größten Anstrengungen abzeichnen, die Kraft des Wassers in gelenkte Bahnen zu ordnen, durch menschlichen Geist und menschliche Kraft zu ordnen, ist es auf der anderen Seite aber wiederum der Mensch, der störend in den Wasserhaushalt eingreift. Er tut dies meist unbewußt oder weil es halt schon immer nur diese eine Möglichkeit gegeben hat. Ohne viel zu denken, wirft er Abfälle aller

Art in die Gewässer, wodurch eine Verschmutzung entsteht, die die Verantwortlichen und Wissenschaftler veranlaßt, Alarmstufe 1 zu blasen.

Von einer Übertreibung der ausgesprochenen Besorgnis um den gesamten Wasserhaushalt einschließlich des Grundwassers kann hier keine Rede sein. Das zeigt uns klar und deutlich ein erstelltes Gütebild über Fließgewässer in der Steiermark, das uns von der Bundesanstalt für Wasserbiologie und Abwasserforschung vorgelegt wurde. Diese Übersicht vermittelt einen Eindruck über den Zustand der steirischen Gewässer und ihre wichtigsten Zubringer und es kann nur mit Bestürzung aus dieser Studie entnommen werden, daß der Hauptfluß der Steiermark, die Mur in ihrem längsten Teil der Güteklasse 4 zugeordnet werden muß mit teilweiser Verödung, wo jedes Leben und somit auch jede Selbstreinigung erstarben ist. Bedenkliche gleichartige Erscheinungen zeigen darüber hinaus in unserem Lande auch die Enns von Liezen bis zur Mündung des Lichtmeßbaches, der Paltenbach und der Erzbach, des weiteren die Pöls, die Mürz, in der Oststeiermark der Weizbach von Weiz bis zur Mündung in die Raab, die Raab von Felzbach bis zur Staatsgrenze, der Saifenbach und der Safenbach, in der Weststeiermark die Kainach und schließlich im Bezirke Radkersburg der Saßbach, Gnasbach, Sulzbach und die Kutschenitzta in ihren Unterläufen. Ich darf in diesem Zusammenhange auf den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, Einl.-Zahl 99, zum Beschluß des Steiermärkischen Landtages vom 6. Juli 1965 hinweisen, in dem auf die Verschmutzung der Gewässer Bezug genommen wird. In dem ausgearbeiteten Schwerpunktprogramm wird auf die Schwierigkeiten einer wirksamen Gewässerreinigung hingewiesen. Es gilt nun, meine Damen und Herren, in diesem Sinne weiterzuarbeiten und ich sehe einen Beitrag dazu auch darin, daß im Rahmen des Abschnittes 98 den Gemeinden für Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen erhöhte Mittel beigestellt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Vorschlag unterbreiten, allen in Betracht kommenden Gemeinden eine Studie zur Verfügung zu stellen, in der einerseits auf die bereits bestehende Verschmutzung des Fluß- und Grundwassers sowie die Dringlichkeit des Kanal- und Wasserleitungsbaues hingewiesen wird. Ich glaube, daß in manchen Gemeinden die Gefahr nicht genug ernst genommen wird. Dazu kommt vielleicht auch noch, daß sich manche Bürgermeister davor scheuen, diese Arbeit in Angriff zu nehmen, da es dabei notwendig ist, Straßen aufzureißen, was von der Bevölkerung meistens mit Unmut quittiert wird, aber vielleicht auch deshalb, weil hier Millionen unter die Erde hineingebaut werden müssen, die kein sichtbares und zu bewunderndes Ergebnis zeigen.

Darüber hinaus wäre aber auch die Bevölkerung in entsprechender Weise aufzuklären, und

ihr Verständnis für diese öffentlichen Aufgaben zu wecken. Wenn auch, wie in den bisher vorliegenden Studien zum Ausdruck kommt, die größte Verunreinigung unserer Gewässer durch die Industrie erfolgt, so darf daraus nicht abgeleitet werden, daß in jenen Gemeinden, wo die Industrien nicht bestehen, nicht die gleiche Gefahr einer Verschmutzung besteht. Durch die immer vielseitigere Verwendung und Entstehung von Chemikalien aller Art, ja selbst allein durch die Waschmittel besteht die Gefahr der Grundwasserverseuchung. Es müssen daher wirklich von allen Seiten die größten Anstrengungen unternommen werden, daß die Flußläufe reingehalten, die Abwässer gereinigt und daß der kostbare Grundwasserhaushalt nicht verseucht wird.

Etwas, was sich immer mehr nachteilig auf das Grundwasser auswirkt, ist der Ausbau der Schottergruben. Es ist bekannt, daß Schotter, wie er heute für den Straßenbau gebraucht wird, auch nur in begrenztem Ausmaß und nur in gewissen Gebieten vorhanden ist. Zum Teil ist das im Grazer Feld, im größeren Ausmaß aber im Leibnitzer Feld, wo der Schotterabbau immer größere und nicht gerade begrüßenswerte Ausmaße annimmt. So wird z. B. der gesamte benötigte Schotter für die Sobother Straße aus dem Leibnitzer Feld gewonnen. Der gleiche Zustand wird sich bei dem Bau der Autobahn ergeben. Um hier nicht willkürlich und ohne Zusammenhang fruchtbares Ackerland zu zerstören, schiene es mir zweckmäßig, einen planmäßigen Abbau des Schotters durchzuführen, eventuell die hierfür benötigten Grundstücke abzulösen und dort dann eine richtige Tiefbaggerung vorzunehmen. In Oberösterreich gibt es ein ähnliches Beispiel. Es würde dabei nicht nur verhindert werden, daß der Grundwasserstrom oftmals unterbrochen und dabei geschädigt wird, sondern meiner Meinung nach ließe sich dadurch auch ein rationellerer und billigerer Schotterabbau durchführen.

Zum Schlusse kommend, meine Damen und Herren, fordere ich nun alle zuständigen Stellen auf, insbesondere die Landesregierung, den zuständigen Referenten, sowie die Gemeinden und nicht zuletzt die Industrien, dafür Sorge zu tragen, daß durch eine entsprechende Reinigung der Abwässer unser kostbares Gut „Wasser“ in der für alles Leben notwendigen Qualität erhalten bleibt. (Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Ich erteile dem Herrn Abg. Ileschitz das Wort. Nächste Wortmeldung: Herr Abg. Fellinger.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Das an Hochwasser-Katastrophen wieder so reiche abgelaufene Jahr zeigte einmal mehr in aller Deutlichkeit, wie notwendig es ist, auf dem Gebiet der Flußregulierung vorsorgende Maßnahmen zu treffen. Ich möchte dabei nicht auf die so furchtbare Katastrophe, die über das Gemeindegebiet von Turrach her-

einbrach, eingehen. Dies werden sicherlich meine Kollegen aus der Obersteiermark tun, sondern mich auf die schweren Überschwemmungen, hervorgerufen durch die Mur in den Gemeindegebieten Kalsdorf, Fernitz und Mellach beschränken. Es ist der Fachabteilung III a der Landesregierung bekannt, daß das Gemeindegebiet von Fernitz teilweise tiefer als der Wasserspiegel der Mur liegt. Dadurch und daß der Uferdamm in seiner ganzen Länge unzureichend hoch ist, wurde ein Großteil von landwirtschaftlichen Kulturflächen und auch das sich immer mehr ausdehnende Siedlungsgebiet in den letzten zwei Jahren viermal, und zwar vom 3. bis 7. Juli 1965, am 2. August 1965, vom 18. August bis 20. August 1966 vom Hochwasser der Mur überschwemmt. Ganz besonders schlimm wurde dieses Gebiet beim letzten Hochwasser und zwar vom 5. bis 6. November 1966 betroffen. Der schon von früheren Hochwässern schwer beschädigte Damm konnte die Hochwassermassen im November dieses Jahres nicht mehr halten. Der Damm wurde völlig unterwaschen und weggerissen, so daß jetzt nur mehr stellenweise ein 1 m breiter Reststreifen besteht. Bei jedem dieser Hochwässer war die Evakuierung von Menschen und Tieren aus landwirtschaftlichen Objekten und Siedlungshäusern notwendig. Das gesamte Werksgelände z. B. der Firma Purkarthofer, das zur Stromversorgung dieses Gebietes so notwendige E-Werk und die Parkettenerzeugung waren überschwemmt. Die Produktion mußte auf lange Zeit eingestellt werden. Viele Tage lang war der Verkehr auf der Landesstraße Fernitz — Kalsdorf sowie Mellach — Allerheiligen — Wildon überhaupt gesperrt. Der Gesamtschaden nur an diesen genannten Objekten betrug Millionen Schillinge.

Paradox ist es, dabei feststellen zu müssen, daß heuer im Herbst einigemal Versuche zu Dammregulierungsarbeiten im Gemeindegebiet Mellach durchgeführt wurden. Um diese Baustelle zu erreichen, wurde auf Fernitzer Gebiet, ab der Kalsdorfer Brücke nach Süden auf dem Damm eine breite Uferstraße mit einem Schutzweg gebaut. Dadurch entstand aber wiederum eine weitere Abtragung des ohnehin schon niedrigen Dammes. Nach Meinung der dortigen Bevölkerung kommt dies wirklich einem Schildbürgerstreich gleich. Abhilfe, wirkliche Abhilfe kann also nur durch Erhöhung und Ausbreitung des Uferdammes vor künftigen Hochwässern geschaffen werden. Im Hinblick auf die Sorge und Angst vor künftigen Hochwässern — und dies könnte schon in aller kürzester Frist wieder der Fall sein — möchte ich an den Herrn Landeshauptmann — leider nicht da — das Ersuchen richten, ehebaldigst der Fachabteilung III a den Auftrag zu geben, die Durchführung der erbetenen Maßnahmen als ganz besonders vorrangig zu betrachten.

Wenn ich schon am Wort bin, möchte ich mir auch erlauben, einige Worte zu den im Bezirk Graz-Umgebung gelegenen Straßen bzw. deren Zustand zu sagen.

Beginnen möchte ich — ich könnte fast sagen „alle Jahre wieder“ — mit der Ortsdurchfahrt Peggau. Diese Straße ist, wie Sie wissen, durch das Werksgelände Mayr-Melnhof geführt. Fünf Jahre hat es gedauert, Herr Landesrat, bis einigermassen es zu einer Sanierung der Straße und Errichtung des in Auflage vom Landesbauamt an die Firma Mayr-Melnhof verlangten Zaunes gekommen ist. Damit ist aber nur eine der Auflagen an die Firma Mayr-Melnhof erfüllt. Nicht jedoch ist die Frage der Entstaubungsanlage und der Sanierung der Zufahrtstraßen in das Werksgelände selbst, soweit es die Staubfreimachung betrifft, erfüllt worden.

Der Hinweis der Firma, man werde durch laufende Straßenwaschung dafür sorgen, daß der Schmutz aus dem Werksgelände, der durch den Werksverkehr immer wieder auf die Bundesstraße kommt, täglich mehrmals mit Ausnahme der Frosttage wegkommt, blieb bisher völlig unbeachtet. Nach wie vor gibt es bei Regen bzw. Nieseln und Schnee eine Schlamm-schicht auf der Bundesstraße, die mehr als gefährlich ist. Ich möchte daher auch hier das Ersuchen richten, das Landesbauamt möge durch entsprechende Maßnahmen, die aber auch halten sollen, die Firma zur Einhaltung der von diesem Amt der Firma vorgeschriebenen Auflagen zwingen. Wie kommen die tausende Kraftfahrer dazu, abgesehen vom Gefahrenmoment des Schleuderns, daß ihre Fahrzeuge gerade auf diesem Stück total verschmutzt werden? Es tritt ja auch immer wieder eine Gefährdung ein bei den Kolonnenbildungen, die sich dort nun einmal zwingend ergeben, daß Lkw's auf ein paar Meter Entfernung vorherfahrend, die Scheiben so verschmutzen, daß man überhaupt nichts mehr sieht.

Bei den Beratungen des Budgets für das Jahr 1966 wurde von der sozialistischen Fraktion dieses Hauses ein Resolutionsantrag eingebracht und zwar um Sanierung und Staubfreimachung der Landesstraße von Hautzendorf — Unterpremstätten zur großen Kreuzung Lieboch — Lannach — Graz auf der Höhe des Restaurants Waldhof. Die Kreuzung selbst wurde ausgebaut. Ich erinnere daran, daß der Tobelbader Berg im Winter — und auch heuer war das schon wieder der Fall — sehr oft nur unter Lebensgefahr bei Vereisung befahren werden kann. Die Abzweigung Hautzendorf — Unterpremstätten: Diese Orte sind sowohl von Graz als auch von Kalsdorf ohne Überwindung eines Berges erreichbar. Die Strecke ist von der genannten Abzweigung weg bis Lieboch fast durchwegs eben verlaufend. So ergibt diese Straße eine ideale Umfahrungsmöglichkeit, die ohne Gefahr benützt werden könnte. Darüber hinaus könnte dieses Straßenstück bei entsprechendem Ausbau mit verhindern helfen, daß vor allem an stark frequentierten Wochenenden oder in der Zeit des sommerlichen Fremdenverkehrs sich Kraftfahrzeug-Kolonnen bilden, die von Graz über Tobelbad hinausgehend, sich bis Lieboch erstrecken. Tobelbad selbst als Kurort hätte nicht unter den

riesigen Kfz.-Kolonnen und der Vergasung der Luft zu leiden. Diese und noch viele andere Gründe machen es erforderlich, heuer neuerlich den Ausbau dieses Straßenstückes zu urgieren.

Ebenfalls jahrelangem Ersuchen entsprechend, möchte ich neuerlich auf den Ausbau der Straße Steinberg — Rohrbach — Hitzendorf bzw. Rohrbach — Stiwoll hinweisen, die in der weiteren Folge auf den Berg hinaufführt und einen Rundkurs über St. Oswald — Gratwein herbeiführt. Diese Straße ist sehr sehr stark von Pendlern und Landwirten, an Wochenenden von Ausflüglern und in der Zeit des Fremdenverkehrs von sehr vielen Fremdenfahrzeugen befahren. Wenn schon nicht gleich an einen großzügigen Ausbau dieses Straßenstückes zu denken ist, so wäre es zumindest unter Einsatz von nur bescheidenen Mitteln möglich, diese Straße staubfrei zu gestalten. Die Bewohner dieses großen Siedlungsgebietes, die Bürgermeister und Gemeindevertretungen warten schon hart auf die Staubfreimachung dieses Straßenstückes. Man ist in diesen Gegenden der Auffassung, daß andere Landesstraßen, deren Bau erstmalig gefordert wurde, sofort in Angriff genommen werden, während hier schon seit Jahren die Bitten der genannten Gemeinden keine Erfüllung fanden. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist ja eine Frage der Frequenz!“)

Woran dies wohl liegen mag? Herr Landeshauptmann, diese Straße ist sehr, sehr stark frequentiert, sie ergibt einen Rundkurs, sie ist stellenweise bei Ortsdurchfahrten asphaltiert. (Landeshauptmann Krainer: „So wie beispielsweise vor dem Gemeindehaus im Rohrbach!“)

Sie hat auch da und dort, Herr Landeshauptmann, asphaltierte Stücke dazwischen, ich weiß nicht warum, lange Strecken wieder nicht. Es dürfte sich darum handeln, daß es bei dem einen oder anderen notwendig ist, ihn vor Staub oder Verstaubung zu schützen, also einem persönlichen Wunsch entgegenzukommen. Das ist leider nur das Stück gewesen, das man vor dem Gemeindehaus wohl staubfrei gemacht hat, aber wohl nur dieses kurze Straßenstück. (Landeshauptmann Krainer: „Deine Leute kochen mit Wasser, Du mußt Deine Verbindungen zum Landesfinanzreferenten besser nützen!“)

Die Mittel für den Straßenbau oder die Festlegung, welche Straßen ausgebaut werden, Herr Landeshauptmann, das liegt wohl in Ihrer Entscheidungsbefugnis und nicht in der des Finanzreferenten. (Landeshauptmann Krainer: „Wird alles hier beschlossen!“)

Ah, da ist schon etwas da. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß Straßenstücke gebaut werden, die kommen erstmals aufs Tapet, und siehe da, in einigen Monaten beginnt man bereits zu arbeiten, während andere Projekte wirklich jahrlang auf ihre Fertigstellung bzw. Inangriffnahme warten müssen. Erfreulicher ist es ja festzustellen (Landeshauptmann Krainer:

„Ich verspreche Dir aber, daß das nicht geschieht, was da jetzt verlangt wird, weil es nicht möglich ist!“) Also es wird nicht asphaltiert, es wird nicht ausgebaut. (Landesrat Wegart: „Nicht gleich, nicht gleich!“)

Fünf Jahre versuche ich schon hier im Haus gerade dieses Straßenstück in Ordnung zu bringen, aber jetzt habe ich das Versprechen erhalten, daß das nicht ausgebaut wird, das muß ich halt diesen Gemeinden sagen.

Erfreulich ist festzustellen, daß auf der Landesstraße 85 Dörfla — Mellach — Wildon endlich die so dringend geforderte Kurvenkorrektur und die Belagherstellung durchgeführt werden. Wäre es hier wenigstens möglich, das restliche Stück der Straße südlich des Gemeindegebietes Fernitz auch gleich mit einem staubfreien Belag zu versehen. Bei einigermaßen gutem Willen müßte sich dies ja bewerkstelligen lassen, umso mehr als zur Kurvenkorrektur und Belagherstellung in diesem Abschnitt sowohl Straßenbaumaschinen als auch die entsprechenden Arbeitskräfte abgestellt werden müssen. Man könnte sich einen zweimaligen Transport von Maschinen und das Abstellen von Leuten in diesem Gebiet ersparen. Sie waren leider nicht da, Herr Landeshauptmann. (Landeshauptmann Krainer: „Ich habe alles gehört, ich bin draußen gegessen!“) (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Fellingner. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster Redner ist Herr Abg. Leitner angemeldet.

Abg. Fellingner: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich erlaube mir, das Hohe Haus auf die Unzukömmlichkeiten hinzuweisen, die sich bei der Anwendung des Wasserbautenförderungsgesetzes ergeben. Mit dem Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 134/48, in der derzeit geltenden Fassung, werden nicht nur Wasserbauten im direkten Sinne, sondern gemäß § 10 auch Kanalisationsanlagen aus staatlichen Mitteln gefördert, da die Abwässerbeseitigung für die Grundwasserversorgung und die Reinhaltung der öffentlichen Gewässer von entscheidender Bedeutung ist. Die Gemeinden haben daher seinerzeit das Inkrafttreten des Wasserbautenförderungsgesetzes sehr begrüßt und in weiterer Folge große finanzielle Mittel aufgewendet, um Projekte zur Abwasserbeseitigung ausarbeiten zu lassen. Diese Projekte wurden in weiterer Folge auch einer wasserrechtlichen Überprüfung unterzogen und von der Landesregierung als zuständige Wasserrechtsbehörde genehmigt. Die Gemeinden haben hierauf im Sinne des Wasserbautenförderungsgesetzes an den Wasserwirtschaftsfonds ein entsprechendes Ansuchen um Gewährung von Fondsmitteln gerichtet und es hat sich gezeigt, daß der Bund seinen Verpflichtungen aus dem Wasserbautenförderungsgesetz großzügig nachgekommen ist und den Gemeinden mit 1 Prozent verzinsliche, in längstens 25 Jahren zurückzuzahlende Darle-

hen bis zu einer Höhe von 50 Prozent der anerkannten Baukosten gewährt. Die Gemeinden mußten sich hierbei jedoch verpflichten, 30 Prozent der anerkannten Baukosten selbst aufzubringen und waren dabei der Meinung, daß das Land hierzu ebenfalls einen Landesbeitrag in der Höhe von 20 Prozent der anerkannten Kosten leisten wird. Auf Grund der großen Vordringlichkeit dieser Abwasserbeseitigungsanlagen haben auch zahlreiche Gemeinden bereits mit den Vorarbeiten begonnen und mußten nun zu ihrem Bedauern feststellen, daß wohl der Bund seinen Verpflichtungen nach dem Wasserbautenförderungsgesetz nachgekommen ist, jedoch das Land als zuständige Wasserrechtsbehörde den Gemeinden hierbei nicht die entsprechende Unterstützung gewährt hat. Die Gemeinden haben dadurch bereits einen Schuldendienst zu leisten, der über das erträgliche Ausmaß hinausgeht und sind im einzelnen nicht in der Lage, diese Abwasserbeseitigungsanlagen ohne Gewährung eines Landesbeitrages in der Höhe von 20 Prozent zu vollenden.

Ich frage Sie daher, Herr Landeshauptmann, ob Sie bereit sind, jenen Gemeinden, die bereits auf Grund des Darlehens des Wasserwirtschaftsfonds mit der Errichtung von Abwasseranlagen begonnen haben, 1967 die schon verausgabten Summen zu gewähren.

Es wundert mich, daß der Kollege Maunz über den Radfahrweg nach Trofaiach gesprochen hat, aber nicht über ein wichtiges Problem der Gemeinde Niklasdorf. Die hochwasserführende Mur hat bereits im Jahre 1965 erstmalig einen großen Schaden in der Gemeinde Niklasdorf angerichtet. Das damalige Hochwasser über- und unterschwemmte im Ausmaß von 300 m² Liegeflächen des Bades der Gemeinde Niklasdorf. Durch diese Unterschwemmung konnte die Fläche im Jahre 1966 nicht mehr benützt werden. Das Baubezirksamt Bruck hat für die Absicherungsarbeiten einen Kostenvoranschlag eingeholt, und die Höhe der Kosten der Sicherungsarbeiten hätten 180.000 Schilling betragen. Das Baubezirksamt Bruck hat die Gemeinde Niklasdorf beauftragt, für das Budget 1966 ihren Teil, den sie beitragen muß, in der Höhe von 30.000 Schilling vorzubereiten. Auf Anfragen der Gemeinde beim Baubezirksamt wurde jedoch mitgeteilt, daß die Wasserrechtsbehörde erklärt hat, daß keine Budgetmittel zur Verfügung stehen und daher konnten die Absicherungsarbeiten nicht durchgeführt werden. Als im August 1966 die Mur neuerdings Hochwasser führte und die notwendigen Absicherungsarbeiten im Jahr 1966 nicht durchgeführt wurden, hatte das Hochwasser katastrophale Auswirkungen im Niklasdorfer Bad. Es wurde ein weiterer Teil der Liegefläche von rund 500 m² sowie das Kinderplanschbecken, die Sandgrube, Sitzbänke, die Spielwiese direkt weggeschwemmt. Das Murbett ist bis knapp 1 m an die Hauptbecken herangekommen.

Der Schaden, der dadurch entstand, geht in die Millionen. Bis jetzt ist weder bekannt, daß

ein Plan noch sonst irgend etwas vorbereitet wurde, damit jetzt Sicherungsmaßnahmen am Murufer durchgeführt werden. Als vor kurzem auf Grund der Niederschläge im Gebiet Murau neuerdings die Mur anstieg, hatte es den Anschein, als würde der letzte Rest des Schwimmbades weggeschwemmt werden. Ich richte daher wieder an Sie, Herr Landeshauptmann, die Frage, wann mit den Sicherungsarbeiten am Murufer im Gemeindegebiet Niklasdorf begonnen wird.

Der Kollege Maunz hat bereits über die Frage der Eisen-Bundesstraße und der Bahnübersetzung beim Leobner Krankenhaus hier im Hohen Hause gesprochen. Ich darf ergänzend mitteilen, daß in der 17. Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 31. Oktober 1966 von den Abgeordneten Fellingner, Lendl, Brandl, Hofbauer und Genossen bereits ein Antrag wegen der Errichtung einer Unterführung auf der Eisen-Bundesstraße bei der Bahnübersetzung beim Landeskrankenhaus Leoben eingebracht worden ist. Ich darf die Ausführungen insoweit unterstreichen, daß tatsächlich von 24 Stunden zwölf Stunden der Bahnschranken in Leoben geschlossen ist. Ich darf dem Hohen Hause auch mitteilen, daß insgesamt 113 mal in 24 Stunden der Bahnschranken sich senkt. Dabei müssen die Fahrzeuge des Roten Kreuzes bis zu 30 Minuten vor dem geschlossenen Bahnschranken warten, was die zeitgerechte Einlieferung von Schwerverletzten und Schwerkranken stark beeinträchtigt. Es ist bereits Tatsache, daß es zu Todesfällen vor dem Bahnschranken in Leoben gekommen ist. Es ist noch auf einen Umstand hinzuweisen, nämlich, daß durch die langen Wartezeiten sich sehr große Auto-Kolonnen ansammeln, die bei geschlossenem Bahnschranken unmittelbar vor dem Krankenhaus Abgase entwickeln, die nicht geeignet sind, zur Gesundung der Kranken des Leobner Spitals beizutragen.

Gemäß § 4 des Bundes-Straßengesetzes sind die Bundesstraßen derart herzustellen und zu erhalten, daß sie ohne Gefahr benützt werden können. Dazu ist die Bundesstraßenverwaltung als zuständiger Straßenerhalter auch für die Bundesstraße 115 verpflichtet. Dort muß ehe baldigst Abhilfe geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir noch weiters, das Hohe Haus auf die bekannten unhaltbaren Zustände bei der schienengleichen Bahnübersetzung in Kaisersberg hinzuweisen, wo in der letzten Zeit bei einem Unfall sieben Todesopfer zu beklagen waren. Da es sich hierbei um die Bundesstraße 17 handelt, wäre auch hier der Bund als zuständiger Straßenerhalter verpflichtet, die schon seit langer Zeit kommissionierte Überführung der Bundesstraße 17 bei Kaisersberg durchzuführen.

Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, diese beiden großen Straßenprobleme ehestens in Angriff zu nehmen und dafür zu sorgen, daß die zwei schienengleichen Bahnübersetzungen endlich gebaut werden. (Beifall.)